

DER BÜRGER IM STAAT

4-2012



Armut

DER BÜRGER IM STAAT

INHALT

Stefan Hradil Anmerkungen zum Armutsdiskurs	208
Ernst-Ulrich Huster Armut und Reichtum – Öffentliche Wahrnehmung und wissenschaftliche Analyse 1945 bis heute	214
Klaus Dörre Diskriminierende Prekarität – ein neuer Typus unsicherer Arbeits- und Lebensformen	223
Martin Karlsson/Sarah Okoampah Zum Zusammenhang von Armut und Gesundheit	231
Christoph Butterwegge Kinderarmut in Deutschland	241
Claudia Vogel/Harald Künemund Armut im Alter	247
Anna Eckert/Andreas Willisch Wege der Selbsthilfe im prekären Alltag	252
Olaf Groh-Samberg Die Verfestigung der Armut	258
Roland Verwiebe Armut in Europa – Armutskonzepte und empirische Strukturdaten	265
Michael Opielka Quo vadis Sozialpolitik?	274
Buchbesprechungen	280

HEFT 4–2012
62. JAHRGANG
ISSN 0007–3121

„Der Bürger im Staat“ wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

DIREKTOR DER LANDESZENTRALE
Lothar Frick

REDAKTION
Siegfried Frech, siegfried.frech@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ
Barbara Bollinger, barbara.bollinger@lpb.bwl.de

ANSCHRIFT DER REDAKTION
Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-44, Fax 0711/164099-77

HERSTELLUNG
Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711/4406-0, Fax 0711/442349

GESTALTUNG TITEL
Bertron.Schwarz.Frey, Gruppe für Gestaltung, Ulm

GESTALTUNG INNENTEIL
Britta Kömen, Schwabenverlag Media
der Schwabenverlag AG

VERTRIEB
Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm
Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm
Telefon 0731/9457-0, Fax 0731/9457224
www.suedvg.de

Der Bürger im Staat erscheint vierteljährlich.
Preis der Einzelnummer 3,33 EUR.
Jahresabonnement 12,80 EUR Abbuchung.

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte Kundennummer an.

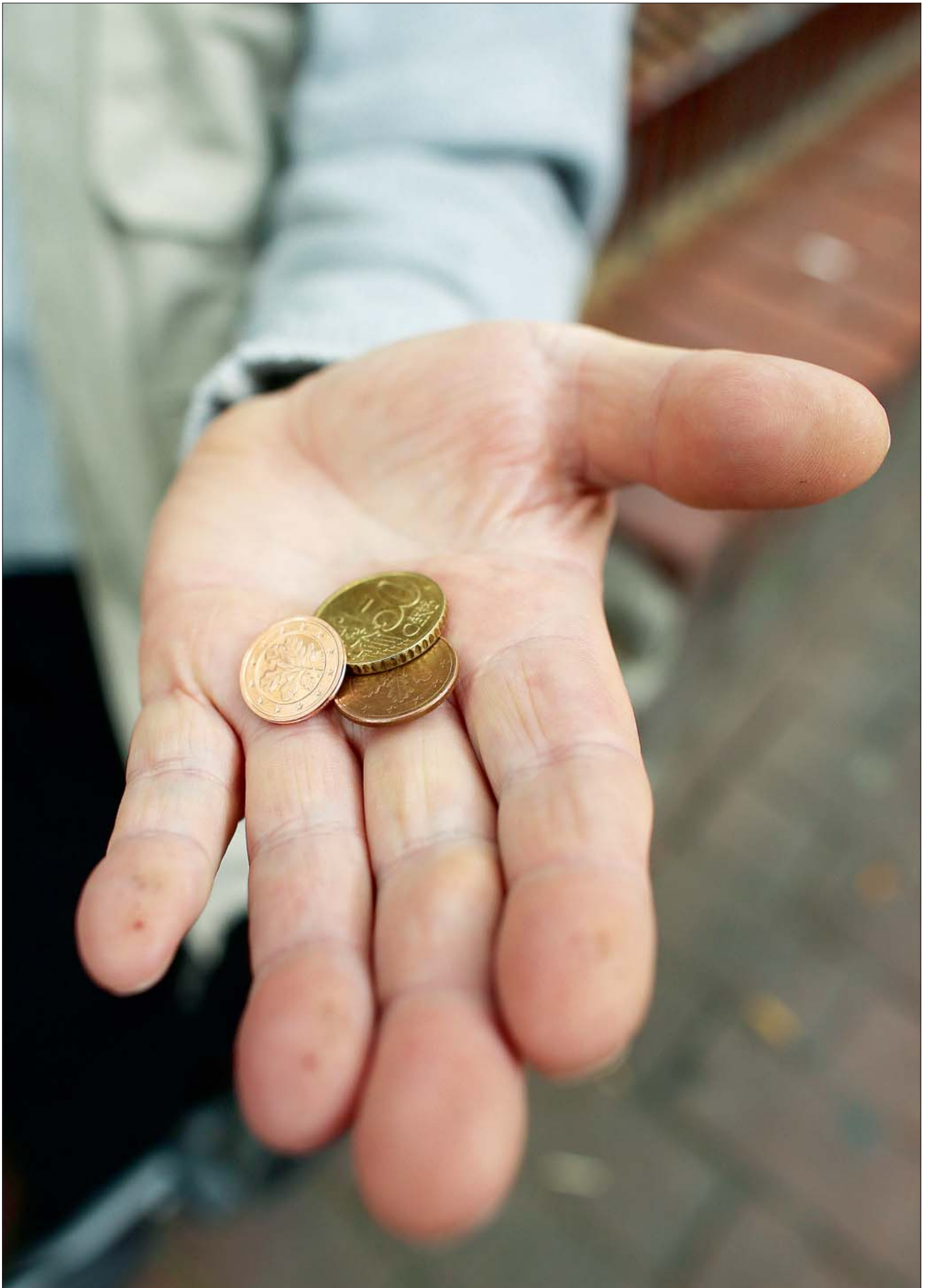
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

THEMA IM FOLGEHEFT

Brasilien



Ein Rentner hält ein paar Münzen in der Hand. Altersarmut entwickelt sich zu einem ernstzunehmenden gesellschaftlichen Problem und ist nur eine Facette des aktuellen Armutsdiskurses.

picture-alliance/dpa

Armut

In Deutschland, einem zweifelsohne wohlhabenden Land, leben Menschen in Armut – und dies nicht nur nach Meinung von Wohlfahrtsorganisationen. Die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung konstatieren Einkommensarmut und eine steigende Anzahl derer, die von Armutsrisiken betroffen sind. Armut ist jedoch ein relativer Begriff und stets eine Frage des Vergleichs, mithin der Bewertung und der Definition. Die Definition von Armut ist letztlich politisch-normativer Natur. Dies hat zur Folge, dass die wissenschaftlichen und politischen Debatten um die Existenz und das Ausmaß von Armut kontrovers verlaufen. (Dies spiegelt sich im Übrigen auch in den Beiträgen dieser Ausgabe der Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ wider.)

Der Boulevard und die Feuilletons malen nur allzu gerne das Schreckgespenst der klassen- und schichtenübergreifenden Verarmung, gar Prekarisierung und das Bild der „Ausplünderung der Mittelschicht“ – so der Journalist Marc Beise – an die Wand. Verbirgt sich dahinter das sattsam bekannte „Klagen auf hohem Niveau“ oder lassen sich Belege für einen solchen Trend finden? Ist Armut ein Phänomen, das immer mehr Milieus betrifft? Nimmt das Armutsrisiko in der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich zu? Welche sozialen Gruppen sind besonders von Armutsrisiken betroffen? Ist Deutschland auf dem Weg zu einer „Konkurrenzgesellschaft“ (Stephan Lessenich/Frank Nullmeier)?

Angesichts der Frage, wie das Phänomen der relativen Armut in Wohlstandsgesellschaften einzuschätzen ist, scheiden sich die Geister. In dem einführenden Beitrag von Stefan Hradil werden die kontroversen Positionen des Armutsdiskurses dargestellt, eingeordnet und beurteilt. Weiter werden die Ursachen und die Verbreitung relativer Armut sowie mögliche Entwicklungstendenzen erörtert. Überaus aktuell ist die Debatte über die so genannte Unterschicht. Hradil unterteilt die Auffassungen zu diesem Diskurs in vier Stufen wachsender Radikalität: (1) Eine Sichtweise verneint die Existenz einer deutschen Unterschicht. (2) Vertreter einer anderen Ansicht hingegen diagnostizieren eine zunehmende Resignation innerhalb der armen Bevölkerung. (3) Eine dritte, politisch durchaus brisante Auffassung geht davon aus, dass sich innerhalb der armen Bevölkerung aufgrund der schlechten Lebensbedingungen ein eigenes System von Denk- und Verhaltensweisen herausgebildet hat. (4) Ein besonders radikaler und vielfach kritizierter vierter Standpunkt gibt der Unterschicht die Schuld an ihrer Situation und unterstellt ihr einen Mangel an Disziplin. Kritische Stimmen weisen aller-

dings darauf hin, dass viele Aspekte dieser Debatte eigentlich an die Mittelschicht adressiert sind, um so sozialpolitische Leistungskürzungen zu legitimieren und die Angst vor dem sozialen Abstieg zu schüren.

Ernst-Ulrich Huster erörtert die politischen Debatten und wissenschaftlichen Analysen, die sich – von 1945 bis heute – auf das Thema Armut konzentrierten bzw. sich mit dieser zentralen Fragestellung sozialer Gerechtigkeit auseinandersetzen. Nachdem die Notlagen des Zweiten Weltkriegs überwunden waren, setzte nach der Währungsreform 1948 eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ein. Das Wirtschaftswunder ließ Einkommen, Vermögen und Wohlstand anwachsen und kam zunächst auch dem Lebensstandard wirtschaftlich eher schwacher Schichten zugute. Gleichwohl hatte das viel gepriesene Wirtschaftswunder zwei Gesichter: Den Gewinnern des Wirtschaftswunders, oftmals durch „verdeckte Startchancen“ und beachtlichen Kapitalbesitz begünstigt, stand die breite Bevölkerung gegenüber. Trotz staatlicher Sozial- und Wohlfahrtspolitik offenbarte sich spätestens seit Mitte der 1970er-Jahre, dass hinter der Fassade der wirtschaftlich starken Bundesrepublik soziale Gruppen existierten, deren materielle und soziokulturelle Teilhabe an der bundesdeutschen Gesellschaft relativ stark eingeschränkt war. Der gestiegene Wohlstand hatte die sozialen Ungleichheiten nicht beseitigt. Die „neue soziale Frage“, die seinerzeit in Öffentlichkeit und Politik eher randständig diskutiert wurde, stieß allerdings zusehends auf wissenschaftliches Interesse. Der ökonomische Strukturwandel und die ab den 1970er-Jahren ansteigende Arbeitslosigkeit lösten angesichts merklich gestiegener Armut eine politische und wissenschaftliche Debatte über die verschiedenen Facetten einer „neuen Armut“ aus. Durch die im Zuge der Wiedervereinigung nach oben schnellenden Arbeitslosenzahlen wurde in den 1990er-Jahren Armut als Massenphänomen schließlich unübersehbar. Die Sozialstruktur ist im wiedervereinigten Deutschland durch eine schroffe soziale Polarisierung gekennzeichnet: Nur zehn Prozent der deutschen Bevölkerung besitzen mehr als 60 Prozent aller Vermögenswerte.

Durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise noch verstärkt, erleben wir in den westlichen Gesellschaften derzeit eine Ausbreitung sozialer Unsicherheit. Den Sozialwissenschaften fällt es jedoch schwer, das Neue an dieser Entwicklung präzise zu erfassen und analytisch zu durchdringen. Klaus Dörre skizziert in seinem Beitrag ein Deutungsangebot, das die soziale Frage, wie sie sich

zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellt, als Prekarisierungsprozess begreift. Eine finanzkapitalistische Landnahme hat unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse und mit ihnen eine historisch neue, diskriminierende Form der Prekarität hervorgerufen. Ursachen sind die staatliche Arbeitsmarktpolitik, die Feminisierung der Erwerbsarbeit und die damit einhergehende Auflösung des Ein-Ernährer-Familienmodells. Obwohl kein klar abgrenzbares Prekariat existiert, gibt es unterschiedliche Ausprägungen von Prekarität, die immer mehr um sich greifen und den sozialen Zusammenhalt gefährden. Ein erster Schritt zur Verbesserung dieser Situation ist – so die Schlussfolgerung – die Beendigung des „ideologischen Krieges“ gegen vermeintlich leistungsunwillige „Unterschichten“.

Martin Karlsson und Sarah Okoampah gehen in ihrem Beitrag auf die aktuellen Ergebnisse der gesundheitsökonomischen Forschung ein, die sich mit dem Zusammenhang von Armut und Gesundheit beschäftigt. Eine Vielzahl von Studien kommt zu dem Ergebnis, dass der sozioökonomische Status und der Gesundheitszustand einer Person über komplexe Mechanismen eng miteinander verknüpft sind. So hängt bereits die Gesundheit von kleinen Kindern stark vom sozioökonomischen Status der Eltern ab. Besonders während der Schwangerschaft und in der frühen Kindheit können geringes Einkommen, niedrige Bildung und fehlendes Gesundheitsbewusstsein der Eltern die Kindesgesundheit langfristig beeinträchtigen. Da sich ein schlechter Gesundheitszustand auf die schulische und berufliche Leistungsfähigkeit der Heranwachsenden auswirkt, bedingt er wiederum einen eher niedrigen sozioökonomischen Status. Auf diese Weise vererbt sich die soziale Armut der Eltern auf die Kinder weiter. Um diesen Teufelskreis nachhaltig zu bekämpfen, rät das Autorenteam zur intensiven Förderung der Gesundheit schwangerer Frauen und kleiner Kinder, zur Stärkung des Bildungserwerbs der Schichten mit niedrigem sozioökonomischem Status und zu besserer gesundheitlicher Aufklärung.

Nicht zuletzt durch die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung wurde die wachsende Armut von Kindern und Jugendlichen in Deutschland offenkundig. Christoph Butterwegge macht die Ursachen für die „Infantilisierung“ der Armut auf drei Ebenen fest: (1) Das „Normalarbeitsverhältnis“ wurde von unsicheren bzw. prekären Arbeitsverhältnissen, die oftmals kein ausreichendes Einkommen garantieren, abgelöst. (2) Parallel zur „Normalfamilie“ entwickelten sich neue Lebensformen (Ein-Elternteil-Familien und Patchwork-

Familien), die Kindern tendenziell weniger finanzielle und soziale Sicherheit gewährleisten. (3) Verstärkt wird diese materielle Unsicherheit durch den Rückbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Bedenklich stimmt in der aktuellen Debatte um Kinderarmut allerdings, dass der gesellschaftliche und politische Handlungsrahmen aus dem Blick gerät. Armut wird häufig – allzu gern auch in der Medienberichterstattung und im bürgerlichen Feuilleton – als individuelles und subjektives Schicksal apostrophiert, gar mit der „Bildungsferne“ erklärt oder auf Sozialisationsdefizite der von Armut Betroffenen reduziert. Sozialpolitisch angemessene Lösungen zeitigen jedoch nur dann Wirkung, wenn die strukturellen Ursachen von Kinderarmut hinreichend bedacht werden.

Das Phänomen der Altersarmut konnte in der Bundesrepublik Deutschland zum Ende des letzten Jahrhunderts aufgrund der Erfolge der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung als weitgehend besiegt angesehen werden. Heute entwickelt sich Armut im Alter erneut zu einem ernstzunehmenden gesellschaftlichen Problem. Dies, so argumentieren Claudia Vogel und Harald Kühnemann in ihrem Beitrag, hängt zum einen mit einem Paradigmenwechsel in der Alterssicherung zusammen, in dessen Folge der privaten Altersvorsorge eine viel größere Bedeutung zukommt. Die Möglichkeiten hierzu sind sozial ungleich verteilt, so dass finanziell schlechter gestellte Personen zunehmend armutsgefährdet sind. Schon heute ist mehr als jeder zehnte Deutsche über 65 armutsgefährdet – Tendenz steigend. Um auf dieses Problem zu reagieren, empfiehlt das Autorenteam, den vollzogenen Paradigmenwechsel in der Alterssicherung noch einmal gründlich zu überdenken und Alternativen zu diskutieren, statt mit zu kurz greifenden Reformen neue Probleme herbeizuführen.

Anna Eckert und Andreas Willisch untersuchen in ihrem Beitrag die Veränderungen der individuellen Lebensführung in Zeiten des Umbruchs. Sie gehen dabei der Frage nach, wie sich Umbruchsprozesse auf die alltägliche Lebensführung auswirken. Dabei geht es insbesondere um den Umgang mit Arbeitslosigkeit oder prekären Arbeitsbedingungen. Als Beispiel dient die norddeutsche Kleinstadt Wittenberge, in der 1991 und 1992 etwa 6.000 Angestellte aufgrund der Schließung dreier industrieller Betriebe ihre Arbeit verloren. Die Betroffenen schlugen infolgedessen ganz unterschiedliche Wege ein, um sich selbst zu helfen und ihr Leben neu zu ordnen. Der erste Weg ist der mehrerer Nebenjobs, wie ihn die 56-jährige Doris Vogel, ehemalige Lackiererin, geht. Sie verdient

mithilfe verschiedener kleinerer Jobs etwas zu ihren Arbeitsgeld II-Bezügen dazu, ohne je ganz die Hoffnung auf eine „richtige“, unbefristete Stelle aufzugeben. Der 46-jährige Horst Kramer entschied sich dagegen für das Gemeinschaftsprinzip. Regelmäßige Treffen mit Nachbarn strukturieren seinen Tag und sind eine Quelle für Selbstbewusstsein und gesellschaftliche Teilhabe. Das dritte Prinzip schließlich ist das der körperlichen Reinheit, bei dem sich alles darum dreht, dass der Körper gesund und leistungsfähig bleibt. Alle Lebensführungsmodelle beruhen auf Selbsthilfe, dienen der Strukturierung des prekären Alltags und bieten ein Stück weit Sicherheit.

Das am weitesten verbreitete Konzept zur Messung von Armut ist das der relativen Einkommensarmut, bei dem ab einem Nettoeinkommen von weniger als 60 Prozent des gesellschaftlichen Durchschnitts (Median) von einem erhöhten Armutsrisiko ausgegangen wird. Eine Messung unter Verwendung dieses Konzepts bildet vor allem kurzfristige Veränderungen der Armutsrisikoquote ab. Langfristige Entwicklungstrends bleiben so jedoch unberücksichtigt. Olaf Groh-Samberg analysiert in seinem Beitrag die empirischen Ergebnisse einer präziseren Armutsmessung, die nicht nur die Haushaltsnettoeinkommen, sondern zusätzlich auch Lebensstandards misst und außerdem auf einen längeren Zeitraum angelegt ist. Dieses multidimensionale und längsschnittliche Messinstrument ist empirisch aufwändiger, aber auch differenzierter. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die generell ansteigende Armut in Deutschland nicht etwa darauf zurückzuführen ist, dass immer mehr Menschen aus der Mitte der Gesellschaft in die Armut absteigen. Es wird vielmehr immer schwieriger, aus der Armut herauszukommen. Sie verfestigt sich am unteren Rand der Gesellschaft. Auf diesen bisher missachteten Trend muss – so das Fazit – sozialpolitisch mit Weitsicht reagiert werden.

Armut ist nicht nur auf die Bundesrepublik Deutschland begrenzt. Roland Verwiebe erörtert die konzeptionellen Grundlagen der Armutsforschung und stellt drei verschiedene Ansätze vor, mit denen Armut wissenschaftlich erfasst werden kann. Vor diesem Hintergrund werden die Armutsrisiken in Deutschland mit denen in anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union verglichen. In der Zusammenschau wird deutlich, dass sich die Armutsrisiken in den EU-Staaten unterschiedlich entwickelt haben. Aktuell verfügt mehr als ein Viertel der europäischen Bevölkerung über ein Einkommen, welches nur ein Leben unterhalb der Armutsgrenze ermöglicht. Besonders in den osteuropäischen Ländern ist das

Armutsrisiko in den vergangenen Jahren merklich angestiegen. Auch für Deutschland bestätigt sich im Übrigen ein langfristiger Trend des Wachstums von Bevölkerungsgruppen, die von Armut bedroht sind. Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass neben Alleinerziehenden, Familien mit drei und mehr Kindern und älteren Menschen vor allem Arbeitslose das höchste Armutsrisiko aller betrachteten sozialen Gruppen aufweisen. Wenngleich Deutschland eine eher positive Position im europäischen Vergleich einnimmt, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass es kaum ein europäisches Land gibt, in dem die Situation der Erwerbslosen und gering Qualifizierten so schlecht ist wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Wissenschaftliche und politische Diskurse über eine angemessene Armuts- und Sozialpolitik verlaufen in aller Regel kontrovers. Die Debatte um das Grundeinkommen ist nur ein Beleg für diese Kontroversität. Die Idee des Grundeinkommens mag den einen gerecht, den anderen hingegen ungerecht erscheinen. Michael Opielka verdeutlicht am Beispiel des garantierten Grundeinkommens, dass eine auf Inklusion zielende Sozialpolitik nicht so einfach zu formulieren ist. Ein Grundeinkommen ist keine schlichte Sozialtechnologie, sondern eine Idee, welche die Komplexität der Gesellschaft und das Gefüge ihrer Teilsysteme (Wirtschaft, Politik, Gemeinschaft und Legitimation) bedenken muss. Versteht man die Idee des Grundeinkommens als Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen, das jedes Mitglied einer Gesellschaft unabhängig von Leistung und Herkunft beanspruchen kann, so berührt dies die Frage der Gerechtigkeit als Grundnorm des Politischen. Je nach dem zugrunde gelegten Gerechtigkeitsprinzip – Leistung, Gleichheit, Bedarf, Teilhabe – ergeben sich unterschiedliche Facetten der Bewertung und Nuancen der Begründung für die Idee des Grundeinkommens.

Dank gebührt allen Autorinnen und Autoren, die in ihren Beiträgen aufschlussreiche Informationen und Einsichten vermitteln, die für ein besseres Verständnis der komplexen – und letztlich kontroversen – Thematik wichtig sind und so den wissenschaftlichen Diskurs intensivieren. Ein herzlicher Dank geht an Sarah Klemm, die mit der notwendigen wissenschaftlichen Genauigkeit und mit großer Umsicht die Texte erfasst, redigiert und druckreif gemacht hat. Dank gebührt nicht zuletzt dem Schwabenverlag und Frau Gertrud Graf in der Druckvorstufe für die stets gute und effiziente Zusammenarbeit.

Siegfried Frech

Anmerkungen zum Armutsdiskurs

Stefan Hradil

Stefan Hradil weist eingangs darauf hin, wie kontrovers das Thema Armut diskutiert wird. Schon angesichts der Frage, wie das Phänomen der relativen Armut in Wohlstandsgesellschaften einzuschätzen ist, scheiden sich die Geister. Weiter werden die Ursachen und die Verbreitung relativer Armut erörtert. Überaus aktuell ist die Debatte über die sogenannte Unterschicht in Deutschland. Hradil unterteilt die Auffassungen zu diesem Diskurs in vier Stufen wachsender Radikalität: (1) Eine Sichtweise verneint die Existenz einer deutschen Unterschicht. (2) Vertreter einer anderen Ansicht hingegen diagnostizieren eine zunehmende Resignation innerhalb der armen Bevölkerung. (3) Eine dritte, politisch durchaus brisante Auffassung geht davon aus, dass sich innerhalb der armen Bevölkerung aufgrund der schlechten Lebensbedingungen ein eigenes System von Denk- und Verhaltensweisen herausgebildet hat. (4) Ein besonders radikaler und vielfach kritizierter vierter Standpunkt gibt der Unterschicht die Schuld an ihrer Situation und unterstellt ihr einen Mangel an Disziplin. Kritische Stimmen weisen allerdings darauf hin, dass viele Aspekte der Debatte eigentlich an die Mittelschicht adressiert sind, um so sozialpolitische Leistungskürzungen zu legitimieren, ein Feindbild zu schaffen und die Angst vor dem sozialen Abstieg zu schüren. Diese Strategie erzeugt nicht selten übersteigerte Abstiegsängste und Aggressivität gegenüber Arbeitslosen oder Migranten.

Armut – kontrovers diskutiert

Armut ist in modernen Gesellschaften ein brisantes Thema. Die Konflikte um Armut markieren die Grenzen zwischen Parteien und Weltanschauungen. Es gibt dabei weniger Streit um die Fakten. Die sind recht gut bekannt. Es sind die Wahrnehmungen und Bewertungen der modernen Armut, die weit auseinander gehen. Deswegen soll in diesem Beitrag vor allem auf die kontroversen Interpretationen der Armut und auf deren politische Relevanz eingegangen werden.

Neu ist der Streit um Armut nicht. An diesem Thema scheiden sich die Geister seit Jahrhunderten. Spätestens seit dem Aufkommen des Bürgertums sahen jene, die Tüchtigkeit und Leistung für sich in Anspruch nahmen, Armut anders als viele Arme und als karitative Einrichtun-

gen. Ein kontroverser Armutsdiskurs ist also nichts Neues.

Manches spricht aber dafür, dass sich in den letzten Jahren die Debatte polarisiert hat und extreme Meinungen zunehmen. In privaten Stellungnahmen und in der öffentlichen bzw. in der veröffentlichten Meinung werden die Töne schärfer. Im Folgenden sollen diese kontroversen Meinungsäußerungen zur Armut dargestellt, eingeordnet und, soweit wissenschaftlich begründbar, beurteilt werden.

Was versteht man unter Armut?

Menschen laufen heute in entwickelten Gesellschaften nur noch selten Gefahr, infolge schlechter Lebensumstände zu verhungern, zu erfrieren oder unmittelbar krank zu werden. Daher besteht Einigkeit darüber, dass Armut in modernen Gesellschaften nur noch selten absolute Armut ist. Kaum jemand bestreitet auch, dass absolute Armut moralisch abzulehnen ist und für die gesamte Gesellschaft Nachteile mit sich bringt. Unter anderem häufen sich Kriminalität und Konflikte.

Für moderne Gesellschaften gilt die relative Armut als typisch. Relativ wird sie deshalb genannt, weil sie sich am Lebensstandard und an den Maßstäben der jeweiligen Gesellschaft bemisst. Wer in Schweden als relativ arm gilt, zählt in Portugal nicht unbedingt zu den Armen. Auch über die Definition relativer Armut besteht weithin Einigkeit. Eine Definition der Europäischen Union (EU) aus dem Jahre 1984 wird überwiegend akzeptiert: Hiernach werden die als arm angesehen, die „über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“. Unter diesem Minimum wird immer weniger ein bestimmter materieller Lebensstandard, sondern die Teilhabe an grundlegenden gesellschaftlichen Lebensbereichen verstanden (vgl. Hradil 2001, S. 242).

Wie gravierend ist die relative Armut?

Die Kontroversen beginnen aber schon bei der Frage, wie gravierend relative Armut ist, die mit den üblichen Definitionen und Messverfahren empirisch festgestellt wird. Üblicherweise gelten in

der Bevölkerung und im öffentlichen Diskurs die Menschen als relativ arm, die so wenig Einkommen haben, dass sie berechtigt sind, öffentliche Leistungen zur Armutsbekämpfung (also etwa Hartz IV) in Anspruch zu nehmen. Dieser Einschätzung stimmen auch die meisten Sozialwissenschaftler zu, weil für sie, wie schon Georg Simmel zu Beginn des 20. Jahrhunderts festhielt, Hilfsbedürftigkeit den Kern der Armut darstellt. Vielen Finanzpolitikern leuchtet es jedoch gar nicht ein, Empfänger von armutsbekämpfenden Maßnahmen als arm anzusehen. Denn deren Armut wird ja bekämpft, und zwar mit Steuergeldern. Bekämpfte Armut wird spätestens dann von vielen Finanzverantwortlichen nicht als Armut angesehen, wenn Gerichte, die öffentliche Meinung oder Sozialminister dem Finanzministerium eine Erhöhung von armutsbekämpfenden Leistungen abtrotzen, wenn demzufolge mehr Niedrigverdiener anspruchsberechtigt sind und so ausgerechnet eine intensivierte Armutsbekämpfung dazu führt, dass die Zahl der relativ Armen zunimmt.

Meist beruhen die öffentlich diskutierten Armutszahlen jedoch nicht auf der Sozialhilfegrenze. Vielmehr gelten alle Menschen als arm, deren „bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Haushaltseinkommen“ („Äquivalenzeinkommen“) weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Diese Messlatte wird in den Medien meist unhinterfragt übernommen, über sie wird jedoch unter Fachleuten heftig gestritten. Viele sehen darin schlichtweg die Armutsgrenze. Unter anderem deshalb, weil sie international akzeptiert ist und daher die Armut in Deutschland mit der in anderen Ländern gut verglichen werden kann.

Andere Wissenschaftler machen jedoch darauf aufmerksam, dass jede Prozentgrenze im Grunde willkürlich ist. Zudem misst sie soziale Ungleichheit und nicht Armut. Die Grenze sagt nämlich nichts über Mindestbedarfe und Ausschluss aus bestimmten Lebensbereichen aus, sondern nur über einen bestimmten Abstand zur Mitte. In einer reichen Gesellschaft, so wird kritisiert (Krämer 2005), würden Menschen mit 60 Prozent des mittleren Einkommens recht gut dastehen. In einer Gesellschaft, in der alle hungern, sei nach der 60-Prozent-Grenze dagegen niemand arm. Dieser Armutsgrenze zufolge hätte es auch in der ehemaligen DDR kaum Armut gegeben, obwohl dort viele Be-

zieher von Mindestrenten auch nach Maßstäben der DDR „zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel“ hatten. Denn in der DDR waren die Einkommen verhältnismäßig gleich verteilt. Praktisch niemand verdiente weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens. Gegen die üblicherweise publizierten Armutszahlen wird auch tiefer gehende Kritik laut: Wer eine bestimmte Einkommensgrenze als Armutsgrenze für alle heranzieht, einerlei ob er die Sozialhilfegrenze oder eine Prozentgrenze verwendet, der unterstellt im Grunde, dass alle Menschen gleich (gut) mit Geld umgehen. Sonst wäre nicht zu rechtfertigen, dass unterhalb eines für alle gleichen Einkommens die Armut beginnt. In der Realität gibt es jedoch Menschen, die rational und sparsam wirtschaften, und Menschen, die sich unwirtschaftlich verhalten. Die konkreten Lebensumstände der Einkommensschwachen, die zum Beispiel viel Geld für Alkohol oder elektronisches Spielzeug ausgeben, sind selbstredend schlechter als die Lage der Sparsamen. Jede fixe Armutsgrenze, so der Einwand, gibt daher wenig Auskunft über die konkrete Lebenslage. Überlegungen wie diese veranlassen denn auch die Europäische Union und die Bundesregierung in ihren letzten Armutsberechnungen (BMAS 2008; 2012), Menschen, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verdienen,

nicht als arm, sondern als armutsgefährdet zu bezeichnen.

Der jüngste Entwurf des neuen Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung hat zu erheblichen Diskussionen geführt. Die Kernaussage lautet, dass Einkommen und Vermögen in Deutschland zunehmend ungleich verteilt sind. Zehn Prozent der Haushalte verfügen über 53 Prozent des gesamten Nettovermögens, die untere Hälfte der Haushalte nur über ein Prozent.

Während das Einkommen von Großverdienern in den vergangenen Jahren gestiegen ist, mussten viele Vollzeitbeschäftigte mit geringerem Einkommen nach Abzug der Inflation Verluste hinnehmen.

In den vergangenen 20 Jahren hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte von 4,6 auf rund zehn Billionen Euro mehr als verdoppelt.

Westdeutsche Haushalte verfügen im Durchschnitt über ein Immobilien- und Geldvermögen in Höhe von 132.000 Euro. Der Osten holt langsam auf, liegt aber nach wie vor nur bei 55.000 Euro.

(Stuttgarter Nachrichten, 13.10.2012, S. 3)

In ähnlicher Weise wird gegen feste Armutsgrenzen eingewendet, dass die Ausgabezwänge in der Stadt höher sind als auf dem Land, als isolierter Single höher als innerhalb eines Netzwerkes, etc. Auch in dieser Hinsicht besage die Armutsgrenze also wenig über die konkrete Lebenslage.

Wie „schlimm“ ist Armut?

Sind diese Kontroversen eher akademischer Natur, so wird in der Bevölkerung oft viel grundsätzlicher darüber gestritten, wie „schlimm“ relative Armut als solche ist. Die einen verweisen darauf, wie viel besser doch die relativ Armen im reichen Europa im Vergleich zu den absolut Armen in Afrika leben oder in früheren Notzeiten auch in Europa lebten. Diese Kritiker stoßen sich beispielsweise daran, dass in entwickelten Gesellschaften heute viele Übergewichtige relativ Arme in gut geheizten Wohnungen vor dem Fernsehapparat sitzen, während absolut Arme südlich der Sahara verhungern oder absolut Arme hierzulande noch in der Nachkriegszeit erfroren.

Über die Definition relativer Armut besteht weithin Einigkeit. Einer Definition der Europäischen Union (EU) zufolge werden alle als arm angesehen, die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Staat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.

picture alliance/dpa



Andere vertreten genau im Gegenteil die Meinung, relative Armut in reichen Gesellschaften sei schlimmer als absolute Armut in armen Gesellschaften. Vor allem deshalb, weil Armut dort „normal“ sei und niemanden ausschließe. Die reiche Gesellschaft jedoch zeige den Armen, wie vielfältig ihre Möglichkeiten sein könnten und wie anders ihre Existenz aussehen könnte. In reichen Gesellschaften werde die Verteilung von Geld und anderen knappen begehrten Gütern mit dem Satz legitimiert: „Jeder ist seines Glückes Schmied!“ Weil Armen in reichen Gesellschaften also wenig anderes übrig bleibe, als die Schuld für ihre Situation bei sich selbst zu suchen, gehe Armut mit Verachtung und geringer Selbstachtung einher. Armut schäme sich und ziehe sich zurück, während Reichtum selbstbewusst aufträte und die Normen setze, an denen sich die Armut zu messen habe. Es sei somit der Reichtum, der die Armut schaffe. Deshalb sei Armut gerade in reichen Ländern besonders fühlbar (vgl. Hamburger 2009).

Auch die Entwicklungstendenz der Armut ist strittig: Die einen – hauptsächlich Ökonomen und Liberale – sagen, hier werde stark dramatisiert. Selbst wenn man die üblichen empirischen Grenzziehungen akzeptiere, habe relative Armut seit den 1990er-Jahren kaum zugenommen und sei im Begriff, im Zuge des demografischen Wandels zusammen mit der Arbeitslosigkeit, ihrer wichtigsten Ursache, abzunehmen. Die anderen – im Wesentlichen Linke, die meisten Sozialdemokraten und viele religiös Eingestellte – wehren sich gegen diese Nonchalance. Wenn alle Prognosen besagen, dass soziale Ungleichheit zunimmt – so wird argumentiert –, dann werde auch Armut nicht geringer werden. Armut sei im Gegenteil dabei, sich zu verfestigen und zu vererben.

Dieses Argument enthält schon einen Antworthinweis auf die Frage, ob sich im Gefolge der Armut eine arme, so genannte Unterschicht herausbilde. In der Diskussion dieser Frage wurden in letzter Zeit die Töne nicht selten schrill. Mit parteipolitischer Positionierung und Instrumentalisierung ist diese Schärfe nicht zu erklären. Es geht vielmehr um finanzielle und kulturelle Konsequenzen, nicht zuletzt auch für die nicht arme Bevölkerung.

Gibt es eine Unterschicht? Was macht sie aus? Und wie sollten wir mit ihr umgehen?

Vor einigen Jahren ist Kurt Beck als Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz mit der Behauptung in die Schlagzeilen geraten, in Deutschland habe

sich eine Unterschicht entwickelt, in der Aufstiegsbestrebungen oder entsprechende Bemühungen kaum noch zu finden seien (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 8.10.2006). Als Unterschicht wurden in der darauf folgenden Kontroverse denn auch Menschen bezeichnet, die nicht nur einkommenschwach sind, sondern auch eigene Denk- und Verhaltensweisen bis hin zu einer eigenen Kultur ausgebildet haben. Dieses Verständnis von einer Unterschicht geht über die Feststellung bloßer Einkommensarmut weit hinaus.

Die Meinungen darüber, inwieweit Arme in Deutschland in diesem Sinne eine eigene Schicht darstellen, gehen stark auseinander. Die existierenden Auffassungen lassen sich in vier Stufen wachsender Radikalität einteilen.

Erstens findet sich die Meinung, von einer Unterschicht sei bislang kaum etwas zu entdecken. Schon allein deshalb sei der diskriminierende Begriff zu vermeiden. Zur Begründung wird unter anderem angeführt, dass die meisten Armen hierzulande zu wenig lange in Armut leben, um sich daran anzupassen und eigene Denk- bzw. Verhaltensweisen auszubilden.

Will man als Wissenschaftler zu dieser Auffassung Stellung nehmen, so ist zu sagen, dass die verfügbaren Daten diese Behauptung zum Teil durchaus stützen, wenn auch in abnehmender Tendenz. So waren im Jahr 2006 nur noch 37 Prozent der Einkommensarmen vorübergehend arm, 2002 noch volle 52 Prozent (Statistisches Bundesamt 2008, S. 171). Die Zahl der kurzfristig Armen, die mangels Anpassungszeit kaum eine eigene Armutsmentalität und -kultur ausbilden können, also auch keine Unterschicht bilden, ist insofern durchaus beachtlich, sie sinkt aber.

Zweitens findet sich die gemäßigte Auffassung von einer armen Unterschicht, die – wie oben erwähnt – 2006 auch Kurt Beck vertrat. Diese Meinung beschränkt sich darauf zu behaupten, es herrsche heute in der armen Bevölkerung Resignation vor. Insbesondere Aufstiegsbestrebungen seien immer seltener zu finden. Diese These lässt offen, ob (länger andauernde) Armut den Ursprung der geringen Aufstiegsbemühungen bildet, oder ob umgekehrt Resignation und geringe Aufstiegsbemühungen die Quelle der Einkommensarmut darstellen. Kurt Beck empfahl bekanntlich einem Arbeitslosen, der sich über sein Schicksal beklagte, sich zu rasieren und anständig anzuziehen, dann habe er in spätestens zwei Wochen eine Stelle. Er unterstellte also, dass individuelles Verhalten Armut zumindest verlängern könnte.

Eine wissenschaftliche Prüfung dieser Behauptungen ergibt, dass an der The-



se von einer resignierten Unterschicht mit Sicherheit etwas dran ist. Insbesondere die vielen gering Qualifizierten unter den Armen haben heute allen Grund, ihre Beschäftigungs- und Aufstiegschancen gering einzuschätzen. Die Zahl der Arbeitsplätze für gering Qualifizierte ist gerade in Deutschland sehr zusammengeschmolzen. In Westdeutschland ist ein Viertel von ihnen, in



Wie „schlimm“ ist Armut? Nicht wenige vertreten die Meinung, dass relative Armut in reichen Gesellschaften schlimmer sei als absolute Armut in armen Gesellschaften, die dort „normal“ sei und niemand ausschließe. Eine reiche Gesellschaft hingegen zeige den Armen, wie vielfältig ihre Möglichkeiten sein könnten und wie anders ihre Existenz aussehen könnte.

picture alliance/dpa

ANMERKUNGEN ZUM ARMUTSDISKURS

Hinsicht problematisch seien, nicht nur im Hinblick auf sozialen Aufstieg. Da wird von perfektionierten Fertigkeiten gesprochen, Sozialhilfe zu nutzen und auszunutzen. Der Empfang von Sozialleistungen werde einer Erwerbstätigkeit vorgezogen, weil der Lohnabstand zu gering sei, weil Schulden und fällige Unterhaltszahlungen vom Lohn abgezogen würden, etc. Da werden Dauerfernsehen am helllichten Tag, vernachlässigte Kinder, ungesunde Ernährungsweisen, Überschuldung und ein Mangel an Vorbildern diagnostiziert.

Im Lichte der verfügbaren empirischen Befunde trifft auch diese Sichtweise der Unterschicht zweifellos zu, aber viel seltener als die vorige. Sie trifft vor allem dort die Realität, wo lokal homogene Stadtviertel von Armen und Langzeitarbeitslosen entstanden sind, wo negative Vorbilder dominieren und sich entsprechende Abwärtsspiralen herausbilden. Wenn Kinder keine Person mehr kennen, die einer geregelten Arbeit nachgeht, und vielleicht auch niemanden mehr haben, der frühmorgens mit ihnen aufsteht, werden sie nicht mehr lange die Schule besuchen und später kaum erwerbstätig sein. In den angelsächsischen Sozialwissenschaften hat sich für dieses lokal und kulturell verfestigte Syndrom einer sozial erblichen Armut der Ausdruck „underclass“ durchgesetzt (Auletta 1982). In Deutschland gibt es noch nicht viele dieser Quartiere. Dazu hat im Übrigen das Integrationsprogramm „Soziale Stadt“ viel beigetragen. Immer wieder wird Berlin-Neukölln als typisches Unterschicht-Quartier genannt, nicht zuletzt durch die lauten Rufe des dortigen Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky.

Die eben umrissene dritte Sichtweise der Unterschicht erachtet die Einstellungen und Verhaltensweisen der Unterschicht-Mitglieder als problematisch für diese Menschen, aber auch als schädlich für andere. Meist wird unterstellt, dass es die üblen Lebensumstände sind, die Menschen in ihr Verhalten drängen, dass also (frei nach Karl Marx) „das Sein das Bewusstsein“ prägt. Das sei vor allem dann zu erwarten, wenn Menschen schlechten Lebensbedingungen relativ lange ausgesetzt sind. Diese Auffassung von Unterschicht unterstellt also nicht, dass die Menschen selbst schuld an ihrer Misere sind.

Politisch brisant ist diese Auffassung dennoch: Wer eine kulturell verfestigte und sich bereits vererbende Unterschicht sieht, kann kaum noch an die Wirkung direkter Finanzhilfen glauben

Ostdeutschland fast die Hälfte arbeitslos. Gering qualifizierte Handarbeit wird mehr und mehr überflüssig, und so fühlen sich die Betroffenen auch. Für Aufstiege sind Qualifikationsnachweise unerlässlich geworden. Weiterbildung wird jedoch für Unqualifizierte wesentlich seltener angeboten als für Qualifizierte. Und die hohe soziale Selektivität im deutschen Bildungswesen ist auch

nicht geeignet, Zuversicht und Anstrengungen zu stärken, damit es die Kinder einmal besser haben.

Drittens meint eine viel weiter gehende Auffassung von Unterschicht, dass sich innerhalb der armen Bevölkerung, ausgehend von längerfristig erfahrener Armut, eine ganze Kultur und ein geschlossenes System von Denk- und Verhaltensweisen entwickelt habe, die in vieler

und lehnt deren Erhöhung daher oft ab. Geldzuwendungen drohen aus dieser Sicht die Menschen noch weiter in ihre problematische Unterschichtkultur hinein zu treiben. Dagegen verspricht man sich Abhilfe von personalintensiven Familienhilfen, Schuldnerberatungen und Sozialarbeit. Diese Schlussfolgerung ist denkbar unbeliebt bei jenen, die den Sozialstaat primär an seinen direkten Finanzleistungen messen (Butterwegge/Kludt/Belke-Zeng 2008) und optimistisch annehmen, dass sich mit erhöhten regelmäßigen Geldzuwendungen auch eingeschliffene problematische Verhaltensweisen ändern werden.

Dagegen beklagte zum Beispiel der Historiker Paul Nolte eine „fürsorgliche Vernachlässigung“ der Unterschicht (Die Zeit, 17.12.2003). Er warnte vor der kontraproduktiven Wirkung gut gemeinter laufender Finanzaufwendungen und plädierte für die „Vermittlung kultureller Standards und Leitbilder“. Dieser Appell richtete sich nicht zuletzt an die Mittelschicht und an das Bürgertum, die sich nach Noltes Meinung allzu oft untätig zurücklehnten, in dem Bewusstsein, mit ihren hohen Steuern doch bereits viel für die Unterschicht zu leisten. Die vierte Sicht der Unterschicht unterstellt, dass deren Mitglieder sehr wohl die Entscheidungsfreiheit haben, weniger kalorienreich zu essen, ihren Kindern morgens ein Frühstück mit in die Schule zu geben, die Hausaufgaben der Kinder zu kontrollieren und sich um Erwerbsarbeit zu bemühen, statt sich auf die „Stütze“ zu verlassen. Wer problematisches Verhalten in der Unterschicht so sieht, diagnostiziert einen Mangel an (Selbst-)Disziplin und meint, dass die Mitglieder der Unterschicht an ihrer Lage selbst schuld seien. Diese moralische Verurteilung der Unterschicht ist keineswegs nur an Stammtischen zu hören. Sie wurde in zahlreichen Zeitschriften und Fernsehbeiträgen vertreten.

So war im Stern zu lesen: In den Problemgebieten „leben manche Leute schon in der dritten Generation von Sozialhilfe – dort herrscht Sozialhilfeadel – die wissen gar nicht mehr, wie das ist: morgens aufstehen, sich rasieren, vernünftig anziehen und zur Arbeit fahren. Die kassieren ihr Geld vom Staat, machen nebenbei noch ein bisschen Schwarzarbeit, wenn sie nicht sogar kriminell werden. Wenn wir etwas bewegen wollen, müssen wir diese Leute aus ihrer Lethargie wecken, ihnen klar machen, dass sie für sich, ihre Stadt und ihr Viertel selbst verantwortlich sind.“ Weiterhin: „Armut macht also nicht krank. Der schlechte Gesundheitszustand der Unterschicht ist keine Folge des Geldmangels, sondern des Mangels an Dis-

ziplin. Disziplinlosigkeit ist eines der Merkmale der neuen Unterschichtkultur.“ Und schließlich: „Die Unterschicht verliert die Kontrolle, beim Geld, beim Essen, beim Rauchen, in den Partnerschaften, bei der Erziehung, in der gesamten Lebensführung“ (zitiert nach Chassé 2010).

Wer die Unterschicht moralisch verurteilt, fordert in der Regel drakonische Maßnahmen: Nicht hilfreich erscheinen regelmäßige, unkonditionierte Geldzuwendungen oder persönliche Hilfen, die auf Freiwilligkeit bauen. Dagegen scheinen Kontrollen, Strafen, zweckgebundene Gutscheine oder pflichtgemäße Unterweisungen Abhilfe zu versprechen.

Aus Sicht der empirischen Sozialforschung sind die abwertenden Diagnosen und die dementsprechenden Forderungen zwar nicht völlig gegenstandslos, wohl aber überzogen. Zum einen halten sich die beschriebenen Phänomene schon rein quantitativ in Grenzen. Sie lassen sich keinesfalls für große Teile oder gar für alle der ca. zehn Millionen Einkommensarmen Deutschlands beobachten. Zum anderen ist der Grad der Freiwilligkeit bzw. der Wählbarkeit von Verhaltensweisen gerade in beengten Lebensverhältnissen geringer, als viele der moralischen Verdikte unterstellen. Schon mancher aus bürgerlichen Mittelschichten musste an sich selbst erfahren, wie schnell er in Impulskäufe oder in andere „Disziplinlosigkeiten“ geriet, wenn es finanziell eng wurde. Schließlich werden aus wissenschaftlicher Sicht die Folgen zu negativ gesehen. So stellen für Heinz Bude die Mitglieder der Unterschicht „eine Gefahr für alle dar: Sie verzehren die Grundlagen des Wohlfahrtsstaats, bilden eine unerreichbare Parallelwelt und fungieren als unberechenbarer Resonanzboden für populistische Bestrebungen“ (Bude 2004, S. 5). Demgegenüber ist daran zu erinnern, dass die finanziellen Grundlagen unseres Wohlfahrtsstaats zwar zu erodieren drohen, aber nicht wegen der Armutsbekämpfung. Auch Populismus und politischer Extremismus finden weniger in den untersten Schichten der Gesellschaft Widerhall als in jenen, die infolge eigener Qualifikation oder wegen sozialer Abstiege den Anspruch auf einen bestimmten Status zu haben glauben, der ihnen derzeit verwehrt wird.

Heftiger noch als von Seiten der Wissenschaft fällt die Kritik an der moralischen Verurteilung der Unterschicht in Teilen der politischen Öffentlichkeit aus. Viele wenden grundsätzlich ein, dass die oben skizzierten problematischen Lebensweisen armer Menschen nicht auf deren Willen, sondern auf deren Lebensbedingungen zurückzuführen

sind. Ganz besonders laut wird die Verurteilung der Unterschicht aber dann kritisiert, wenn der Verdacht aufkommt, diese Sichtweise sei strategisch motiviert, um wohlfahrtsstaatliche Leistungen zurückzustutzen und die Kassen der Begüterten zu schonen. Damit wird angesprochen, wer nach Meinung vieler im gegenwärtigen Armutsdiskurs der wahre Adressat von Verurteilungen der Unterschicht ist: die Mittelschicht nämlich.

Bevor hierauf näher eingegangen wird, soll noch eine, wenngleich kleine, Nische des Armutsdiskurses ausgeleuchtet werden: Vielleicht als Antwort auf übertriebene Abwertungen der Unterschicht sind – in erster Linie innerhalb der Sozialwissenschaften, aber auch im Bereich der Mode und der Medien – in letzter Zeit nicht minder fragwürdige Aufwertungen entstanden. Trash-Kultur und Adipositas gelten auf einmal als kulturelle Kennzeichen der Unterschicht mit Eigenwert. Schulisches Versagen infolge sprachlicher Mängel und Schulschwänzen werden allein als „institutionelle Diskriminierung“ durch die Schule interpretiert, die bürgerliche Standards mit Macht durchsetze. Wer auf die geringe Weitergabe „kulturellen Kapitals“ (Pierre Bourdieu) durch Eltern bildungsferner Milieus verweist, wird beschuldigt, die Unterschicht zu diffamieren und die Schule von Schuld entlasten zu wollen.

Im Grunde wird so die Jahrzehnte alte, in den 1960er-Jahren in der Soziolinguistik (Basil Bernstein) bekannt gewordene Kontroverse zwischen der Defizit- und der Differenzhypothese wieder aufgewärmt. Letztere besagte, dass die Kultur der Unterschicht gleichwertig und nur anders als die der Mittelschicht sei. Die Defizithypothese meinte dagegen, dass Sprache und Kultur der Unterschicht minderwertig seien. Aber schon in den 1970er-Jahren war klar geworden, dass weder die reine Defizithypothese, noch die reine Differenzhypothese zutrifft. Heute aber werden beide Sichtweisen, die Wahrnehmung einer minderwertigen und die einer gleichwertigen Unterschicht, wieder in aller Reinheit und Unkenntnis verfochten. Es gibt auch diskursive Rückschritte (vgl. Hradil 2010, S. 105ff.).

Einige Folgen der Armutsdebatte in der Mittelschicht

Es wurde schon erwähnt, dass viele Beobachter der Debatte um die Armut den Eindruck haben, die moralischen Verurteilungen der Unterschicht seien latent an die mittleren Schichten gerichtet. Dabei würden mehrere Absichten zugleich verfolgt:

LITERATUR

- Auletta, Ken (1982): *The Underclass*. New York.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2008): *Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin.
- BMAS/Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012): *Lebenslagen in Deutschland. Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung*. Berlin. Unter: <http://bundes.blog.de/2012/09/20/pdf-lebenslagen-deutschland-4-armuts-reichtumsbericht-bundesregierung-14841683/>.
- Bude, Heinz (2004): *Das Phänomen der Exklusion*. In: *Mittelweg*, 4/2004, S. 3–15.
- Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael/Belke-Zeng, Matthias (2008): *Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland*. Wiesbaden.
- Chassé, Karl August (2010): *Unterschichten in Deutschland*. Wiesbaden.
- Hamburger, Franz (2009): *Abschied von der interkulturellen Pädagogik*. München.
- Heite, Catrin et al. (2007): *Das Elend der Sozialen Arbeit – Die ‚neue Unterschicht‘ und die Schwächung des Sozialen*. In: Kessel, Fabian/Reutlinger, Christian/Ziegler, Holger (Hrsg.): *Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die ‚neue Unterschicht‘*. Wiesbaden, S. 55–80.
- Hradil, Stefan (2001): *Soziale Ungleichheit in Deutschland*. 8. Auflage, Wiesbaden.
- Hradil, Stefan (2006): *Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf ...* In: *Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.): Die Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland*. Frankfurt am Main, S. 34–43.
- Hradil, Stefan (2008): *Anmerkungen zu einer erstarrenden Gesellschaft. Sozialer Auf- und Abstieg in Deutschland*. In: *Kauder, Volker/von Beust, Ole (Hrsg.): Chancen für alle. Die Perspektive der Aufstiegsgesellschaft*. Freiburg, S. 22–35.
- Hradil, Stefan (2010): *Die Armut und die Unterschicht. Eine Kontroverse wird härter*. In: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWPI)*, 1/2010, S. 105–110.
- Krämer, Walter (2005): *Werden die Deutschen immer ärmer? In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWPI)*, 4/2005, S. 395–397.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2008): *Datenreport*. Bonn.
- Vester, Michael (2006): *Soziale Milieus und Gesellschaftspolitik*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 44–45/2006, S. 10–17.

UNSER AUTOR



Stefan Hradil, geboren 1946, studierte Soziologie, Politologie und Slawische Philologie an der Universität München, wo er noch bis 1989 als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war. Anschließend übernahm er 1990 die Professur für soziologische Sozialstrukturanalyse an der Universität Bamberg. Zwischen 1991 und 2011 war er Professor für Soziologie an der Universität Mainz. 1994 wurde er zum Ehrendoktor der Universität für Wirtschaftswissenschaften Budapest ernannt, von 1995 bis 1998 war er Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Seit 2006 ist er in Mainz auch Mitglied der Akademie der Wissenschaften. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Sozialstrukturanalyse, Soziale Ungleichheit, Soziale Milieus und Lebensstile sowie Sozialer Wandel.

ANMERKUNGEN

1 Zur Bestimmung des mittleren Einkommens wird im Rahmen der Armutforschung seit einigen Jahren der Median und nicht länger das arithmetische Mittel herangezogen. Das Medianeinkommen ist so definiert, dass die eine Hälfte der Bevölkerung ein höheres, die andere Hälfte ein geringeres Einkommen zur Verfügung hat. Der Median und nicht mehr das arithmetische Mittel gilt als Bezugsgröße, weil letzteres durch die extrem hohen Einkünfte weniger Einkommensbezieher mittlerweile so sehr nach oben getrieben wird, dass das arithmetische Mittel mit der „Mitte der Gesellschaft“ nicht mehr viel zu tun hat.

- Es geht darum, sozialpolitische Leistungskürzungen zu legitimieren.
- Die Mittelschichten sollen die Möglichkeit erhalten, sich nach unten abzugrenzen und sich moralisch als die „bessere“ Schicht zu empfinden.
- Den mittleren Schichten soll ein Feindbild vermittelt und so die Statuskonkurrenz forciert werden.
- Schließlich sollen die Mittelschichten diszipliniert werden, indem die dort immer schon vorhandene latente Angst vor dem Abstieg geschürt wird.

Solche durchaus intendierten, aber kaum je artikulierten Zielsetzungen wären nicht neu. Dergleichen Absichten wurden in Armutsdiskursen seit Jahrhunderten verfolgt. Insofern ist es nicht so weit hergeholt, sie auch heute ein Stück weit zu unterstellen. Freilich hat sich in letzter Zeit die Lage der Mittelschicht verändert. Daher erzeugt der moralische Streit um die Armen jetzt in mittleren Schichten oftmals andere Wirkungen als erwartet.

Die neue Lage der Mittelschicht zeigt sich zum Beispiel darin, dass viele Gewinner in den letzten Jahren aus den Mittelschichten in die Oberschicht aufgestiegen, viele Verlierer dagegen abgestiegen sind, vor allem jene mit nicht mehr marktgängiger Qualifikation. Der ungewohnt raue Wind in den Mittelschichten bringt es mit sich, dass dort Ängste vor Abstieg und Arbeitslosigkeit zunehmen und gewissermaßen die Bürotürme hoch kriechen (Hradil 2006, S. 34ff.). Daran war übrigens auch die Einführung des Arbeitslosengelds II (Hartz IV) beteiligt. Es sieht bekanntlich schon nach wenigen Monaten der Arbeitslosigkeit eine Reduzierung der Bezüge auf das Sozialhilfeniveau vor. Dieser Fall ist zwar für Angehörige der Dienstleistungsmittelschicht relativ unwahrscheinlich, sollte er aber eintreten, dann ist die Fallhöhe tief. Dem entsprechen die nachweislich wachsenden Ängste.

In dieser Situation tut es den Angehörigen der Mittelschicht gut zu erfahren, dass auch im Falle eines Abstiegs eine Grenze der moralischen Respektabilität nach unten hin zur Unterschicht bleibt. Die wachsenden Ängste in der Mittelschicht stellen außerdem eine gute Grundlage dar, um das Feindbild einer disziplin- und verantwortungslosen Unterschicht zu entwickeln und so die eigene Disziplin zu stärken. Das waren die vermutlich beabsichtigten Effekte. Weniger geplant war es wohl, die Ängste in mittleren Schichten so sehr anzuhetzen, dass sich politisch unerwartete Haltungen und Wahlergebnisse häufen.

So wurde unter anderem von Michael Vester (2006) darauf hingewiesen, dass die Ängste derer, die sich als Moderni-

Armut und Reichtum – Öffentliche Wahrnehmung und wissenschaftliche Analyse 1945 bis heute

Ernst-Ulrich Huster

Nachdem die bitteren Notlagen des Zweiten Weltkriegs überwunden waren, setzte in Westdeutschland nach der Währungsreform 1948 eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ein. Das sogenannte Wirtschaftswunder ließ Einkommen, Vermögen und Wohlstand anwachsen. Dieses Wohlstandswachstum kam zunächst auch dem Lebensstandard wirtschaftlich eher schwacher Schichten zugute. Gleichwohl hatte das viel gepriesene Wirtschaftswunder zwei Gesichter: Den Gewinnern des Wirtschaftswunders, oftmals durch „verdeckte Startchancen“ und beachtlichen Kapitalbesitz begünstigt, stand die breite Bevölkerung gegenüber. Trotz staatlicher Sozial- und Wohlfahrtspolitik offenbarte sich spätestens seit Mitte der 1970er-Jahre, dass hinter der Fassade der ökonomisch starken Bundesrepublik soziale Gruppen existierten, deren materielle und soziokulturelle Teilhabe an der bundesdeutschen Gesellschaft relativ stark eingeschränkt war. Der gestiegene Wohlstand hatte die sozialen Ungleichheiten nicht beseitigt. Die „neue soziale Frage“, die seinerzeit in Öffentlichkeit und Politik eher randständig diskutiert wurde, stieß allerdings zusehends auf wissenschaftliches Interesse. Der ökonomische Strukturwandel und die ab den 1970er-Jahren ansteigende Arbeitslosigkeit lösten angesichts merklich gestiegener Armut eine politische und wissenschaftliche Debatte über die verschiedenen Facetten einer „neuen Armut“ aus. Durch die im Zuge der Wiedervereinigung nach oben schnellenden Arbeitslosenzahlen wurde in den 1990er-Jahren Armut als Massenphänomen schließlich unübersehbar. Die Sozialstruktur ist im wiedervereinigten Deutschland – wie auch in anderen europäischen Staaten – durch eine soziale Polarisierung gekennzeichnet: Nur zehn Prozent der deutschen Bevölkerung besitzen mehr als 60 Prozent aller Vermögenswerte. Armut bleibt folglich – so das Fazit von Ernst-Ulrich Huster – politisch und wissenschaftlich auf der Agenda. |

Von der absoluten zur relativen Armut, vom relativen zum absoluten Reichtum

Als Heiner Geißler, damals Sozialminister in Rheinland-Pfalz, im Jahr 1976 mit seiner Streitschrift „Die Neue Soziale Frage“¹ an die Öffentlichkeit trat, traf er

den Nerv der damals regierenden sozialliberalen Koalition, die mit ihrer „Politik der inneren Reformen“ gerade versucht und zum Teil auch erfolgreich erreicht hatte, dass der Sozialstaat nicht nur ausgebaut worden war, sondern auch nunmehr soziale Risiken erfasst wurden, die bislang außerhalb des Bismarck'schen konservativen Sozialstaates gelegen hatten: die Einführung einer Förderung von Studierenden (BAföG), die Kompensation von niedrigen Verdiensten bei Frauen („Rente nach Mindesteinkommen“), die Einbeziehung von sozialen Gruppen in die Gesetzliche Rentenversicherung (Künstler, Selbständige etc.) und anderes mehr. Geißlers Aussage, in der Bundesrepublik lebten sechs Millionen Menschen in Armut, und zwar Personen, die im Gegensatz zu den „Organisierten“ von den bestehenden Leistungsgesetzen nicht oder nur unzureichend erfasst würden, war quantitativ zwar nicht haltbar, machte aber auf das strukturelle Problem der Armut im Wohlfahrtsstaat aufmerksam. Denn die Vorstellung, über eine sukzessive Ausweitung der Leistungen des Sozialstaates auf neue Bevölkerungskreise werde Armut im Lande überwunden, erwies sich mehr als trügerisch. Allerdings war Geißlers Ursachenanalyse einseitig: Es lag und liegt zwar auch am Organisationsgrad sozialer Interessen („starke“ und „schwache“ Interessen), ob und inwieweit soziale Risiken öffentlich-rechtlich aufgefangen werden, es liegt aber vor allem an der stark erwerbsarbeitszentrierten Struktur des konservativen, an der Lebensstandardsicherung orientierten Bismarck'schen Sozialstaates, dass Risiken, die außerhalb des Schemas „Erwerbsarbeit – Soziale Sicherung“ liegen, schlechter abgesichert sind. Und eben diese Struktur war nach dem Zweiten Weltkrieg gerade von Heiner Geißlers Unionsparteien genau so gewollt worden.

Geißlers Verdienst bleibt es aber gleichwohl, kenntlich gemacht zu haben, dass hinter der Fassade einer starken wirtschaftlichen Gesellschaft soziale Gruppen existieren, deren soziokulturelle Teilhabe an der Gesellschaft relativ stark eingeschränkt ist. Dieses war und ist nicht jene absolute Armut der unmittelbaren Nachkriegszeit, aber es ist Armut, zumindest im Sinne der Defini-

tion der Europäischen Union, die ein Leben unterhalb der 60 Prozent-Grenze des Medianeinkommens haushaltsgeachtet als Armutsrisikoschwelle bezeichnet. Die seit Mitte der 1970er-Jahre sichtbar werdenden Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels mit einer ansteigenden Massenarbeitslosigkeit machten nicht nur deutlich, dass die Phase der Vollbeschäftigung im Nachkriegsdeutschland eher eine Episode, denn ein Dauerzustand sein werde. Sondern es schälte sich auch immer mehr heraus, dass die Bedingungen von Teilen der faktisch vorhandenen Erwerbstätigkeit zunehmend einer Spreizung unterliegen, so dass Armut trotz Erwerbsarbeit möglich ist.

Und Reichtum in Deutschland? Deutschland als Trümmerhaufen, das „Dritte Reich“ nicht mehr existent: Der Ausgangspunkt 1945 schien hoffnungslos zu sein, Wirtschaftsanlagen standen unter alliierter Treuhänderschaft oder gleich unter direkter alliierter Leitung, wurden zum Teil demontiert und ins Ausland geschafft. Von Reichtum sprach niemand. Nur von dem, den sich Wirtschaftsleute während des Krieges illegitimer Weise angeeignet hatten. Diese sollten enteignet werden, so politische Forderungen und auch Handlungen seitens der Alliierten. Und doch: Kriegshandlungen in und Bombenangriffe auf Deutschland hinterließen zwar ein Bild der Trostlosigkeit, vor allem in den großstädtischen Bereichen. Aber abseits der und teilweise unter den Trümmern waren viele Werte verschont geblieben. Eigentum befand sich auch weiter in unterschiedlicher Größe in privaten Händen bzw. wurde unter alliierter Treuhänderschaft wieder für den Aufbau nutzbar gemacht. Dieser Reichtum blieb zunächst unsichtbar. Es wurden eher Karikaturen von reichen Bauern kolportiert, die im Kompensationsgeschäft so viele Perserteppiche von hungernden Städtern bekamen, dass sie damit sogar die Kuhställe ausstatten konnten. Aber relativer Reichtum rettete sich über die ersten Kriegsjahre hinweg. Neuer ist dazu gekommen: Heute besitzen ca. zehn Prozent aller Deutschen mehr als 60 Prozent aller Vermögenswerte. Beim Geldkapital verfügen wenige über größte Summen. Absoluter Reichtum ist vorhanden, er hebt sich deutlich ab und weist eine hohe Persistenz auf.

Notlagen und verdeckte Startchancen

Im Verlauf und nach Beendigung der fanatischen Kriegsführung durch das „Dritte Reich“ war Deutschland komplett von ausländischen Truppen besetzt und seiner Staatlichkeit enthoben worden, alle Versorgungsstrukturen brachen zusammen. Millionen Menschen waren auf der Straße: Evakuierte auf dem Rückmarsch zu ihren – meist zerstörten – Städten, ausländische Kriegsgefangene, die nach Hause wollten, Millionen Vertriebene aus ehemals deutschen Gebieten, KZ-Häftlinge, die das Grauen überlebt hatten. Es gab keine Rentenzahlungen, es gab keine Unterstützungen. Kommunale Stellen – die der Alliierten und allmählich auch wieder deutsche – halfen durch Notbewirtschaftung von Wohnraum, Lebensmittel und Brennmaterial, Menschen an der Grenze zur absoluten Armut ein Überleben zu ermöglichen. Landflächen wurden akquiriert, um den Zugewanderten Mittel zur subsistenzwirtschaftlichen Versorgung zu gewähren, öffentliche Parkanlagen wurden für den Anbau von Kartoffeln und Kohl umgestochen. Es herrschte Not, bittere Not. Viele überlebten diese Zeit nicht oder nur schwer erkrankt. Die typische Hungerkrankheit Tuberkulose grassierte. Hilfen von außen, etwa die berühmten Care-Pakete aus den USA, gaben Hoffnung, aber sie waren ein Tropfen auf den heißen Stein.

Mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948 wendete sich das Schicksal. Jeder (West-)Deutsche konnte zunächst einen festgelegten „Kopfbetrag“ in Höhe von 40 Deutsche Mark (DM) in die neue Währung umtauschen, der später auf 60 DM aufgestockt wurde. Angesichts dieses „Startkapitals“ schienen alle gleich viel zu besitzen. Mit der Währungsreform und den Hilfen aus dem Marshall-Plan nahm auch die Wirtschaft zunächst allmählich, mit dem nach Ausbruch des Korea-Krieges im Jahr 1950 einsetzenden Boom dann drastisch an Fahrt auf. Mit der Währungsreform wurden zugleich auch Steuergesetze erlassen, die auf eine massive Unternehmensförderung zielten. Ein wirtschaftlicher Aufschwung werde – so die politische Devise – letztlich die Beschäftigungslage und damit die Einkommenslage breiter Bevölkerungskreise verbessern. Mit der allmählichen Rückübertragung der Wirtschaftsunternehmen und dann auch des zuvor beschlagnahmten Hauseigentums auf die ehemaligen Besitzer kamen Eigentum und enorme staatliche Fördermaßnahmen zusammen, es entstand neuer Reichtum. Die Wirtschaft boomte. Deutschland als traditioneller Lieferant von Investitionsgütern fasste schnell

wieder Fuß auf den europäischen und darüber hinausgehenden Auslandsmärkten. Der Wohlstand zeigte sich augenscheinlich – nicht zuletzt in der zunehmenden Leibesfülle nicht weniger der nun wieder auf einer „Woge von Gold“ sitzenden Unternehmer.

Es war ein Außenseiter, der publizistisch unermüdlich auf diese Wohlstandsmehrung hinwies und fragte: „Wem gehört Deutschland?“, um sodann eine „Chronik von Besitz und Macht“ zu erstellen. Kurt Prizkoleit² destruierte das Märchen, es handele sich um „neuen“ Reichtum, indem er aufzeigte, dass nicht wenig dessen, was über Krieg und Bombenterror an Werten erhalten geblieben war, zuvor Juden und anderen Personengruppen weggenommen, aus

Kriegsgeschäften – auch mit Massenvernichtungsmitteln von Zivilpersonen – gezogen und durch Ausplünderung besetzter Länder gewonnen worden war. „Persilscheine“ – also das wechselseitige Reinwaschen von durch die Kooperation mit dem „Dritten Reich“ kompromittierten sogenannten Wirtschaftsführern – stellten und stellen nach wie vor eine Hypothek der zweiten Republik auf deutschem Boden dar. Doch weiterer Reichtum kam hinzu: In den 1950er-Jahren zeichnete sich eine



Berlin 1945: Nach der Befreiung durch die alliierten Streitkräfte war Deutschland seiner Staatlichkeit enthoben worden, alle Versorgungsstrukturen brachen zusammen. Es herrschte bittere Not. Die Notbewirtschaftung von Wohnraum, Lebensmitteln und Brennmaterial ermöglichte Menschen an der Grenze zur absoluten Armut ein Überleben.

picture alliance/dpa

große Gründerwelle ab, die neue Namen in die Liste der deutschen Unternehmer einfügte.

Die zwei Gesichter des Wirtschaftswunders

Die politische Entscheidung, der zufolge erst die Schornsteine wieder rauchen müssten, bevor die breite Masse der Arbeitnehmer und erst recht die Gruppe der nicht, bzw. nicht mehr Beschäftigten an diesem Wertzuwachs teilhaben sollten, führte zu einer enormen Diskrepanz zwischen den Gewinnern des sogenannten „Wirtschaftswunders“ und breiten Teilen der Bevölkerung. Die Löhne stiegen an, aber noch moderat. Die Renten dagegen verharrten auf einem niedrigen Niveau, ab und an per Gesetz angepasst. Altersarmut war weit verbreitet, vor allem bei den Witwen der Soldaten. Es setzte deshalb eine breite Debatte darüber ein, ob man das System der sozialen Sicherung neu aufbauen und neu gestalten sollte. Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligten sich an dieser Debatte.³ Es gab eine Vielzahl von Vorschlägen, letztlich mit dem Tenor: Anheben der Leistungen der sozialen Sicherung, aber so, dass der Vorrang von Investitionen für ein lang anhaltendes Wirtschaftswachstum nicht gefährdet wird. So und nur so sollte „Wohlstand für alle“ geschaffen und erhalten werden, wie es der langjährige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard formulierte.⁴

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Gesetzlichen Rentenversicherung kam es schließlich zu einem sozialversicherungsrechtlichen Neuanfang. Bundesarbeitsminister Anton Storch war in diese Debatte mit dem Ziel gegangen, dass die arbeitenden Menschen „in der Zukunft, vor allen Dingen im Alter, nicht mehr die Angst um die Not des Tages zu leiden“ brauchten. Befürworter und Gegner einer umfassenden Rentenreform stritten darüber, ob es ethisch geboten und wirtschaftspolitisch vertretbar sei, die Alterssicherung an den allgemeinen, sich im Lohnniveau widerspiegelnden Wohlstandszuwachs zu koppeln. Die 1957 in Kraft gesetzte Dynamisierung der Renten bewirkte eine drastische Reduktion der Zahl der Bezieherinnen und Bezieher vor allem von Mindestsicherungsleistungen. Das 1963 in Kraft getretene Bundessozialhilfegesetz verstand sich als Gesetz, das nur noch den Notfall auffangen sollte, der nicht über die Sozialversicherungen standardisiert versorgt werden konnte. Dem diente ein breit gefächertes Angebot an unterschiedlichen Hilfestellungen. 1963 schließlich wurden

auch die Kriegsofferrenten dynamisiert.

Im System der sozialen Sicherung gab es nun ein sehr leistungsfähiges Prinzip intergenerationaler Umverteilung über das Instrument der Dynamisierung, daneben sollten Einzelfallregelungen dort greifen, wo allgemeine Leistungsgesetze nicht helfen konnten. Armut war nicht beseitigt, aber deutlich auf prekäre Lebenslagen begrenzt. Von daher war es – phänomenologisch betrachtet – wissenschaftlich nicht abwegig, die Lebenslage großer Teile der Bevölkerung als nivelliert anzusehen und angesichts der allmählichen Verbesserung der Einkommenslage sogar von einer „Mittelstandsgesellschaft“ zu sprechen, wie es der Soziologie Helmut Schelsky tat.⁵ Diese These wurde empirisch aber nur unzureichend abgestützt, vernachlässigt

schelsky doch die beachtliche Anhäufung von Kapitalbesitz bereits in den 1950er-Jahren. Erste Untersuchungen zeigten hier erhebliche Konzentrationserscheinungen. Mit Ralf Dahrendorf kam es dann in den 1960er-Jahren zu einer realistischeren Betrachtung der gesellschaftlichen Binnenstruktur. Er beschrieb die Gesellschaft als ein Haus, das in unterschiedliche soziale Stockwerke eingeteilt ist. Von ihm kam aber zugleich der deutliche Hinweis, dass ein Haus einen festen Boden und ein sicheres Dach haben müsste. Er als Liberaler wünschte sich zwar, dass zwischen Boden und Dach ein möglichst großer Abstand bestünde, gleichwohl sah er die Notwendigkeit, die Amplitude zwischen sozialem Unten und Oben nicht ins Unermessliche ansteigen zu lassen.⁶



Randgruppen und Superreiche

Die Folgen des Zweiten Weltkriegs konnten schon in den 1950er-Jahren in einem hohen Maße überwunden werden, ja, ein Teil der Folgen dieses Krieges war zugleich Bedingung für den rasanten Wiederaufstieg: der große Investitionsbedarf, die Bereitschaft der Bevölkerung und erst Recht der eingewiesenen Vertriebenen, zu niedrigen Löhnen zu arbeiten, der Zustrom von qualifizierten Arbeitskräften etwa aus der DDR und nicht zuletzt die Tatsache, dass Deutschland zunächst keine Kosten für das Militär aufwenden durfte und musste. Der Vorrang der Kapitalförderung durch Steuer- und Subventionspolitik beließ lange Zeit die Soziallasten niedrig. Bei den Verhandlungen in Rom über die Gründung der Europä-

ischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) setzte Deutschland durch, dass es innerhalb der zu bildenden Zollunion keine sozialen Mindeststandards geben sollte: Deutschland könne sich das angesichts der aktuellen Notlage nicht leisten.

Doch diese Sonderbedingungen im Deutschland der 1950er-Jahre hoben sich langsam auf. Anfang der 1960er-Jahre kam es zu größeren Lohnauseinandersetzungen, bei denen die Gewerkschaften einen höheren Anteil der Arbeitnehmer an dem beachtlichen Wirtschaftswachstum erstreiten wollten. Mit dem Mauerbau versiegte der Zuzug weiterer Arbeitskräfte aus der DDR, schon seit 1957 kamen erste Gastarbeiter nach Westdeutschland. Deutschland prosperierte gleichwohl weiter, auch wenn eine erste Rezession mit einem realen Wirtschaftsrückgang Mitte der 1960er-Jahre wie eine Katastrophe größten Ausmaßes erschien – mit gerade einmal ca. 500.000 Arbeitslosen. Diese Rezession konnte rasch überwunden werden – es entstand eine Euphorie, mit mehr staatlicher Globalsteuerung alle Risiken in den Griff zu bekommen. Ein 1969 verabschiedetes Arbeitsförderungsgesetz löste das alte Gesetz von 1927 ab und setzte den Akzent auf Prävention bei der Arbeitsmarktpolitik: Ein breites Set von Beratung bis zur Arbeitsförderung sollte verhindern, dass jemand überhaupt passive monetäre Leistungen, wie Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, benötigte.

Es gab sie, die Armut – aber, wie es Gerd Iben zu Beginn der 1970er-Jahre formulierte, als „Randgruppen“.⁷ Heinz Strang untersuchte „Erscheinungsformen der Sozialhilfebedürftigkeit“.⁸ Aber dies waren eher randständige Bereiche, die in der Wissenschaft und in der Politik wenig Resonanz auslösten. Strang verwies bereits auf die Gefahr intergenerativer Weitergabe von Armutslagen. Die sozialliberale Koalition nutzte die wieder prosperierende Wirtschaft, um den Regelsatz der Sozialhilfe zu dynamisieren, indem die im Warenkorb enthaltenen Güter zukünftig entsprechend der Preisentwicklung angepasst werden sollten.


In den USA kam es in dieser Zeit zu einer größeren Untersuchung über die „Reichen und die Superreichen“ von Ferdinand Lundberg.⁹ Der Wirtschaftsjournalist Michael Jungblut übertrug diesen Ansatz auf Deutschland. Nach ersten wissenschaftlichen Arbeiten zur Vermögenskonzentration Ende der 1960er-Jahre (von Wilhelm Krelle, Johann Schenk und Jürgen Siebke¹⁰), vor allem zur Konzentration des Produktivvermögens, kam es bei Jungblut zu einer ersten bundesdeutschen Bestandsaufnah-

me, die allerdings für lange Zeit einzigartig blieb.¹¹ Die Vermögensanalyse von Horst Mierheim und Lutz Wicke aus dem Jahr 1978 aktualisierte die Untersuchung von Krelle u. a. zur personellen Vermögensverteilung.¹²

Neue Armut oder neuer Reichtum?

Der Sozialbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 1973 bezeichnete den Arbeitskräftemangel als das größte sozialpolitische Problem der nächsten Jahre. Schon im nächsten Jahr zeichnete sich allerdings eine Arbeitslosigkeit ab, die sich deutlich als überzyklisch erwies und langfristig anstieg, erst auf eine Million, dann auf zwei Millionen. Entgegen vereinfachender Erklärungsraaster, wie etwa der Verteuerung des Rohstoffes Öl („Ölschock“), hatte man es hier insgesamt mit einem strukturellen Problem zu tun, nämlich einmal mit den Folgen der massiven Rationalisierungsinvestitionen nach 1966/67 und zum anderen mit den Folgen einer starken Gewichtsverschiebung vom sekundären Wirtschaftssektor, dem Produktionssektor, hin zum tertiären, dem Dienstleistungssektor. Die Qualifikationsanforderungen spreizten sich sehr stark zwischen den Hochqualifizierten in den wirtschaftlichen Kernbereichen und den Niedrigqualifizierten in den wachsenden Branchen des Dienstleistungsgewerbes. Die Folgen waren schärfere Selektion im Bildungs- und Ausbildungsbereich beim Zugang zu den qualifizierten Stellen, Abqualifizierung von beruflichen Kenntnissen mangels Nachfrage und der Einstieg in einen Einkommenssektor, der immer prekärer wurde, und zwar bezogen auf Einkommen, Standards, soziale Absicherung und arbeitsrechtlichen Schutz. Armut trotz Erwerbsarbeit („working poor“) wurde Gegenstand der politischen und wissenschaftlichen Kontroverse.¹³ Und schließlich zeigte sich Massenarbeitslosigkeit mit einem zunehmenden Segment von Dauerarbeitslosen.

Der Vorwurf aus Unionskreisen gegenüber der, insgesamt mit ihrer Politik der inneren Reformen sehr erfolgreichen, sozialliberalen Koalition, sie vernachlässige jene, die nicht in der Erwerbsarbeit stünden bzw. in den entsprechenden Bezugssystemen abgesichert seien, sie stelle sich also nicht der Herausforderung der „neuen sozialen Frage“, beantwortete die SPD nach dem Ende ihrer Regierungstätigkeit mit dem Vor-



... die gute harte Mark! Mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948 schienen alle gleich viel zu besitzen. Das bald danach einsetzende Wirtschaftswunder ließ Einkommen, Vermögen und Wohlstand anwachsen, führte jedoch zu einer enormen Diskrepanz zwischen den Gewinnern des Wirtschaftswunders und breiten Teilen der Bevölkerung.

picture alliance/dpa



In den 1980er-Jahren entwickelte sich eine Sensibilität für die Auswirkungen der sozialen Segregation auf die nachwachsende Generation, die Kinder. Kinderarmut steht seit Ende der 1990er-Jahre in Politik und Wissenschaft auf der Agenda.

picture alliance/dpa

wurf an die neue konservativ-liberale Koalition, sie schaffe eine „neue Armut“. ¹⁴ Richtig daran war, dass mit dem Regierungswechsel von 1982 zunächst scharfe Schnitte insbesondere in der Arbeitslosenversicherung und beim Bundesausbildungsförderungsgesetz vorgenommen wurden, so dass das Armutspotenzial zweifelsfrei stieg, bzw. Kinder aus sozial schlechteren Kreisen erst gar nicht bis zum Abitur gefördert wurden (Wegfall des BAföG für Schüler). Falsch war aber, dass die Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik und bei den Renten erst unter der neuen Regierung einsetz-

ten, sie griffen vielmehr schon am Ende der sozialliberalen Koalition, wenngleich sie nun noch stärker ausfielen. Falsch war aber vor allem, dass der Zusammenhang zwischen Armut und Arbeitslosigkeit – geschichtlich betrachtet – neu sei. Nicht erst in der Weimarer Republik, auch schon vor der Weltwirtschaftskrise, wurde der enge Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Armut deutlich. Neu war auch nicht, dass Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung immer mehr Menschen in die soziale Mindestsicherung trieben, eine Entwicklung, auf die die Sozialhilfe

weder von der Finanzierung noch vom Umgang mit den (Langzeit-)Arbeitslosen her gesehen ausgerichtet war. „Hilfen zur Arbeit“ sollten auf kommunaler Ebene auffangen, was die zentrale Bundesanstalt für Arbeit nicht mehr bewältigen konnte.

Neu war dagegen etwas ganz anderes: Dass es in Deutschland ein beachtliches Gefälle beim Einkommen, vor allem aber bei den Vermögen gab, konnte angesichts der allgemeinen Wohlstandssteigerung in den 1950er- bis 1970er-Jahren noch übersehen werden, wengleich die Untersuchungen etwa von Pritzkolet, Krelle u. a., Jungblut, Mierheim und Wicke bereits darauf aufmerksam gemacht hatten. Nun aber zeigte sich, dass es zum einen möglich war, Wirtschaftswachstum und Wohlstandsmehrung trotz erheblicher Unterbeschäftigung zu generieren, und dass zum anderen dieser Wertzuwachs immer ungleicher verteilt wurde. Im Ergebnis nahmen Reichtum und Armut gleichermaßen zu. In diesem Ausmaße war dies neu in Deutschland. ¹⁵

Armut als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung

Im Übergang zu den 1980er-Jahren setzte nicht nur politisch verstärkt eine Debatte über „neue“ Armut ein, an der sich Gewerkschaften, Kirchen und Betroffeneninitiativen beteiligten. Auch die Wissenschaft brachte sich verstärkt in diesen Diskurs ein. Im Auftrag der Europäischen Kommission untersuchte ein Forscherteam um Richard Hauser „Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland“. ¹⁶ Diese Untersuchung stand in der Frankfurter Tradition der Sozialindikatorenforschung, die bereits in den 1970er-Jahren ausgebaut wurde. ¹⁷ Helmut Hartmann konnte in einer ersten Dunkelzifferstudie aufzeigen, dass nur die Hälfte der Berechtigten ihre Ansprüche gegenüber dem Sozialamt geltend machten. ¹⁸ Es folgten zahlreiche wissenschaftliche Expertisen und fachpraktische Gemeinschaftspublikationen. Am bekanntesten wurde hierbei die Arbeitsgruppe „Armut und Unterversorgung“, die zum einen zu konkreten Fachfragen Stellung bezog, zum anderen eine langfristige Sozialberichterstattung mit ihrem Beitrag „Armut in Deutschland“ aus dem Jahr 1990 vorbereitete. ¹⁹ Da seitens der damaligen Bundesregierung eine entsprechende Sozialberichterstattung unterblieb, vielmehr sogar versucht wurde, die Veröffentlichung des zehnten Kinder- und Jugendberichts mit empirischen Angaben zur steigenden Kinderarmut erst verspätet der Öffentlichkeit zugänglich zu ma-

chen²⁰, waren es dann Wissenschaftler um Walter Hanesch, in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und einem Verband der freien Wohlfahrtspflege, die in diese Lücke stießen und einen ersten nationalen Armutsbericht erstellten.²¹ Der Caritasverband hatte schon zuvor durch Richard Hauser und Werner Hübinger einen Bericht über den Umgang des Verbandes mit der zunehmenden Armut erstellen lassen.²² Mit dem neu implementierten Sozioökonomischen Panel beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin gelang es, jeweils aktuelle Daten zur Verteilungswirkung in Deutschland zu gewinnen.²³

Es setzte nun auch eine breite wissenschaftliche Fachdiskussion ein. So untersuchten Wissenschaftler wie Hartmut Häußermann und Walter Siebel die sozialräumlichen Auswirkungen von Verteilungsprozessen.²⁴ Alfred Oppolzer²⁵ und Andreas Mielk²⁶ wandten sich empirischen Fragen der Benachteiligung sozialer Gruppen im Gesundheitswesen zu. Inzwischen betreibt das Robert-Koch-Institut offiziell für die Bundesregierung eine Gesundheitsberichterstattung.²⁷ Die Bildungsberichterstattung wandte sich ebenfalls sozialen Selektionsmechanismen zu, bevor dann internationale Vergleichsstudien die soziale Segregation im deutschen Bildungssystem auf die tagesaktuelle und politische Agenda hoben.²⁸ Armut nicht länger als einen statistischen Zustand zu verstehen, sondern in ihrem lebensgeschichtlichen, dynamischen Verlauf, wurde das Thema eines großen Forschungsbereichs an der Universität Bremen, an dem auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anderer Hochschulen beteiligt waren.²⁹ In Köln, Bielefeld, Mannheim, Frankfurt und anderenorts arbeiteten Teams an unterschiedlichen Aspekten von Armut.

Reichtum war lange Zeit ein Tabuthema

Reichtum dagegen blieb weiterhin ein Tabuthema. Es waren Initiativen aus dem kirchlichen Bereich, von Wissenschaftlern initiiert, die zu Beginn der 1990er-Jahre auch dem Thema Reichtum ein breiteres Gewicht zukommen ließen: „Reichtum in Deutschland“ war ein erster Sammelband, der sogleich über den empirischen Bereich von Einkommen und Vermögen hinaus auch weitere Aspekte zu erhellen versuchte, die am Lebenslagenkonzept orientiert waren.³⁰ Andrea Weinert eröffnete einen geschlechtsspezifischen Diskurs in der Verteilungsdebatte, habe doch die Grammatik Recht: „Der“ Reichtum ist männlich und „die“ Armut weiblich.³¹

Leider wurde dieser Gesichtspunkt bislang nur randständig weiterverfolgt. Mit Erscheinen dieses Bandes setzte eine breite Rezeption in der Öffentlichkeit ein. Reichtum wurde zum Thema – ohne dass allerdings das Thema Armut aus dem öffentlichen Diskurs verschwand. Dieses hatte drei Gründe: Zum einen schnellten infolge der Wiedervereinigung die Arbeitslosenzahlen enorm nach oben, Armut als Massenphänomen war als Folge von Arbeitslosigkeit nunmehr unübersehbar. Zum zweiten war es die Europäische Union, die im Übergang zu den 1980er-Jahren begann, Fragen von Armut und sozialer Ausgrenzung zu untersuchen und Strategien dagegen zu erörtern. Zu erwähnen sind insbesondere die drei Armutsprogramme. Und drittens stellte sich verschärft die Frage nach den Auswirkungen dieser sozialen Segregation auf die nachwachsende Generation, die Kinder. Die Kommunen gelangten immer mehr an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, durch die Initiativen der Europäischen Union wurde das Thema entnationalisiert, mit Blick auf die Kinderarmut zeitlich entgrenzt: Nicht nur das Hier und Jetzt, sondern auch das Morgen, die Folgen, gelangten in den Blickpunkt. Ein besonderes Beispiel stellte die vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt und dem Frankfurter Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik um die Sozialwissenschaftlerin Gerda Holz Ende der 1990er-Jahre in Angriff genommene Kinderarmutsstudie dar, die erstmals die konkrete Lebenssituation von Kindern ab dem Kindergartenalter empirisch untersuchte und inzwischen bis in das Jugendalter lebensgeschichtlich verfolgt hat.³² Die Veröffentlichung des ersten offiziellen Abschlussberichts im Jahr 2000 – dem dann erfreulicherweise weitere folgten – stieß im bundesdeutschen Zeitungswald auf große Resonanz: In fast allen überregionalen, regionalen und sehr vielen Lokalzeitungen war das Thema auf Seite Eins platziert. Kinderarmut steht seitdem in Politik und Wissenschaft auf der Agenda.³³

Soziale Polarisierung in Deutschland – aber nicht nur da

Große internationale Vergleichsanalysen und weitere wissenschaftliche Studien, die nunmehr breit diskutiert wurden, konnten eine offizielle nationale Sozialberichterstattung nicht ersetzen. Schließlich galt es, nicht nur zu berichten, sondern auch zu handeln. Dies jedoch setzt eine offizielle Wahrnehmung sozialer Lebensbedingungen durch die Politik voraus. Schon in den 1980er-Jahren hatten zahlreiche Kommunen, teils

alleine, teils in Kooperation mit Sozialverbänden und Wissenschaftlern kommunale Sozialberichte erstellt. Diese wurden immer professioneller und konnten auch die lokale sozialräumliche Segregation darstellen. Einige Bundesländer beschlossen ebenfalls, Sozialberichte zu erstellen. Am nachhaltigsten tat dies das Bundesland Nordrhein-Westfalen.³⁴ In anderen Bundesländern blieb es meist bei einem einmaligen Bericht.

Erst die rot-grüne Bundesregierung setzte nach ihrem Regierungsantritt 1998 um, was sie aus der Opposition heraus von der vormaligen Regierung gefordert hatte, und erstellte einen ersten nationalen Armuts- und Reichtumsbericht. Dazu beauftragte sie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Forschungsaufträgen, den Bericht allerdings erstellte die Regierung selbst. Die wissenschaftlichen Expertisen wurden parallel zum Bericht selbst veröffentlicht. Es konnte eine breite Diskussion ansetzen, weil seitens der Experten auch Fragen aufgegriffen wurden, die im Bericht selbst eher randständig blieben. Es folgte ein zweiter Bericht. Und in der Regierungszeit der großen Koalition von CDU/CSU und SPD wurde im Jahr 2008 der dritte Bericht veröffentlicht.³⁵

Für diesen dritten Bericht waren sehr umfangreich empirische Felder neu berechnet worden, um sowohl Armut als auch Reichtum besser erfassen zu können. Es wurde ein realistischer Zugang zu den sozialen Komponenten von Armut und Reichtum deutlich, der – orientiert am Lebenslagenansatz und an den theoretischen Überlegungen zu „Verwirklichungschancen“ von Amartya Sen³⁶ – auch auf nicht-monetäre Bereiche ausgeweitet wurde. An der Reichtumsdiskussion wurde wichtig, dass zur besseren Vergleichbarkeit zwischen Arbeitnehmern und Selbständigen beim Vermögen neben der privaten Daseinsfürsorge auch das Sozialvermögen aus Rentenanwartschaften etc. mit einbezogen wurde.³⁷ In Kürze soll ein vierter Bericht folgen.

Daneben gewann die Sozialberichterstattung durch die Europäische Kommission ein breiteres Gewicht, auch in Deutschland. Wie auf dem Gipfel in Lissabon im Jahr 2000 vereinbart, sollten der soziale Zusammenhalt („social cohesion“) in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union verstärkt, Armut und soziale Ausgrenzung reduziert werden. Zwar sollte es der Kommission nicht

erlaubt sein, etwa über rechtliche Vorschriften die Mitgliedstaaten zu konkreten Schritten zu veranlassen, wohl aber sollten die Mitgliedstaaten im Rahmen einer „Offenen Methode der Koordination“ (OMK) gleichsam in ein Benchmarking-Verfahren eintreten, um gegenseitig voneinander zu lernen und das soziale Miteinander in der Europäischen Union zu verbessern. Zugrunde gelegt wurden Zielvereinbarungen, die sogenannten Laaken-Indikatoren, über deren Erreichen oder Nicht-Erreichen jeweils berichtet werden sollte. Zusammenfassende Berichte machten deutlich, wo die einzelnen Länder standen, wobei ein „shaming and blaming“ ausgeschlossen wurde. Die Verringerung der Armutsquoten war zwar nicht quantifiziert worden, gleichwohl war 2010 zum Jahr der Europäischen Union zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erklärt worden. Die erheblichen finanziellen Turbulenzen, die mit dem Begriff Finanzkrise nur unzureichend gefasst sind, verhinderten, dass allzu positive Ergebnisse präsentiert werden konnten. Trotzdem stand dieses Thema ein Jahr lang in allen Mitgliedstaaten auf der Agenda und wurde zentral und dezentral ausgewertet. Insgesamt haben die Aktivitäten der Europäischen Union sowohl den politischen als auch den wissenschaftlichen Diskurs stark internationalisiert und damit auch neue Diskussionsforen geschaffen.³⁸

Inzwischen wurde für das nächste Jahrzehnt eine neue Strategie unter dem Namen „Europa 2020“ programmatisch gefasst. Da insbesondere die deutsche Bundesregierung vehement dagegen war, dass quantitative armutspolitische Zielvorstellungen für jedes Mitgliedsland verankert wurden, verständigte man sich darauf, bestimmte soziale Problembereiche näher zu konkretisieren und programmatisch zu fassen, die armutsrelevant sind (z. B. Arbeitslosigkeit, Bildungsarmut etc.). Bezogen auf Armutszahlen einigte man sich darauf, die Zahl der Armen um 20 Millionen zu senken – ließ dabei allerdings offen, wo dies geschehen sollte. Nun kann jedes Mitgliedsland darauf hoffen, dass der andere etwas tut, um zur Absenkung seiner Armutszahlen beizutragen.

Die soziale Polarisierung hat zugenommen

Als Oppositionsparteien fragten SPD und Grüne im April 1998 die damalige konservativ-liberale Bundesregierung, wie sie den Zustand sozialer Polarisierung in Deutschland fasse und was sie dagegen zu tun gedenke. Die damalige Bundesregierung wies barsch zurück, dass sich die Lebensverhältnisse und



Verteilungsstrukturen stark auseinander entwickelt hätten. Dabei hatte sich die Verteilungslage in Deutschland schon seit Beginn der 1990er-Jahre einseitig zu Gunsten der Wohlhabenden entwickelt. Dieser Trend ist in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts noch verstärkt durch die empirische Forschung, etwa Daten des Sozioökonomischen Panels, belegt worden. Es zeigt sich, dass sich Einkommenszuwächse in den letzten zehn Jahren in nennenswertem Umfang nur bei den oberen zehn Prozent der Einkommensbezieher ausweisen lassen, während die unteren 20 Prozent einen Negativtrend verzeichnen. Die Vermögensverhältnisse sind doppelt so stark konzentriert wie die Einkommen. Beides zusammen sind Indikatoren, die deutlich machen, dass es nicht nur eine starke soziale Polarisierung gibt, sondern dass sich diese auch gerade in den letzten beiden Jahrzehnten noch verstärkt hat. Einkommenszuwächse der breiten Bevölkerung glei-

chen den Anstieg von Sozialabgaben, Steuern und von Inflation nicht aus, die Massenkaukraft sinkt, der Export wird immer stärker die Stütze der Wirtschaft. Doch kommt es hier zu Abschwächungen, wie in der sogenannten Finanzkrise, dann stärkt die Bundespolitik die Endnachfrage (etwa Abwrackprämie), kompensiert also auf Pump, was in den regulären Verteilungsprozessen an Ungleichgewichten entstanden ist. Dabei hat auch der Staat seinen Beitrag zur Verschärfung der Verteilungsungleichgewichte geleistet, indem er – mit Blick auf die tatsächliche oder bloß vermeintliche internationale Wettbewerbssituation – die Gewinnsteuern stark abgesenkt und damit die private Reichtumsmehrung gestützt hat, während seine Haushaltsausgaben defizitär blieben und bleiben.

Insgesamt handelt es sich um komplexe, längerfristig wirkende verteilungspolitische Ungleichgewichte national und europa-, sowie weltweit, die, wie die



Die soziale Polarisierung hat zugenommen. Verlierer und Gewinner stehen sich immer schroffer gegenüber. Mit einem bundesweiten Aktionstag demonstrieren Gewerkschaften und Sozialverbände im September 2012 für eine Umverteilung von Vermögen

picture alliance/dpa

neuerliche Euro-Krise zeigt, eben nicht temporärer Natur sind: Da der enorme Reichtum, gerade auch im Geldvermögensbereich, immer weniger eine rentierliche Verzinsung über Realinvestitionen findet, gibt es immer gewagtere Konstruktionen im spekulativen Anlagebereich, die über kurz oder lang in sich zusammenbrechen. Die starke Ausweitung privater Altersvorsorge hat diesen Trend noch verschärft. Zunächst „verdienen“ also die spekulativ agierenden Kapitalsammelstellen, dann „verlieren“ sie. Dies gilt nicht nur für Deutschland bzw. den Euro-Raum, sondern insgesamt für die Europäische Union und die anderen Zentren ökonomischer Macht auf der Welt.

Reichtum ist damit längst nicht mehr bloß die Grundlage für eine individuelle Wohlstandsmehrung, sondern zumindest relevante Teile privaten Reichtums werden zur Gefahr nicht nur für die ökonomische, sondern auch für die demokratische Stabilität. Verlierer und Ge-

winner in diesen Prozessen stehen sich immer schroffer gegenüber. Es ist dies die Stunde kreativer neuer Ideen, um hier wieder ein Gleichgewicht herzustellen. Angesichts des öffentlichen Gesamtschuldenstandes in Deutschland von über zwei Billionen Euro und nach wie vor bestehender erheblicher Finanzierungsdefizite etwa im Bildungsereich, haben Gewerkschaften, Sozialverbände und Wissenschaftler im Jahr 2012 einen Lastenausgleich angeregt, ähnlich dem nach dem Zweiten Weltkrieg.³⁹ Auch Reiche selbst melden sich seit geraumer Zeit zu Wort und klagen eine stärkere Beteiligung der Reichen an der Überwindung der öffentlichen Schuldensituation ein. Aber es zeigt sich immer wieder – wie schon beim Einsetzen der Steuerbegünstigungspolitik 1948 – eine scharfe Trennung zwischen jenen, die, unabhängig von einer empirisch validen Bestätigung, in jedem verdienten Euro den Garanten für öffentlichen und privaten Wohlstand sehen,

ARMUT UND REICHTUM – ÖFFENTLICHE WAHRNEHMUNG UND WISSENSCHAFTLICHE ANALYSE 1945 BIS HEUTE

und jenen, die in einer gleicheren – nicht gleichen – Einkommensverteilung die Basis für sozialen und damit demokratischen Konsens sehen. Im Rahmen des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft wurde lange Zeit versucht, einen Ausgleich zwischen diesen Positionen herbeizuführen, eine echte Verteilungskontrolle – wie von Dahrendorf angedacht – war dabei allerdings nicht im Blick. Somit wird nunmehr der Reichtum zur Bedrohung des „Wohlstands für alle“, zum einen, weil eine wachsende und sich verfestigende Armut die Folge der sozialen Polarisierung ist, zum anderen, weil dieser Reichtum immer wieder krisenhafte Zuspitzungen der Volkswirtschaften hervorruft – national, europä- und weltweit. Armut bleibt folglich politisch und wissenschaftlich auf der Agenda.⁴⁰ Zugleich geht es um die Vertretung schwacher sozialer Interessen im demokratischen Gemeinwesen.⁴¹ Insgesamt stellt die aktuelle Verteilung von Reichtum das in Frage, was die Demokratie erstmalig in Deutschland stabilisiert hat, nämlich deren soziale Absicherung – wie es Hermann Heller, der Vater des Sozialstaatsgrundsatzes, bereits Ende der 1930er-Jahre eingeklagt hat.⁴²

ANMERKUNGEN

- 1 Geißler, Heiner (1976): Die Neue Soziale Frage. Freiburg im Breisgau.
- 2 Pritzkolet, Kurt (1957): Wem gehört Deutschland. Eine Chronik von Besitz und Macht. Wien, München, Basel. Derselbe (1961): Auf einer Woge von Gold, Triumph der Wirtschaft. Wien, München, Basel.
- 3 Vgl. u. a.: Mackenroth, Gerhard: Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 4; Albrecht, Gerhard (Hrsg.) (1952): Verhandlungen auf der Sondertagung in Berlin, 18. und 19. April 1952; Aichinger, Hans/Höfner, Joseph/Muthesius, Hans/Neundörfer, Ludwig (1955): Neuordnung der sozialen Leistungen. Köln; Auerbach, Walter/Preller, Ludwig (1957): Sozialplan für Deutschland. Hannover; Schreiber, Wilfrid (1957): Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft. In: Boettcher, Erik (Hrsg.): Sozialpolitik und Sozialreform. Tübingen; Richter, Max (Hrsg.) (1955): Die Sozialreform. Dokumente und Stellungnahmen. Bad Godesberg.
- 4 Erhard, Ludwig (1957): Wohlstand für alle. Düsseldorf.
- 5 Schelsky, Helmut (1953): Die Bedeutung des Schichtungsbegriffes für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft. In: ders.: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze. Düsseldorf/Köln.
- 6 Dahrendorf, Ralf (1965): Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München.
- 7 Iben, Gerd (1971): Randgruppen der Gesellschaft. Untersuchungen über Sozialstatus und

Erziehungsverhalten obdachloser Familien. München.

8 Strang, Heinz (1970): Erscheinungsformen der Sozialhilfebedürftigkeit. Beitrag zur Geschichte, Theorie und empirischen Analyse der Armut. Stuttgart.

9 Lundberg, Ferdinand (1971): Die Reichen und die Superreichen. Deutsche Ausgabe, Frankfurt am Main.

10 Krelle, Wilhelm/Schenk, Johann/Siebke, Jürgen (1968): Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer. Mit einer Untersuchung der Vermögensstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen.

11 Jungblut, Michael (1973): Die Reichen und die Superreichen in Deutschland. Reinbek bei Hamburg.

12 Mierheim, Horst/Wicke, Lutz (1978): Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen.

13 Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2003): Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen. Frankfurt/New York.

14 Balsen, Werner/Nakielski, Hans/Rössel, Karl/Winkel, Rolf (1984): Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung. Köln.

15 Deshalb der Titel: Huster, Ernst-Ulrich (1993): Neuer Reichtum und alte Armut. Düsseldorf.

16 Hauser, Richard/Cremer-Schäfer, Helga/Nouvertné, Udo (1981): Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und sozialpolitische Perspektiven. Frankfurt am Main.

17 Vgl. u. a.: Zapf, Wolfgang (Hrsg.) (1977): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung. SPES – Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatoren-system. Frankfurt am Main.

Klanberg, Frank (1978): Armut und ökonomische Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. SPES. Frankfurt am Main.

18 Hartmann, Helmut (1981): Sozialhilfebedürftigkeit und „Dunkelziffer der Armut“. Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Band 98. Stuttgart. Vgl. eine neue Studie: Becker, Irene/Hauser, Richard (2005): Dunkelziffer der Armut. Ausmaß und Ursachen der Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen. Berlin.

19 Döring, Diether/Hanesch, Walter/Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.) (1990): Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main.

20 Deutscher Bundestag: Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland. Zehnter Kinder- und Jugendbericht, mit der Stellungnahme der Bundesregierung. Drucksache 13/11368 25.08.98, URL: http://www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/kjb/data/download/10_Jugendbericht_gesamt.pdf.

21 Hanesch, Walter/Krause, Peter/Bäcker, Gerhard/Maschke, Michael (2000): Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Reinbek bei Hamburg.

22 Hauser, Richard/Hübinger, Werner (1993): Arme unter uns. Teil 1: Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Untersuchung. Freiburg im Breisgau.

23 Zugang zum SOEP, URL: http://www.diw.de/de/diw_02.c.221178.de/ueber_uns.html.

24 Vgl. u. a. Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin/Siebel, Martin (Hrsg.) (2009): An den Rändern der Städte. 3. Auflage, Frankfurt am Main.

25 Oppolzer, Alfred (1986): Wenn Du arm bist, mußt Du früher sterben. Soziale Unterschiede in Gesundheit und Sterblichkeit. Hamburg.

26 Vgl. u. a. Mielk, Andreas (2000): Soziale Ungleichheit und Gesundheit: empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten. Bern.

27 Vgl. die Informationen des Robert-Koch-Instituts; URL: http://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/gbe_node.html.

28 Spätestens seit dem PISA-Schock im Dezember 2001 wissen aufmerksame (Bildungs-)Politiker, dass in Deutschland die Bildungschancen von Kindern besonders stark von ihrer Herkunft abhängen.

29 Leibfried, Stephan/Leisering, Lutz/Buhr, Petra/Ludwig, Monika/Mädje, Eva/Olk, Thomas/Voges, Wolfgang/Zwick, Michael (1995): Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat. Frankfurt am Main.

30 Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.) (1997): Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz. 1. und 2. Auflage, Frankfurt am Main/New York.

31 Weinert, Andrea (1997): Das Geschlecht des Reichtums ... ist männlich, was sonst! In: Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Reichtum in Deutschland. Frankfurt am Main/New York, S. 165–181.

32 Hock, Beate/Holz, Gerda/Simmedinger, Renate/Wüstendörfer, Werner (2000): Gute Kindheit. Schlechte Kindheit? Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Frankfurt am Main. Die Studie wurde inzwischen fortgesetzt und im Jahr 2012 erneut in einem Abschlussbericht dokumentiert: Laubstein, Claudia/Holz, Gerda/Dittmann, Jörg/Sthamer, Evelyn (2012): Von alleine wächst sich nichts aus ... Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I. Abschlussbericht der 4. Phase der Landzeitstudie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Frankfurt am Main.

33 Vgl. u. a.: Butterwegge, Christoph (Hrsg.) (2000): Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen. 2. Auflage, Frankfurt/New York; Zander, Margherita (Hrsg.) (2010): Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis. 2. Auflage, Wiesbaden.

34 Einen jeweils aktuellen Überblick bekommt man bei: <http://www.mais.nrw.de/sozialberichte/index.php>.

35 Deutscher Bundestag (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Drucksache 14/5990; Deutscher Bundestag (2005): Lebenslagen in Deutschland, Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Drucksache 15/5015; Deutscher Bundestag (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Drucksache 16/9915; der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, i. E. (2012).

36 Sen, Amartya (2002): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München.

37 Merz, Joachim (2001): Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung. Forschungsbericht im Zusammenhang mit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn.

38 Benz, Benjamin (2004): Nationale Mindestsicherungssysteme und europäische Integration. Von der Wahrnehmung der Armut und sozialen Ausgrenzung zur Offenen Methode der Koordination. Wiesbaden.

39 Vgl. hierzu das Gutachten, das von der Gewerkschaft Verdi, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband u. a. im August 2012 vorgelegt worden ist: http://www.boeckler.de/28607_40761.htm.

40 Eine aktuelle Zusammenfassung des Diskussionsstandes bietet: Huster, Ernst-Ulrich/Boeckh, Jürgen/Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.) (2012): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. 2. Auflage, Wiesbaden. Die theoretische Diskussion über den Zusammenhang von Exklusions- und Inklusionsprozessen führt zusammen: Schütte, Johannes (2013): Wirkungszusammenhänge der „sozialen Vererbung“ multipler Deprivationstatbestände im und durch das Bildungs- und Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland. Diss. rer. soc. Zusammenfassende Thesen sind bereits veröffentlicht unter dem Titel „Soziale Inklusion und Exklusion: Norm, Zustandsbeschreibung und Handlungsoptionen“ in dem angeführten „Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung“, S. 104–121.

41 Zimmermann, Gerold/Boeckh, Jürgen (2012): Politische Repräsentation schwacher sozialer Interessen. In: Huster, Ernst-Ulrich/Boeckh, Jürgen/Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden, S. 680–698.

42 Heller, Hermann (1930): Rechtsstaat oder Diktatur? Berlin.



UNSER AUTOR

Dr. phil. Ernst-Ulrich Huster, geboren 1945, ist Professor für Politikwissenschaft an der Evangelischen Fachhochschule in Bochum und Privatdozent an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Bis 2010 war er Mitglied der Nichtregierungsgruppe der Europäischen Kommission im Kontext der Nationalen Aktionspläne gegen soziale Ausgrenzung. Zwischen 1995 und 2003 war er Rektor an der Evangelischen Fachhochschule RWL in Bochum. Neben zahlreichen anderen Publikationen veröffentlichte er 2002 in Zusammenarbeit mit Fritz Rüdiger Volz die „Theorien des Reichtums“. 2011 erschien außerdem die dritte Auflage von „Sozialpolitik in Deutschland“, zusammen mit Jürgen Boeckh und Benjamin Benz.

Diskriminierende Prekarität – ein neuer Typus unsicherer Arbeits- und Lebensformen

Klaus Dörre

Durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise noch verstärkt, erleben wir in den reichen westlichen Gesellschaften derzeit eine Ausbreitung sozialer Unsicherheit. Den Sozialwissenschaften fällt es noch schwer, das Neue an dieser Entwicklung präzise zu erfassen und analytisch zu durchdringen. Klaus Dörre skizziert in seinem Beitrag ein Deutungsangebot, das die neue soziale Frage, wie sie sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellt, als Prekarisierungsprozess begreift. Eine finanzkapitalistische Landnahme hat unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse und mit ihnen eine historisch neue, diskriminierende Form der Prekarität hervorgebracht. Ursachen sind die staatliche Arbeitsmarktpolitik, die Feminisierung der Erwerbsarbeit und die damit einhergehende Auflösung des Ein-Ernährer-Familienmodells. Obwohl kein klar abgrenzbares Prekariat existiert, gibt es unterschiedliche Ausprägungen von Prekarität, die immer mehr um sich greifen und den sozialen Zusammenhalt gefährden. Mithin ein erster Schritt zur Verbesserung dieser Situation ist – so die Schlussfolgerung – die Beendigung des „ideologischen Krieges“ gegen vermeintlich leistungswillige „Unterschichten“.

Begriffe: Prekarität, Prekarisierung, Prekariat

Prekär steht synonym für unsicher, heikel oder auf Widerruf gewährt. In der Soziologie bezeichnet der Begriff Prekarität unsichere Arbeits-, Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse. Ein Erwerbsverhältnis gilt als prekär, wenn es nicht dauerhaft oberhalb eines von der Gesellschaft definierten kulturellen Minimums existenzsichernd ist und deshalb bei der Entfaltung in der Arbeitstätigkeit, bei gesellschaftlicher Wertschätzung und Anerkennung, bei der Integration in soziale Netzwerke, den Partizipationschancen und der Möglichkeit zu längerfristiger Lebensplanung dauerhaft diskriminiert. In fortgeschrittenen Kapitalismen bedeutet Prekarität, dass Beschäftigte aufgrund ihrer Tätigkeit und deren vertraglicher Einbettung deutlich unter das wohlfahrtsstaatliche Schutz- und Integrationsniveau sinken, das gesellschaftliche

Mehrheiten als Standard definieren. Beschäftigungsverhältnisse und/oder Arbeitstätigkeiten können in einem solchen Fall auch subjektiv mit Sinnverlusten, Partizipations- und Anerkennungsdefiziten sowie Planungsunsicherheit verbunden sein (Castel/Dörre 2009, S. 17).

Eine strukturell unsichere Erwerbstätigkeit muss allerdings subjektiv keineswegs als prekär empfunden werden. Umgekehrt können strukturelle Prekaritätsrisiken auch dann vorhanden sein, wenn es sich im Bewusstsein der Betroffenen um eine erwünschte Form der Erwerbstätigkeit handelt. Insofern bildet die Prekaritätskategorie eine besondere Beziehung von Erwerbstätigen zu ihrer Biographie ab. Ein nach strukturellen Merkmalen prekäres Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis konstituiert eine erwerbsbiographische Problemlage, die aktiv bearbeitet wird. Dabei beeinflussen der Neigungswinkel der Erwerbsbiographie, individuelle Qualifikationen und Kompetenzen, Konstruktionen von Geschlecht, Nationalität und Ethnie sowie das Lebensalter die Art der Auseinandersetzung mit und die Bewertung von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen.

Bezieht man die Fremd- und Selbstwahrnehmungen ein, so ist Prekarität weder mit vollständiger Ausgrenzung aus dem Erwerbssystem und absoluter Armut noch mit totaler sozialer Isolation und erzwungener politischer Apathie identisch, wenngleich der Begriff solche Phänomene als untere Referenzpunkte einschließen kann. Prekarität ist eine relationale Kategorie, deren Aussagekraft wesentlich von der Definition gesellschaftlicher Normalitätsstandards abhängt.

Mit Prekarisierung werden soziale Prozesse bezeichnet, die über die Erosion von Normalitätsstandards auch auf sozial Integrierte und Stammeschäftigte zurückwirken können. Die Kategorie Prekariat hingegen ist ein Neologismus, der sich aus den Wörtern Prekarität und Proletariat zusammensetzt. Er thematisiert eine zeitgenössische Variante jener „gefährlichen Klassen“, denen eine Neigung zu gezielten Regelverletzungen bis hin zu gewalttätigen Revolten zugeschrieben wird (Standing 2011).

Historische Folie: Vollbeschäftigung und marginale Prekarität

Um zu verstehen, was am Typus diskriminierender Prekarität neu ist, macht es Sinn, sich die historische Folie zu vergegenwärtigen, auf die sich eine solche Klassifizierung bezieht. Charakteristisch für die historisch kurze Phase eines „Kapitalismus ohne (sichtbare, d. A.) Reservearmee“ (Lutz 1984, S. 186), wie er sich in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten in Deutschland herausgebildet hatte, war, dass das sogenannte „Lohngesetz“¹ zeitweilig überwunden werden konnte. Als Folge von außergewöhnlichen Reallohnsteigerungen² ließen sich Armut und Prekarität in den kapitalistischen Zentren marginalisieren. Zwar waren sie vor allem bei Frauen, Migranten und gering Qualifizierten noch immer bittere Realität, doch sie entfalteten sich im Wesentlichen außerhalb der geschützten Lohnarbeit. Es handelte sich um eine Prekarität von Minderheiten mit großer Nähe zu den, aus der Mehrheitsicht, „sozial Verachteten“ (Dahrendorf 1967, S. 88), den ca. fünf Prozent am untersten Rand der Gesellschaft, die von Fürsorgeleistungen abhängig waren. Die prekär Beschäftigten befanden sich in sozialer Nachbarschaft zu eben diesen deklassierten Gruppen. Gemeinsam mit den Fürsorgebedürftigen lebten sie in einer eigenen Welt. Für große Mehrheiten in den hoch entwickelten Lohnarbeitsgesellschaften schienen sich Pauperismus und Prekarität hingegen endgültig erledigt zu haben.

Hauptsächlich durch Staatsintervention und den Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Institutionen in Gang gesetzt, verdrängte die kapitalistisch-fordistische Landnahme charakteristische Produkte und Leistungen des traditionellen Sektors aus dem Lebensbedarf der Lohnabhängigen, und sie mobilisierte Arbeitskräfte aus dem nicht-kapitalistischen Bereich für die Industrie und die moderne Dienstleistungsproduktion. Sie wechselseitig verstärkend, bewirkten beide Prozesse eine „fortschreitende Zerstörung der bisher für den traditionellen Sektor konstitutiven Strukturen, Produktionsweisen, Lebensformen und Verhaltensorientierungen“. Diese „innere Landnahme“ kann nach Burkart Lutz durchaus in Analogie zur „äußeren

Landnahme“ des Imperialismus im frühen 20. Jahrhundert gesehen werden (Lutz 1984, S. 213). Die Marginalisierung von Armut und Prekarität war offenbar nur um den Preis einer fortschreitenden Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen, eines sich verschärfenden Nord-Süd-Konflikts und wachsender Spannungen im Inneren der entwickelten Kapitalismen zu leisten. Mit der vollständigen Absorption des traditionellen Sektors verschwanden jedoch zugleich die gesellschaftlichen Voraussetzungen einer vermeintlich „immerwährenden Prosperität“. Die Wachstumskräfte erlahmten und die daraus resultierenden Instabilitäten bereiteten das Terrain für einen neuen Landnahmezyklus.

Neue Landnahme und diskriminierende Prekarität

Während der 1980er-Jahre setzte eine finanzgetriebene Landnahme ein, die auf die Dynamisierung der Kapitalakkumulation mittels Okkupation eines wohlfahrtsstaatlichen „Außen“ zielte, dessen Institutionen Lohnabhängigenmacht (Silver 2005) inkorporiert und der Marktvergesellschaftung Grenzen gesetzt hatten. Finanzmarktkapitalismus bezeichnet in diesem Kontext eine gesellschaftliche Entwicklungsphase, die durch die relative Dominanz von Anlagekapital geprägt wird. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren im Wesentlichen drei Ursachenbündel.

Erstens hat die flexible Akkumulation mit ihren Transfermechanismen (Entstehung eines Markts für Unternehmenskontrolle, Shareholder-Value-Steuerung von Unternehmen und interne Finanzialisierung, permanenter Standortwettbewerb) eine Planwirtschaft im Dienste der Profitabilität entstehen lassen. Rendite und Gewinn erscheinen nicht mehr als Resultat wirtschaftlicher Leistungen, sondern als deren Voraussetzung. Als verbindliche Kennziffern werden sie auf alle dezentralen Unternehmenseinheiten herunter gebrochen. In der Folge haben sich die Steuerungsformen und Kontrollmodi von Unternehmen ebenso wie die Managementstile und die Personaleinsatzkonzepte gewandelt. Managemententscheidungen folgen zunehmend Rendite- oder Gewinnvorgaben und nicht zuletzt den Egoisten, die aus Aktienoptionen und Gewinnbeteiligungen für Spitzenmanager resultieren. Auf diese Weise ist ein Regime der kurzfristigen Zeit entstanden, das über einen abstrakten, marktzentrierten Kontrollmodus für eine Verstetigung der Konkurrenz in Betrieben und unter den Beschäftigten sorgt.

Hier lässt sich eine erste wesentliche Ursache der neuen Prekarisierung veror-



ten. Um sich auf volatile Märkte mit ihren großen Schwankungen einstellen und die geplanten Gewinnmargen längerfristig garantieren zu können, sind Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen zu Restgrößen geworden, die es flexibel an die Auftragslage anzupassen gilt. Den Druck geplanter Gewinnmargen geben marktbeherrschende Unternehmen nicht nur an Führungskräfte und Belegschaften weiter, auch Zulieferunternehmen und mit ihnen abhängige Segmente kleinerer und mittlerer Betriebe werden zumindest indirekt erfasst. Um ein an den Konjunkturverlauf angepasstes „Atmen“ von Unternehmen zu ermöglichen, gewinnen flexible Beschäftigungsformen und vor allem externe Flexibilisierungsinstrumente wie z. B. Befristungen, Fremdvergaben, Werkverträge und Leiharbeit in den Wertschöpfungssystemen an Bedeutung. Offenkundig macht das finanzkapitalistische Regime Methoden der Gewinnsteigerung wieder attraktiv, die auf der Verlängerung von Arbeitszeiten, auf Lohnkürzungen sowie der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen beruhen. Um hohe Eigenkapitalrendi-

ten zu ermöglichen, suchen Unternehmen aus der Prekarisierung von Arbeit Extragewinne zu ziehen. Da entsprechende Wettbewerbsvorteile leicht zu kopieren und daher nur flüchtig sind, muss der Motor dieser Art von Landnahme beständig durch neue Unterbietungskonkurrenzen, durch Ausgründungen, Auslagerungen, Deregulierungen, durch Lohndumping und mittels Verrohung des Arbeitsmarktes in Gang gehalten werden.

Die planmäßig vorausgesetzte Stabilität von Renditen zieht so für Teile der Beschäftigten eine wachsende Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse nach sich. Weltmarktorientierte Unternehmen operieren z. B. mit einem Headcount (Planvorgaben für Vollzeitstellen), der auf dezentrale Einheiten und Produktionsaufgaben herunter gebrochen wird. Sofern das betriebliche Management mehr Personal benötigt, bieten sich Leiharbeiter oder Werkvertragsnehmer an, weil diese als Sachkosten geführt werden können. Mit hohen Leiharbeiteranteilen und expansiven Fremdvergaben werden zugleich die Ratings und Rankings von Analysten bedient,



Ein IG-Metall-Verhandlungsführer sitzt anlässlich einer Kundgebung vor einer Wand aus Kartons, die nach einer Gewerkschaftsumfrage die Zusammensetzung der Beschäftigten in der Metallindustrie abbilden. Leiharbeit wird von der Managementseite strategisch genutzt, um einen Teil der Beschäftigten bei Löhnen und Arbeitsbedingungen unter die durch sozial geschützte Lohnarbeit geschaffenen Standards zu drücken.

picture alliance/dpa

DISKRIMINIERENDE PREKARITÄT – EIN NEUER TYPUS UNSICHERER ARBEITS- UND LEBENSFORMEN

markantes Beispiel.³ Tatsächlich setzte die neue Landnahme in den 1970er-Jahren auch an solch patriarchalischen Familienstrukturen an. Soweit sie, nicht zuletzt unter dem Einfluss der feministischen Bewegung, dazu beitrug, dass Frauen sich aus diskriminierenden Strukturen lösen und so bessere Bildungs- und Beschäftigungschancen erschließen konnten, wirkte der Landnahmeprozess auch real als kulturelle Befreiung. Trotz dieses emanzipatorischen Gehalts beinhaltet die Freisetzung aus ständisch-patriarchalen Abhängigkeiten aber auch ein gegenläufiges Moment. Das weibliche Erwerbspersonenpotential ließ und lässt sich bis heute trefflich nutzen, um den Reservearmee-mechanismus zu reaktivieren. Die besonderen Ansprüche an Erwerbsarbeit und die im „weiblichen“ Arbeitsvermögen enthaltenen Fähigkeiten, sich rasch auf flexible Arbeits- und Beschäftigungsformen einstellen und mit prekären Verhältnissen arrangieren zu können, machten Frauen zu bevorzugten Kandidatinnen für eine asymmetrische Integration in die neue Produktionsweise. Die feministische Kritik an der Herrschaftsdimension der sozial geschützten Normalarbeit wurde gewissermaßen vom hegemonialen „Geist des Kapitalismus“ (Boltanski/Chiapello 2003) aufgesogen und aus einem Befreiungsprojekt allmählich in eine Legitimation unsicherer Beschäftigung überführt (Fraser 2009). Grundlegend für diese ideologische Uminterpretation ist, wie auch in anderen Fällen, ein Ideensystem, das Freiheit ausschließlich negativ, d. h. als Abwesenheit von Zwang definiert.

Insofern ist der aktuelle Prekarisierungsschub Ausdruck einer doppelten Machtverschiebung. Er entspringt sowohl der Erosion von Lohnarbeiter- als auch einer Auflösung von ständisch-patriarchaler Macht. So zielt die finanzgetriebene Landnahme explizit auf eine Schwächung inkorporierter Lohnabhängigenmacht (Dörre 2010). Die Ausdünnung kollektiver Schutzrechte und der Sicherungssysteme trifft besonders jene Bereiche, in denen die Organisationsmacht von Gewerkschaften seit jeher nur schwach entwickelt ist. Das gilt für den Niedriglohn- und den Non-Profit-Sektor mit ihren überdurchschnittlichen Frauenanteilen und die von kleineren und mittleren Betrieben geprägten Regionen ebenso wie für die expandierenden Segmente mit „immaterieller“ Arbeit, in denen es häufig nicht einmal Betriebsräte gibt. Vor allem in der Kultur-

die niedrige Personalkosten generell positiv bewerten. Auf diese Weise führen hohe Renditeziele, die sich in komplexen Wertschöpfungssystemen im Grunde gar nicht einlösen lassen, zu einer permanenten Überforderung nicht nur exportorientierter Unternehmen. Einkommens- und Beschäftigungsrisiken müssen vor allem unsicher Beschäftigte abfedern. Prekäre Beschäftigungsformen wie die Leiharbeit werden von der Managementseite strategisch genutzt, um einen Teil der Beschäftigten bei Löhnen und Arbeitsbedingungen systematisch unter die durch sozial geschützte Lohnarbeit geschaffenen Standards zu drücken.

Dabei gilt es ein zweites Ursachenbündel zu berücksichtigen. Staatliche Politik hat die soziale Verunsicherung, die von der finanzkapitalistischen Landnahme ausgeht, zusätzlich verstärkt. Aller Wehklagen über den vermeintlich „überregulierten“ deutschen Arbeitsmarkt zum Trotz hat sich – häufig noch innerhalb der überkommenen institutionellen Hüllen, also trotz formal fortbestehender Tarifautonomie, Mitbestimmung, Kündigungsschutz – eine

dramatische Veränderung des gesellschaftlichen (Re-)Produktionsmodells vollzogen. Entstanden sind flexible Produktions- und Lebensweisen, die auf einer starken Polarisierung von Teilarbeitsmärkten beruhen. Die Institution der sozial geschützten Vollzeitbeschäftigung dünnt aus. Zugleich verzeichnen sogenannte atypische und zumeist eben prekäre Beschäftigungsformen (Leiharbeit, Befristung, geringfügige Beschäftigung, Teilzeit) einen rasanten Anstieg.

Feminisierung von Erwerbsarbeit

Bevor diese Entwicklung in ihren strukturellen Ausprägungen genauer betrachtet wird, sei ein drittes Ursachenbündel angesprochen. Der neuerliche Prekarisierungsschub ließ sich gerade in Deutschland nur durchsetzen, weil er mit einem Angriff auf ständische Privilegien und Dominanzverhältnisse verbunden war. Die Verkoppelung von Normalarbeitsverhältnis und Ein-Ernährer-Familienmodell, wie sie in Westdeutschland lange vorherrschte, ist hierfür ein

wirtschaft, im Medienbereich und dem Non-Profit-Sektor mit seinen Weiterbildungsträgern, Beschäftigungs- und Transfergesellschaften sind die Grenzen zwischen kreativer und prekärer Arbeit fließend geworden. Mit voller Wucht trifft die Prekarisierung einfache, niedrig entlohnte Tätigkeiten. Das sind häufig personenbezogene Dienstleistungen im Pflegebereich, der Gastronomie, im Hotelgewerbe oder auch arbeitsintensive Boten- und Helfertätigkeiten. All dies wird aber nur möglich, weil die Erosion ständischer Privilegien und Machtressourcen, wie sie etwa im Normalarbeitsverhältnis auch angelegt sind, als Befreiung erfahren wird. Aus der Perspektive einer Feminisierung von Arbeit sind andere Bewertungen prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse möglich, als sie in von sozialem Abstieg bedrohten oder davon betroffenen Gruppen gang und gäbe sind.

Struktur- und Verarbeitungsformen diskriminierender Prekarität

Im Zuge einer mehrdimensionalen Landnahme ist ein Sektor mit prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen entstanden, der sich durch äußerst heterogene Lagen und subjektive Verarbeitungsformen auszeichnet. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Prekarisierungsdynamik in Deutschland eine eigentümliche Wendung verliehen. So trifft zu, dass die Arbeitslosigkeit seit der konjunkturellen Belebung, die auf den weltwirtschaftlichen Einbruch 2008/09 folgte, wieder sinkt. Hatte die Zahl der Arbeitslosen 2005 zeitweilig die Fünf-Millionen-Grenze überschritten, wurden im Juli 2010 in Deutschland noch rund 3,2 Millionen Arbeitslose registriert. Lag die Quote 2005 im Jahresdurchschnitt bei 11,7 Prozent, so ist sie 2009 auf durchschnittlich 8,2 Prozent und im Juli 2010 auf 7,0 Prozent abgesunken. Inzwischen hat die Arbeitslosenzahl gar die magische Drei-Millionen-Grenze unterschritten.

Diese beeindruckenden Zahlen wirken allerdings weniger glanzvoll, wenn man bedenkt, dass sie zum guten Teil auf einer statistischen Bereinigung beruhen. Als arbeitslos werden nur solche Personen registriert, die dem Arbeitsmarkt uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Maßnahmeabsolventen, Ein-Euro-Jobber und temporär erwerbsunfähige Personen tauchen in der Statistik nicht mehr auf. Mitgezählt werden diese Gruppen hingegen bei der offiziell registrierten Unterbeschäftigung, die – auch ohne Berücksichtigung der Kurzarbeit – in den letzten Jahren kaum gesunken ist (von mehr als 4,9 Millionen 2007 auf gut 4,7 Millionen im März

2010). Rechnet man die stille Reserve arbeitswilliger, aber nicht anspruchsberechtigter Personen hinzu, so muss man noch immer von ungefähr fünf Millionen Erwerbslosen oder Unterbeschäftigten ausgehen.

Noch gravierender ist, dass die Annäherung an die Rekorderwerbstätigkeit in erster Linie auf der Expansion unsicherer Beschäftigungsverhältnisse beruht. Sogenannte atypische Beschäftigungsverhältnisse, die in wichtigen Branchen allerdings bereits die Regel sind, haben stark zugenommen. 2008 gab es bei 34,7 Millionen Erwerbstätigen immerhin 7,7 Millionen atypisch Beschäftigte sowie 2,1 Millionen Solo-Selbstständige. Binnen zehn Jahren ist die Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse um 46,2 Prozent (bei den geringfügig Beschäftigten eine Steigerung um 71,5 Prozent) und die der Solo-Selbstständigen um 27,8 Prozent gestiegen. Demgegenüber haben die Normalarbeitsverhältnisse um drei Prozent abgenommen. Zwar gilt, dass nicht jede atypische Beschäftigung prekär sein muss; im Durchschnitt sind nichtstandardisierte Arbeitsverhältnisse jedoch mit deutlich niedrigeren Einkommen sowie höheren Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiken verbunden (Statistisches Bundesamt 2009, 2008).

Dazu passt, dass Pensionäre, Schüler und Studierende eingeschlossen, inzwischen ca. 23 Prozent der Erwerbstätigen im Niedriglohnssektor beschäftigt sind und damit weniger als zwei Drittel des Medianlohns verdienen. Die höchsten Anteile weisen Frauen und gering Qualifizierte auf. Jedoch verfügen rund drei Viertel aller Niedriglohnbezieher über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder gar über einen akademischen Abschluss. Trotz solcher Qualifikationen zeichnet sich der deutsche Niedriglohnssektor im internationalen Vergleich durch eine geringe Aufwärtsmobilität und eine enorme Lohnspreizung aus. 3,6 Prozent der Beschäftigten (1,15 Millionen) verdienen weniger als fünf Euro pro Stunde (Weinkopf 2010; Bosch/Weinkopf 2007). In Extremfällen sind die Stundenlöhne auf 1,50 bis zwei Euro (Toilettenfrauen an Autobahnen, Stuhlmietter im Friseurgewerbe) gesunken. Letzteres erklärt, weshalb die Bedarfsgemeinschaften und die Bezieher von Arbeitslosengeld II trotz reduzierter Arbeitslosigkeit kaum weniger werden. Die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (SGB II) ist zwischen 2005 und 2009 von ursprünglich 4,981 Millionen nur leicht auf 4,907 Millionen Personen zurückgegangen. Zugleich sind immer mehr Beschäftigte auf zusätzliche Transfers angewiesen. Im März 2010 verzeichnete die Bundesagentur für Arbeit (BA) insgesamt 1,359 Millionen Er-

werbstätige mit zusätzlichem Leistungsbezug aus dem ALG II, von ihnen waren 339.000 Vollzeitwerbstätige. 2005 hatte es im Jahresdurchschnitt ca. 880.000 dieser sogenannten „Aufstocker“ gegeben. Seither wächst deren Zahl beständig. Allein seit 2009 lässt sich eine Zunahme um fünf Prozent (71.000) verzeichnen. Würden alle Berechtigten tatsächlich ALG-II-Leistungen in Anspruch nehmen, läge die Zahl der „Aufstocker“ nach Schätzungen noch einmal um ca. zwei Millionen Personen höher.

Solche Daten verweisen auf tiefe Spaltungen am Arbeitsmarkt, die in dieser Form für Deutschland neu sind. Im Grunde hat sich die Realentwicklung jenem „Zonenmodell“ angenähert, das Robert Castel zu Beginn des Jahrzehnts im Sinne einer Arbeitshypothese skizziert hatte. Faktisch will das „aktivierende“ Arbeitsmarktregime eine vollständige Entkoppelung sozialer Gruppen von regulärer Erwerbsarbeit verhindern, indem es die Zone der Verwundbarkeit mit ungeschützter, prekärer Beschäftigung ausweitet. Die Lohnentwicklung signalisiert, dass die Aufspaltung in Zonen unterschiedlicher Sicherheit mit einem dramatischen Machtgefälle am Arbeitsmarkt einhergeht. Während das unterste Viertel der Lohnbezieher innerhalb von zehn Jahren (1997–2007) deutliche Reallohneinbußen zu verzeichnen hatte, konnten Lohnabhängige in noch halbwegs geschützter Beschäftigung ihren Lebensstandard einigermaßen halten oder ihre Einbußen zumindest begrenzen (Statistisches Bundesamt 2009).

In dem prekären Sektor, der seit Mitte der 1990er-Jahre rasch expandiert, wird der Preis der Arbeitskraft systematisch unter ihren Wert gedrückt, so dass der Staat großzügig Beschäftigungsverhältnisse subventionieren muss, deren Entlohnung die Arbeitenden nicht mehr ernährt. 50 Milliarden Euro Steuergelder sind auf diese Weise während der letzten Jahre in den Niedriglohnssektor geflossen. Es kann kein Zweifel bestehen, dass die aktivierende Arbeitsmarktpolitik diesen Prozess nicht nur beschleunigt, sondern ihn auch in eine bestimmte Richtung gelenkt hat. Dies freilich nicht, weil Hartz IV die Erwerbsorientierungen Langzeitarbeitsloser entscheidend verändert hätte. Wie u. a. eine Langzeituntersuchung von ALG-II-Beziehern belegt (Booth u. a. 2012), handelt es sich bei der Figur des passiven Leistungsempfängers, der sich, der Arbeit entwöhnt, vom Leistungsethos und dem Aufstiegs willen der Mittelklassen verabschiedet hat, um ein ideologisches Zerrbild, dessen mediale Inszenierung die Arbeitslosen zusätzlich diskriminiert. Die große Mehrzahl

der ALG-II-Bezieher ist aus eigenem Antrieb aktiv. Häufig handelt es sich um „arbeitende Arbeitslose“, die mit Gelegenheitsjobs, Maßnahmen, Bürger-, Familien- und Eigenarbeit leicht auf eine 48-Stunden-Woche kommen. Insofern zielt die Passivitätsvermutung, die der Anwendung strenger Zumutbarkeitsregeln zugrunde liegt, ins Leere.

Dass das aktivierende Arbeitsmarktregime dennoch wirkt, hat einen anderen Grund. Offenbar ist „die Beschäftigungsschwelle (...) gesunken“ (FAZ 2010). Entsprechende Kommentierungen verschweigen jedoch das entscheidende Faktum: Hartz IV hat offenkundig einen gesellschaftlichen Status unterhalb einer Schwelle der Respektabilität geschaffen. Das nicht nur, weil die Regelsätze die Leistungsbezieher in – relativ – Armut verharren lassen. Hartz IV, das bedeutet staatliche Kontrolle des gesamten Alltagslebens. Eigentum, Schonvermögen, Größe der Wohnung, Formen des Zusammenlebens, Kindererziehung und selbst der Umfang eines Geburtstagsgeschenks – alles kann zum Gegenstand bürokratischer Aufsicht und Reglementierung werden. Finanzen, Wohnverhältnisse und Lebensweise werden für die kontrollierende Instanz transparent. Wer so leben muss, der steht beständig unter dem Generalverdacht, die Gesellschaft als „Schmarotzer“ zu belasten. Eine Konsequenz dieses Regimes ist eine Grundhaltung von Betroffenen, die – als Reaktion auf gesellschaftliche Missachtung und verweigerte Anerkennung – zum Rückzug aus sozialen Netzen, Freundeskreisen, zu Einkapselung oder zum Aufrechterhalten von Fassaden führt, die mit dem wirklichen Leben längst nichts mehr gemein haben. Es sind solche Anpassungen an entwürdigende Verhältnisse, die jene Phänomene miterzeugen, welche mit Schlagworten wie Leistungsverweigerung oder Verwahrlosung öffentlich diskutiert werden.

Ein Status, der auf gesellschaftlichem Nicht-Respektiert-Sein beruht, schreckt vor allem diejenigen ab, die sich noch in regulärer Arbeit befinden. Wer die Chance dazu hat, unternimmt alles, um Hartz IV zu vermeiden. Exakt das ist gemeint, wenn von wachsender Konzessionsbereitschaft und sinkender Beschäftigungsschwelle die Rede ist. Nicht die Arbeitslosen werden arbeitswilliger; vielmehr wächst auch und gerade bei den Noch-Beschäftigten die Bereitschaft, niedrig entlohnte, unsichere, stark belastende Jobs anzunehmen. Die Unternehmen nutzen diese Motivation bereitwillig für Flexibilisierungsstrategien, die de facto zwei Klassen von Lohnabhängigen schaffen. Ohne die Hartz-Reformen wäre die strategische Nutzung von Leiharbeit

und Werkverträgen (Holst u. a. 2009), wie sie inzwischen von stillbildenden Unternehmen praktiziert wird, nicht möglich. Strategische Nutzung bedeutet, dass die Leiharbeiter bei laufender Konjunktur dauerhaft im Betrieb sind. Sie machen die gleichen Arbeiten wie die Stammbeschäftigten, das jedoch – zumindest bis zum jüngsten Tarifabschluss in der Metallindustrie – im Durchschnitt für 30 bis 50 Prozent weniger Lohn. Wie die Krise gezeigt hat, ist der Kündigungsschutz für diese Gruppen im Grunde außer Kraft gesetzt. Die entleihenden Unternehmen

sparen Entlassungskosten und die großen Zeitarbeitsfirmen verzeichnen exorbitante Gewinne auf Kosten prekär beschäftigter Lohnabhängiger „zweiter Klasse“. Die weniger als drei Prozent Leiharbeiter unter den Erwerbstätigen stellen indessen nur die Spitze eines Eisbergs dar. Seit die Leiharbeit teuer wird, greifen die Unternehmen auf Ausweichstrategien zurück und nutzen ver-



Hartz IV-Kürzung wegen Omas Geburtstagsgeschenk? Nach fünf Jahren Rechtsstreit hat das Bundessozialgericht in Kassel am 23.8.2011 entschieden, dass Geldgeschenke der Großmutter für deren Enkelkinder nicht auf den Hartz IV-Satz der Mutter angerechnet werden dürfen. Hartz IV bedeutet Offenlegung und Kontrolle des gesamten Alltagslebens – alles kann zum Gegenstand bürokratischer Aufsicht und Reglementierung werden.

picture alliance/dpa

stärkt Werkverträge und Subunternehmer.

Im gesamten prekären Beschäftigungssektor haben sich andere Regulierungsformen von Sozial- und Arbeitsbeziehungen durchgesetzt als in den durch Tarifverträge und Mitbestimmung noch einigermaßen geschützten Bereichen. In der Zone der Vulnerabilität wird gewissermaßen „Repression gegen Angst“ getauscht (Artus u. a. 2009). Insofern handelt es sich tatsächlich um ein sozial erzeugtes „Außen“, um externe Märkte, in welchen autoritäre Herrschaft durch Vorgesetzte, disziplinierender Druck, Rechtsbeugungen und elektronische Kontrolle den geregelten Tausch von Arbeitskraft gegen faire Löhne ersetzen oder überlagern.

Spezifika diskriminierender Prekarität

Diese Entwicklung vor Augen, lässt sich genauer bestimmen, worin das Neue diskriminierender Prekarität besteht. Wie der deutsche Fall belegt, haben sich (1) Strukturformen von Prekarität herausgebildet, deren Ausbreitung im Grunde durch überschüssigen Reichtum verursacht wird. Eine finanzgetriebene Landnahme, die Forderungen (Rendite- und Gewinnziele) generiert, welche zu befriedigen die Realwirtschaft gar nicht in der Lage ist, bedarf zur Selbststabilisierung eines Modus Operandi, der fortwährend neue, unerschlossene Vermögenswerte in den Kapitalkreislauf einspeist. Dazu gehört auch die Nutzung des Reservearmeemechanismus. Es geht nicht nur darum, dass – wie David Harvey (2005, S. 140) argumentiert – die Unternehmen „Arbeiter zu einem bestimmten Zeitpunkt kurzerhand aus dem System“ heraus werfen, „um sie zu Zwecken der Akkumulation zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung zu haben“. Vielmehr hat sich ein prekärer Sektor herausgebildet, dessen unteren Referenzpunkt jene „Überflüssigen“ bilden, die ohne jede Chance auf Integration in reguläre Erwerbsarbeit sind. Zwischen den Segmenten noch immer vergleichsweise geschützter Berufsarbeit und diesen weitgehend entkoppelten Minderheiten agiert ein sozial äußerst heterogenes Prekariat, das sich mit unsicherer, überwiegend schlecht entlohnter Beschäftigung, Fördermaßnahmen, Ersatzarbeit und Sozialtransfers über Wasser hält. Prekäre Arbeits- und Lebensformen konstituieren eine eigentümliche Schwebelage. Man ist nicht wirklich „drinnen“ und nicht vollständig „draußen“, sondern pendelt zwischen beiden Polen. Beständig gilt es für die unsicher Beschäftigten, alle Energien zu mobilisieren, um den Sprung in eine bessere, integrierte Position doch noch

zu schaffen; lässt man in seinen Anstrengungen nach, droht die Gefahr einer dauerhaften Benachteiligung bis hin zum Ausschluss von regulärer Erwerbsarbeit.

Die gesellschaftliche Ausdehnung einer „Zone der Vulnerabilität“ (Castel 2000) bedeutet (2), dass entsprechende Erfahrungen im Beschäftigungssystem dauerhaft etabliert werden. Nicht diese Grunderfahrung, wohl aber deren Verarbeitung differiert nach Lebensalter, Geschlecht, Nationalität, Qualifikation und sozialer Herkunft. Schon deshalb existiert weder eine homogene Unterschicht noch ein klar abgrenzbares Prekariat. Stattdessen lässt sich eine Vielzahl unterschiedlicher Ausprägungen von Prekarität identifizieren (Castel/Dörre 2009). Prekäre Beschäftigung kann z. B. bei Akademikern mit kreativer Arbeit einhergehen. Umgekehrt kann eine geschützte Vollzeitbeschäftigung arbeitsinhaltlich völlig unbefriedigend, monoton und überaus belastend sein (Paugam 2009, S. 175–196). Prekarität der Arbeit und Prekarität der Beschäftigung können aber auch strukturell zusammenfallen, ohne subjektiv so wahrgenommen zu werden. Mitunter ist Prekarität nur ein temporärer Zustand, eine Statuspas-

sage auf dem Weg in eine bessere soziale Position, teilweise kommt es aber auch zu einer Verstetigung prekärer Verhältnisse (Pelizzari 2009, S. 175–321).

Neu ist nicht diese Heterogenität an sich, wohl aber (3) die Tatsache, dass sich überkommene Formen von Prekarität, wie sie sich seit jeher bei Frauen und Migranten finden, zunehmend mit Prekarisierungserfahrungen zuvor gesicherter Gruppen, aber auch mit einer Freisetzung aus ständisch-patriarchalen Abhängigkeiten mischen. In dieser Gemengelage unterschiedlicher Formen der Prekarisierung ist die verunsichernde Wirkung das Übergreifende, Gemeinsame. Denn die Angst vor Statusverlust treibt auch relevante Teile der Beschäftigten um, die sich formal noch in geschützter Beschäftigung befinden (Dörre u. a. 2009). Solche Ängste entsprechen nicht unbedingt objektiven Bedrohungen, sie sind aber auch nicht bloßes Indiz übersteigerter Sicherheitsbedürfnisse. Standortkonkurrenzen, Reallohnverlust und die schleichende Auslöschung von Kollektivvereinbarungen nähren selbst im gewerkschaftlich organisierten Kern der Arbeitnehmer die Befürchtung, den Anschluss an die Mittelschichten zu verlieren.

Zwei Finger halten vier Zwei-Euro-Münzen. Der Bundestag hat im Februar 2011 der lange umstrittenen Hartz IV-Reform zugestimmt. Damit erhielten ca. 4,7 Millionen erwachsene Hartz IV-Empfänger rückwirkend zum 1. Januar 2011 einen um fünf auf 364 Euro erhöhten Regelsatz. 2012 gab es dann noch einmal drei Euro pro Monat.

picture alliance/dpa



Wenngleich solche Ängste das reale Ausmaß der Bedrohung durch einen sozialen Abstieg übersteigen mögen, machen sie doch auf ein wichtiges Charakteristikum der diskriminierenden Prekarität aufmerksam: Die neue Prekarisierung wirkt (4) immer auch als ein Disziplinierungs- und Kontrollsystem. Sie diszipliniert potentielle Arbeitskräfte für eine Produktionsweise, in der unternehmerische Flexibilität auf Kosten der Sicherheit und der Lebensqualität nicht nur, aber vor allem der prekär Beschäftigten und Arbeitslosen garantiert wird. Hartz IV fungiert in diesem Kontext als Symbol für eine neuartige Hierarchisierung der Arbeitswelt, die eine Festanstellung als Privileg erscheinen lässt. Was die Mehrzahl der Prekarierten mit aller Energie anstrebt, suchen die „Normalarbeiter“ mit Zähnen und Klauen zu verteidigen. An die Stelle einer Einbindung, die nicht allein, aber doch wesentlich auf materieller und demokratischer Teilhabe beruhte, treten gesellschaftliche Integrationsformen, in denen marktformige Disziplinierungsmechanismen, aber auch bürokratischer Zwang eine deutliche Aufwertung erfahren. Die Disziplinierung durch Markt und Staat kann, zumal in einer reichen Gesellschaft, eine Vielzahl an

Hoffnungen, Ängsten und Traditionen funktionalisieren. Sie sorgt nicht nur für eine Destabilisierung des zuvor Stablen (Castel 2000, S. 357). Indem sie die einen diszipliniert und den anderen elementare Voraussetzungen für Widerständigkeit nimmt, fördert sie zugleich eine eigentümliche Stabilisierung der Instabilität. Die Ausgeschlossenen und Prekarierten verkörpern ein Schicksal, dem die noch integrierten Lohnabhängengruppen mit all ihrer Energie zu entgehen suchen. Nicht allein abstrakte Marktmacht, auch die Sichtbarkeit, die bloße Präsenz der Opfer finanzkapitalistischer Landnahmen wirkt als disziplinierende Kraft. Sie liefern Schauungsunterricht für das, was Individuen und Gruppen geschehen kann, wenn sie von kollektiven Abstiegsprozessen erfasst werden.

Nicht minder bedeutsam ist, (5) dass die Prekarisierung zunehmend auch den Reproduktionssektor erfasst. Flexible Arbeits- und individualisierte Lebensformen erzeugen einen Bedarf an Pflege- und Sorgearbeiten, die in Deutschland vornehmlich von Frauen und noch dazu überwiegend unbezahlt verrichtet werden. Die Akademikerin im Doppelverdienerhaushalt, die ein ebenfalls akademisch ausgebildetes polnisches

Hausmädchen informell beschäftigt, steht gleichsam symbolisch für diesen Prozess. Was Leiharbeiter für die industrielle Produktion darstellen, ist die „24-Stunden-Polin“ (Lutz 2007, S. 210–235) im privaten Haushalt. In den regulär bezahlten Segmenten werden Pflegetätigkeiten von Arbeitskräften ausgeübt, die trotz ihres geringen Verdienstes freiwillig auf Teilzeitstellen gehen, weil sie den beruflichen Belastungen nicht mehr gewachsen sind. Auch dies zeigt, dass es sich bei Feminisierung und Prekarisierung der Arbeitswelt häufig um zwei Seiten einer Medaille handelt.

Das Beispiel Pflegearbeit macht auch deutlich, weshalb (6) die Prekarisierung allmählich jenen kritischen Punkt erreicht, an dem sie selbst nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben dysfunktional zu werden beginnt. Im Grunde beseitigt die finanzgetriebene Landnahme sukzessive jenes institutionelle Fundament, das die Funktionsfähigkeit von Märkten überhaupt erst gewährleistet. Ob und wie sich diese selbstzerstörerische Entwicklung umkehren lässt, ist eine offene Frage. Die prekarierten Gruppen verfügen kaum über Machtressourcen, Kommunikations- und Organisationsformen, um kollektive Statusverbesserungen durchzusetzen. Insofern gleicht ihre Lage in gewisser Weise der Situation französischer Parzellbauern, wie sie Marx im „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ beschrieben hatte. Die „Prekariere“ repräsentieren eine besondere Klasse von Existenzbedingungen, ohne jedoch über die Möglichkeiten zu verfügen, sich als bewusste Klasse oder zumindest Klassenfraktion formieren zu können. Doch es gibt auch Gegentendenzen. Neuere Forschungen zeigen, dass eine gewerkschaftliche oder politische Selbstorganisation prekarisierter Gruppen unter bestimmten Voraussetzungen durchaus möglich ist (Choi 2010). Insofern ist noch keineswegs ausgemacht, dass es sich beim zeitgenössischen „Prekariat“ lediglich um „totes politisches Kapital“ (Wacquant 2009) handelt.

Schlussfolgerungen

Diese Feststellung ist auch wegen der Zusammensetzung des „globalen Gesamtarbeiters“ bedeutsam. Sind in Deutschland die regulär Vollzeitbeschäftigten noch in der Mehrheit, stellt sich dies in einer transnationalen Perspektive völlig anders dar. In einer solchen Betrachtung repräsentieren die



Kernbelegschaften in halbwegs geschützter Beschäftigung ca. 20 Prozent der „Global Labour Force“, weitere 20 Prozent stellt der prekäre Sektor, während 60 Prozent (1,8 Milliarden) von informeller Arbeit leben, sich also ohne Arbeitsvertrag verdingen müssen. 700 Millionen dieser informell Beschäftigten müssen von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag und damit in absoluter Armut leben. Und dennoch sind viele der informell Beschäftigten in transnationale Wertschöpfungsketten integriert. Auch dies spricht dafür, jene, die von prekärer und informeller Arbeit leben, nicht vorschnell mit dem Signum der Rückständigkeit zu versehen und sie lediglich aus einer Opferperspektive zu betrachten.

Ungeachtet aller Schwierigkeiten, eine angemessene politische Repräsentation der Prekarisierten herzustellen, kann ein erster Schritt zur Veränderung nur darin bestehen, den ideologischen Krieg gegen die vermeintlich leistungs- und aufstiegsunwilligen „Unterschichten“ einzustellen, wie er seit geraumer Zeit nicht nur in Deutschland geführt wird. Während die strukturellen Ausprägungen prekärer Verhältnisse bis in die soziale Mitte reichen, dominieren in der Gesellschaft noch immer Konstruktionen und Klassifikationen, die die Problematik individualisieren. Gleich, ob die „spätromische Dekadenz“ von Arbeitslosen (Westerwelle) oder eine „steuerpassive“ Lazarusschicht (Sloterdijk) die öffentliche Debatte bestimmt, stets soll suggeriert werden, dass nur der Wohlstand die Arbeitslosen und prekär Beschäftigten lähmt. Wie zu Zeiten von marginalisierter Armut und Prekarität fällt die Botschaft entsprechender diskursiver Tabubrüche immer gleich aus: Jeder und jede, so sollen wir uns merken, ist seines/ihres Glückes Schmied, und erst die generöse Versorgung mit Sozialleistungen lädt zum Sich-Einrichten in wohlfahrtsstaatliche Abhängigkeit ein! Unbeeindruckt vom Desaster an den globalen Finanzmärkten ist auch die Therapie klar. Mehr Markt und weniger Sozialstaat sollen „integrationsunwilligen“ Sozialschmarotzern Beine machen. In der Auseinandersetzung mit entsprechenden Ideologemen liegt die erste und drängendste Aufgabe einer erneuerten Sozialkritik. Erst wenn es gelingt, solch simplen, gleichwohl mobilisierungsmächtigen Ressentiments das Leitbild eines emanzipatorischen Wohlfahrtsstaates und eine wirksame Politik der Entprekarisierung (Brinkmann u. a. 2006) entgegen zu setzen, besteht die Hoffnung, dass sich auf die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts auch angemessene Antworten finden lassen.

LITERATUR

- Artus, Ingrid/Böhm, Sabine/Lücking, Stefan/Trinck, Rainer (2009): *Jenseits der Mitbestimmung. Interessenhandeln in Betrieben ohne Betriebsrat*. Frankfurt am Main/New York.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz.
- Booth, Melanie/Dörre, Klaus/Haubner, Tine/Marquardsen, Kai/Scherschel, Karin/Schierhorn, Karen (2012): *Bewährungsproben für die Unterschicht: Wirkungen aktivierender Arbeitsmarktpolitik*. In: Best, Heinrich/Holtmann, Everhard (Hrsg.): *Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*. Frankfurt am Main/New York, S. 347–368.
- Bosch, Gerhard/Weinkopf, Claudia (Hrsg.) (2007): *Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland*. Frankfurt am Main/New York.
- Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbenack, Silke/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic (2006): *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Eine Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Bonn.
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz.
- Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.) (2009): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main/New York.
- Dahrendorf, Ralf (1967): *Society and Democracy in Germany*. New York.
- Dörre, Klaus (2010): *Überbetriebliche Regulierung von Arbeitsbeziehungen*. In: Böhle, Fritz/Voß, Günter/Wachtler, Günther (Hrsg.): *Handbuch Arbeitssoziologie*. Wiesbaden, S. 873–912.
- Dörre, Klaus/Röttger, Bernd (2009): *Im Schatten der Globalisierung. 2. durchgesehene und erweiterte Ausgabe*, Wiesbaden.
- Fraser, Nancy (2009): *Feminismus, Kapitalismus und die Liste der Geschichte*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 8/2009, S. 43–57.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Klaus Dörre; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität Marburg; danach Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für Jugendforschung und Jugendkultur e.V. Frankfurt am Main/Wiesbaden; 1992 Promotion; 2001 Geschäftsführender Direktor des Forschungsinstituts Arbeit, Bildung, Partizipation/Institut an der Ruhr-Universität Bochum; 2002 Habilitation; seit 2005 Professur für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Forschungsschwerpunkte sind u.a. Kapitalismustheorie, Finanzmarktkapitalismus, prekäre Beschäftigung, Green New Deal.

- Harvey, David (2005): *Der neue Imperialismus*. Hamburg.
- Holst, Hajo/Nachtwey, Oliver/Dörre, Klaus (2009): *Funktionswandel von Leiharbeit. Neue Nutzungsstrategien und ihre arbeits- und mitbestimmungspolitischen Folgen. Eine Studie im Auftrag der Otto Brenner Stiftung. OBS-Arbeitsheft 61*. Frankfurt am Main (Otto-Brenner-Stiftung).
- Lutz, Burkart (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main/New York.
- Mooser, Josef (1984): *Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik*. Frankfurt am Main.
- Lutz, Helma (2007): *„Die 24-Stunden-Polin“ – Eine intersektionelle Analyse transnationaler Dienstleistungen*. In: Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli/Sauer, Birgit (Hrsg.): *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*. Frankfurt am Main, S. 210–235.
- Paugam, Serge (2009): *Die Herausforderung der organischen Solidarität durch die Prekarisierung von Arbeit und Beschäftigung*. In: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main/New York, S. 175–196.
- Pelizzari, Alessandro (2009): *Dynamiken der Prekarisierung. Atypische Erwerbsverhältnisse und milieuspezifische Unsicherheitsbewältigung*. Konstanz.
- Silver, Beverly J. (2005): *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*. Berlin.
- Standing, Guy (2011): *The Precariat. The New Dangerous Class*. London.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2008): *Datenreport 2008. Fakten und Daten über die Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): *Niedrigeinkommen und Erwerbstätigkeit. Begleitmaterial zum Pressegespräch am 19. August 2009 in Frankfurt a. M.* Wiesbaden.
- Wacquant, Loïc (2009): *Die Wiederkehr des Verdrängten – Unruhen, „Rasse“ und soziale Spaltung in drei fortgeschrittenen Gesellschaften*. In: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main/New York, S. 85–112.
- Weinkopf, Claudia (2010): *Warum Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn braucht*. In: *Vorgänge*, 3/2010, S. 38–49.

ANMERKUNGEN

- Als „Lohngesetz“ bezeichnet Burkart Lutz (1984, S. 210) einen Wirkungszusammenhang, demzufolge „die Löhne im modernen Sektor der Volkswirtschaft nicht nennenswert und dauerhaft über das – primär naturalwirtschaftlich definierte – Versorgungsniveau steigen können, wie es in den ärmeren Teilen des traditionellen Sektors besteht.“
- „Von den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts bis 1970 hat sich der durchschnittliche Reallohn der Industriearbeiter mehr als verdreifacht. Ungeachtet methodischer Schwierigkeiten bei einer vergleichbaren Bestimmung des Reallohns lässt sich festhalten, dass der Hauptteil der Veränderungen in die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg fällt“ (Mooser 1984, S. 74).
- Auf die staatssozialistischen Besonderheiten im Osten kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. In der DDR existierte, auch wegen der niedrigen Löhne, ein Doppelverdienermodell, das jedoch in mancherlei Hinsicht mit einer tradierten Geschlechterteilung im Reproduktionsbereich und einer geschlechterspezifischen Steuerung bei der Berufswahl einherging.

Zum Zusammenhang von Armut und Gesundheit

Martin Karlsson/Sarah Ookoampah

Martin Karlsson und Sarah Ookoampah gehen in ihrem Beitrag auf aktuelle Ergebnisse der gesundheitsökonomischen Forschung ein, die sich mit dem Zusammenhang von Armut und Gesundheit beschäftigt. Eine Vielzahl von Studien in diesem Bereich kommt zu dem Ergebnis, dass der sozioökonomische Status und der Gesundheitszustand einer Person über komplexe Mechanismen eng miteinander verknüpft sind. So hängt bereits die Gesundheit von kleinen Kindern stark vom sozioökonomischen Status der Eltern ab. Besonders während der Schwangerschaft und in der frühen Kindheit können geringes Einkommen, niedrige Bildung und fehlendes Gesundheitsbewusstsein der Eltern die Kindesgesundheit langfristig beeinträchtigen. Da sich ein schlechter Gesundheitszustand auf die schulische und berufliche Leistungsfähigkeit der Kinder auswirkt, bedingt er wiederum einen eher niedrigen sozioökonomischen Status. Auf diese Weise vererbt sich die soziale Armut der Eltern auf die Kinder weiter. Um diesen Teufelskreis nachhaltig zu bekämpfen, rät das Autorenteam zur intensiven Förderung der Gesundheit schwangerer Frauen und kleiner Kinder, zur Stärkung des Bildungserwerbs der Schichten mit niedrigem sozioökonomischem Status und zu besserer gesundheitlicher Aufklärung. |

Status und Gesundheit gehen Hand in Hand

In Deutschland sind Menschen mit einem hohen Einkommen gesünder, seltener übergewichtig und rauchen seltener als geringer Verdienende. Dies gilt auch für Personen mit hohem Schulabschluss im Vergleich zu Personen mit weniger Ausbildung. Darüber hinaus sind Erwerbstätige im Vergleich zu Arbeitslosen gesünder, sportlich aktiver und seltener von Depressionen betroffen. Auch in anderen Ländern findet man sozioökonomische Unterschiede im Gesundheitszustand. Zusätzlich zeichnet sich aus globalem Blickwinkel eine Verbindung zwischen sozioökonomischem Status und Gesundheit ab: Ländervergleiche deuten auf einen positiven Zusammenhang zwischen dem Pro-Kopf-Einkommen und der durchschnittlichen Lebenserwartung hin (vgl. Abbildung 1). Allerdings ist unklar, welche kausalen Mechanismen diesen Beobachtungen zugrunde liegen. Beeinflusst der sozioökonomische Status die Gesund-

heit oder die Gesundheit den sozioökonomischen Status?

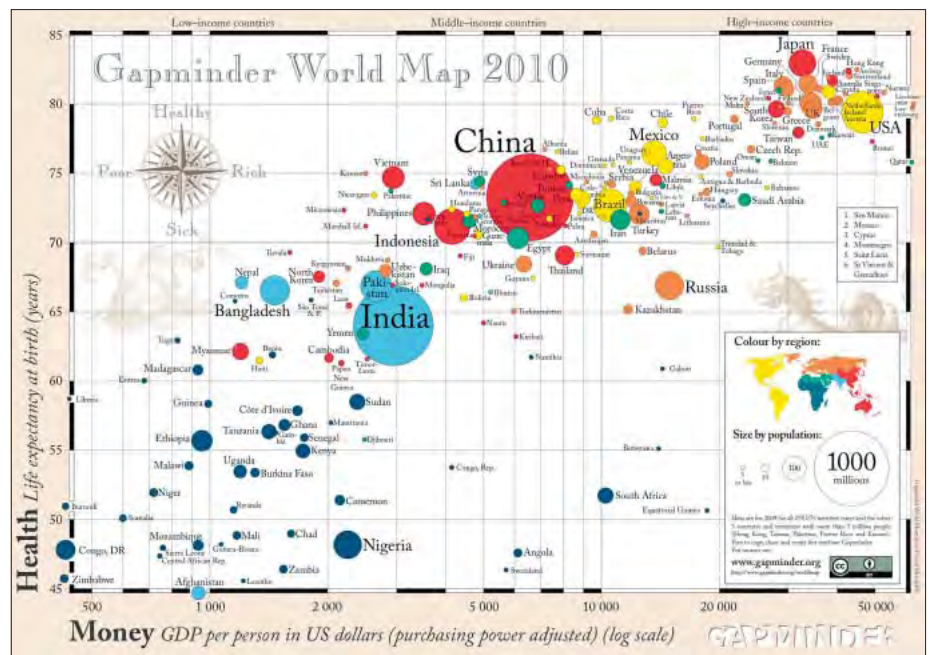
Die internationale Armutsgrenze liegt derzeit bei einem Einkommen von 1,25 Dollar am Tag. Einkommen unterhalb dieser Grenze gelten als nicht ausreichend zur Deckung der Grundnahrungsbedürfnisse eines Menschen (Ravallion u. a. 2009). Existentielle Armut dieser Art ist in Entwicklungsländern von Relevanz, in Industrieländern hingegen in aller Regel nicht existent. Hier definiert sich der Armutsbegriff vielmehr anhand der Einkommensungleichheiten innerhalb der Bevölkerung, wobei als arm gilt, wer im Vergleich zum Rest der Bevölkerung ein relativ geringes Einkommen hat. Armut definiert sich jedoch nicht notwendigerweise nur anhand von Einkommensunterschieden. Auch Bildungsniveau, Berufsstand, soziale Klasse, Wohnort, Macht und andere Merkmale bestimmen den individuellen sozioökonomischen Status (vgl. Deaton 2003).

Das Interesse der gesundheitsökonomischen Forschung beschränkt sich nicht auf Existenz und Ausmaß des Zusammenhangs zwischen sozioökonomischem Status und Gesundheit. Besondere Aufmerksamkeit kommt der Frage nach den kausalen Mechanismen zu, die für den Zusammenhang verantwortlich sind. Hierbei wird sowohl unter-

sucht, inwiefern der Status die Gesundheit beeinflusst, als auch, auf welche Weise die Gesundheit den Status beeinflusst, da für beide Wirkungsrichtungen plausible theoretische Einflussmechanismen formuliert werden können.

Nach dem ökonomischen Basismodell der Gesundheit von Michael Grossman (1972) verfügt jeder Mensch über einen bestimmten Bestand an Gesundheit, der sich mit zunehmendem Alter verringert und durch Investitionen in Zeit sowie medizinische Versorgung erhöht werden kann. Die Menschen ziehen Nutzen aus guter Gesundheit, weil diese einerseits das Wohlbefinden und andererseits die Zeit erhöht, die mit produktiven Aktivitäten verbracht werden kann. Eine Schlussfolgerung aus dem theoretischen Modell von Grossman ist, dass ein höherer Lohn die Nachfrage nach guter Gesundheit und Gesundheitsversorgung erhöht. Eine weitere Implikation des Modells ist, dass höhere Bildung zu effektiveren Investitionen in Gesundheit führt. Somit liefert das Modell eine theoretische Basis für positive Einflüsse von Einkommen und Bildung auf die Gesundheit. In der Literatur werden darüber hinaus auch Einflussmechanismen untersucht, die sich nicht im Rahmen des Modells erklären lassen. Der vorliegende Artikel bietet einen Einblick in aktuelle Ergebnisse der gesund-

Abbildung 1: Pro-Kopf-Einkommen versus Lebenserwartung, Länder der Erde



Quelle: Vassar College, USA

Is it fair to force your baby to smoke cigarettes?



This is what happens if you smoke when you're pregnant.

Every time you inhale you fill your lungs with nicotine and carbon monoxide.

Your blood carries these impurities through the umbilical cord into your baby's bloodstream.

Smoking can restrict your baby's normal growth inside the womb. It can make him underdeveloped and underweight at birth.

Which, in turn, can make him vulnerable to illness in the first delicate weeks of his life.

It can even kill him.

Last year, in Britain alone, over 1,500 babies might not have died if their mothers had given up smoking when they were pregnant.

If you give up smoking when you're pregnant your baby will be as healthy as if you'd never smoked.



The Health Education Council

Bereits während der Schwangerschaft kann der sozioökonomische Status der Eltern die Gesundheit des Kindes beeinflussen. Mangelernährung oder Rauchen während der Schwangerschaft können die Gesundheit des noch ungeborenen Kindes erheblich beeinträchtigen.

picture alliance/dpa

heitsökonomischen Forschung. Da der sozioökonomische Status und die Gesundheit einer Person in einem komplexen Zusammenhang zueinander stehen und die Wechselwirkungen zwischen diesen Größen sowohl in verschiedenen Lebensphasen als auch in ihrer Langfristigkeit variieren, werden verschiedene Aspekte getrennt diskutiert.

Gesundheit als soziales Erbe?

Es ist allgemein bekannt, dass sich Merkmale wie Einkommens- oder Bildungsniveau in gewissem Umfang von den Eltern auf die Kinder übertragen.

Deutschland liegt im Vergleich zu anderen westlichen Ländern im Mittelfeld: Im Durchschnitt wird ungefähr ein Drittel des wirtschaftlichen Vorteils oder Nachteils eines Vaters vererbt. Dies ist im Vergleich zu den skandinavischen Ländern relativ viel, verglichen mit den angelsächsischen Ländern hingegen nachrangig, da dort bis zu 50 Prozent der ökonomischen Unterschiede auf die nachfolgende Generation übertragen werden (OECD 2010).

Gesundheitsökonomische Studien zeigen, dass nicht nur der ökonomische Erfolg einer Person, sondern auch der Gesundheitszustand maßgeblich vom sozioökonomischen Status der Eltern ab-

hängt (z. B. Currie 2009; Case u. a. 2002; Condliffe/Link 2008). Die gesundheitlichen Unterschiede sind vielfach von langfristiger Natur und verstärken sich mit zunehmendem Kindesalter.

Bereits während der Schwangerschaft kann der sozioökonomische Status der Eltern die Gesundheit des Kindes beeinflussen. Mangelernährung, Rauchen oder körperliche Gewalt während der Schwangerschaft können die Gesundheit des Kindes erheblich beeinträchtigen. Da diese Erscheinungen häufiger bei Frauen mit geringem Status auftreten, können sie sozioökonomische Unterschiede in der Kindesgesundheit be-

gründen (Scholte u. a. 2012; Aizer 2011). Somit starten Kinder aus Familien mit niedrigem Status möglicherweise bereits mit schlechteren gesundheitlichen Voraussetzungen ins Leben.

Auch nach der Geburt kann der elterliche Stand die Kindesgesundheit beeinflussen. Man kann erwarten, dass sich Eltern mit höherem Einkommen gesündere Nahrungsmittel, mehr und hochwertigere Medikamente, sowie eine besser ausgestattete Wohnung in einer ungefährlicheren Gegend leisten können (Currie 2009; Gennetian u. a. 2010). Ein geringes Einkommen oder finanzielles Missmanagement könnten einem Haushalt hingegen Schwierigkeiten bereiten, ausreichend Nahrungsmittel zur Gewährleistung einer ausgewogenen Ernährung einzukaufen. Auch unzureichendes Wissen der Eltern über eine gesunde Lebensweise oder nachlässige Einstellungen könnten sozioökonomische Unterschiede in der Kindesgesundheit hervorrufen. Beispielsweise könnten Eltern mit geringem sozioökonomischen Status es für unbedenklich oder unwichtig halten, dass ein Kind Husten hat (Currie 2009). Darüber hinaus könnte der Beschäftigungsstatus der Eltern für die Kindesgesundheit von Bedeutung sein.

Auch für eine Verstärkung gesundheitlicher Unterschiede mit ansteigendem Kindesalter gibt es Argumente. Beispielsweise könnte ein Kind mit geringem Status nach einem gesundheitlichen Schock, wie einer Krankheit oder einem Unfall, nur mangelhaften Zugang zu einer Gesundheitsversorgung haben, die seine schnelle und vollständige Heilung herbeiführen würde. Dies könnte zur Folge haben, dass sich das Kind noch nicht vollständig erholt hat, wenn es von einem erneuten Schock getroffen wird, der daraufhin seinen allgemeinen Gesundheitszustand umso schwerwiegender beeinträchtigen könnte. Auf diese Weise würden sich die negativen Effekte von Gesundheitschocks zeitlich ausdehnen und über die Zeit akkumulieren. Auch könnten Kinder mit geringem Status häufiger von gesundheitlichen Schocks getroffen werden als andere Kinder, weil sie sich z. B. öfter verletzen, unzureichenden Impfschutz genießen oder unter ernährungsbezogenen Unregelmäßigkeiten wie Diabetes leiden (Currie/Stabile 2003).

Die zeitliche Ausdehnung und schrittweise Anhäufung von Gesundheitsbeeinträchtigungen könnte sich im Erwachsenenalter fortsetzen und die gesundheitlichen Unterschiede weiter vergrößern. Dies wäre insbesondere dann der Fall, wenn sich der elterliche Stand auch im Erwachsenenalter noch in der Qualität der Gesundheitsversorgung widerspiegelt. Gesundheitliche Unter-

schiede in der sozialen Herkunft könnten somit über den gesamten Lebensverlauf fortbestehen, sich mit zunehmendem Alter weiter verstärken und sich sogar noch in Todesursache und -zeitpunkt widerspiegeln.

Empirische Ergebnisse

Zahlreiche empirische Studien untersuchen die beschriebenen Mechanismen und bestätigen diese in vielen Fällen. So existiert beispielsweise Evidenz für Beeinträchtigungen der Kindesgesundheit durch den Status der Eltern bereits vor der Geburt. Robert S. Scholte u. a. (2012) konstatieren negative Auswirkungen einer Hungerphase während der Schwangerschaft, während Anna Aizer (2011) negative Effekte von körperlicher Gewalt gegenüber der schwangeren Mutter auf die Kindesgesundheit feststellt. Im Einzelnen analysieren Scholte u. a. die Auswirkungen der Hungersnot des Winters 1944/45 in den Niederlanden. Sie betrachten Krankenhausaufenthalte und Arbeitsmarktergebnisse von Personen, die während der Hungersnot in utero waren, über 50 Jahre später. Die Autoren finden Einflüsse der Hungersnot auf Herz-Kreislauf-Bedingungen, nicht jedoch auf Krebserkrankungen. Auch wird für die Betroffenen eine geringere Leistungsfähigkeit am Arbeitsplatz festgestellt. Aizer untersucht die Effekte von Gewalt gegenüber Schwangeren in den USA und findet ähnlich verheerende Gesundheitsfolgen für das Kind wie durch Rauchen während der Schwangerschaft. Ein Krankenhausaufenthalt aufgrund eines tätlichen Angriffs reduziert das Geburtsgewicht des Neugeborenen im Durchschnitt um 163 Gramm, wobei der Effekt in früheren Schwangerschaftsphasen stärker ist. Aizer argumentiert, dass Frauen mit geringem Einkommen, niedrigem Bildungsstand, oder solche, die einer Minderheit angehören, häufiger Opfer häuslicher Gewalt werden.

Zur Rolle des elterlichen Status für die Kindesgesundheit im Verlauf der Kindheit existiert gemischte Evidenz. Sowohl Craig Gundersen und Brent Kreider (2009) als auch Jayanta Bhattacharya u. a. (2004) untersuchen die Auswirkungen von Nahrungsmittelunsicherheiten auf die Kindesgesundheit in den USA, während Letztere zusätzlich die Effekte von Armut analysieren. Gundersen und Kreider bestätigen einen negativen Einfluss von Nahrungsmittelunsicherheiten auf den Gesundheitszustand sowie auf ein gesundes Körpergewicht von Kindern, während Bhattacharya u. a. entgegen der Erwartungen keine Evidenz für einen Einfluss von Nahrungsmittelunsicherheiten auf den Ernährungszu-

stand von Kindern finden. Gundersen und Kreider messen Nahrungsmittelunsicherheiten dadurch, wie häufig und in welchem Ausmaß ein Haushalt an Lebensmitteln sparen, oder sogar auf Essen verzichten muss. Die Autoren argumentieren dahingehend, dass vorangegangene Studien den negativen Effekt von Nahrungsmittelunsicherheiten eher unter- als überschätzt haben. Bhattacharya u. a. finden lediglich für Kinder im Vorschulalter einen negativen Effekt von Armut auf den Ernährungszustand. Die fehlenden Effekte bei Schulkindern begründen sie damit, dass der Ernährungszustand von Schulkindern unabhängiger von den Familienressourcen ist als der Ernährungszustand jüngerer Kinder, weil Schulkinder auch in der Schule oder bei außerschulischen Aktivitäten Nahrung zu sich nehmen können.

Auch eine Verstärkung sozioökonomischer Unterschiede im Gesundheitszustand mit steigendem Kindesalter wird empirisch bestätigt (z. B. Case u. a. 2002; Currie/Stabile 2003). Janet Currie und Mark Stabile (2003) analysieren außerdem mögliche Ursachen für die ansteigenden Unterschiede. Sie zeigen für kanadische Kinder mit geringem sozioökonomischen Status, dass diese zwar langsamer auf gesundheitliche Schocks reagieren als Kinder mit höherem Status, dass aber insbesondere die größere Häufigkeit von gesundheitlichen Schocks zur Erklärung der sich vergrößernden Gesundheitsdifferenzen beiträgt. Dieses Ergebnis weist darauf hin, dass eine Politik, die allein eine verbesserte Gesundheitsversorgung für Kinder mit geringem Status anstrebt, der Verstärkung der gesundheitlichen Unterschiede mit zunehmendem Alter nur bedingt entgegenwirken kann. Sinnvoller wäre es, die Ursachen für die größere Häufigkeit von gesundheitlichen Schocks für Kinder mit geringem Status zu verstehen und zu bekämpfen (Currie/Stabile 2003).

Die Auswirkungen des elterlichen Status sind oft sehr langfristig (z. B. Case/Paxson 2011). Charles L. Baum II und Christopher J. Ruhm (2009) beispielsweise stellen negative Einflüsse des sozioökonomischen Status während der Kindheit auf das Körpergewicht im späteren Leben fest. Paul Frijters u. a. (2010) zeigen für England und Schottland, dass die Bedingungen während der Kindheit sowohl die Lebensdauer als auch die Todesursache bedeutend beeinflussen können. Im Einzelnen untersuchen Baum II und Ruhm die Entwicklung von

Fettleibigkeit über den Lebenszyklus in den USA anhand von Unterschieden im sozioökonomischen Status. Sie errechnen, dass ein Jahr weniger Bildung der Mutter den Body-Mass-Index um 1,2 Prozentpunkte erhöht. Dieser Effekt steigt mit jedem zusätzlichen Lebensjahr um 0,07 Prozentpunkte an. Ähnlich folgern Frijters u. a., dass Personen mit sehr hohem Status hinsichtlich Faktoren wie Haushaltseinkommen und Wohnbedingungen mindestens neun Jahre länger leben als Personen mit sehr geringem Status. Ein geringes Haushaltseinkommen während der Kindheit erhöht darüber hinaus über ein verstärktes Rauchverhalten die Gefahr, einem durch Rauchen verursachten Krebsleiden zu erliegen.

Zusammengefasst zeigen die vorgestellten Studien, dass soziale Armut der Eltern die Kindesgesundheit in hohem Ausmaß beeinträchtigen kann, dass gesundheitliche Unterschiede in der sozialen Herkunft im Erwachsenenalter fortbestehen, sich mit zunehmendem Alter verstärken und sogar noch in Todeszeitpunkt und -ursache widerspiegeln können. Diese Ergebnisse sind vor allem im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit alarmierend, da Kinder ihre Herkunft nicht selbst wählen können und im Gegensatz zu Erwachsenen keine persönliche Verantwortung für ihre Gesundheit tragen. Es stellt sich somit die Frage nach der Vermeidbarkeit dieser Unterschiede. Die vorgestellten Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass Ursachen wie geringes Einkommen, niedrige Bildung, mangelndes Wissen über Gesundheitsvorsorge und -versorgung sowie fehlendes Gesundheitsbewusstsein der Eltern für Beeinträchtigungen der Kindesgesundheit eine Rolle spielen. Eine Politik zur Verringerung der gesundheitlichen Unterschiede sollte also bei diesen Parametern anknüpfen. Auf lange Sicht wäre eine allgemeine Erhöhung des Bildungsniveaus in den unteren sozialen Schichten sinnvoll, die zugleich sowohl Einkommen als auch Gesundheitsbewusstsein steigern würde. Auf diese Weise würde die soziale Armut in der Gesellschaft verringert und somit der Kern des Problems bekämpft. Mögliche Maßnahmen mit kurzfristiger Wirkung auf die Kindesgesundheit wären gezielte finanzielle Unterstützungen und Verhaltensanreize für die Risikogruppen, wie z. B. ein freier Eintritt in Sportvereine für Kinder aus sozial schwachen Familien. Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit sozial benachteiligter Kinder entfalten wahrscheinlich in frühen Phasen der Kindheit ihre größte Effektivität, da sich diverse vergangene Gesundheitsbeeinträchtigungen noch nicht anhäufen konnten. Weitere Argumente für die Relevanz ei-

nes möglichst frühen Interventionszeitpunkts werden im nachfolgenden Abschnitt vorgebracht. Hier wird außerdem argumentiert, dass eine Verbesserung der Kindesgesundheit selbst die sozialen Ungleichheiten in der Gesellschaft verringern kann.

Die langen Schatten der Kindesgesundheit

Neben den Einflüssen der sozialen Herkunft auf die Kindesgesundheit befasst sich die gesundheitsökonomische Forschung auch mit der Frage, inwieweit sich frühe gesundheitliche Bedingungen auf den sozioökonomischen Status im späteren Leben auswirken. Man kann erwarten, dass sich ein schlechter Gesundheitszustand in einer geringeren Leistungsfähigkeit in Schule, Ausbildung und am Arbeitsplatz ausdrückt. Auf diese Weise könnte sich der sozioökonomische Status der Eltern über die Kindesgesundheit weitervererben und sich im späteren sozioökonomischen Status der Kinder widerspiegeln, sobald diese erwachsen sind (Currie 2009).

Die Existenz dieser Zusammenhänge hätte weitreichende politische Implikationen. Der lebenslange Einfluss der sozialen Herkunft auf den Gesundheitszustand weist darauf hin, dass eine ge-

sundheitliche Förderung am effektivsten und nachhaltigsten ist, wenn sie in frühesten Kindheit geschieht, ähnlich wie dies für die Förderung bestimmter Fähigkeiten gilt (Cunha/Heckman 2007). Wenn die Kindesgesundheit außerdem den späteren sozioökonomischen Status mitbestimmt, sollte eine Politik zur Reduzierung sozioökonomischer Unterschiede bei der Förderung sozial benachteiligter Kinder ansetzen und auf diese Weise eine der Ursachen für die bestehenden Ungleichheiten bekämpfen, anstatt sich ausschließlich auf Umverteilungsmaßnahmen zu konzentrieren. Nach einer umstrittenen Hypothese von David J. Barker (1990) sind die gesundheitlichen Bedingungen des späteren Lebens bereits von den Umständen abhängig, unter denen sich der Fötus im Mutterleib entwickelt, und werden nicht erst während der Kindheit geprägt. Gesundheitliche Beeinträchtigungen während der Schwangerschaft können nach Barker für Jahrzehnte verborgen bleiben und erst in höherem Alter zutage treten (z. B. in Form von Herzkrankheiten). Darüber hinaus könnte gesundheitsbeeinflussendes Verhalten im Erwachsenenalter (z. B. Rauchen, Sport oder gesunde Ernährung) durch die pränatalen Bedingungen vorprogrammiert werden. Barkers Hypothese folgend müsste eine Politik zur Verringerung der sozialen Ungleichheiten in der

Auch nach der Geburt kann der elterliche Status die Gesundheit des Kindes beeinflussen. Man kann erwarten, dass sich Eltern mit höherem Einkommen gesündere Nahrungsmittel, eine gute medizinische Versorgung sowie eine kinderfreundliche Wohnumgebung leisten können.

picture alliance/dpa



Gesellschaft nicht erst bei den Kindern ansetzen, sondern sich auf werdende Mütter konzentrieren (Almond/Currie 2011).

Ansichts der wahrscheinlich großen Bedeutung der Kindesgesundheit für das spätere Leben, könnten frühe gesundheitliche Beeinträchtigungen aller Art Effekte auf den späteren sozioökonomischen Status haben. So untersuchen Ökonomen die Effekte von Hungersnöten, Pandemien, Verschmutzungen oder körperlicher Gewalt während der Schwangerschaft, sowie Einflüsse gesundheitlicher Bedingungen während der Kindheit auf Größen wie Bildung, Lohn, Berufsstand oder Familienstand.¹ Insbesondere wird häufig ein positiver Zusammenhang zwischen der Körpergröße und dem Einkommen dokumentiert, was als Hinweis auf einen positiven Einfluss guter Kindesgesundheit auf das Einkommen gedeutet wird (Case/Paxson 2011). Zwar hängt die Körpergröße zu einem bedeutenden Anteil von der Körpergröße der Eltern ab, jedoch reflektiert sie auch Unterschiede in der Kindesgesundheit. Während Größenunterschiede besonders für arme Länder als Spiegel früher gesundheitlicher Bedingungen gelten, wird der Zusammenhang zwischen Größe und Einkommen für entwickelte Länder auch durch Faktoren wie Selbstbewusstsein, soziale Dominanz und Dis-

kriminierung begründet.² Darüber hinaus könnten gute Ernährung und Gesundheit in utero und während der Kindheit sowohl das körperliche Wachstum als auch die Fähigkeit zur Ausprägung kognitiver Fähigkeiten fördern (Case/Paxson 2008). Der höhere ökonomische Erfolg größerer Menschen könnte also sowohl auf bessere Kindesgesundheit und somit höhere Leistungsfähigkeit, eine besondere Ausstrahlung aufgrund der großen Körpergröße, als auch auf ausgeprägtere kognitive Fähigkeiten zurückzuführen sein.

Empirische Ergebnisse

Studien zur Rolle der Gesundheitsbedingungen vor der Geburt und während der Kindheit bestätigen Einflüsse auf den späteren Status. Douglas Almond (2006) untersucht z. B. die Auswirkungen der Grippe-Pandemie von 1918 in den USA auf Personen, die zum Zeitpunkt der Pandemie in utero waren. Sandra E. Black u. a. (2007) hingegen verwenden Körpergewichte, die unmittelbar nach der Geburt gemessen wurden, als Indikator für die Kindesgesundheit. Beide Studien finden negative Effekte auf Bildungsniveau und Einkommen. Almond findet darüber hinaus eine gesteigerte Wahrscheinlichkeit für körperliche Behinderungen unter den von der Grippe betroffenen Personen. Wie

Black u. a. errechnen, erhöht ein Anstieg des Geburtsgewichts um 7,5 Prozent die spätere Körpergröße im Durchschnitt um knapp einen halben Zentimeter, den Intelligenzquotienten um 0,05 Stanine, das Arbeitseinkommen um ein Prozent und das Geburtsgewicht der eigenen Kinder um 1,1 Prozent.

Die Bedeutung der Gesundheitsbedingungen während der Kindheit für den späteren sozioökonomischen Status wird durch Studien von Anne Case und Christina Paxson (2008, 2011) bestätigt. Case und Paxson (2008) verwenden Daten für die USA und das Vereinigte Königreich und analysieren Auswirkungen der Kindesgesundheit auf das Einkommen, während sich Case und Paxson (2011) auf die britische Whitehall-II-Studie³ stützen und Effekte auf Dienstgrade und Beförderungen von Beamten messen. Beide Studien finden einen positiven Zusammenhang zwischen sowohl der Kindesgesundheit als auch der Körpergröße im Erwachsenenalter und dem sozioökonomischen Status. Case und Paxson (2011) errechnen beispielsweise, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Beförderung um etwa vier Prozent geringer ist, wenn eine Person vor Erreichen des 16. Lebensjahres länger als vier Wochen im Krankenhaus gelegen hat. Case und Paxson (2008) folgern zudem, dass größere Kinder bereits im Alter von drei Jahren bessere kognitive Fähigkeiten haben.

Einflüsse des Gesundheitszustands in späteren Phasen der Kindheit werden z. B. von Janet Currie und Mark Stabile (2006) untersucht, die für Jugendliche in den USA und in Kanada die Auswirkungen einer Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung (ADHS) messen. Sie finden einen negativen Einfluss von ADHS auf den Bildungserfolg und folgern, dass die mentale Gesundheit für den Bildungserfolg bedeutsamer ist als physische Bedingungen.

Eine schlechte Kindesgesundheit wirkt sich also negativ auf den späteren wirtschaftlichen Erfolg aus. In entwickelten Gesellschaften sollte dieses Phänomen aufgrund der enormen gesundheitlichen Verbesserungen für alle sozialen Schichten im vergangenen Jahrhundert eigentlich an Bedeutung verloren haben. Dem widersprechen allerdings die Ergebnisse der Studie von Black u. a. (2007), die am Beispiel Norwegen belegt, dass der wirtschaftliche Erfolg Berufstätiger in Industrieländern auch in der jüngeren Vergangenheit noch von der Kindesgesundheit abhängen kann. Darüber hinaus wird sogar beobachtet,



dass sich in den USA und in Europa die gesundheitlichen Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen im Zeitverlauf vergrößert haben.⁴ Die Gesundheit hat sich demnach zwar für alle verbessert, allerdings fielen die Verbesserungen für die oberen Bildungsschichten stärker aus. Diese zeitliche Auseinanderentwicklung der Bildungsgruppen lässt sich angesichts der gesundheitlichen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte nicht durch Unterschiede in der Kindesgesundheit erklären (Cutler/Lleras-Muney 2006). Stattdessen könnten Einflüsse des sozioökonomischen Status auf die Gesundheit im Erwachsenenalter mit der Zeit an Bedeutung gewonnen und die wachsenden Diskrepanzen im Gesundheitszustand verursacht haben. Diesen Mechanismen ist der nachfolgende Abschnitt gewidmet.

Die gesundheitliche Bilanz sozialer Klüfte

Sämtliche bisher beschriebenen Mechanismen zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen Armut und Gesundheit haben ihre Wirkung oder ihren Auslöser in der Kindheit oder noch vor der Geburt. Daneben lassen sich eine Reihe plausibler Einflussmechanismen formulieren, die erst im Erwachsenenalter einsetzen.

Das Modell von Michael Grossman (1972), das bereits erläutert wurde, liefert eine theoretische Begründung für Einflüsse des sozioökonomischen Status auf die Gesundheit im Erwachsenenalter, da aus ihm folgt, dass ein höheres Einkommen die Nachfrage nach Gesundheit und Gesundheitsleistungen erhöht und ein höheres Bildungsniveau die Effektivität von Investitionen in die Gesundheit steigert. Während auch David M. Cutler und Adriana Lleras-Muney (2006) argumentieren, dass ein höheres Bildungsniveau zu erfolgreicheren Entscheidungsmustern führt, erklären sich die meisten möglichen Einflüsse des Status auf die Gesundheit im Erwachsenenalter über das Einkommensniveau. Wie beschrieben wurde, kann ein geringes Einkommen Nahrungsmittelunsicherheiten hervorrufen, ein Zusammenhang, der natürlich auch für Erwachsene gilt. Ein anderer Einflussmechanismus wäre, dass Geringverdiener dringende Arztbesuche aufschieben, um die zu entrichtende Praxisgebühr oder Zuzahlungen zu Medikamenten oder Krankenhausbehandlungen zu umgehen, was sich negativ auf deren Gesundheit auswirken könnte. Ferner kann der Verlust des Arbeitsplatzes das langfristige Einkommen maßgeblich verringern, wodurch

sich wiederum der Gesundheitszustand über die anderen genannten Kanäle verschlechtern könnte (Sullivan/von Wachter 2009).

Neben dem Zusammenhang zwischen absolutem Einkommen und Gesundheitszustand wird in der Literatur auch die Rolle des relativen Einkommens für die Gesundheit diskutiert, also des Einkommens im Vergleich zum Einkommen einer Referenzgruppe. Ein geringes relatives Einkommen könnte psychosozialen Stress hervorrufen, der dann wiederum weitere Erkrankungen verursachen kann.⁵ Gesundheitliche Beeinflussungen dieser Art könnten in reichen Ländern auftreten, wo Formen absoluter Armut in der Regel nicht existieren. In armen Ländern hingegen hängt der Gesundheitszustand der Menschen stärker davon ab, ob ihr absolutes Einkommen ausreicht, um sie vor unhygienischen Sanitäreinrichtungen, ungesunden Arbeits- und Lebensbedingungen, vor schlechter Ernährung sowie einer Vielzahl von Infektionskrankheiten zu schützen.

Verlässt man die individuelle Ebene und beleuchtet diese Zusammenhänge aus nationaler Sicht, lassen sich Schlussfolgerungen für wahrscheinliche Effekte der Einkommensungleichheit auf die durchschnittliche Gesundheit in einem Land ableiten. Wird einerseits in einem reichen Land die Gesundheit der Menschen dadurch beeinträchtigt, dass sie ein relativ geringes Einkommen im Vergleich zu anderen haben, so steigt mit zunehmender Einkommensungleichheit die Zahl der hiervon betroffenen Personen. Wird andererseits in einem armen Land die Gesundheit der Menschen dadurch beeinträchtigt, dass ihr Einkommen unterhalb des kritischen Niveaus liegt, das zur Finanzierung einer gesundheitlichen Mindestversorgung nötig ist, steigt ebenfalls mit zunehmender Einkommensungleichheit die Zahl der Menschen, die hiervon betroffen sind. Somit kann man sowohl für Industrie- als auch für Entwicklungsländer erwarten, dass sich eine steigende Einkommensungleichheit negativ auf den durchschnittlichen Gesundheitszustand auswirkt (z. B. Deaton 2003).

Neben Beeinflussungen über das Einkommensniveau kann der sozioökonomische Status im Erwachsenenalter die Gesundheit auch über einkommensunabhängige Kanäle beeinflussen. Ein Verlust des Arbeitsplatzes könnte beispielsweise direkte Folgen für die mentale Gesundheit in Form von verringertem Selbstwertgefühl und geringerer Zufriedenheit haben (vgl. Sullivan/von Wachter 2009). Auch eine frühe Mutterschaft kann den sozioökonomischen Status einer jungen Frau nachhaltig prägen und sich langfristig negativ auf

ihren Lebensstil und ihre Gesundheit auswirken (Webbink u. a. 2008).

Weiterhin stellt der Lebenswandel, wie z. B. Rauchen oder Schlafgewohnheiten, eine mögliche Ursache für sozioökonomische Unterschiede im Gesundheitszustand dar, denn Menschen mit geringem Bildungsstand könnten die gesundheitlichen Risiken bestimmter Verhaltensweisen nicht bekannt oder bewusst sein. Marc Fleurbaey und Erik Schokkaert (2009) weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sozioökonomische Unterschiede im Gesundheitszustand nicht notwendigerweise als ungerecht angesehen werden müssen, weil jeder in einem gewissen Ausmaß selbst für seinen Lebensstil verantwortlich ist. Durch die soziale Herkunft bedingte Unterschiede im Verhalten seien hingegen als ungerecht einzustufen, da niemand seine Herkunft selbst wählen kann.

Empirische Ergebnisse

In der empirischen Erforschung der beschriebenen Mechanismen ist die Whitehall-II-Studie von besonderer Bedeutung, ein Datensatz, der zu dem Zweck erhoben wurde, die Zusammenhänge zwischen sozialer Klasse und Gesundheit zu studieren. Die Whitehall-II-Studie wurde in sechs Phasen zwischen 1985 und 2001 erhoben und enthält Informationen aus Fragebögen und medizinischen Untersuchungen über rund 10.000 britische Beamte. Unter anderem wurden auch Informationen über die Kindesgesundheit abgefragt. Empirische Analysen auf Basis der Whitehall-II-Daten bestätigen einen positiven Zusammenhang zwischen Gesundheit und Dienstgrad (z. B. Marmot u. a. 1991).

Einflüsse des sozioökonomischen Status auf den Gesundheitszustand werden jedoch nicht ausschließlich auf Basis der Whitehall-II-Studie untersucht. So untermauern die Ergebnisse mehrerer Studien die Vorhersagen des theoretischen Modells von Michael Grossman (1972) auf Basis anderer Datensätze. Douglas L. Miller und Christina Paxson (2006) finden beispielsweise mit US-amerikanischen Daten, ebenso wie Paul Frijters u. a. (2005) auf Basis deutscher Daten, einen positiven Einfluss des Einkommens auf die Gesundheit. Hingegen folgert James P. Smith (2007) für die USA, dass gesundheitliche Unterschiede hauptsächlich durch das Bildungsniveau erklärt werden, nicht durch finanzielle Ressourcen. Ähnlich bestätigt Fabian Lange (2011) für die USA, dass ein höheres Bildungsniveau mit besseren Krebsvorsorgeentscheidungen verbunden ist.

Auch einige andere Einflusskanäle über das Einkommensniveau werden empirisch untermauert. So bestätigen Jayanta Bhattacharya u. a. (2004) für die USA, dass Nahrungsmittelunsicherheiten für ältere Menschen einen negativen Effekt auf das Körpergewicht haben, während sie für Menschen mittleren Alters das Risiko für Adipositas erhöhen. Ärmere US-Amerikaner mittleren Alters scheinen somit weniger unter einem Mangel an Kalorien zu leiden als vielmehr unter einem übermäßigen Konsum ungesunder Lebensmittel. Weiterhin bestätigen Daniel Sullivan und Till von Wachter (2009), dass der Verlust des Arbeitsplatzes sowie Einkommensverringerungen die Sterbewahrscheinlichkeit maßgeblich erhöhen. Schließlich zeigen die Ergebnisse einer Studie von Willard G. Manning u. a. (1987), die auf Daten aus einem Zufallsexperiment in den USA basiert, dass Preisvariationen zwar die Inanspruchnahme von Leistungen erheblich beeinflussen, dass insgesamt aber keine Auswirkung auf die Gesundheit nachgewiesen werden kann, da bei Preisanstiegen zuerst auf weniger dringende Leistungen verzichtet wird.

Auch hinsichtlich der Auswirkungen relativer Einkommen sowie von Einkommensungleichheiten auf den Gesundheitszustand sind die Forschungsergebnisse unterschiedlich. Während häufig

ein positiver Effekt des absoluten Einkommens auf die Gesundheit bestätigt wird (Gerdtham/Johannesson 2004; Jones/Wildman 2008), wird ein Einfluss des relativen Einkommens bzw. von Einkommensungleichheit nur von einigen Studien festgestellt. Eine Studie, die einen positiven Effekt des relativen Einkommensstatus auf den Gesundheitszustand findet, ist die Untersuchung von Eiji Mangyo und Albert Park (2011) auf Basis chinesischer Daten. Die Autoren folgern, dass frühere Klassenkameraden und Verwandte in städtischen Gegenden wichtige soziale Vergleichsgruppen darstellen, während sich diese in ländlichen Gegenden eher geographisch definieren, nämlich durch Nachbarn, die in der unmittelbaren Umgebung wohnen. Auch Douglas L. Miller und Christina Paxson (2006) untersuchen die Auswirkungen relativer Einkommensunterschiede. Auf Basis US-amerikanischer Daten können sie lediglich für eine Untergruppe einen Effekt nachweisen, welcher allerdings der beschriebenen relativen Einkommenshypothese entgegen wirkt: Die Existenz relativ wohlhabender Nachbarn verringert die Sterbewahrscheinlichkeit männlicher Afroamerikaner im Erwerbsalter. Hier scheint sich der positive Gesundheitseffekt des hohen Einkommens der Nachbarn teilweise auf diese Personengruppe zu übertragen.

Die meisten Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass ein negativer Zusammenhang zwischen der Einkommensungleichheit und der Bevölkerungsgesundheit in einem Land weniger auf Einflüsse der Ungleichheit als Ganzes zurückzuführen ist, sondern vielmehr auf individuelle Einkommenseffekte: Die geringen Einkommen Ärmere wirken sich viel stärker negativ auf deren Gesundheitszustand aus als sich die hohen Einkommen Reicher positiv in deren Gesundheit niederschlagen. Obwohl also bei zunehmender Einkommensungleichheit sowohl die Anzahl der Reichen als auch der Armen ansteigt, ist im Durchschnitt eine Verschlechterung der Bevölkerungsgesundheit zu erwarten. Insgesamt aber deuten die Forschungsergebnisse nicht darauf hin, dass relative Einkommensunterschiede und Einkommensungleichheiten Hauptdeterminanten für gesundheitliche Unterschiede im sozioökonomischen Status darstellen (Deaton 2003). Ein nennenswertes Beispiel ist die Studie von Hans Grönqvist u. a. (2012), welche die Effekte von Einkommensungleichheit auf die Gesundheit untersucht. Die Ergebnisse dieser Studie sind besonders verlässlich, da



Gesundheit ist auch eine Frage sozialer Klüfte. Ein höheres Einkommen erhöht in der Regel die Nachfrage nach Gesundheit und Gesundheitsleistungen, und ein höheres Bildungsniveau steigert die Effektivität von Investitionen in die Gesundheit.

picture alliance/dpa



Nachhaltige Gesundheitserziehung in der Schule ist ein Weg, um breites Wissen über gesundheitliche Risiken und einen gesünderen Lebensstil zu vermitteln. Projekte und Maßnahmen zum Thema „Gesunde Ernährung“ tragen zu einem gesteigerten Gesundheitsbewusstsein bei. picture alliance/dpa

sie sich auf Daten für Flüchtlinge stützt, die durch eine Unterbringungspolitik der Regierung zufällig auf schwedische Gemeinden verteilt wurden. Dadurch ist ausgeschlossen, dass sich die Flüchtlinge systematisch auf die Gemeinden verteilt haben, was die Ergebnisse verzerren könnte.⁶ Die Autoren finden keinen Effekt von Einkommensungleichheit auf das Risiko, in ein Krankenhaus eingewiesen zu werden, und folgern, dass die Präzision ihrer Ergebnisse die Existenz nennenswerter Effekte von Einkommensungleichheit auf den Gesundheitszustand ausschließt.

Insgesamt scheinen vor allem das Bildungsniveau, das absolute Einkommen und der Lebensstil bedeutsame Rollen für den Gesundheitszustand zu spielen. Ein niedriger Bildungsstand, der häufig zugleich mit einem geringen Einkommen sowie einem ungesünderen Lebensstil verbunden ist, führt also auch zu ei-

nem schlechteren Gesundheitszustand. Demnach ist zu erwarten, dass Erhöhungen des allgemeinen und gesundheitlichen Bildungsstandes der unteren sozialen Schichten gesundheitsbegünstigende Verhaltensmuster sowie die Chancengleichheit in der Gesellschaft fördern, sei es über effizientere Entscheidungsmuster, ein höheres Einkommen, breiteres Wissen über gesundheitliche Risiken, Gesundheitsvorsorge und -versorgung oder ein gesteigertes Gesundheitsbewusstsein und einen gesünderen Lebensstil. Eine Politik, die den Bildungserwerb der unteren Schichten fördert, könnte sich also in erheblichem Ausmaß positiv auf die Bevölkerungsgesundheit auswirken (Cutler/Lleras-Muney 2006).

Aus den Forschungsergebnissen der vorgestellten Studien lassen sich mehrere mögliche Erklärungen für die Vergrößerung der gesundheitlichen Unter-

schiede zwischen den Bildungsgruppen über die Zeit hinweg ableiten. Erstens ist der allgemeine Bildungserwerb im Zeitablauf stark angestiegen (z. B. Cutler/Lleras-Muney 2006). Dies könnte die Unterschiede im Gesundheitszustand vertieft haben, wenn höhere Bildungsschichten ihren Bildungsstand stärker erhöhen konnten oder ihre zusätzliche Bildung im Hinblick auf ihre Gesundheit effektiver einsetzen können als untere Bildungsschichten. Zweitens wurde in der jüngeren Vergangenheit in mehreren Ländern ein Anstieg der Einkommensungleichheit verzeichnet, wie z. B. in Deutschland, Schweden, den USA und Großbritannien (OECD 2008; Dustmann et al. 2009). Auch dies könnte die wachsenden Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen erklären, da die Forschungsergebnisse auf einen positiven Einfluss des absoluten Einkommensniveaus auf den Gesundheitszustand hinweisen.⁷ Drittens könnten unterschiedliche Entwicklungen im Lebenswandel zu der Vergrößerung der gesundheitlichen Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen über die Zeit beigetragen haben. In den USA sind beispielsweise die Raucherquoten unter Erwachsenen zwischen 1974 und 1995 für höhere Bildungsniveaus stärker gesunken als für niedrigere (Pamuk u. a. 1998).

Gesundheit als soziales Stigma

Ein schlechter Gesundheitszustand kann die Leistungsfähigkeit in der Ausbildung und am Arbeitsplatz erheblich beeinträchtigen und somit die beruflichen Möglichkeiten stark einschränken. Darüber hinaus können plötzliche gesundheitliche Schocks, wie ein Unfall oder das Ausbrechen einer Krankheit, zu Arbeitsunfähigkeit, Einkommenseinbußen oder einem frühen Renteneintritt führen. Empirische Studien bestätigen positive Effekte guter Gesundheit auf finanzielle Größen (Wagstaff 2007; Wu 2003), Beförderungen (z. B. Case/Paxson 2011, auf Basis der Whitehall-II-Studie) sowie das Renteneintrittsalter (vgl. McGarry 2004). So zeigt Adam Wagstaff (2007) auf Basis vietnamesischer Daten, dass gesundheitliche Schocks, wie ein längerer Krankenhausaufenthalt des Haushaltsvorstands, das verdiente Einkommen insbesondere in städtischen Haushalten maßgeblich verringern. Stephen Wu (2003) findet für verheiratete Paare in den USA, die sich dem Rentenalter nähern, negative Vermögenseffekte von gesundheitlichen Schocks. Beide Studien folgern außerdem negative Einflüsse auf das Konsumverhalten, wobei Wagstaff auch einen Anstieg der medizinischen Ausgaben verzeichnet. Wu

folgt weiterhin, dass die ökonomischen Konsequenzen umso verheerender sind, wenn der gesundheitliche Schock die Ehefrau betrifft, was dadurch zu erklären sein könnte, dass diese tendenziell einen größeren Teil der Haushaltspflichten trägt. Anne Case und Christina Paxson (2011) errechnen, dass Beamte, die zu Beginn der Whitehall-II-Studie mit ihrem Gesundheitszustand zufrieden waren, eine über drei Prozent höhere Wahrscheinlichkeit für eine anschließende Beförderung in einen höheren Dienstgrad aufweisen als Beamte, die mit ihrer anfänglichen Gesundheit eher unzufrieden sind. Kathleen McGarry (2004) schätzt für Menschen mit sehr schlechter Gesundheit im Vergleich zu Menschen mit exzellentem Gesundheitszustand eine um drei bis neun Prozent geringere Wahrscheinlichkeit dafür, im Alter von 62 Jahren noch vollzeitbeschäftigt zu sein.

Diese Forschungsergebnisse verdeutlichen die Bedeutung guter Gesundheit für ökonomischen Erfolg sowie eine lange berufliche Karriere. Ein schlechter Gesundheitszustand hingegen scheint wie ein soziales Wundmal den sozioökonomischen Status zu verschlechtern. Da eine mangelhafte Gesundheit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beeinträchtigt und den Bedarf an Gesundheitsversorgung erhöht, ist aus nationaler Sicht zu erwarten, dass die Bevölkerungsgesundheit sowohl das Ausmaß des Wirtschaftswachstums, als auch die Belastungen von Kranken- und Rentenversicherungssystemen entscheidend mitbestimmt.

Diese Zusammenhänge sind besonders vor dem Hintergrund der derzeitigen demographischen Entwicklungen in Europa interessant, die in Deutschland besonders ausgeprägt sind. Durch den wachsenden Bevölkerungsanteil älterer Menschen bei gleichzeitig schrumpfender Gesamtbevölkerung steigt die Zahl der Rentner und Pflegebedürftigen, während die Zahl der Beitragszahler schrumpft. Gelänge es der Politik, den vergleichsweise schlechten Gesundheitszustand unterer sozialer Schichten zu verbessern, könnten möglicherweise mehr ältere Menschen länger arbeiten, Sozialversicherungsbeiträge zahlen und würden weniger Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen, was den möglicherweise verheerenden finanziellen Folgen des demographischen Wandels für die Sozialversicherungssysteme entgegenwirken würde.

Fazit

Dieser Artikel bot einen Einblick in aktuelle Ergebnisse der gesundheitsökonomischen Forschung zum Zusammenhang

von Armut und Gesundheit. Die Ergebnisse belegen, dass der sozioökonomische Status und der Gesundheitszustand einer Person über komplexe Abhängigkeiten fest miteinander verknüpft sind.

In frühen Phasen des Lebens kann die Kindesgesundheit empfindlich vom sozialen Status der Eltern abhängen. Gesundheitliche Differenzen zwischen den sozialen Schichten vergrößern sich mit zunehmendem Kindesalter und bestehen auch im Erwachsenenalter fort. Da niemand seine soziale Herkunft selbst wählen kann und Kinder im Gegensatz zu Erwachsenen keine persönliche Verantwortung für ihre Gesundheit tragen, widerspricht dieses Ergebnis dem allgemeinen Verständnis von sozialer Gerechtigkeit. Die vorgestellten Studien identifizieren ein geringes Einkommen, niedrige Bildung und fehlendes Gesundheitsbewusstsein der Eltern als Hauptursachen für Beeinträchtigungen der Kindesgesundheit. Um Kinder vor den gesundheitlichen Gefahren sozialer Benachteiligung zu schützen, sollte die Politik also an diesen Parametern ansetzen.

Ein schlechter Gesundheitszustand beeinträchtigt wiederum die Leistungsfähigkeit in der Schule und am Arbeitsplatz, beschränkt die beruflichen Möglichkeiten und bedingt folglich einen niedrigen sozioökonomischen Status. Somit vererbt sich ein niedriger Status der Eltern tendenziell über die Kindesgesundheit an die nachfolgende Generation weiter. Die gesundheitsökonomische Literatur weist darauf hin, dass insbesondere die gesundheitlichen Bedingungen während der Schwangerschaft und in sehr frühen Phasen der Kindheit kritisch für die Prägung des späteren sozioökonomischen Status sind. Eine Politik zur Reduzierung der sozioökonomischen Unterschiede in der Gesellschaft sollte also eine Verbesserung der Gesundheitsbedingungen anstreben, denen Kinder aus benachteiligten Schichten während der Schwangerschaft und frühen Kindheit ausgesetzt sind, um auf diese Weise eine wichtige Ursache für die bestehenden Unterschiede zu bekämpfen.

Geringeres Einkommen, niedrigere Bildung und tendenziell ungesündere Lebensgewohnheiten der unteren sozialen Schichten vergrößern den gesundheitlichen Rückstand zu höheren sozialen Schichten über den Lebenszyklus immer weiter. Einkommensniveau und Lebenswandel hängen häufig stark vom Bildungsniveau ab. Eine Politik, die den Bildungserwerb der unteren sozialen Schichten fördert, könnte sich also in erheblichem Ausmaß positiv auf die Bevölkerungsgesundheit auswirken (Cutler/Lleras-Muney 2006).

Schlechte Gesundheit und geringe Leistungsfähigkeit können darüber hinaus zu Einkommenseinbußen, Arbeitsunfähigkeit, Frührente und einem frühen Tod führen. Schlechte Gesundheit scheint also tendenziell einen geringen sozioökonomischen Status herbeizuführen. Im Gegensatz hierzu begünstigt ein guter Gesundheitszustand wirtschaftlichen Erfolg und eine lange berufliche Karriere. Eine Verbesserung der Gesundheit in den unteren sozialen Schichten könnte sich somit positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken und durch eine gesteigerte Erwerbsbeteiligung den negativen Folgen des demographischen Wandels für die Sozialversicherungssysteme entgegenwirken.

Die vorgestellten Ergebnisse aus der gesundheitsökonomischen Forschung helfen, das bestehende soziale Gefälle im Gesundheitszustand zu erklären. Als Quintessenz lässt sich aus ihnen die folgende Lehre für die Politik ableiten: Die aussichtsreichsten Wege zu einem langfristigen Abbau sozialer Armut und mangelhafter Gesundheit in der Gesellschaft scheinen eine intensivere Gesundheitsförderung Schwangerer und kleiner Kinder sowie eine Erhöhung des Bildungsniveaus und bessere gesundheitliche Aufklärung in den unteren sozialen Schichten zu sein. Durch eine wirksame Beeinflussung dieser Parameter könnte die Politik die Ursachen für die bestehenden Unterschiede nachhaltig bekämpfen, anstatt durch Einkommensumverteilungen und die Gesundheitsversorgung von Erkrankten lediglich die Symptome der Ungleichheiten zu kurieren. Von einer besseren Bevölkerungsgesundheit, höherer wirtschaftlicher Produktivität und einer größeren Chancengleichheit würde die gesamte Gesellschaft profitieren.

LITERATUR

- Aizer, Anna (2011): Poverty, Violence, and Health. In: *Journal of Human Resources*, 3/2011, S. 518–538.
- Almond, Douglas (2006): Is the 1918 Influenza Pandemic Over? Long-Term Effects of In Utero Influenza Exposure in the Post-1940 U.S. Population. In: *Journal of Political Economy*, 4/2006, S. 672–712.
- Almond, Douglas/Currie, Janet (2011): Killing Me Softly: The Fetal Origins Hypothesis. In: *Journal of Economic Perspectives*, 3/2011, S. 153–172.
- Balia, Silvia/Jones, Andrew M. (2008): Mortality, Lifestyle and Socio-Economic Status. In: *Journal of Health Economics*, 1/2008, S. 1–26.
- Barker, David J. (1990): The Fetal and Infant Origins of Adult Disease. In: *British Medical Journal*, 6/761/1990, S. 1111.
- Baum II, Charles L./Ruhm, Christopher J. (2009): Age, Socioeconomic Status and Obesity Growth.

In: *Journal of Health Economics*, 3/2009, S. 635–648.

Bhattacharya, Jayanta/Currie, Janet/Haider, Steven J. (2004): Poverty, Food Insecurity, and Nutritional Outcomes in Children and Adults. In: *Journal of Health Economics*, 4/2004, S. 839–862.

Black, Sandra E./Devereux, Paul J./Salvanes, Kjell G. (2007): From the Cradle to the Labor Market? The Effect of Birth Weight on Adult Outcomes. In: *Quarterly Journal of Economics*, 1/2007, S. 409–439.

Case, Anne/Lubotsky, Darren/Paxson, Christina (2002): Economic Status and Health in Childhood: The Origins of the Gradient. In: *American Economic Review*, 5/2002, S. 1308–1334.

Case, Anne/Paxson, Christina (2008): Stature and Status: Height, Ability, and Labor Market Outcomes. In: *Journal of Political Economy*, 3/2008, S. 499–532.

Case, Anne/Paxson, Christina (2011): The Long Reach of Childhood Health and Circumstance: Evidence from the Whitehall II Study. In: *Economic Journal*, 554/2011, S. 183–204.

Condliffe, Simon/Link, Charles R. (2008): The Relationship between Economic Status and Child Health: Evidence from the United States. In: *American Economic Review*, 4/2008, S. 1605–1618.

Cunha, Flavio/Heckman, James J. (2007): The Technology of Skill Formation. In: *American Economic Review: Papers and Proceedings*, 2/2007, S. 31–47.

Currie, Janet (2009): Healthy, Wealthy, and Wise: Socioeconomic Status, Poor Health in Childhood, and Human Capital Development. In: *Journal of Economic Literature*, 1/2009, S. 87–122.

Currie, Janet/Stabile, Mark (2003): Socioeconomic Status and Child Health: Why Is the Relationship Stronger for Older Children? In: *American Economic Review*, 5/2003, S. 1813–1823.

Currie, Janet/Stabile, Mark (2006): Child Mental Health and Human Capital Accumulation: The Case of ADHD. In: *Journal of Health Economics*, 6/2006, S. 1094–1118.

Cutler, David M./Lleras-Muney, Adriana (2006): Education and Health: Evaluating Theories and Evidence. NBER Working Paper, 12352.

Deaton, Angus (2003): Health, Inequality, and Economic Development. In: *Journal of Economic Literature*, 1/2003, S. 113–158.

Dustmann, Christian/Ludsteck, Johannes/Schönberg, Uta (2009): Revisiting the German Wage Structure. In: *Quarterly Journal of Economics*, 2/2009, S. 843–881.

Fleurbaey, Marc/Schokkaert, Erik (2009): Unfair Inequalities in Health and Health Care. In: *Journal of Health Economics*, 1/2009, S. 73–90.

Frijters, Paul/Haisken-DeNew, John P./Shields, Michael A. (2005): The Causal Effect of Income on Health: Evidence from German Reunification. In: *Journal of Health Economics*, 5/2005, S. 997–1017.

Frijters, Paul/Hatton, Timothy J./Martin, Richard M./Shields, Michael A. (2010): Childhood Economic Conditions and Length of Life: Evidence from the UK Boyd Orr Cohort, 1937–2005. In: *Journal of Health Economics*, 1/2010, S. 39–47.

Gennetian, Lisa A./Hill, Heather D./London, Andrew S./Lopoo, Leonard M. (2010): Maternal Employment and the Health of Low-Income Young Children. In: *Journal of Health Economics*, 3/2010, S. 353–363.

Gerdtham, Ulf-G./Johannesson, Magnus (2004): Absolute Income, Relative Income, Income Inequality, and Mortality. In: *Journal of Human Resources*, 1/2004, S. 228–247.

Grönqvist, Hans/Johansson, Per/Nikami, Susan (2012): Income Inequality and Health: Lessons from a Refugee Residential Assignment Program. In: *Journal of Health Economics*, 4/2012, S. 617–629.

Grossman, Michael (1972): On the Concept of Health Capital and the Demand for Health. In: *Journal of Political Economy*, 2/1972, S. 223–255.

Gundersen, Craig/Kreider, Brent (2009): Bounding the Effects of Food Insecurity on Children's Health Outcomes. In: *Journal of Health Economics*, 5/2009, S. 971–983.

Jones, Andrew M./Wildman, John (2008): Health, Income and Relative Deprivation: Evidence from the BHPS. In: *Journal of Health Economics*, 2/2008, S. 308–324.

Karlsson, Martin/Lyttkens, Carl Hampus/Nilsson, Therese (2010): Income Inequality and Health: Importance of a Cross-country Perspective. In: *Social Science and Medicine*, 6/2010, S. 875–885.

Lange, Fabian (2011): The Role of Education in Complex Health Decisions: Evidence from Cancer Screening. In: *Journal of Health Economics*, 1/2011, S. 43–54.

Mangyo, Eiji/Park, Albert (2011): Relative Deprivation and Health: Which Reference Groups Matter? In: *Journal of Human Resources*, 3/2011, S. 459–481.

Manning, Willard G./Newhouse, Joseph P./Duan, Naihua/Keeler, Emmett B./Leibowitz, Arleen (1987): Health Insurance and the Demand for Medical Care: Evidence from a Randomized Experiment. In: *American Economic Review*, 3/1987, S. 251–277.

Marmot, Michael G./Smith, George D./Stansfeld, Stephen/Patel, Chandra/North, Fiona/Head, Jenny/White, Ian/Brunner, Eric/Feeney, Amanda (1991): Health Inequalities among British Civil Servants: The Whitehall II Study. In: *Lancet*, 8754/1991, S. 1387–1393.

McGarry, Kathleen (2004): Health and Retirement. In: *Journal of Human Resources*, 3/2004, S. 624–648.

Miller, Douglas L./Paxson, Christina (2006): Relative Income, Race, and Mortality. In: *Journal of Health Economics*, 5/2006, S. 979–1003.

Morrill, Melinda S. (2011): The Effects of Maternal Employment on the Health of School-Age Children. In: *Journal of Health Economics*, 2/2011, S. 240–257.

Organization for Economic Co-operation and Development (OECD) (2010): *Economic Policy Reforms: Going for Growth 2010*. Paris.

Organization for Economic Co-operation and Development (OECD) (2008): *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*. Paris.

Pamuk Elsie R./Makuc Diane M./Heck Katherine E./Reuben Cynthia/Lochner Kimberley (1998):

Socioeconomic Status and Health Chartbook. Health, United States, 1998. Hyattsville, Maryland.

Ravallion, Martin/Chen, Shaohua/Sangraula, Prem (2009): Dollar a Day Revisited. In: *World Bank Economic Review*, 2/2009, S. 163–184.

Scholte, Robert S./Berg, Gerard J. van den/Lindeboom, Maarten (2012): Long-Run Effects of Gestation During the Dutch Hunger Winter Famine on Labor Market and Hospitalization Outcomes. IZA Discussion Paper, 6307/2012.

Smith, James P. (2007): The Impact of Socioeconomic Status on Health over the Life-Course. In: *Journal of Human Resources*, 4/2007, S. 739–764.

Sullivan, Daniel/Wachter, Till von (2009): Job Displacement and Mortality: An Analysis Using Administrative Data. In: *Quarterly Journal of Economics*, 3/2009, S. 1265–1306.

Wagstaff, Adam (2007): The Economic Consequences of Health Shocks: Evidence from Vietnam. In: *Journal of Health Economics*, 1/2007, S. 82–100.

Webbink, Dinand/Martin, Nicholas G./Visscher, Peter M. (2008): Does Teenage Childbearing Increase Smoking, Drinking and Body Size? In: *Journal of Health Economics*, 4/2008, S. 888–903.

Wu, Stephen (2003): The Effects of Health Events on the Economic Status of Married Couples. In: *Journal of Human Resources*, 1/2003, S. 219–230.

ANMERKUNGEN

- 1 Siehe z. B. Almond und Currie (2011) für weiterführende Literaturverweise.
- 2 Siehe Case und Paxson (2008) für weiterführende Literaturverweise.
- 3 Die Whitehall-II-Studie wird im nachfolgenden Abschnitt kurz erläutert.
- 4 Siehe Cutler und Lleras-Muney (2006) für weiterführende Literaturverweise.
- 5 Siehe Karlsson u. a. (2010) für weiterführende Literaturverweise.
- 6 Zum Beispiel könnten sich Menschen mit guter Gesundheit eher in Gemeinden mit großer Einkommensungleichheit ansiedeln, und umgekehrt.
- 7 Ein Anstieg der Einkommensungleichheit ist nicht nur mit größeren relativen, sondern auch größeren absoluten Einkommensdiskrepanzen verbunden.



UNSERE AUTORIN

Dipl.-Vw. Sarah Okoampah studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg. Im Jahr 2009 wurde sie Stipendiatin der Ruhr Graduate School in Economics. Seit 2012 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Martin Karlsson. In ihrer Doktorarbeit beschäftigt sie sich mit der Problematik des demographischen Wandels.



UNSER AUTOR

Professor Dr. phil. Martin Karlsson ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, Schwerpunkt Gesundheitsökonomik, an der Universität Duisburg-Essen. In der Vergangenheit war er an der Cass Business School in London und der Universität Oxford tätig. Seine Forschung umfasst das ganze Spektrum der Gesundheitsökonomik; aktuell beschäftigt er sich unter anderem mit dem Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Ungleichheit und Gesundheit.

Kinderarmut in Deutschland

Christoph Butterwegge

Nicht zuletzt durch die Armuts- und Reichtumsberichte, welche die Bundesregierung seit 2001 vorgelegt hat, wurde die wachsende Armut von Kindern und Jugendlichen in Deutschland offenkundig. Gemessen am relativen Maß sozialer Ungleichheit ist Kinderarmut auch hierzulande zu einem gesellschaftlichen Problem geworden. Christoph Butterwegge macht die Ursachen für die „Infantilisierung“ der Armut auf drei Ebenen fest: (1) Das „Normalarbeitsverhältnis“ wurde von unsicheren bzw. prekären Arbeitsverhältnissen, die oftmals kein ausreichendes Einkommen garantieren, abgelöst. (2) Parallel zur „Normalfamilie“ entwickelten sich neue Lebensformen (Ein-Elternteil-Familie, Patchwork-Familien), die Kindern tendenziell weniger finanzielle und soziale Sicherheit gewährleisten. (3) Verstärkt wird diese materielle Unsicherheit durch den Rückbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Bedenklich stimmt in der aktuellen Debatte um Kinderarmut allerdings, dass der gesellschaftliche und politische Handlungsrahmen aus dem Blick gerät. Armut wird häufig – allzu gern auch in der Medienberichterstattung und im bürgerlichen Feuilleton – als individuelles und subjektives Schicksal apostrophiert, gar mit der „Bildungsferne“ erklärt oder auf Sozialisationsdefizite der von Armut Betroffenen reduziert. Gesellschafts- und sozialpolitisch angemessene Lösungen zeitigen jedoch nur dann Wirkung, wenn die strukturellen Ursachen von Kinderarmut hinreichend bedacht werden. |

Kinderarmut – ein gesellschaftliches Problem

Nach vier Armuts- und Reichtumsberichten, welche die Bundesregierung seit dem Jahr 2001 vorgelegt hat, ist weiten Teilen der Öffentlichkeit bewusst, dass (Kinder-)Armut nicht nur in der sogenannten Dritten Welt, sondern auch hierzulande ein gesellschaftliches Kardinalproblem darstellt. Dies gilt zumindest dann, wenn man darunter nicht nur absolutes Elend, sondern auch ein relatives Maß an sozialer Ungleichheit versteht, das Betroffene daran hindert, sich ihrer persönlichen Fähigkeiten gemäß zu entfalten, sich optimal zu entwickeln und selbstbestimmt am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen.

Kinderarmut äußert sich in einem wohlhabenden, wenn nicht reichen Land wie

der Bundesrepublik weniger spektakulär als in Mosambik, Bangladesch oder Burkina Faso, wo Menschen auf der Straße verhungern. Sie wirkt eher subtil, aber nicht minder dramatisch. Hierzulande ist es für Kinder manchmal noch schwerer, arm zu sein, als in einer Gesellschaft, die sämtlichen Mitgliedern nur das Allernötigste bietet. Konsumchancen, z. B. das Tragen modischer Kleidung („Markenklamotten“), der Besitz des tollsten Handys und modernster Unterhaltungselektronik sowie teure Freizeitaktivitäten, bestimmen mit über die Möglichkeiten, die ein Kind bei uns im Freundeskreis bzw. der Clique hat. Jenseits von Nike und Nokia wird man gar nicht ernst genommen, was zu psychosozialen Belastungen führen kann und den Ausschluss von Kindern und Jugendlichen aus vielen Lebenszusammenhängen nach sich zieht.

Ausmaß und Ursachen der Kinderarmut

Aufgrund der Wirtschaftskrise 1974/75 und ihrer Folgen, einer sich mit der Zeit verfestigenden Massenarbeitslosigkeit und von den damaligen Regierungen eingeleiteten Reformen zur „Modernisierung“ bzw. Restrukturierung des Wohlfahrtsstaates, vollzog sich in der Bundesrepublik während der 1980er-Jahre eine soziale Spaltung zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen, deren Resultat als „neue Armut“ (Balsen u. a. 1984) bezeichnet wurde. Der Braunschweiger Hochschullehrer Klaus Lompe (1987, S. 2) wies damals auf die Tendenz einer gleichzeitigen „Verjüngung“ der Betroffenen hin: „War die Population der alten Armut in der Regel dadurch gekennzeichnet, daß sie arbeitsunfähig, krank und/oder alt war, so ist die der neuen Armut heute vor allem arbeitsfähig, arbeitslos und zum großen Teil jung.“

Kurz danach sprach der Frankfurter Ökonom Richard Hauser (1989, S. 126) von einer „Infantilisierung der Armut“, weil Kinder und Jugendliche die Rentner und Rentnerinnen damals als Hauptbetroffenengruppe ablösten, was in der (Medien-)Öffentlichkeit allerdings lange Zeit kaum wahrgenommen wurde, weil unser Armutsbild von absoluter Not und Elend in der sogenannten Dritten Welt geprägt ist. Dies hindert viele Bürgerinnen und Bürger bis heute daran, vergleichbare Erscheinungen „vor der

eigenen Haustür“ zu erkennen bzw. als gesellschaftliches Problem anzuerkennen (vgl. Butterwegge 2012a). Obwohl sich wegen der Deregulierung des Arbeitsmarktes, einer Prekarisierung der Beschäftigungsformen und einer Senkung des Rentenniveaus eine „(Re-)Seniorisierung“ der Armut abzeichnet (vgl. Butterwegge 2012c), bilden Kinder und Jugendliche weiterhin die Hauptbetroffenengruppe. Kinderarmut gibt es sowohl in West- als auch in Ostdeutschland, wo sie jedoch noch weiter verbreitet und stärker ausgeprägt ist (vgl. Butterwegge u. a. 2008).

Armut ist mehr, als wenig Geld zu haben, denn sie bedeutet für Kinder auch, persönlicher Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten beraubt, manchmal ein ganzes Leben lang sozial benachteiligt und (etwa im Hinblick auf Bildung und Kultur, Wohlergehen und Gesundheit, Wohnen und Wohnumfeld, Freizeit und Konsum) unterversorgt zu sein. Alleinerziehende, Mehrkinder- und Migrantenfamilien (vgl. Butterwegge 2010) leiden besonders stark unter sozialer Unsicherheit, Existenzangst und materieller Not. Neben die Oben-unten-Spaltung tritt gewissermaßen eine Innenaußen-Spaltung der Sozialstruktur, die der leicht misszuverstehende Exklusionsbegriff erfasst (vgl. Kronauer 2010). Stefan Thomas (2010) differenziert zwischen der „Exklusion am Arbeitsmarkt“ sowie der „ökonomischen“, „räumlichen“, „institutionellen“, „sozialen“ und der „kulturellen“ Exklusion.

Auslöser einer Armutsentwicklung in Familien, deren am leichtesten verletzte Mitglieder die jüngeren bilden, sind häufig der Tod des Alleinernährers, die Erwerbslosigkeit von Elternteilen und deren Trennung bzw. Scheidung. Die eigentlichen Ursachen für eine Prekarisierung der familiären Lebensbedingungen gründen aber tiefer: in gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, denen die zunehmende Polarisierung (in Arm und Reich), die soziale Exklusion von Teilen der Bevölkerung sowie die sozialräumliche Segregation (Spaltung deutscher Städte in Luxusquartiere und Stadtteile mit besonderem Erneuerungs- bzw. Entwicklungsbedarf) zu verdanken sind. Macht man den als „Globalisierung“ bezeichneten Prozess einer Umstrukturierung fast aller Gesellschaftsbereiche nach Markterfordernissen, einer Ökonomisierung und Kommerzialisierung für die Pauperisierung, soziale Polarisierung und Entsolidarisierung verant-

wortlich, liegen die Wurzeln des vermehrten Auftretens von (Kinder-)Armut auf drei Ebenen:

Im Produktionsprozess löst sich das „Normalarbeitsverhältnis“ (Ulrich Mückenberger), von der Kapitaleseite unter den Stichworten „Liberalisierung“, „Deregulierung“ und „Flexibilisierung“ vorangetrieben, tendenziell auf. Es wird zwar keineswegs ersetzt, aber durch eine steigende Zahl atypischer, prekärer, befristeter, Leih- und Teilzeitarbeitsverhältnisse, die den so oder überhaupt nicht (mehr) Beschäftigten und ihren Familienangehörigen weder ein ausreichendes Einkommen noch den gerade im viel beschworenen „Zeitalter der Globalisierung“ erforderlichen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz bieten, in seiner Bedeutung stark relativiert.

Im Reproduktionsbereich büßt die „Normalfamilie“, d. h. die z. B. durch das Ehegattensplitting im Einkommensteuerrecht staatlicherseits subventionierte traditionelle Hausfrauenehe mit ein, zwei oder drei Kindern, in vergleichbarer Weise an gesellschaftlicher Relevanz ein. Neben sie treten Lebens- und Liebesformen, die tendenziell weniger materielle Sicherheit für Kinder und Jugendliche gewährleisten (Ein-Elternteil-Familien, Patchwork-Familien, hetero- und homosexuelle Partnerschaften usw.).

Hinsichtlich der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates bedingt der forcierte Wettbewerb zwischen Wirtschaftsstandorten einen Abbau von Sicherungselementen für die „weniger Leistungsfähigen“, zu denen allemal Erwachsene gehören, die (mehrere) Kinder haben. Letztere sind deshalb stark von Armut betroffen, weil das neoliberale Projekt eines „Umbaus“ des Wohlfahrtsstaates auf Kosten vieler Eltern geht, die weniger soziale Sicherheit als vorherige Generationen genießen.

Kinderarmut, die Lern- und Lebenschancen Betroffener schon im Grundschulalter zerstören kann, ist ein Armutszeugnis für die deutsche Überflussgesellschaft sowie ihren Wohlfahrtsstaat, der aufgrund fragwürdiger Strukturreformen immer weniger fähig zu sein scheint, für ein Mindestmaß an sozialem Ausgleich, Existenzsicherheit aller Bürgerinnen und Bürger sowie Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen. Bei der sogenannten Riester-Reform und anderen Schritten zur Senkung des Rentenniveaus, den sogenannten Hartz-Gesetzen, der „Agenda 2010“ und mehreren Gesundheitsreformen handelt es sich um Maßnahmen zum Um- bzw. Abbau des Sozialstaates, die seine ganze Architektur, Struktur und Konstruktionslogik grundlegend



verändern. Es geht längst nicht mehr nur um Leistungskürzungen im sozialen Sicherungssystem, sondern um einen Systemwechsel, anders ausgedrückt: um eine zentrale gesellschaftliche Richtungsentscheidung, welche das Gesicht der Bundesrepublik auf absehbare Zeit prägen dürfte (vgl. Butterwegge 2012b, S. 113 ff.).

Kinderarmut als Mode- und Medienthema

Armut, lange Zeit ein Tabuthema, ist nach der Jahrtausendwende fast zu einem Topthema deutscher Massenmedien geworden. Dies wohl nicht zuletzt deshalb, weil sie nunmehr vor allem Kinder und Jugendliche traf, die darunter im ungünstigsten Fall ein ganzes Leben lang leiden. Denn im Unterschied zu Erwachsenen haben Kinder noch keine Bewältigungsstrategien entwickelt und

sind nicht in der Lage, ihre Situation zu reflektieren. Außerdem kann man sie kaum für ihre missliche Lage verantwortlich machen und ihnen schwerlich Leistungsmissbrauch vorwerfen. Vielmehr bilden sie geradezu den Prototyp der „würdigen Armen“.

Zunächst wurde das Problem verdrängt, beharrlich totgeschwiegen und systematisch verharmlost. Als die Zahl der in Sozialhilfshaushalten lebenden Kinder kurz nach der Wiedervereinigung die Millionengrenze überschritt bzw. als dieser Umstand der Öffentlichkeit im Frühjahr 1993 mit einiger Zeitverzögerung bekannt wurde, war das Geschrei groß. Nun avancierte die Kinderarmut zum Mittelpunkt der Armutsberichterstattung deutscher Massenmedien. Typisch dafür war ein unter dem Titel „Bitterkeit und Wut“ erschienener Artikel im Spiegel (v. 17.10.1994), der feststellte, „ungerechte staatliche Transfersysteme“ hätten immer mehr Familien unter



Kinderarmut, lange Zeit ein Tabuthema, ist fast zu einem Topthema der Massenmedien geworden. Kinder kann man kaum für ihre missliche Lage verantwortlich machen und ihnen schwerlich Leistungsmissbrauch vorwerfen. Sie bilden geradezu den Prototyp der „würdigen Armen“.

picture alliance/dpa

„Standort Deutschland“ und als „Zukunft der Gesellschaft“ galten, während Seniorinnen und Senioren zu unproduktiven Belastungsfaktoren abgestempelt wurden.

Aus den „Kindern der Armen“, wie man sie während der 1970er- und 1980er-Jahre noch häufig nannte, wurden im Laufe der 1990er-Jahre die „armen Kinder“. Dass die meisten Bundesbürgerinnen und Bundesbürger heute unter „Kinderarmut“ in erster Linie nicht die Armut an, sondern von Kindern verstehen, ist als großer Erfolg der Armutforschung und der auf diesem Gebiet engagierten Organisationen (Deutscher Kinderschutzbund, Paritätischer Wohlfahrtsverband, UNICEF u. a.) zu werten. Freilich kann es sich dabei auch um einen semantischen Pyrrhussieg handeln, verdeckt doch der Begriff die Hintergründe und Entstehungsursachen des Phänomens eher. Denn arme Kinder haben arme Eltern, vor allem arme Mütter, die hinter ihrem Nachwuchs zu verschwinden drohen. Kinder als Armutsrisiko ihrer Eltern zu begreifen, verkennt die Tatsache, dass sie nicht die Ursache, sondern nur den Auslöser für soziale Probleme einer Familie bilden.

In der öffentlichen Diskussion über missbrauchte und verwahrloste, teilweise unter tragischen Umständen gestorbene Kinder wurde vor allem der Druck auf die Behörden erhöht, früher und massiver einzugreifen, der sozioökonomische Hintergrund dieser Familientragödien aber meistens ausgeklammert. Vielmehr verbanden sich damit in den Massenmedien die Bilder von „Unterschicht“-Eltern, denen ihre Kinder völlig egal und die nur am eigenen Konsum, aber nicht an den Wertorientierungen der Mehrheitsgesellschaft bzw. der Mittelschicht interessiert sind.

Ariadne Sondermann und andere (2009, S. 166) konstatieren, dass solche Zuschreibungen mit Blick auf die Empirie längst als widerlegt gelten können: „Die Eltern sind vor allem darum bemüht, ihren Kindern dazu zu verhelfen, es einmal besser zu haben; problematisch dürften eher ihre geringen Ressourcen sein, die dem Erfolg dieser Bemühungen Grenzen setzen.“

Mittlerweile wird nicht nur häufiger und ausführlicher, sondern auch sehr viel differenzierter als noch vor wenigen Jahren über die Armut der jüngsten Gesellschaftsmitglieder berichtet. Während sich audiovisuelle Medien stärker auf situative Erfahrungs- und Stimmungsberichte konzentrieren, die rein deskriptiv zu vermitteln suchen, was

die Armutsgrenze getrieben: „Auch für Durchschnittsverdiener wird der Nachwuchs zum sozialen Risiko.“

Vor und nach dem Kanzlerwechsel von Helmut Kohl zu Gerhard Schröder häuften sich die Pressemeldungen über Kinderarmut. Oft beruhigten die Journalistinnen und Journalisten sich und ihr Publikum jedoch gleich wieder mit dem Hinweis, es handle sich dabei weniger um materielle Not als um fehlende Zuwendung, mentale Verwahrlosung und Vernachlässigung durch die Eltern. Außerdem erfolgte die ideologische Entsorgung des Problems durch eine Kulturalisierung bzw. Pädagogisierung und eine Demografisierung, die den mehrdeutigen Begriff „Generationengerechtigkeit“ zur Legitimation eines weiteren Um- bzw. Abbaus des Sozialstaates einschließt der Kürzung von Altersrenten missbraucht (vgl. Klundt 2008). Standen früher meist Ältere, besonders Frauen (z. B. Früh- und Kleinstrentnerin-

nen), im Mittelpunkt der Armutserichterstattung von Massenmedien und der Spendenaktionen zu geeigneten Anlässen wie dem Weihnachtsfest, so sind es seit geraumer Zeit fast ausschließlich Kinder, die im Zusammenhang mit sozialer Benachteiligung, Verarmung und Verelendung von Menschen in der Bundesrepublik öffentliche Aufmerksamkeit erregen. Dass die Kinder mittlerweile häufiger als eigene Subjekte wahrgenommen wurden, sicherte ihnen mehr und ihren ebenfalls armen Müttern weniger Aufmerksamkeit als noch während der 1980er-Jahre: „Im EU-Europa wurde zunächst die Altersarmut von Frauen, dann der Beitrag der Hausfrauenehe, später der Ehe überhaupt, schließlich der Kinder zum Armutsrisiko von Frauen beklagt“ (Ostner 2003, S. 310). Dazu trug auch der Umstand bei, dass Kinder – in der neoliberalen Diktion zum „Humankapital“ bzw. „-vermögen“ avanciert – als Hoffnungsträger für den

Armut hierzulande bedeutet und welche Auswirkungen sie im Alltag betroffener Familien hat, zeichnen viele Printmedien ein umfassenderes Bild. Vor allem die Lokalzeitungen, aber auch überregionale Tageszeitungen und die wöchentlich erscheinenden Nachrichtenmagazine veröffentlichen ungefähr seit der Jahrtausendwende immer häufiger Artikel über sozial benachteiligte Familien und das wachsende Leid ihrer jüngsten Mitglieder. Viele der aufrüttelndsten und einfühlsamsten Artikel über die Armut von Kindern haben übrigens Journalistinnen verfasst, die das Schicksal der Kleinen, wie die Leserinnen und Leser merken konnten, nicht kaltließ. Gleichwohl oder gerade deshalb blieb die politische und mediale Debatte häufig auf der Erscheinungsebene, wo man weder die gesellschaftlichen Hintergründe und Ursachen des Problems erfassen noch Erfolg versprechende Strategien zu seiner Lösung entwickeln kann. Auch wurde selten auf einem hohen theoretischen Niveau über die Notwendigkeit und die Möglichkeit wirksamer Gegenmaßnahmen reflektiert.

Der missverständliche Begriff „Bildungsarmut“ und die Pädagogisierung des Armutsproblems

Eine ähnlich steile Medienkarriere wie das Thema „Kinder-“ machte der Begriff „Bildungsarmut“, von dem zuletzt fast immer dann die Rede war, wenn es um die materielle Unterversorgung junger Menschen hierzulande ganz allgemein und besonders um die Schlechterstellung von Migrantinnen und Migranten im deutschen Schulsystem ging. Das traditionell mehrgliedrige, immer noch hierarchisch strukturierte deutsche Bildungswesen wirkt sozial extrem selektiv und benachteiligt jene Schülerinnen und Schüler, die aus „bildungsfernen“ Elternhäusern kommen. Aber dass man Vernor Muñoz Villalobos, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, mit demonstrativer Ignoranz und Arroganz begegnete, als er bei seiner Reise durch die Bundesrepublik im Februar 2006 Tendenzen der strukturellen Diskriminierung von Kindern aus armen Familien und solchen mit Migrationshintergrund benannte (vgl. Overwien/Prenzel 2007), hat gezeigt, wie wenig Sensibilität für das Problem hierzulande besteht.

Seitdem die Soziologin Jutta Allmendinger (1999) den Begriff in die deutsche Fachdebatte eingeführt hat, spricht man in den Erziehungswissenschaften vermehrt von „Bildungsarmut“ und tut so, als könne eine gute Schulbildung oder fundierte Berufsausbildung ver-

hindern, dass Jugendliche ohne Arbeitsplatz bleiben. Tatsächlich verhindern Bildungsdefizite vielfach, dass junge Menschen auf dem überforderten Arbeitsmarkt sofort Fuß fassen. Auch bewirkt die Armut von Familien häufig, dass deren Kinder keine höhere Schule besuchen oder sie ohne Abschlusszeugnis wieder verlassen. Armut in der Herkunftsfamilie führt bereits unmittelbar nach der Grundschule zu Bildungsdefiziten der betroffenen Kinder. Der umgekehrte Effekt ist hingegen kaum signifikant: Ein schlechter oder fehlender Schulabschluss verringert zwar die Erwerbschancen, wirkt sich aber kaum nachteilig auf den Wohlstand einer Person aus, wenn diese vermögend ist oder Kapital besitzt. Daher dürfen Ursache und Wirkung nicht vertauscht werden, indem man so tut, als führten mangelnde Bildungsanstrengungen zu materieller Armut. Obwohl es meistens umgekehrt ist, fällt sonst ausgerechnet den Betroffenen im Sinne eines individuellen Versagens (der Eltern) die Verantwortung dafür zu, während ihre gesellschaftlich bedingten Handlungsrestriktionen und die politischen Strukturen aus dem Blick geraten.

Natürlich ist Armut mehr als Mangel an Geld, der durch finanzielle Zuwendungen behoben werden könnte. Politikerinnen und Politiker heben dies immer wieder hervor, womöglich, um es nicht für ihre Bekämpfung verwenden zu müssen. Armut schlägt sich auch nicht bloß als chronisches Minus auf dem Bankkonto oder als gähnende Leere im Portemonnaie nieder. Denn sie führt zu vielfältigen Benachteiligungen und Beeinträchtigungen, etwa im Bildungs-, Kultur- und Freizeit-, wie auch im Gesundheits- und im Wohnbereich. Dieser Umstand hat es materiell besser gestellten Schichten immer schon erleichtert, die Armen nach dem Motto „Geld macht ohnehin nicht glücklich“ regelrecht zu verhöhnen, verleitet darüber hinaus jedoch heute noch manche Kommentatoren dazu, Armut zu subjektivieren, zu individualisieren bzw. zu biografisieren und sie auf Sozialisations- bzw. Kulturdefizite oder die „Bildungsferne“ der Betroffenen zurückzuführen.

Paul Nolte behauptete in einem unter dem zynischen Titel „Das große Fressen“ erschienenen Gastbeitrag für die *Zeit* (v. 17.12.2003), das Hauptproblem der Unterschicht sei gar nicht die Armut, sondern der massenhafte Konsum von Fast

Armut ist mehr, als wenig Geld zu haben. Für Kinder bedeutet sie auch, persönlicher Entfaltung- und Entwicklungsmöglichkeiten beraubt, manchmal ein ganzes Leben lang sozial benachteiligt und unterversorgt zu sein.

picture alliance/dpa



Food und Fernsehen (RTL und Sat.1). Glaubt man dem Berliner Historiker, sind nicht etwa materielle Entbehrungen und gekürzte Sozialleistungen die Problemsache, sondern der Verlust kultureller Werte und Normen, welcher im Rahmen einer „fürsorgliche(n) Vernachlässigung“ erfolgt sei: „Einer vergleichsweise hohen materiellen Fürsorge der Unterschicht steht eine Vernachlässigung in sozialer und kultureller Hinsicht gegenüber.“ In dasselbe Horn wie Nolte stieß der *Stern*-Redakteur Walter Wüllenweber am 16. Dezember 2004, als er unter dem Titel „Das wahre Elend“ von der heutigen Unterschicht behauptete, sie leide keine Not: „Das Elend ist keine Armut im Portemonnaie, sondern die Armut im Geiste. Der Unterschicht fehlt es nicht an Geld, sondern an Bildung.“

Sowenig ein ökonomistisch verkürzter Armutsbegriff das Phänomen in seiner ganzen Komplexität erfasst, sowenig Sinn macht ein kulturalistisch verkürzter Armutsbegriff. Ohne die Berücksichtigung der Schlüsselrolle materieller Güter für die Existenz, das Ansehen und die Wertschätzung eines Menschen im Gegenwartskapitalismus kann das Problem nicht verstanden werden. Gerade-

zu paradox erscheint, dass die überragende Bedeutung des Geldes sowie seiner halbwegs gleichmäßigen und gerechten Verteilung auf die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ausgerechnet zu einer Zeit immer häufiger angezweifelt wird, in der finanzielle Mittel aufgrund einer fortschreitenden Ökonomisierung, Privatisierung und Kommerzialisierung in fast allen Gesellschaftsbereichen ständig an Relevanz für die Versorgung und den Status von Individuen gewinnen.

Der heutige Arme wird häufig auf seine (angeblichen) Bildungs- und Kulturdefizite reduziert, die ihn vermeintlich daran hindern, sozial aufzusteigen: „Er besitzt keine Bildung, aber er strebt ihr auch nicht entgegen. Anders als der Prolet des beginnenden Industriezeitalters, der sich in Arbeitervereinen organisierte, die zugleich oft Arbeiterbildungsvereine waren, scheint es, als habe das neuzeitliche Mitglied der Unterschicht sich selbst abgeschrieben. Selbst für seine Kinder unternimmt er keine allzu großen Anstrengungen, die Tür in Richtung Zukunft aufzustoßen“ (Steingart 2006, S. 257). Dieser historische Vergleich des *Spiegel*-Redakteurs und Bestsellerautors Gabor Steingart

hinkt gewaltig, denn der frühindustrielle Kapitalismus bot dem aufstrebenden Proletariat bessere Möglichkeiten, sich als kollektiver Machtfaktor zu entfalten, als ein Finanzmarktkapitalismus, in dem sich das „neue Prekariat“ mehr oder weniger überflüssig vorkommt. Da den Langzeitarbeitslosen heute in aller Regel berufliche und soziale Perspektiven fehlen, bleiben ihnen oftmals nur politische Resignation, der Rückzug ins Private und Apathie.

Gegen die von Nolte und seinen Gesinnungsgenossen (re)produzierten Klischees und Stereotype gewandt, konstatiert Sighard Neckel (2008, S. 23): „Die ‚neuen Unterschichten‘ wurden gewissermaßen als inneres Ausland der deutschen Marktgesellschaft präsentiert, mit zugleich befremdlichen wie nur allzu bekannten Eigenschaften, an deren Vulgarität sich das gerade erst wieder neu aufkeimende bürgerliche Selbstbewusstsein aufrichten konnte.“ Protagonisten einer „neuen Bürgerlichkeit“ wie Nolte tun so, als sei die Armut kulturell bedingt, weil sie dann nicht mehr strukturell bedingt wäre und kein Mensch außer den Betroffenen selbst etwas dagegen tun könnte (bzw. müsste). Welche politischen Konsequenzen eine Psychologisierung, Kulturalisierung und Pädagogisierung der Armut hat, zeigt auch Wüllenwebers Essay „Spiel nicht mit den Schmuttelkindern!“ im *Stern*-Heft vom 19. Oktober 2006, wo Forderungen nach einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch höhere Transferleistungen an die Armen energisch widersprochen wurde: „Mit mehr Sozialknete kann man die Benachteiligung nicht wirksam bekämpfen. Bekäme jede arme Familie 200 oder 300 Euro mehr Stütze im Monat, würden sich dadurch ihre Aussichten auf einen Job, auf ein selbstbestimmtes Leben, auf bessere Aufstiegschancen ihrer Kinder keinen Millimeter verbessern. Die Erfahrung zeigt: Das würde nur den Umsatz bei McDonald's erhöhen.“

Ein weiterer, „Die neue Klassengesellschaft“ genannter Artikel Wüllenwebers im *Stern* (v. 23.8.2007) beschreibt, wie Mittelschichtangehörige etwa aus Neukölln oder Kreuzberg wegziehen, weil sie den dortigen Dreck, Müllberge, Drogenexzesse und Gewalt direkt vor der Haustür nicht mehr ertragen könnten. Schuld sei nicht die Armut, sondern die Erkenntnis „intakter Familien“ mit und ohne Migrationshintergrund, dass man den eigenen Kindern die schlechten Schulen der genannten Berliner Stadtteile nicht zumuten dürfe. Die ge-



sellschaftliche Trennlinie verlaufe zwischen der Mittel- und der Unterschicht, was die „Massenflucht aus den Problemvierteln“ auslöse. Beständigkeit, Disziplin, Pflichtbewusstsein und Zuverlässigkeit seien jene Sekundärtugenden, die den Unterschichtangehörigen fehlten. „Einkommensunterschiede sind die bequeme Universalerklärung für alle Probleme der Gesellschaft, insbesondere für deren Spaltung.“ Dabei zerfalle die Gesellschaft gar nicht in Arm und Reich, so Wülkenwebers zentrale Botschaft, sondern in Menschen, die sich benehmen könnten, und solche, die keinerlei Rücksicht auf andere nähmen: „Anstand ist nicht abhängig vom Kontext.“ Redakteur Wülkenweber mutmaßt, Deutschland sei auf dem Weg zurück zur Klassengesellschaft, betont jedoch gleichzeitig, die Klassenfrage sei heutzutage „keine Geldfrage mehr“, sondern eine kulturelle.

Natürlich spricht nichts dagegen, Kinder besser zu bilden bzw. auszubilden und somit Verteilungs- um Beteiligungsgerechtigkeit zu ergänzen. Falsch wäre es jedoch, sie dadurch ersetzen und sich darauf beschränken zu wollen. Unglaubwürdig wird, wer die Bildungs- als besonders zukunftssträchtige Form der Sozialpolitik interpretiert und gleichzeitig von der Schule über den Weiterbildungssektor bis zur Hochschule alle Institutionen dieses Bereichs privatisieren möchte. Denn das heißt letztlich, sie für Wohlhabende und deren Nachwuchs zu reservieren. In einem solchen Bildungssystem stoßen Kinder nur noch auf Interesse, wenn sie (bzw. ihre Eltern) als zahlungskräftige Kunden firmieren. Kontraproduktiv wirken zweifellos die Beschneidung der Lernmittelfreiheit bei gleichzeitiger Verpflichtung der Eltern zur Zahlung von Büchergeld, die Schließung von (Schul-)Bibliotheken aus Kostengründen und die Erhebung von Studiengebühren.

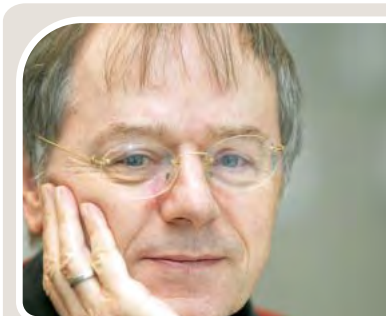
Die ideologische Entsorgung des Armutproblems, das vielfach auf seine psychosoziale und subjektive Dimension reduziert wird, erfolgt im bürgerlichen Feuilleton gewöhnlich mittels seiner Pädagogisierung. Bildungs- und Kulturarmut begründen jedoch entgegen solcher Halbwahrheiten, wie sie die zitierten Autoren verkünden, keine Armutskultur, sondern sind primär Folge materieller Entbehrungen. Vor einer „Therapeutisierung“ der Problematik, die im öffentlichen bzw. Mediendiskurs über eine „neue Unterschicht“ angelegt ist, warnte daher Hans Weiß (2005, S. 83): „Darin werden Armut und Unterschichtzugehörigkeit und ihre Auswirkungen auf Kinder, abstrahiert von den sozioökonomischen Bedingungen, z. B. vom Zusammenhang mit Dauerarbeitslosigkeit, primär als Folge der Verhal-

tensweisen der betroffenen Menschen, ihrer ‚Unterschichtkultur‘ betrachtet und damit letztlich ihnen die ‚Schuld‘ für ihre Situation zugeordnet.“

Michael Hartmann (2006, S. 207) brachte den genannten Diskurs mit der herrschenden Leistungsideologie in Verbindung und wies auf seine Funktion zur Rechtfertigung der sozialen Polarisierung hin: „Wenn die Unterschichten an ihrem Los letztlich selbst schuld sind, weil sie sich keine Bildung aneignen und einen undisziplinierten Lebenswandel führen, und die Eliten ihre Position ausschließlich ihrer individuellen Leistung verdanken, dann sind die Macht- und Einkommensverhältnisse in der Gesellschaft nur eine zwingende Folge der jeweils unterschiedlichen Anstrengungen der einzelnen Bürger und damit legitim.“ Micha Brumlik (2007, S. 82) schließlich wies darauf hin, dass diese Form der Analyse auch die Therapie determiniert: „Dort, wo es nicht um weitere Umverteilung von Geld, sondern um die mittel- und langfristige Änderung einer Kultur, also von Haltungen, Einstellungen und symbolisch artikulierten Lebensentwürfen geht, hat die Politik ihr Recht verloren und die Pädagogik als Praxis der Veränderung von Bildungs- und Aneignungsprozessen an Boden gewonnen.“

LITERATUR

- Allmendinger, Jutta (1999): Bildungsarmut. Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik. In: Soziale Welt, 1/1999, S. 35–50.
- Balsen, Werner/Nakielski, Hans/Rössel, Karl/Winkel, Rolf (1984): Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung. Köln.
- Brumlik, Micha (2007): Soll ich je zum Augenblicke sagen ... Das Glück: beseligender Augenblick oder erfülltes Leben? In: Kessel, Fabian/Reutlinger, Christian/Ziegler, Holger (Hrsg.): Erziehung zur Armut? – Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht“. Wiesbaden, S. 81–96.
- Butterwegge, Carolin (2010): Armut von Kindern mit Migrationshintergrund. Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen. Wiesbaden.



Prof. Dr. Christoph Butterwegge, geboren 1951, lehrt seit 1998 Politikwissenschaft und ist Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) an der Universität zu Köln.

Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael/Belke-Zeng, Matthias (2008): Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland. 2. Aufl., Wiesbaden.

Butterwegge, Christoph (2012a): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. 3. Aufl., Frankfurt am Main/New York.

Butterwegge, Christoph (2012b): Krise und Zukunft des Sozialstaates. 4. Aufl., Wiesbaden.

Butterwegge, Christoph (2012c): Die Entwicklung des Sozialstaates, Reformen der Alterssicherung und die (Re-)Seniorisierung der Armut. In: ders./Bosbach, Gerd/Birkwald, Matthias W. (Hrsg.): Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung. Frankfurt am Main/New York, S. 13–41.

Hartmann, Michael (2006): Elite – Masse. In: Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hrsg.): Deutschland – eine gesplante Gesellschaft. Frankfurt am Main/New York, S. 191–208.

Hauser, Richard (1989): Entwicklungstendenzen der Armut in der Bundesrepublik Deutschland. In: Döring, Diether/Hauser, Richard (Hrsg.): Politische Kultur und Sozialpolitik. Ein Vergleich der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Armutproblems. Frankfurt am Main/New York, S. 117–146.

Klundt, Michael (2008): Von der sozialen zur Generationengerechtigkeit? – Polarisierende Lebenslagen und ihre Deutung in Wissenschaft, Politik und Medien. Wiesbaden.

Kronauer, Martin (2010): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. 2. Aufl., Frankfurt am Main/New York.

Lompe, Klaus (1987): Einleitung. In: ders. (Hrsg.): Die Realität der neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion. Regensburg, S. 1–7.

Neckel, Sighard (2008): Die gefühlte Unterschicht. Vom Wandel der sozialen Selbstwertschätzung. In: Lindner, Rolf/Musner, Lutz (Hrsg.): Unterschicht. Kulturwissenschaftliche Erkundungen der „Armen“ in Geschichte und Gegenwart. Freiburg im Breisgau/Berlin/Wien, S. 19–40.

Ostner, Ilona (2003): Kinderarmut – eine aktuelle Debatte soziologisch betrachtet. In: Kränzl-Nagl, Renate/Mierendorff, Johanna/Olk, Thomas (Hrsg.): Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen. Frankfurt am Main/New York, S. 299–329.

Overwien, Bernd/Prengel, Annedore (Hrsg.) (2007): Recht auf Bildung. Zum Besuch des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen in Deutschland. Opladen/Farmington Hills.

Sondermann, Ariadne/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang/Behrend, Olaf (2009): Die Überzähligen – Teil der Arbeitsgesellschaft. In: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main/New York, S. 157–167.

Steingart, Gabor (2006): Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. 5. Aufl., München/Zürich.

Thomas, Stefan (2010): Exklusion und Selbstbehauptung. Wie junge Menschen Armut erleben. Frankfurt am Main/New York.

Weiß, Hans (2005): „Frühe Hilfen“ für entwicklungsgefährdete Kinder in Armutslagen. In: Zander, Margherita (Hrsg.): Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis. Wiesbaden, S. 182–197.

Armut im Alter

Claudia Vogel/Harald Künemund

Das Phänomen der Altersarmut konnte in der Bundesrepublik zum Ende des letzten Jahrhunderts aufgrund der Erfolge der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung als weitgehend besiegt angesehen werden. Heute entwickelt sich Altersarmut jedoch erneut zu einem ernstzunehmenden gesellschaftlichen Problem. Dies, so argumentieren Claudia Vogel und Harald Künemund in ihrem Beitrag, hängt zum einen mit einem Paradigmenwechsel in der Alterssicherung zusammen, in dessen Folge der privaten Altersvorsorge eine viel größere Bedeutung zukommt. Die Möglichkeiten hierzu sind sozial ungleich verteilt, so dass finanziell schlechter gestellte Personen zunehmend armutsgefährdet sind. Zum anderen ist Armut im Alter auch eine Folge von Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, beispielsweise der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse. Schon heute ist mehr als jeder zehnte Deutsche über 65 armutsgefährdet – Tendenz steigend. Um auf dieses Problem zu reagieren, empfiehlt das Autorenteam, den vollzogenen Paradigmenwechsel in der Alterssicherung noch einmal gründlich zu überdenken und Alternativen zu diskutieren, statt mit zu kurz greifenden Reformen neue Probleme herbeizuführen. |

Armutsrisiko für Ältere nimmt zu

Altersarmut galt zum Ende des 20. Jahrhunderts in Deutschland weithin als überwunden. Die Quote der von Armut bedrohten Personen liegt für die Älteren auch heute noch leicht unter dem Durchschnitt, jüngere Menschen sind derzeit häufiger betroffen.

Die geringe Altersarmut ist ein Erfolg insbesondere der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung (GRV), die ein hohes Sicherungsniveau und ein Schritthalten mit der wirtschaftlichen Entwicklung sichergestellt hat. Darüber hinaus verfügen einige der rund 20,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland neben ihren Alterseinkünften aus der gesetzlichen Rentenversicherung heute über Immobilien oder Geldvermögen, die sie in Zeiten des wirtschaftlichen Wachstums und der politischen Stabilität aufbauen konnten.

Manche werden einen Teil der Vermögen in Form von Schenkungen und Erbschaften an ihre Kinder und Enkel weitergeben (vgl. Vogel/Künemund/Kohl 2011).

Dass sich die Situation für künftige Generationen von Rentnerinnen und Rentnern ändern wird – und zwar nicht zum Guten –, ist jedoch nicht erst klar, seit die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen, im Herbst 2012 ihren Vorschlag für eine sogenannte ergänzende Zuschussrente für langjährig Versicherte vorgelegt hat. Bereits seit dem Paradigmenwechsel in der Alterssicherung, der 2002 mit einer Abkehr von der Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rentenversicherung und einer Stärkung der betrieblichen und staatlich geförderten privaten Vorsorge besiegelt wurde, ist eine Rückkehr der Altersarmut wahrscheinlich (vgl. Schmähl 2011). Auch im Koalitionsvertrag der Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP von 2009 wird dies, wenn auch mit abweichender Begründung, nicht bestritten: „Wir verschließen die Augen nicht davor, dass durch veränderte wirtschaftliche und demographische Strukturen in Zukunft die Gefahr einer ansteigenden Altersarmut besteht. Deshalb wollen wir, dass sich die private und betriebliche Altersvorsorge auch für Geringverdiener lohnt und auch diejenigen, die ein Leben lang Vollzeit gearbeitet und vorgesorgt haben, ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung erhalten, das bedarfsabhängig und steuerfinanziert ist. Hierzu wird eine Regierungskommission einen Vorschlag für eine faire Anpassungsregel entwickeln“ (CDU, CSU und FDP 2009, S. 84).

Aufgrund der Absenkungen des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung werden Armutsrisiken zunehmend für all diejenigen bestehen, die trotz geringer Einkommen oder unterbrochener Erwerbsverläufe nicht betrieblich und privat für das Alter vorgesorgt haben bzw. dazu nicht in der Lage waren, also z. B. Geringverdiener oder überwiegend in Teilzeit Beschäftigte. Auch von der umstrittenen Zuschussrente, die eine Aufstockung geringer individueller GRV-Renten auf einen Betrag von maximal 850 Euro vorsieht, würden nur wenige Versicherte profitieren. Da die Bedingungen – mindestens 30 Beitragsjahre aus Beschäftigung plus zehn Versichertenjahre aus Kindererziehung oder Pflege – nur von wenigen Personen zu erfüllen sind, würden wohl sehr wenige Renten so bezuschusst; Gleiches gilt für die sogenannte Lebensleistungsrente. Altersarmut hat politisch zwar Aufmerksamkeit erhalten, die Lösungen set-

zen aber bislang nicht an den Ursachen an (geringe Einkommen bzw. perforierte Erwerbsverläufe auf der einen, Absenkung der Renten auf der anderen Seite), sondern es wird primär auf die Notwendigkeit individueller beruflicher und privater Vorsorge hingewiesen oder – wie im Fall der Zuschussrente – der Bezug an weitere Bedingungen geknüpft. Soziale Ungleichheiten werden daher künftig deutlich zunehmen.

Vor dem Hintergrund hoher Kosten und geringer Erträge vieler Vorsorgeprodukte wird also nunmehr zehn Jahre nach der Einführung der Riester-Förderung das Thema der steigenden Armut im Alter verstärkt in Wissenschaft und Öffentlichkeit diskutiert (für einen Überblick vgl. Vogel/Motel-Klingebiel 2013). Im Folgenden geben wir einen Überblick zu aktuellen Befunden zur Armut im Alter auf Basis der amtlichen Statistik. Daraufhin wird die Bedeutung der Altersvorsorge für die Vermeidung von Armut im Alter anhand von Kompensationsmöglichkeiten verschiedener Vorsorgestrategien diskutiert, wobei diese in der Regel durch soziale Selektivität und Unsicherheit gekennzeichnet sind. Verschiedene Folgen von Armut im Alter werden anhand der Belastungen für die Betroffenen wie für die Gesellschaft nach einer kurzen Zusammenfassung im Fazit diskutiert.

Armut im Alter

Einkommensarmut

2010 lag der Anteil armutsgefährdeter Menschen in Deutschland bei 15,6 Prozent (diese und die folgenden Angaben beruhen auf von Eurostat bereitgestellten Zahlen der amtlichen Statistik EU-SILC: European Union Statistics on Income and Living Conditions, vgl. Eurostat 2012). Als armutsgefährdet gelten dabei Personen, die nach Einbeziehung staatlicher Transferleistungen ein Einkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung haben. Für eine alleinlebende Person liegt der Schwellenwert bei ca. 940 Euro pro Monat, d. h. wer in einem Einpersonenhaushalt lebt und weniger als 940 Euro pro Monat Gesamteinkommen hat, gilt als armutsgefährdet. Ob diese Person tatsächlich in Armut lebt, hängt allerdings von dem Abstand des faktischen Einkommens vom Schwellenwert und weiteren Fakto-

ren, wie den Lebenshaltungskosten, ab. Die Wohnsituation (selbstgenutztes Immobilieneigentum, Miete) oder auch familiäre Unterstützung und Solidarität können die Situation verändern. Darüber hinaus spielen bei der Bewertung unterschiedliche subjektive Maßstäbe eine Rolle. In der Statistik wird deshalb statt von Armut meist von Armutsgefährdung oder Armutsrisiko gesprochen.

Gemessen am Einkommen jedenfalls ist die Armutsgefährdung der Älteren aktuell leicht unterdurchschnittlich: Laut EU-SILC beträgt die Quote der von Armut bedrohten Personen im Jahr 2010 für Personen im Alter von 65 und mehr Jahren 14,1 Prozent (Frauen ab 65 Jahren: 15,9 Prozent, Männer ab 65 Jahren: 12,1 Prozent) und bei den unter 65-Jährigen 16 Prozent (Frauen unter 65 Jahren: 16,5 Prozent, Männer unter 65 Jahren: 15,6 Prozent). Ältere Frauen sind nach wie vor häufiger von Armut betroffen als ältere Männer. Zudem sind ältere Migranten deutlich häufiger von Armut betroffen als Ältere ohne Migrationshintergrund (laut Mikrozensus 2010 28,7 zu 10,7 Prozent; vgl. Fuhr 2012).

Historisch betrachtet ist die Altersarmut in Deutschland über Jahrzehnte gesunken und erreichte zu Beginn des 21. Jahrhunderts einen Tiefstand. Heute ist bereits eine Trendwende zu beobachten, die langsam steigende Armutsquoten sowohl für die Gesamtbevölkerung, als auch für die älteren Menschen mit sich bringt. Während das Zurückdrängen der Altersarmut durchaus als Erfolg des Systems der Alterssicherung vor dem

Paradigmenwechsel betrachtet werden kann, scheint eine Rückkehr der Altersarmut unter aktuellen politischen Vorzeichen unumgänglich. Gleichzeitig hat die Einkommensarmut bereits insbesondere bei Personen im mittleren Alter zugenommen, die unmittelbar vor dem Eintritt in den Ruhestand stehen (siehe Abbildung 1). Somit ist in den kommenden beiden Jahrzehnten mit einer Verschärfung der Armutsrisiken im Alter zu rechnen, insbesondere bei den geburtenstarken Jahrgängen der 1950er- und 1960er-Jahre („Babyboomer“). Die von Experten schon seit längerem prognostizierte Tendenz eines Anstiegs von Armut im Alter schlägt sich somit erst in den kommenden Jahren statistisch in vollem Ausmaß nieder.

Grundsicherung im Alter

Die Entwicklung einer ansteigenden Armut lässt sich auch am Bezug der Grundsicherung im Alter ablesen – der Sozialleistung für Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können: Während bei Einführung im Jahr 2003 insgesamt nur 257.734 Personen im Alter von 65 und mehr Jahren Grundsicherung bezogen, sind es im Jahr 2011 bereits 436.210 Personen im Alter von 65 und mehr Jahren insgesamt (Statistisches Bundesamt 2012). Der Anstieg ist nicht allein auf die steigende Zahl der Personen ab 65 zurückzuführen, sondern vor allem auf die steigende Zahl von Bedürftigen, die diese Unterstützung in Anspruch nehmen. Gleichzeitig

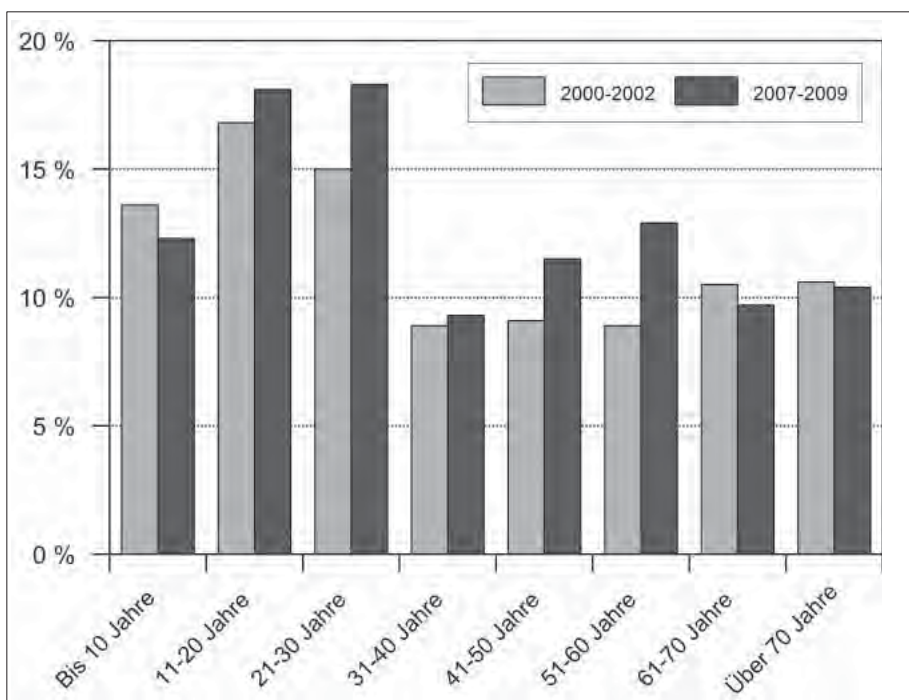
ist von einer hohen Dunkelziffer an älteren Personen auszugehen, die ihren rechtlichen Anspruch auf Grundsicherung nicht geltend machen – sei es aus Unwissenheit, Scham oder Bescheidenheit. Auch ist zu bedenken, dass in der von Eurostat ausgewiesenen Armutsquote die Bekämpfung der Armut im Alter durch Sozialleistungen wie der Grundsicherung bereits berücksichtigt ist. Ohne diese staatlichen Unterstützungsleistungen würde die Armutsquote in Deutschland höher ausfallen.

Altersarmut ist meist dauerhaft, weil den Älteren nach dem Übergang in den Ruhestand, bei dem die aus den erworbenen Rentenansparungen resultierenden Alterseinkommen festgesetzt werden, kaum mehr Möglichkeiten zur Verfügung stehen, ihr Einkommen etwa durch Erwerbsarbeit aufzubessern. Zwar steigt die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die sich z. B. mit 400-Euro-Jobs noch etwas hinzuverdienen. Allerdings wird zumindest ein Teil der Personen mit zunehmendem Lebensalter nicht mehr in der Lage sein, einer Beschäftigung nachzugehen, wenn etwa die Beschäftigungsfähigkeit nachlässt oder Erkrankungen zunehmen. Auf steigenden Bedarf durch höhere Wohnkosten und höhere Krankenversicherungsbeiträge oder Kosten von Pflegebedürftigkeit können Ältere hingegen nicht mehr besonders flexibel reagieren, hier entstehen im Gegenteil zusätzliche Verarmungsrisiken.

Renteneinkommen

Für den Großteil der Rentnerinnen und Rentner stellen Einkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung nach wie vor den Hauptbestandteil ihres Gesamteinkommens dar. Jahr für Jahr fallen jedoch die Zahlungen an Neurentnerinnen und -rentner durchschnittlich geringer aus als an die Bestandsrentnerinnen und -rentner. Der durchschnittliche Gesamtrentenzahlbetrag lag 2010 bei 982 Euro für Männer und 718 Euro für Frauen (BMAS 2011, S. 18). Hierbei sind alle Renteneinkommen aus der gesetzlichen Rente berücksichtigt, d. h. beispielsweise auch Hinterbliebenenrenten. Betrachtet man hingegen allein die Versichertenrenten, liegt der Zahlbetrag bei Männern mit 925 Euro in den alten Bundesländern und 943 in den neuen Bundesländern geringfügig, bei Frauen mit 522 Euro in den alten Bundesländern und 671 Euro in den neuen Ländern deutlich niedriger (vgl. Deutsche Rentenversicherung 2011). Neurentnerinnen und -rentner stehen im Schnitt vergleichsweise schlechter da, mit einem durchschnittlichen Rentenzahlbetrag von 808 Euro bei Männern in den alten Bundesländern und 785 Euro

Abbildung 1: Entwicklung der Armutsquoten nach Altersgruppen



Quelle: Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2011, 167); Berechnungen auf Basis des SOEP 2000–2002, 2007–2009, eigene Darstellung. Armutsgrenze: 60 Prozent des Median-Einkommens.



Aufgrund der Absenkungen des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung werden Armutsrisiken zunehmend für all diejenigen bestehen, die trotz geringer Einkommen oder unterbrochener Erwerbsverläufe nicht betrieblich oder privat für das Alter vorgesorgt haben bzw. dazu nicht in der Lage waren. **picture alliance/dpa**

ro in den neuen Bundesländern, sowie 494 Euro bei Frauen in den alten Bundesländern und 666 Euro in den neuen Bundesländern (vgl. Deutsche Rentenversicherung 2011). Es ist offensichtlich, dass die jährliche Rentenanpassung zwar den durch Inflation verursachten Kaufkraftverlust zumindest teilweise wettzumachen sucht, die Niveauunterschiede in den Renten der verschiedenen Geburtskohorten aber nicht verändern kann.

Die geringeren Rentenzahlbeträge bei den jüngeren Rentnerinnen und Rentnern sind allerdings nicht allein auf die Reduzierung im GRV-Leistungsniveau zurückzuführen, sondern auch auf die von den jeweiligen Personen im Erwerbsleben erworbenen unterschiedlichen Anwartschaften, die in Form von Entgeltpunkten angesammelt werden. Viele jüngere Erwerbstätige haben bis zum Erreichen des Renteneintrittsalters lediglich geringe Chancen, die notwendigen 45 Entgeltpunkte des „Eckrentners“ zu erreichen. Dies ist unter anderem aufgrund langer Ausbildungszeiten der Fall, weil sie Erwerbsunterbrechungen erleben – wie z. B. Phasen der Arbeitslosigkeit –, zeitweilig gering verdienen und somit nur unterdurchschnittliche Beiträge zur Rentenversicherung

leisten bzw. entsprechend unterdurchschnittlich wenige Entgeltpunkte ansammeln, oder weil sie gar nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Insbesondere die stattgefundenen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt tragen also zu der künftig steigenden Altersarmut bei, nicht allein die Absenkungen der Renten selbst.

Kompensation der Rentenlücke

Private Alterssicherung

Die Absenkungen im Rentenniveau und gegebenenfalls auch geringere Anwartschaften sollen künftig durch höhere betriebliche und private Alterssicherungsleistungen kompensiert werden. Die Möglichkeiten zu einer solchen Altersvorsorge sind sozial ungleich verteilt, so dass im Kontext des vollzogenen Paradigmenwechsels in der Alterssicherung (Schmähl 2011) von einer zusätzlichen Zunahme der Ungleichheit im Alter auszugehen ist. Überwiegend zeigen die vorliegenden Studien, dass finanziell schlechter gestellte Personengruppen beispielsweise seltener „riestern“ (vgl. Börsch-Supan et al. 2008, S. 28). Die Kompensation gelingt außerdem nur in

dem Ausmaß, in dem sich der erwünschte Anlageerfolg einstellt. Die jüngsten Krisen haben deutlich gemacht, dass hier keine Selbstverständlichkeit unterstellt werden kann und dass erhebliche Inflationsrisiken bestehen – im Gegensatz zur GRV, die vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen mit Inflation und Vermögensverlusten ganz bewusst als Umlageverfahren konzipiert wurde, um im Falle einer Inflation oder eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs durch Umverteilung die Rentner am jeweiligen Einkommensniveau partizipieren lassen zu können. Inwiefern es verschiedenen Personengruppen tatsächlich möglich sein wird, sinkende Renteneinkommen bzw. die dadurch resultierende Rentenlücke durch betriebliche und staatlich geförderte private Vorsorge bzw. private Vermögenstransfers wie Erbschaften und Schenkungen zu kompensieren, ist daher durchaus eine offene Frage – es ist eine neue, stärker individualisierte Unsicherheit ins Spiel gekommen. Fast gänzlich übersehen wird dabei bislang, dass die Inflationsrisiken von den bestehenden privaten Altersvorsorgeprodukten allenfalls in der Ansparphase, nicht aber in der Auszahlungsphase berücksichtigt werden (vgl. Künemund et al. 2010, 2013): Die „Sicherungslücke“ wird zumeist allein für den Beginn der Altersphase im Lebenslauf berechnet. Werden die Bezüge dann aber nicht, wie in der GRV, in der Bezugsphase dynamisiert und z. B. an die Lohnentwicklung angepasst, verliert diese Rente zunehmend an Kaufkraft, während der Bedarf – etwa bei Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit – im Verlauf des Lebens steigt. In welchem Ausmaß dies im Falle einer positiven Wirtschaftsentwicklung z. B. durch mögliche Überschussbeteiligungen aufgefangen werden kann, ist völlig unklar (und auch keineswegs einheitlich geregelt), im Falle negativer Wirtschaftsentwicklungen aber ist ein hoher Anteil derartiger privater Alterssicherungsprodukte mit hoher Wahrscheinlichkeit ein zusätzliches neues Risiko. Der Paradigmenwechsel bringt also neue Unsicherheiten und zunehmende Ungleichheiten zugleich auf den Plan. Diese Unsicherheiten und Ungleichheiten und deren langfristige Folgen für die soziale Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wie auch die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt, sind noch kaum durchdacht. Ein im Grunde sicheres und historisch auch im Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft sehr erfolgreiches



Ältere Frauen sind nach wie vor häufiger von Armut betroffen als ältere Männer.

picture alliance/dpa

System der Alterssicherung wurde vor dem Hintergrund zumeist völlig überzogener Dramatisierungen gegen zunehmende Unsicherheit und Ungleichheit getauscht, ohne dass diese Folgen klar ausformuliert gewesen wären.

Private Vermögensübertragungen

Aufgrund der enormen Vermögenswerte, die heute und vor allem in der näheren Zukunft an die jüngeren Generationen transferiert werden, könnte theoretisch zumindest teilweise die erwartbare Absenkung der durchschnittlichen Renteneinkommen aus der GRV durch private Transfers kompensiert werden. Allerdings wird dies in der Praxis nur sehr selten der Fall sein: Wie empirische Analysen wiederholt gezeigt haben (Künemund/Vogel 2008; Vogel et al. 2010, 2011), ist auch das Erbschafts- und Schenkungsgeschehen stark sozial differenziert: Die besten Erbchancen haben private Haushalte, die mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits gut für das Alter abgesichert sind. Zwar tragen große Erbsummen auch hier zum Vermögensaufbau und zur weiteren Verbesserung der Absicherung für das Alter bei, aber es scheint zweifelhaft, hier die Kompensation einer Rentenlücke zu er-

warten, weil diese Haushalte oft gar nicht oder nur in geringem Maße von der Absenkung der gesetzlichen Renten betroffen sein werden (z. B. Beamtenhaushalte).

Jene große Mehrheit von Haushalten, die zur Finanzierung des Lebensunterhalts im Alter dagegen auf die gesetzlichen Renteneinkommen angewiesen ist und geringere Renten aus der GRV überwiegend durch private Vorsorge kompensieren muss, erbt sowohl deutlich seltener als auch geringere Beträge. Zwar kann auch hier im Falle eines Erbschafts- oder Schenkungserhalts von einer zumindest teilweisen Kompensation ausgegangen werden. Eine Summe von 18.000 Euro, wie sie die Hälfte der gesetzlich abgesicherten Erbenhaushalte mindestens erhält, reicht – bei extrem konservativer Anlageform mit minimaler Verzinsung – möglicherweise aus, um die Altersrente über ca. 15 Jahre hinweg nominal um monatlich rund 100 Euro aufzubessern. Ist die Lebenszeit aber länger, sinkt auch der Betrag, der entnommen werden kann. Insbesondere ein steigender Bedarf in den späteren Lebensjahren – etwa aufgrund einer Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit – kann so kaum kompensiert werden. Und ist die Rentenlücke größer als die ge-

nannten 100 Euro, so ist auch der Bevölkerungsanteil noch kleiner anzusetzen, der diese Rentenlücke unter Rückgriff auf erhaltene Schenkungen und Erbschaften zumindest teilweise kompensieren könnte. Für den überwiegenden Teil der primär über die GRV versicherten Haushalte spielen Erbschaften somit – wenn sie denn überhaupt anfallen – eine untergeordnete Rolle. Große Transfers, etwa in einer Höhe, die den Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung entspricht, werden auch in Zukunft nur einer sehr kleinen Minderheit besonders Begünstigter zufließen.

Ein Abschaffen der Erbschaftssteuer – wie kürzlich z. B. wieder von der Jungen Union gefordert – würde diesen Effekt noch verstärken und zu einer deutlichen Erhöhung der Vermögensungleichheit in absoluten Beträgen beitragen. Eine konfiskatorische Erbschaftssteuer würde allerdings auch nicht automatisch zu einer Reduktion der Ungleichheit führen: Es würden sehr viele kleine und mittlere Erbschaften wegfallen, was die relative Konzentration der Vermögen sogar erhöhen, die relative Ungleichheit also deutlich verstärken würde. Hier irrt also die politische Linke, wenn sie von konfiskatorischen Erbschaftssteuern eine direkte Reduktion der Vermögensungleichheit erwartet. So gesehen weisen sowohl die in den letzten Jahren bereits beschlossenen, als auch die meisten der aktuell diskutierten Änderungen im Bereich der Erbschafts- und Schenkungssteuern ebenfalls eher in Richtung steigender Ungleichheit und wohl auch steigender Armut im Alter.

Ausblick

Armut kann in jedem Lebensalter zu sozialer Ausgrenzung und sozialer Spaltung führen. Einsamkeit, Krankheit und z. B. auch geringeres gesellschaftliches Engagement bringen jedoch soziale Kosten mit sich, die wiederum an anderer Stelle von der Gesellschaft getragen werden müssen. Es ist eher unwahrscheinlich, dass sich jemand, der sich um die Miete für den nächsten Monat sorgen muss, ehrenamtlich engagiert. Insofern ist es unseres Erachtens auch wenig überzeugend, hier auf einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu setzen, der die Individualisierung sozialer Risiken kompensieren könnte – genauso gut könnte das Gegenteil der Fall sein. Darüber hinaus werden die familiären Generationenbeziehungen vermutlich stärker belastet, und auch in der Pflege führt die stärkere Betonung von Eigenvorsorge zu stärkeren Belastungen jener Personen (insbesondere Frauen), die sich fehlende Leistungen nicht

einfach am Markt kaufen können. Von einem Erfolg des früheren Systems der Alterssicherung kann nämlich nicht nur in Bezug auf die Gesundheitssituation, das Wohnen und das Einkommen gesprochen werden, sondern auch in Bezug auf die gesellschaftliche Partizipation und die familiären Beziehungen: Gesellschaftlich sinnvolle und „produktive“ Tätigkeiten, wie auch familiäre Unterstützungsleistungen, setzen entsprechende Ressourcen voraus, diese wiederum einen gut ausgebauten Sozialstaat mit verlässlicher materieller Absicherung. Kürzungen und zunehmende Ungleichheiten dürften daher zu Belastungen in den familiären Generationenbeziehungen führen (vgl. Künemund/Vogel 2006).

Altersarmut ist also keinesfalls überwunden, sondern wird vermutlich sehr bald zu einem gewichtigen gesellschaftlichen Problem werden. Bereits heute ist weit mehr als jeder Zehnte ab 65 Jahre armutsgefährdet, und der Umbau der Alterssicherung in Deutschland führt voraussichtlich zu einem weiteren Anstieg sozialer Ungleichheit und Armut im Alter. Das Absenken des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung kann nicht von allen in gleichem Maße kompensiert werden – Armutsgefahr besteht insbesondere, weil diejenigen, die einer Kompensation aufgrund geringer zu erwartender Alterseinkommen am dringendsten bedürfen, die Bedingungen zur erfolgreichen Kompensation sinkender Renten-

einkommen am wenigsten erfüllen können. Zu den vulnerablen Gruppen zählen neben Langzeitarbeitslosen und Geringverdienern beispielsweise auch viele Selbstständige. Ohne politische Korrekturen wird die Rückkehr der Altersarmut also fortschreiten. Statt minimal an einzelnen Stellschrauben zu drehen – diese Praxis hat die Problematik (gewollt oder nicht) hervorgebracht –, sollte das System sozialer Sicherung insgesamt überdacht oder – im Falle fehlender Alternativen oder unklarer Wirkungen – zum bewährten System zurückgekehrt werden. Eine politische Lösung sollte dabei den veränderten Lebensläufen von Männern und Frauen insgesamt gerecht werden. In einem solidarischen umlagefinanzierten Rentensystem waren sichere Arbeitsplätze und ausreichende individuelle Erwerbseinkommen für Männer und Frauen die beste Basis, um Armut im Alter abzuwenden. Was an diese Stelle treten soll, bleibt offenbar noch zu diskutieren: Wie eine Gesellschaft eigentlich aussehen soll, in der wir leben und alt werden wollen.

LITERATUR

Börsch-Supan, Axel/Bucher-Koenen, Tabea/Reil-Held, Anette/Wilke, Christina (2008): Zum zukünftigen Stellenwert der ersten Säule im Gesamtsystem der Alterssicherung. In: Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.): Alterssicherung im Mehr-Säulen-System: Akteure, Risiken, Regulierungen. Berlin, S. 13–31.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2011): Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragsatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren gemäß § 154 Abs. 1 und 3 SGB VI (Rentenversicherungsbericht 2011). Berlin.

CDU, CSU und FDP (2009): Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. URL: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducusu-fdp.pdf>. Deutsche Rentenversicherung (2011). URL: http://www.deutsche-rentenversicherung.de/cae/servelet/contentblob/138218/publicationFile/23658/rv_in_zahlen_2011_pdf.pdf.

Eurostat (2012): Armutsgefährdungsquoten. URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/europe_2020_indicators/headline_indicators.

Fuhr, Gabriela (2012): Armutsgefährdung von Menschen mit Migrationshintergrund. In: Wirtschaft und Statistik. URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Bevoelkerung/ArmutsgefaehrungMigrationshintergrund_72012.pdf?__blob=publicationFile.

Künemund, Harald/Vogel, Claudia (2006): Öffentliche und private Transfers und Unterstützungsleistungen im Alter – „crowding out“ oder „crowding in“? In: Zeitschrift für Familienforschung, 3/2006, S. 269–289.

Künemund, Harald/Vogel, Claudia (2008): Erbschaften und ihre Konsequenzen für die soziale Ungleichheit. In: Künemund, Harald/Schroeter, Klaus R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten und kulturelle Unterschiede in Lebenslauf und Alter – Fakten, Prognosen und Visionen. Wiesbaden, S. 221–231.

Künemund, Harald/Fachinger, Uwe/Kröger, Katharina/Schmäh, Winfried (2010): Die Dynamisierung von Altersrenten – Forschungsfragen und Analyseperspektive. In: Deutsche Rentenversicherung, 2/2010, S. 327–339.

Künemund, Harald/Fachinger, Uwe/Schmäh, Winfried/Unger, Katharina/Laguna, Elma P. (2013): Rentenanpassung und Altersarmut. In: Vogel, Claudia/Motel-Klingebiel, Andreas (Hrsg.): Altern im sozialen Wandel: Die Rückkehr der Altersarmut? Wiesbaden, S. 193–212.

Schmäh, Winfried (2011): Die Riester-Reform von 2001 – Entscheidungen, Begründungen, Folgen. In: Soziale Sicherheit, 2/2011, S. 405–414.

Statistisches Bundesamt (2012): Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Sozialhilfe/Grundsicherung/Tabellen/Altersgruppenin-ProzenZeitreihe.html>.

Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2011): Datenreport 2011. Bonn.

Vogel, Claudia/Künemund, Harald/Fachinger, Uwe (Hrsg.) (2010): Die Relevanz von Erbschaften für die Alterssicherung. Berlin.

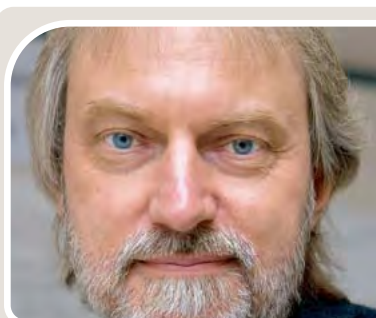
Vogel, Claudia/Künemund, Harald/Kohli, Martin (2011): Familiäre Transmission sozialer Ungleichheit in der zweiten Lebenshälfte: Erbschaften und Vermögensungleichheit. In: Berger, Peter A./Hank, Karsten/Tölke, Angelika S. (Hrsg.): Reproduktion von Ungleichheit durch Arbeit und Familie. Wiesbaden, S. 73–92.

Vogel, Claudia/Motel-Klingebiel, Andreas (Hrsg.) (2013): Die Rückkehr der Altersarmut? In: Vogel, Claudia/Motel-Klingebiel, Andreas (Hrsg.): Altern im sozialen Wandel: Die Rückkehr der Altersarmut? Wiesbaden, S. 13–24.



UNSERE AUTORIN

Dr. Claudia Vogel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt Deutscher Freiwilligensurvey am Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Fragen sozialer Ungleichheit (Generationenbeziehungen, Einkommen und Vermögen älterer Menschen, gesellschaftliche Partizipation und freiwilliges Engagement, sowie Migration im Alter) und Forschungsmethoden.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Harald Künemund leitet den Arbeitsbereich Empirische Altersforschung und Forschungsmethoden am Institut für Gerontologie der Universität Vechta. Seine Forschungsschwerpunkte sind familiäre und gesellschaftliche Generationenbeziehungen (Erbschaften, Unterstützungsleistungen, Pflegetätigkeiten, Wechselwirkungen staatlicher und familiärer Transfers), gesellschaftliche Partizipation im Alter (Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement, Freizeit und Lebensstile, politische Partizipation), Möglichkeiten und Grenzen neuer Technologien, Alterssicherung sowie Methoden der empirischen Sozialforschung. Foto: Cordia Schlegelmilch

Wege der Selbsthilfe im prekären Alltag

Anna Eckert/Andreas Willisch

Anna Eckert und Andreas Willisch untersuchen in ihrem Beitrag¹ die Veränderungen der individuellen Lebensführung in Zeiten des Umbruchs. Sie gehen dabei der Frage nach, wie sich die Umbruchsprozesse Exklusion, Fragmentierung und Schrumpfung auf die alltägliche Lebensführung auswirken. Dabei geht es insbesondere um den Umgang mit Arbeitslosigkeit oder prekären Arbeitsbedingungen. Als Beispiel dient die norddeutsche Kleinstadt Wittenberge, in der 1991 und 1992 etwa 6.000 Angestellte aufgrund der Schließung dreier industrieller Betriebe ihre Arbeit verloren. Die Betroffenen schlugen in der Folge ganz unterschiedliche Wege ein, um sich selbst zu helfen und ihr Leben neu zu ordnen. Der erste Weg ist der mehrerer Nebenjobs, wie ihn die 56-jährige Doris Vogel, ehemalige Lackiererin, geht. Sie verdient mithilfe verschiedener kleinerer Jobs etwas zu ihrem Arbeitsgeld II-Bezüge dazu, ohne je ganz die Hoffnung auf eine „richtige“, unbefristete Stelle aufzugeben. Ihre Arbeitsfähigkeit ist ihr sehr wichtig. Der 46-jährige Horst Kramer entschied sich dagegen für das Gemeinschaftsprinzip. Regelmäßige Treffen mit Nachbarn strukturieren seinen Tag und sind eine Quelle für Selbstbewusstsein und gesellschaftliche Teilhabe. Das dritte Prinzip schließlich ist das der körperlichen Reinheit, bei dem sich alles darum dreht, dass der Körper gesund und leistungsfähig bleibt. Andrea Jahn, die diesem Prinzip folgt, schöpft aus ihrer guten körperlichen Verfassung Kraft und Zufriedenheit. Alle Lebensführungsmodelle beruhen auf Selbsthilfe, dienen der Strukturierung des prekären Alltags und bieten ein Stück weit Sicherheit. |

Der rasante Umbruch der Gesellschaft

„Ehrlich gesagt, man muss verzichten. Man konnte früher schon mit wenig Geld auskommen, und jetzt, da muss man verzichten.“² Die Frau, die das erzählt, war eine von etwa 6.000 Erwerbstätigen, denen durch die Schließung von drei großen Wittenberger Betrieben, in denen Öle, Nähmaschinen und Zellwolle produziert wurden, im Jahr 1991 oder 1992 gekündigt wurde. Sie startete „ohne Arbeit in den Kapitalismus“.³ Der materielle Abstieg unserer Gesprächspartnerin – Armut durch Arbeitslosigkeit – gehört zu einem gesellschaftlichen Umbruch, der sich in der

industriellen Kleinstadt Wittenberge, gelegen an der Elbe zwischen Berlin und Hamburg, beispielhaft – aber nicht außergewöhnlich – vollzogen hat. Dieser Umbruch, der so unglaublich rasant Fahrt aufgenommen hatte, entfaltete seine weiteren Wirkungen erst im Laufe der Jahre. Die Arbeitslosigkeit verfestigte sich, das Ende der Industriegesellschaft offenbarte seine Schrumpfungs-, Fragmentierungs- und Exklusionsfolgen erst nach und nach, und diese Umbruchszeit bedeutete für die Menschen, die ihr Leben nach dem Beruf und um den Großbetrieb herum organisiert hatten, eine Anpassung oder einen Komplettumbau ihres Lebens. Sie mussten erst neue Regeln ihrer Lebensführung⁴ finden und ausprobieren, da „Methoden, die in der Vergangenheit erfolgreich erprobt wurden, ständig überprüft und angepasst werden [müssen], denn sie könnten sich unter veränderten Umständen als nutzlos oder gar kontraproduktiv erweisen“.⁵

Wir möchten im Folgenden der Frage nachgehen, wie sich die drei genannten Umbruchsprozesse Exklusion, Fragmentierung und Schrumpfung auf die Mikroebene der alltäglichen Lebensführung auswirken, wie sie Modelle der Lebensführung verändern und welche Rolle Selbsthilfe darin spielt. Im Kern zeigen wir drei reorganisierte Modelle der Lebensführung, die um die jeweils spezifischen Logiken Gemeinschaft, Arbeit und Körper kreisen. Unser Beitrag fokussiert die Lebensführung Arbeitsloser, genauer die praktische Daseinsbewältigung von Menschen, die seit mehreren Jahren ohne Erwerbseinkommen und weder von Ersparnissen noch Immobilien leben, sondern abhängig sind von staatlichen Leistungen. Gegenstand ist folglich die sozialstaatlich abgefahrene und damit gleichzeitig geschaffene und disziplinierende Armut. Diese materielle Armut ist möglicherweise darüber hinaus eine Armut an Kontakten und Anerkennung, an Mobilität und Möglichkeiten bei einem gleichzeitigen Reichtum an Zeit, wie die unterschiedlichen Modelle der Lebensführung zeigen.

Die Menschen in Umbruchsgesellschaften stehen, kurz gesagt, vor zwei grundsätzlichen Problemfeldern: Erstens schrumpfen beständig die Mittel, die für die individuelle Bewältigung eines solchen sozialen Wandels aktiviert werden können – der härteste Einschnitt erfolgte im Zusammenhang mit der Hartz-IV-Gesetzgebung. Doch auch die Stag-

nation gerade der unteren Einkommen, die weitere Verbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse und vor allem auch der Rückgang der Renten wegen unterbrochener Erwerbsbiografien führen dazu, dass im Überlebensbereich der Gesellschaft Geld und Unterstützung knapp geworden sind. Zweitens tut sich ein Problemfeld auf, wo die gesellschaftliche Infrastruktur und Institutionen schrumpfungsbedingt zurückgebaut oder aufgegeben werden, wo Schulen, Arztpraxen und Krankenhäuser geschlossen werden oder der öffentliche Nahverkehr ausgedünnt wird. Die prekären unter den gesellschaftlichen Gruppen, die den Umbruch zu bewältigen haben, haben also weniger, wo sie mehr bräuchten, in einer leerer werdenden Gesellschaft. Und ausgerechnet in diesen Situationen wird immer wieder der Ruf nach Selbsthilfe laut. Wenn die Gesellschaft weniger Unterstützung und weniger Sicherheit zu leis-

Die nach der Wende einsetzende Deindustrialisierung hat in den östlichen Bundesländern vielen Menschen und Orten buchstäblich den Boden unter den Füßen weggezogen. Man fühlt sich aus der Welt der industriellen Moderne geworfen und ist zu anderen Modellen der Lebensführung gezwungen.

picture alliance/dpa



ten imstande ist, sollen die Leute selbst Hand anlegen, sich die fehlenden Mittel selbst besorgen, sich um ihre Bildung selbst kümmern und Bürgerbusse fahren. Bezogen auf die sich wandelnde Gesellschaft kann das bedeuten, dass Anschlussmöglichkeiten oder Gelegenheiten, die die Selbsthilfe als strukturelle Voraussetzung braucht, nicht mehr verfügbar sind.

Selbsthilfe setzt die Fähigkeit voraus, eine methodische Lebensführung zu etablieren, an die dann weitere Selbsthilfepraktiken angedockt werden können. Es geht zunächst darum, die eigenen Bedürfnisse und Interessen herauszufiltern und dann die Ressourcen zu mobilisieren, die notwendig erscheinen, um diese Interessen durchzusetzen.⁶

Methodische Prinzipien der Lebensführung in der Prekarität – Arbeit, Gemeinschaft, Körper

Im Umbruch sein Leben neu zu ordnen und zu führen, gelingt den Menschen je nach sozialer Stellung und sozialer Lage unterschiedlich gut. Denen, die das Glück und die Eignung hatten, in der neuen Verwaltung unterzukommen, und

jenen, die finanzielle Ressourcen aktivieren konnten, deren spezielle Kenntnisse vielleicht gerade angesagt waren, die sich durch Fernpendeln ein gutes Auskommen sicherten oder mit eigenen Ideen ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit retteten, fiel das leichter, als denjenigen, die schon mit schlechteren Voraussetzungen starten mussten, die zu alt zum Umschulen und zu jung für den vorgezogenen Ruhestand waren, die jahrelang in Ausbildungs- und Maßnahmen Schleifen umherirrten, die gesundheitlich angeschlagen waren oder schlicht „aufs falsche Pferd gesetzt“ hatten: Sie mussten mehr probieren. Während die Erstgenannten im Wohlstandsmodus⁷ häufiger „richtig lagen“ und früher auf „Normalbetrieb“ umschalten konnten, mussten Letztgenannte weit aus öfter ihre Entscheidungen korrigieren, ohne dass sie sich an eingefahrenen Modellen orientieren konnten. Im Überlebensmodus hieß das, im Nebel des Umbruchs „auf Sicht“ zu fahren, oftmals nahe am Boden unter dem Radar gesellschaftlicher Anerkennung hindurch. Die charakteristischen Insignien der bundesrepublikanischen Arbeitnehmergesellschaft, wie Karriere, Beruf und Erfolg, schienen zu weit in der Ferne

zu liegen, um als ordnendes Prinzip für ein Leben zu dienen. Stattdessen lag es nahe, für die ganz alltäglichen, unmittelbar greifbaren Probleme des Umbruchs nach Antworten zu suchen. Da, wo Deindustrialisierung und Schrumpfung die Gemeinschaften zersprengten, müssen neue soziale Beziehungen eingegangen werden; da, wo defizitäre sekundäre Integration das Selbstvertrauen und den Stolz raubten, muss nach inneren, körpereigenen Potenzen gesucht werden und müssen die mittlerweile womöglich hinderlichen Vorstellungen eines bestimmten Berufes, speziellen Fachwissens und betrieblicher Loyalität zugunsten eines Arbeitsprinzips aufgegeben werden, das an Gelegenheiten und der Gleichzeitigkeit ganz unterschiedlicher Tätigkeiten orientiert ist. „Penny-Kapitalismus“⁸ hat der US-amerikanische Anthropologe Sol Tax das 1953 genannt.

Nebenarbeit

Ein Leben methodisch entlang dieses Prinzips zu organisieren, in dem Arbeit mehr der unmittelbaren Reproduktion dient⁹ denn der eigenen Karriere, ist ein strenges Leben, und es liegt trotz Wohlfahrtsgesellschaft nicht weit über dem Existenzminimum. Doris Vogel, früher Lackiererin bei Veritas, macht das zum Beispiel so: Sie erledigt zwei Jobs, putzt in einem Haushalt und trägt Zeitungen aus, letzteres fast noch in der Nacht, auf jeden Fall, bevor die Wohlfahrtswelt erwacht. Obwohl sie sehr früh aufsteht und sich beim Arbeiten abmüht, definiert die 56-Jährige diese Tätigkeiten nicht als Arbeit, sondern als Nebenjobs. Die Stelle für den Hauptjob bleibt in ihrem Denken vorerst frei. Arbeit existierte für sie zum einen in der Vergangenheit. Über eine volle Stelle in den 1990ern erzählt sie: „Richtige Arbeit. Da haben wir richtig, richtig gutes Geld verdient. Also wirklich richtig gutes Geld“ (Int. Vogel, 6.5.2008). Andererseits gibt es diese Arbeit möglicherweise noch in der Zukunft, dafür hebt sie sich ihre Kraft auf: „Bei 50 Plus, da hab ich mich auch beworben auf'm Arbeitsamt. [...] Dass es vielleicht auch klappt, [...] hoff ich ja wohl, dass ich vielleicht nächstes Jahr was kriege. [...] Bisschen Hoffnung kann man ja haben.“¹⁰ Die finanzielle Grundlage ihrer Existenz bildet der Bezug von Arbeitslosengeld II. Der Verfügungsrahmen wird etwas erweitert durch das, was die Mini-Tätigkeiten einbringen. Alle Ausgaben wer-





Nebenjobs sind kennzeichnend für die Lebensführung Arbeitsloser. Die finanzielle Grundlage ihrer Existenz bildet der Bezug von Arbeitslosengeld II. Der Verfügungsrahmen wird etwas erweitert durch das, was Mini-Tätigkeiten (z.B. Putzjobs) einbringen. Die Hoffnung auf eine „richtige“, unbefristete Stelle wird dabei nicht gänzlich aufgegeben.

picture alliance/dpa

den durch ein kontrolliertes Ratenkaufsystem, durch Vorrats- und Angebotskauf, durch ständiges Kontrollieren und Nachberechnen auf einem kalkulierbaren Niveau gehalten. Die Grenzen, die das schmale Budget einengen, werden nicht überschritten. Das Surplus dank der Nebenjobs dient kleineren Dienstleistungen wie Autoreparaturen und Frisörbesuch, die sie „Luxus“ nennt und die im Zweifelsfall eingestellt oder aufgeschoben werden. In diesem Modell ist der Körper Arbeits- und Transportmittel, er muss durch gesunde Ernährung, regelmäßige Schlaf- und Ruhepausen sowie ärztliche Kontrollen erhalten werden. Das eigene Auto, das sie besitzt, um für den Fall, dass ihr doch noch einmal eine „richtige“ Arbeit angeboten wird, gerüstet zu sein, unterhält sie durch Finanzspritzen ihrer verrenteten Mutter, und notwendige Reparaturen tauscht sie gegen das Putzen der Werkstatt und deren Fahrzeuge. Der Tagesrhythmus ähnelt dem in „normaler“ Erwerbstätigkeit, ist durchgeplant und -getaktet. Einkäufe werden immer mithilfe von Einkaufszetteln, Coupons und Reklameblättchen vorbereitet. Nach getaner Arbeit wartet Freizeit

zur eigenen Belohnung. Ein Umzug – vielleicht zur Tochter in die Großstadt, wie es einmal angedacht war – verbietet sich letztlich deshalb, weil dieses engmaschige Netz, das der Aufrechterhaltung des arbeitsförmigen Lebensführungsmodells dient, sehr an die spezifische Situation in Wittenberge angepasst ist und anderswo nicht ohne Verluste wieder aufzubauen wäre. Selbstverständlich ist Doris Vogel ordentlich lebensversichert.

Dieses Modell, in dem die Arbeitsfähigkeit das leitende Motiv ist, beruht auch auf der Hoffnung – und gewinnt von daher auch einen Teil seiner inneren Festigkeit –, dass nach Jahren des Wartens und Sich-Bereithaltens doch noch einmal der Einstieg in die veränderte Arbeitswelt der unbefristeten Jobs gelingt. Doch längst ist, was als Überbrückung gedacht war, auf Dauer gestellt. Mittlerweile lebt Doris Vogel ihr Leben mit zahlreichen Nebenjobs schon beinahe genauso lange wie vordem das der Facharbeiterin. Sie ist heute allerdings nicht mehr Teil eines Kollektivs und das Ziel ihrer erwerbstätigen Wege ist auch nicht mehr der große Industriebetrieb. Heute organisiert sie ihr

selbstunternehmerisches Leben von zu Hause aus. Im Sommer geht sie in ihren Garten, im Winter trifft sie ihre Freundin daheim. Von der Familie lebt nur noch ihre Mutter in der Stadt, für die sie sich verantwortlich fühlt und der sie die wöchentlichen Einkäufe erledigt.

Die Transformation ihrer Lebensführung vollzog sich ganz allmählich, quasi nebenbei, und doch hat Doris Vogel sich die große Sehnsucht nach „richtiger“ Arbeit erhalten, obwohl sich längst die Konturen dieser alten, industriellen Arbeitswelt selbst Richtung prekäre Jobs verschoben haben. Vielen Menschen – nicht nur in Wittenberge – war der Wert der Arbeit für ihr eigenes Leben nie so wichtig und zentral wie in diesen Zeiten, und das, obwohl es nie so schwierig war, „richtige“ Arbeit zu finden. Wir sehen daher einerseits eine beinahe allseits geteilte Überhöhung dieses Lebensordnungsprinzips („Jede Arbeit ist besser als keine“) und andererseits den harten Alltagskampf, auch schlecht bezahlte, prekäre Nebenarbeit zu finden. Auf diese Weise wännen sich die „Fastarbeiter“ nahe an der „richtigen“ Gesellschaft und halten bei hohen persönlichen Kosten die Maschinerie ganz gut am Laufen.

Pavillongemeinschaft

Doch allzu oft versagt der Integrator Arbeit, sei es, weil die Kosten zur Aufrechterhaltung dieser Arbeitsfähigkeit zu hoch scheinen, sei es, weil die Versuche zu häufig scheiterten oder weil eine plurale Gesellschaft auch andere Angebote macht. Neben der Arbeit als Einkommensquelle vermissen die meisten Leute in Wittenberge den Betrieb als Vergemeinschaftungsgelegenheit. Im Umbruchsprozess sind auch die Nachbarschaften brüchiger geworden. Mancher ehemalige Nachbar ist ausgewandert, seine Wohnung leer geblieben. Andere pendeln zur Arbeit weit weg und haben an den kurzen Wochenenden kaum Zeit für die Probleme der Dagebliebenen. Nicht selten ist es aber auch so, dass man sich fernhält von den Sorgen der anderen, nicht hineingezogen werden will in die fremden Schwierigkeiten, um den eigenen Faden nicht zu verlieren. Ausgrenzung kommt auch in Wittenberge nicht mit der großen Geste der Unterwerfung und der Abschiebung, sondern mit der unscheinbaren der Distanzierung, der Ansteckungsangst, des Naserümpfens.

Es ist geradezu ein Moment des Umbruchs, dass soziale Netze und Tauschbeziehungen, die auf Vertrauen und Gewohnheit gegründet waren, ihre Basis verlieren und dadurch als soziales Kapital verloren gehen. Unter den neu-

en Bedingungen einer sozial gespaltenen Gesellschaft müssen neues Vertrauen, Nähe und neue soziale Beziehungen erst erarbeitet werden. Der neue Nachbar will erst gefunden und der Ein-Euro-Job-Kollege bei der Tafel erst kennen gelernt werden. Das „soziale Band des Zusammenlebens“¹¹ in einer Gesellschaft, die sich so rasant verändert hat, wird erst wieder geknüpft. Dabei lässt sich beobachten, dass das unter sozial Gleichgestellten am ehesten gelingt. Die „traditionellen Vereine schirmen ihre Geselligkeit an der sozialen Distinktionslinie eher ab“¹², und die Mitarbeiter der Kleiderkammer überwachen sehr genau, dass kein „Unberechtigter“ Altkleider erwirbt. Gemeinschaftlichkeit wird neben Arbeit zum zweiten zentralen Prinzip methodischer Lebensführung, zunächst allerdings entlang der Sollbruchstellen einer fragmentierten Gesellschaft.

Wer seinen Alltag – wie beispielsweise der 46-jährige Horst Kramer – dahingehend ordnet, dass Aufgehobensein, soziale Verortung und Statussicherung im Vordergrund stehen, für den wird weniger die Arbeitsförmigkeit seines Alltags oder die Erhaltung seiner Arbeitsfähigkeit von Bedeutung sein. Vielmehr ist es wesentlich wichtiger, immer am gleichen Ort einzukaufen, fleißig Zeitung zu lesen, um mitreden zu können, und sich einen Pauschaltarif für Telefon und Internet zu leisten, obwohl das Budget das kaum noch hergibt, und ja nicht zu sehr aufzufallen, beim Jobcenter zum Beispiel oder dem Wohnungsvermieter. Es geht auch um Klatsch und Tratsch, wofür die Nebenjobber kaum Zeit und Gelegenheit haben, die aber das an Gemeinschaftlichkeit ausgerichtete Leben zusammenhalten.

Horst Kramer und ein paar andere Leute aus seinem Haus, die entweder seit Jahren arbeitslos oder in Rente sind, haben sich hinter dem Plattenbau, in dem sie wohnen, ein kleines Gemeinschaftsrefugium geschaffen. Hier treffen sie sich seit ein paar Jahren bei schönem Wetter immer nachmittags zwischen 15 und 18 Uhr. Ein kleiner Pavillon wurde mit Genehmigung der Hausverwaltung als Schutz vor Sonne und Regen aufgestellt. Benutzen darf ihn nur, wer zur Gemeinschaft zählt. Im Gegensatz musste sich die Pavillongemeinschaft verpflichten, Hof und Haus sauber zu halten. Wie in jeder anderen Gemeinschaft hat sich auch in der Pavillongemeinschaft eine Hierarchie herausgebildet, in der jeder seinen Platz hat: Es regiert die „Königin“, eine ältere Dame, die den Kreis zusammenhält. Horst Kramer gibt dank seiner stets guten Informiertheit den Schriftführer und Verbindungsmann zu den Behörden. Andere Mitbewohner sitzen eher stumm dabei.

So wie Doris Vogel ein Lebensführungsmodell durch die Verknüpfung von Nebenjobs gefunden hat, immer darauf bedacht, sich ein Minimum an Stolz und Status zu bewahren, indem sie unentwegt tätig ist – mehr vielleicht als andere, die einer „normalen“ Arbeit nachgehen –, hat Horst Kramer sein Leben um das Gemeinschaftsprinzip herumgestrickt. Mit Arbeit oder Beruf kann er, der seit vielen Jahren weder Jobs noch Beschäftigungsmaßnahmen – vielleicht einmal ein Bewerbungstraining oder einen Computerlehrgang – hatte, nichts anfangen. Routinemäßig macht er zwei Mal im Monat seine Bewerbungsrunde, ohne dass er allzu viel Herzblut investiert. Als 2005 Hartz IV in Kraft trat, haben er und seine Frau aufgehört, abends auszugehen. So dient ihm sein Platz in der Pavillongemeinschaft als Quelle für Selbstbewusstsein sowie das Gefühl der Teilhabe. Diese wird so lange existieren, wie sie dort gemeinsam wohnen. Eine gemeinschaftsorientierte Lebensführung funktioniert ganz anders als das Arbeitsmodell. Dabei geht es weniger um eine dem Wirtschaftsleben abgeschauten Effizienz und Rationalität, den Einsatz von Zeit und eigenen Ressourcen und auch nicht darum, den Blick zu schärfen für Zuverdienstgelegenheiten, die sich eventuell plötzlich auftun. Wenn man sein Leben an Gemeinschaftlichkeit ausrichtet, muss man viel Zeit mitbringen, sie mit anderen verbringen, sie „verschenken“, wie vielleicht Frau Vogel sagen würde. Man muss immer die anderen im Blick haben: Wann geht wer zum Pavillon? Wann geht wer mit wem aus dem Haus? Wer lädt wen ein? Wer geht wann einkaufen? Zeit in Gemeinschaft zu investieren, kann in Schrumpfungsphasen sehr sinnstiftend und statussichernd sein, weil von allem zu wenig vorhanden ist, nur Zeit gibt es im Übermaß: anonyme Zeitverwerter sozusagen. Beim Pavillongrillabend die Kinder der Nachbarn mit zu versorgen oder deren Spiel nebenbei zu beaufsichtigen, das schafft Verbindlichkeiten, ebenso wie der nachmittägliche Plausch in trauter Runde. Die Hausverwaltung schätzt die stabile Runde, deren Mitglieder bestimmt nicht so schnell ausziehen. In der Gemeinschaft bewahrt man sich gegenseitig vorm Abrutschen. Selbsthilfe ist hier unmittelbare kollektive Nachbarschaftshilfe durch den permanenten Austausch von Informationen, kleinen Gefälligkeiten und gegenseitiger Kontrolle.

Insgesamt lässt sich sagen, dass diese Gemeinschaftsorientierung im Alltag zu den Stützpfeilern des sozialen Lebens in Wittenberge gehört. Zahlreiche kleine Vereine von der Tafel bis zum Country- und Danceclub, Nachbarschaften und Interessenvereinigungen behaupten

sich in der Stadt. Das ist keine „müde Gemeinschaft“¹³ wie in Marienthal zur Zeit der ersten großen industriellen Krise 1929/30, sondern die vom Kümern und Bewahren geprägte Gesellschaft der unvermittelten Kleingemeinschaften. Das gemeinschaftliche Band jedoch reicht immer nur so weit, wie der fragile Konsens aufrechterhalten werden kann und die Ähnlichkeit von Alltagserfahrungen noch nicht aufgebraucht ist.

Den Körper am Laufen halten

Neben den Leitbildern Beruf und Betrieb, die von der modernen Industriegesellschaft wenn nicht geschaffen, so doch wesentlich geformt wurden, gehören der Zugriff auf den Körper des Arbeiters und die Verausgabung unmittelbar körperlicher Ressourcen zu deren zentralem Erfahrungshintergrund. Auf vor allem körperlicher Verausgabung und demzufolge notwendigen Regenerations- beziehungsweise Reproduktionsphasen fußte der soziale Ausgleich in industrialisierten Gesellschaften. Dieser industrialisierte Einsatz des Körpers, in dem Erholung an Erschöpfung und wieder Erholung gereiht wurde, hat sich tief in die Lebensführungsmodelle der Menschen eingegraben. Dabei diente der Körper des Arbeiters als eine Art Tausch- und Produktionsmittel. Arbeiten bedeutete die Transformation dieser individuellen Ressource in etwas Drittes für einen anderen. In der Arbeitslosigkeit kann man mit diesem Körper nicht mehr nur kein Einkommen erzielen, sondern der auf regelmäßige Berufsarbeit eingestellte Körper fühlt sich überflüssig an.

Der Körper muss für Menschen in prekären Lebenslagen geradezu zu einem Gegenstand des Selbstversuchs werden. Man kann den Körper mit Bildern verziern, ihn in Castingshows, Sonnenstudios und an Stränden ausstellen. Man kann ihn aber auch einfach „am Laufen halten“, ganz wie den alten VW-Käfer, der läuft und läuft und läuft. Der Körper rückt damit unmittelbar ins Zentrum der alltäglichen Lebensführung und wird prinzipiell befreit von den Zumutungen einer unsicheren Arbeitswelt. Die Fähigkeit zur Arbeit selbst wird ihm untergeordnet. Der Körper dient nicht länger der Arbeit, wie noch im Lebensführungsmodell von Doris Vogel, sondern die Arbeit darf den Körper selbst nicht beflecken. Die Unterordnung der Lebensführung unter das Prinzip Körper

eröffnet grundsätzlich zwei gegensätzliche Möglichkeitsfelder: das Reinhalten und das Füllen. Die alten Männer vor dem Edeka-Markt haben sich – vielleicht, weil die Überflüssigkeit des Körpers gerade das Selbstbild von Männern in besonderer Weise trifft – für Letzteres entschieden. Beim gemeinsamen Biertrinken wird beides gleichermaßen bedient: Zuerst demonstrieren sie ihre Standhaftigkeit, um anschließend recht schnell zum kompletten Verfall des Körpers zu kommen. Dagegen hat sich Andrea Jahn für das Prinzip körperlicher Reinheit entschieden. Für die 45-Jährige ist es geradezu unvorstellbar, sich öffentlich so unkontrolliert zu entblößen. Sie hat sich dafür entschieden, ihre körperliche Verfasstheit unter allen Umständen zu erhalten und zu pflegen. Damit reagiert sie auf die Defizitansprache durch die Mehrheitsgesellschaft und weist diese von sich. Ein Mobiltelefon besitzt sie nicht – nicht, weil sie es sich nicht leisten kann, sondern weil die Strahlung schädlich ist. Sie verweist nicht, weil es sie krank macht, und aus dem Job im Callcenter wird nichts, weil ihr Gehör für einen Kopfhörer mit Mikrofon zu sensibel ist.

Um den Körper dreht sich alles, ohne dass es sich um Körperkult handelte. Andrea Jahn würde sich wahrscheinlich als eher unscheinbar beschreiben. Sie trägt keine besonders modische Kleidung, sie geht auch nicht mehr ins Fitnessstudio, weil ihr die fremden Blicke nicht behagten. Sie ist nicht tätowiert und würde wohl niemals in der Strandbar an der ehemaligen Ölmühle von Wittenberge herumliegen. Sie trinkt keinen Alkohol. Es geht ihr nicht darum, sich und ihren Körper in besonderer Weise zu exponieren, sondern darum, dass er funktionsfähig bleibt in diesen schwierigen Zeiten. Die aktive Erhaltung dieser Funktionsfähigkeit ist die Basis ihres Selbstverständnisses – das wird Empfängern von Arbeitslosengeld II regelmäßig abgesprochen. Aus dem Gefühl, dass das mit ihr noch stimmt, dass ihr Körper die Dinge noch trägt, für die andere ein Auto benutzen, daraus, dass sie nicht krank wird, weil sie sehr genau auf ihren Vitaminhaushalt achtet, schöpft sie innere Befriedigung und glaubt, sich ganz gut eingestellt zu haben. In Abgrenzung zu körperlich beeinträchtigten Menschen sagt sie: „Wir Arbeitslosen sagen immer, wir sind im Kopf krank. [...] Wenn du arbeitslos bist, bist du anders, bist du immer Außenseiter.“¹⁴

Davon ist Andrea Jahn fest überzeugt, und sie hält sich erst gar nicht an allzu engen sozialen Beziehungen fest. Das Verhältnis zu den Eltern und Geschwistern ist mehr von einem Nebeneinander als von gegenseitiger Hilfe geprägt. Sie

weiß ihre Familie in der Nähe, ohne dass der Kontakt sehr innig wäre. Ihr geht es weniger um Gemeinschaft, wie etwa Horst Kramer. Sie ist auch nicht auf der Suche nach Gelegenheitsjobs oder zusätzlichen Einnahmequellen. Das lehnt sie regelrecht ab. Ein-Euro-Jobs, in die sie in Abständen vermittelt wird, müssen erst aufwändig in das sorgfältig konstruierte Alltagsgerüst eingebaut werden. Ihr Körperprinzip der Lebensführung zielt auf Autonomie und Abstand – Autonomie von stigmatisierenden Zumutungen, wie sie gemeinschaftliche Nähe mit sich bringt, und Abstand zu den Sogwirkungen am Rand der Gesellschaft.

Andrea Jahn besucht regelmäßig eine Selbsthilfegruppe, in der Menschen mit körperlichen Behinderungen und Arbeitslose über ihre Probleme sprechen. Diese Begegnungen sind ihr wichtig, aber sie nimmt fast heimlich daran teil. Die sechs Leute treffen sich zum „Kaffeetrinken und Basteln“ informell in einem Hinterhof. Das Treffen kostet nichts. Einen Euro bezahlt Andrea Jahn für Geschirrbenutzung, Kaffee und Kuchen. Arbeitslosigkeit erscheint als ein beinahe körperlicher Makel wie Stottern, Schwerhörigkeit oder Einschränkungen der Beweglichkeit. Aber „die fangen nicht gleich mit Arbeitslosigkeit an“, wenn sie über den Alltag reden. Denn Andrea Jahn hat ihren Körper dank gesunder Ernährung, ausreichend Bewegung und guter, regelmäßiger Pflege „gut in Schuss“ – wenn nur die Arbeitslosigkeit nicht wäre.

Neu geordnete Lebensführung

Die erste Konstruktionsleistung aller drei vorgestellten Lebensführungsmodelle der Prekarität besteht darin, sich aus der Konkursmasse des Industriezeitalters jeweils einen ordnenden Lebensführungscode herausgegriffen zu haben, der hinsichtlich der bisher gesammelten Erfahrungen einbaufähig bleibt und gesellschaftliche Akzeptanz verspricht. Industrialismus bedeutete die auf Dauer gestellte Eindimensionalität von Beruf, Betrieb und Körper. Aus Sicht der einzelnen Lebenskonstruktion bedeutet Prekarität unter den Verhältnissen des Umbruchs, dass diese Einheit auseinanderbricht. Diskontinuierliche Arbeit statt Beruf, Kleingemeinschaft statt Integrationsmaschine Betrieb und körperliche Nichtverwertbarkeit statt produktiver Transformation entfalten jeweils eine Eigenlogik, die zeitlich und räumlich nicht mehr mit den anderen zusammengeht. Gesellschaftlicher Umbruch heißt eben auch fragmentierte Erfahrungsräume, exkludierende Vergemeinschaftung und die Separierung

des Körpers. Für die Möglichkeiten zur Selbsthilfe bedeutet das, dass sie jeweils nur entlang dieser Eigenlogiken der Lebenskonstruktionen gedacht und eingesetzt werden können. Wer auf Arbeit setzt, wird sich in einer Selbsthilfegruppe für Arbeitslose fremd fühlen. Wer auf Gemeinschaft setzt, wird den Garten vor allem der Bekannten und Nachbarn wegen aufsuchen und weniger wegen des Gemüseanbaus. Und wer auf den Körper setzt, wird womöglich nicht mitten in der Nacht für einen kleinen Nebenverdienst aufstehen, da der Körper doch seinen Nachtschlaf braucht.

Allen drei Lebensführungs Konzepten ist gemein, dass es ihnen um die Umbruchsbewältigung geht. Frau Vogel, Herr Kramer und Frau Jahn praktizieren Selbsthilfe, aber jeweils auf sehr unterschiedliche Art und Weise und beinahe so, dass die jeweils anderen aus ihrem methodischen Konzept ausgeschlossen werden.

Doris Vogel hält aus innerer Überzeugung daran fest, dass nur Arbeit ihre prekäre Situation stabilisieren kann. Da sie keine „richtige“ Arbeit findet, baut sie sich ein ganzes Netzwerk von Nebenarbeiten auf. Dagegen sieht Horst Kramer den größten Mangel in seinem postindustriellen Alltag darin, nicht mehr gemeinschaftlich eingebunden zu sein, und organisiert sich mit Gleichgesinnten in der Pavillongemeinschaft. Andrea Jahn dagegen ist der Meinung, dass der untätige Körper am meisten unter den fehlenden Anforderungen leidet, und ordnet ihren Alltag um die Erüchtigung ihrer selbst.

Selbsthilfe als Überlebenskapital in Umbruchszeiten wird also zunächst aktiviert, indem die Leute Ordnung und Strukturiertheit in ihren Alltag bringen und, das erscheint uns ganz wichtig, auch den Raum für sich erobern, den sie für ihre mitunter eigenwillige Selbstkonstruktion benötigen. Ein Stück weit Sicherheit, die ihnen die „schrumpfende“ Umgebung nicht mehr bieten kann, schaffen sich die Leute selbst. Gleichwohl ist dieses Konstrukt extrem labil und bisweilen streng ortsgebunden. Zudem sind die individuellen Selbsthilfestrukturen, die wir in Wittenberge gefunden haben, abhängig vom Zugriff der Arbeitsverwaltung – in Frau Vogels Nebenarbeitskonstrukt ließe sich nur schwer eine Qualifizierungsmaßnahme einbauen – oder dem örtlichen Umfeld. Das Modell der Gemeinschaft kommt insbesondere dort an seine Grenzen, wo Gerüchte, Abhängigkeiten und Neid überhand nehmen. Das Modell der Arbeit ist ein in sich extrem reguliertes und hartes. Es kann durch einen zugewiesenen zusätzlichen Job überstrapaziert werden. Da es in besonderer Weise auf

den Körper als Arbeitsmittel angewiesen ist, stellen Krankheit und Verletzungen eine enorme Herausforderung dar. Die Gleichzeitigkeit der Hoffnung auf eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt sowie des Abschieds von dieser Hoffnung halten eine Art verzweifeltes Hamsterrad in Bewegung. Das Körpermodell schließlich ist am stärksten durch Isolation begrenzt. Mit seiner Individualität und dem ihm möglichen Maß an Autonomie hat es alles abgestoßen, was nicht absolut nötig ist zum Leben. Zugeordnete Beschäftigungsmaßnahmen können auch hier das bestehende Arrangement empfindlich stören, indem sie zu gewisser Gemeinschaft zwingen. In diesem Zusammenhang führt auch Scham an Grenzen, sie enttarnt quasi die Unscheinbarkeit und Unsichtbarkeit dieses Modells. Insgesamt verschaffen diese unmittelbaren Selbsthilfen den Akteuren ein gewisses Maß an Widerstandsfähigkeit, ändern aber wenig an ihrer prekären Existenz.

Zumindest partielle Verbesserungen können durch Selbsthilfepraktiken erreicht werden, die auf die methodischen Konzepte der Lebensführung aufsetzen. Schwarzarbeit ist eine der besten und am weitesten verbreiteten Selbsthilfepraxen, die Erwerbstätigkeit, Risikobereitschaft und Mobilität verbindet, und weitgehend in die Wirtschaftsstrukturen eingebettet praktiziert werden kann. Schwarzarbeit ist daher ein äußerst komplexer Vorgang, der vor Nachbarn und Behörden verborgen bleiben muss, hilft aber unmittelbar (unmittelbarer als viele Qualifizierungsschleifen und Arbeitssimulationen); sie hat nur den Makel, dass sie dem Fiskus nicht hilft.

Was kollektive beziehungsweise individuelle Formen der Selbsthilfe betrifft, so verbindet sich das Modell, das um Gemeinschaft kreist, bedingungsgemäß mit kollektiver Selbsthilfe. Dieses Modell erfordert kollektive Hilfe und ermöglicht sie zugleich. Innerhalb des Arbeitsmodells verzahnen sich beide Formen der Selbsthilfe; durch die zu-

sätzlich vorhandenen finanziellen Ressourcen ist hier jedoch auch am ehesten Fremdhilfe verfügbar. Innerhalb der Körperlogik dominiert ganz eindeutig individuelle Selbsthilfe. Aufgrund ihrer materiellen beziehungsweise sozialen Ressourcen ist Selbsthilfe innerhalb des Arbeits- und Gemeinschaftsmodells am ehesten möglich.

Wie deutlich wurde, bieten die vorgestellten Lebensführungsmodelle unterschiedliche Anschlüsse an andere Gesellschaftsbereiche. Die Gemeinschaft ermöglicht den Kontakt zu anderen und eine, wenn auch geringfügige, Hilfe untereinander, wenngleich es auch die Gemeinschaft unter Gleichen ist. Das Arbeitsmodell steht immer im Austausch mit Personen und Institutionen, für die Arbeit geleistet wird, wenn auch die Chancen, auf den ersten Arbeitsmarkt zu gelangen, dadurch nicht vergrößert werden. Das Modell Körper enthält von der Idee her noch am ehesten ein subversives Moment. In seinem Bezug auf sich selbst weicht es am stärksten vom industriellen Modell der Produktionslogik ab, mit dem es eine Art Frieden geschlossen hat. Gerade dadurch bietet es jedoch die geringsten Anschlussmöglichkeiten an die Arbeitsgesellschaft.

Selbsthilfe fängt aber damit an, sein Leben nach einem methodischen Prinzip ordnen zu können, gerade dann, wenn die Gesellschaft als unübersichtlich erfahren wird. Diese Alltagsordnung im Leben von Arbeitslosengeld II-Empfängern, gering entlohnten Leiharbeitern oder Älteren mit Grundsicherung ist jedoch viel häufiger, als öffentliche Defizitbeschreibungen glauben machen wollen, unmittelbar davon abhängig, wie weit wir als Gesellschaft diesen notwendigen Eigensinn zulassen.

ANMERKUNGEN

- 1 Der vorliegende Text ist in einer ausführlicheren Fassung bereits erschienen in: Willisch, Andreas (Hrsg.) (2012): *Wittenberge ist überall. Überleben in schrumpfenden Regionen*. Berlin, S. 151–194.
- 2 Vgl. Interview Ammer, 28.5.2008. Die Namen und personenbezogenen Daten der Interviewpartner wurden anonymisiert, neben dem Pseudonym ist jeweils das Datum angegeben, an dem das Interview geführt wurde.
- 3 Dazu Vogel, Berthold (1999): *Ohne Arbeit in den Kapitalismus. Der Verlust der Erwerbsarbeit im Umbruch der ostdeutschen Gesellschaft*. Hamburg.
- 4 Mit Lebensführung wird eine praktische Daseinsbewältigung fokussiert, verstanden als „ein alltäglicher Prozess, in dem sich ein Mensch mit den ihm begegnenden Verhaltensumgebungen [...] im Rahmen bestimmter Gegebenheiten [...] auseinandersetzt, sie in Einklang miteinander sowie mit seinen eigenen Interessen zu bringen sucht und dabei in spezifischer Weise auf sein soziales und räumliches Umfeld [...] einwirkt“; vgl. Bolte, Karl Martin (2000): Vorwort. In: Kudara, Werner/Voß, Günter G. (Hrsg.): *Lebensführung und Gesellschaft. Beiträge zu Konzept und Empirie alltäglicher Lebensführung*. Opladen, S. 5–10, hier 7.
- 5 Bauman, Zygmunt (2008): *Flüchtige Zeiten. Leben in der Ungewissheit*. Hamburg, S. 11.
- 6 Vgl. Kaufmann, Franz-Xaver (2010): *Selbsthilfe und Wohlfahrtsstaat*. In: Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): *Systemanalyse als politische Reformstrategie*. Wiesbaden, S. 228–240, hier S. 235f.
- 7 Willisch, Andreas (2011): *Umbruch und Überleben*. In: Bude, Heinz/Medicus, Thomas/Willisch, Andreas: *Überleben im Umbruch. Am Beispiel Wittenberge: Ansichten einer fragmentierten Gesellschaft*. Hamburg, S. 82–89, hier S. 89.
- 8 Sol Tax 1953, zit. nach Giordano, Christian (1993): *Informelle Ökonomie und Selbsthilfe. Zur Funktion des „Zweiten Netzwerkes“ in Süditalien und Polen*. In: Vester, Michael (Hrsg.): *Unterentwicklung und Selbsthilfe in europäischen Regionen*. Hannover, S. 291–309, hier S. 293.
- 9 Vgl. Arendt, Hannah (1981): *Vita activa oder vom tätigen Leben*. München (zuerst 1958), S. 82.
- 10 Interview Vogel, 6.5.2008.
- 11 Bude, Heinz (2008): *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*. Bonn, S. 35.
- 12 Thomas, Michael (2011): *Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen*. Münster u. a., S. 141–175, hier S. 170.
- 13 Jahoda, Marie/Lazarsfeld, Paul/Zeisel, Hans (1975): *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch*. Frankfurt am Main, S. 55.
- 14 Feldtagebuch A.E., 4.6.2008.



UNSERE AUTOR

Andreas Willisch, Jahrgang 1962, studierte Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und war bis 2002 Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung. Im Jahr 2002 gründete er gemeinsam mit Rainer Land das Thünen-Institut und ist seither Mitglied des Vorstands. Von 2007 bis 2012 war er außerdem Koordinator des Projektverbands „Überleben im Umbruch“.

Anna Eckert, geboren 1979, studierte Europäische Ethnologie und Deutsche Sprache und Literatur an der Philipps-Universität Marburg und der Universität Kopenhagen. Von 2007 bis 2010 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Thünen-Institut Bollewick im Forschungsprojekt „Strategien alltäglicher Überlebenssicherung“. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Arbeits- und Arbeitslosigkeitforschung sowie Stadtforschung und Praxistheorie.

UNSERE AUTORIN

Die Verfestigung der Armut

Olaf Groh-Samberg

Das am weitesten verbreitete Konzept zur Messung von Armut ist das der relativen Einkommensarmut, bei dem ab einem Nettoeinkommen von weniger als 60 Prozent des gesellschaftlichen Durchschnitts (Median) von einem erhöhten Armutsrisiko ausgegangen wird. Eine Messung unter Verwendung dieses Konzepts bildet vor allem kurzfristige Veränderungen der Armutsrisikoquote ab. Langfristige Entwicklungstrends, die für sozialpolitische Maßnahmen maßgeblich sein sollten, bleiben so jedoch unberücksichtigt. Olaf Groh-Samberg analysiert in seinem Beitrag daher die empirischen Ergebnisse einer präziseren Armutsmessung, die nicht nur die Haushaltsnettoeinkommen, sondern zusätzlich auch Lebensstandards misst und außerdem auf einen längeren Zeitraum angelegt ist. Dieses multidimensionale und längsschnittliche Messinstrument ist empirisch aufwändiger, aber weitaus differenzierter. Die Bevölkerung wird anhand der Messung in eine Zone des gesicherten Wohlstands, eine Zone des instabilen Wohlstands, eine Zone der Prekarität und eine Zone der verfestigten Armut unterteilt. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die generell ansteigende Armut in Deutschland nicht etwa darauf zurückzuführen ist, dass immer mehr Menschen aus der Mitte der Gesellschaft in die Armut absteigen. Es wird vielmehr immer schwieriger, aus der Armut herauszukommen. Sie verfestigt sich am unteren Rand der Gesellschaft. Auf diesen bisher missachteten Trend muss – so das Fazit – sozialpolitisch mit Weitsicht reagiert werden. |

Vorbemerkungen

Die Entwicklung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Deutschland ist Gegenstand anhaltender Diskussionen und Kontroversen. Mittlerweile gibt es eine Vielzahl an periodischen Berichten zur Armutsentwicklung, die diesen Debatten immer wieder Nahrung geben.¹ Im Mittelpunkt dieser Berichte steht zu meist die sogenannte Armutsrisikoquote, die den Anteil der Bevölkerung wiedergibt, dessen verfügbares Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Dabei werden häufig selbst kurzfristige Veränderungen dieser Armutsrisikoquote im Nachkommabereich erhitzt debattiert und mit sozialpolitischen Maßnahmen in Verbindung zu bringen versucht, sei es

um ihren Erfolg oder ihr Scheitern zu belegen. Da es mittlerweile eine knappe Hand voll Datensätze gibt, mit deren Hilfe sich die Armutsrisikoquote berechnen lässt, jede Stichprobe aber ihre eigenen Unsicherheiten und Begrenzungen besitzt, und zudem unterschiedliche Berechnungsverfahren existieren, wird die sozialpolitisch motivierte Diskussion über Armut schnell zum Zahlengefecht.

Das ist bis zu einem gewissen Grad letztlich unvermeidlich. Die empirische Messung von Armut ist methodisch aufwändig und erfordert eine ganze Reihe von Entscheidungen, die letztlich immer auch einen normativen Charakter haben und Gegenstand wissenschaftlicher und politischer Auseinandersetzung bleiben müssen (vgl. Groh-Samberg/Voges 2012). Problematisch ist jedoch, wenn der Streit um Methoden, Konzepte, Datensätze und Nachkommastellen am Ende dazu führt, dass der Wald hinter den Bäumen verschwindet: dass nämlich die grundlegenden Trends der Armutsentwicklung, auf die sozialpolitisch zu reagieren ist, nicht mehr hinreichend beachtet werden oder gar einem allgemeinen Relativismus anheimfallen.

Der langfristige Trend eines Anstiegs und einer Verfestigung von Armut sowie sozialer Ausgrenzung ist ein solcher grundlegender Trend, der jedoch immer wieder hinter kurzfristigen Diagnosen steigender oder sinkender Armutsrisikoquoten und alternativen Berechnungsweisen in Vergessenheit zu geraten droht. Ein langfristiger Trend der Zunahme von Armut lässt sich seit den 1970er-Jahren beobachten. Dieser Trend hat sich seit über zehn Jahren jedoch noch einmal dramatisch verschärft. Wie im Folgenden noch eingehender gezeigt werden soll, vollzieht sich dieser Anstieg der Armut in Form einer zunehmenden Verfestigung von Armut bzw. einer zunehmenden Abkopplung eines untersten Bevölkerungsteils. Es fällt denen, die einmal in Armut geraten sind bzw. bereits länger in Armut leben, immer schwerer, aus der Armut wieder herauszukommen. Es ist diese abnehmende Aufstiegsmobilität aus der Armut heraus, nicht jedoch eine Zunahme der Abstiege in Armut hinein, die den Trend einer Zunahme und Verfestigung der Armut kennzeichnet und treibt.

Die empirische Analyse dieses Trends steht im Mittelpunkt dieses Beitrags. Die empirischen Analysen basieren auf den

Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und einem Armutskonzept, das sowohl dem mehrdimensionalen als auch dem längsschnittlichen Charakter von Armut Rechnung trägt und damit besonders geeignet ist, die zeitlichen Trends der Armut differenziert zu untersuchen (vgl. Groh-Samberg 2009a).

Messung und Entwicklungsdiagnosen von Armut

Nach einer Definition der Europäischen Kommission, der sich auch die Bundesregierung in ihren Armuts- und Reichtumsberichten angeschlossen hat, gelten solche Personen und Familien als arm, „die über so geringe (materielle, soziale und kulturelle) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“ (BMAS 2001, S. XIV). Wie sich diese allgemeine Definition in eine empirische Messung von Armut umsetzen lässt, ist jedoch nach wie vor höchst unklar und umstritten.

Das am stärksten verbreitete Konzept der Armutsmessung, das auch die empirischen Teile der Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung dominiert, ist nach wie vor das der relativen Einkommensarmut. Diesem Konzept zufolge gilt als arm, wer über ein bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen (auch Äquivalenzeinkommen genannt) von weniger als 60 Prozent des gesellschaftlichen Durchschnitts (Median) verfügt – unter der Annahme, dass bei einem solchen Einkommen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht mehr möglich ist. Aufgrund dieser Annahme wird Armut, im Sinne einer durch Ressourcenmangel erzwungenen sozialen Ausgrenzung, mithilfe des Konzepts relativer Einkommensarmut jedoch nur indirekt gemessen. Darum wird auf Basis dieses Konzepts auch nicht von der Armutsquote, sondern von einer „Armutsrisikoquote“ gesprochen.

Ein Vorteil dieses Konzepts ist die Anwendbarkeit auf Datensätze, die Einkommensmessungen enthalten, und die Vergleichbarkeit der Ergebnisse über die Zeit hinweg. So lässt sich die Armuts(risiko)entwicklung bis in die 1960er-Jahre zurückverfolgen. In Abbildung 1 sind die verfügbaren längeren Zeitreihen zur relativen Einkommensarmut auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), dem Mikro-

zensus (MZI), dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) und der European Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) zusammengestellt. Hier wurde allerdings die ältere Konvention der Armutsrisikoschwelle von 50 Prozent des arithmetischen Mittelwerts verwendet. Die Entwicklung der Armutsrisikoquote zeigt – wie im Übrigen auch die Entwicklung von Empfängerzahlen von Sozialhilfe bzw. Mindestsicherungsleistungen und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit – einen gedehnten U-förmigen Verlauf: Einer steilen Abnahme der hohen nachkriegsbedingten Armut folgt eine mehrjährige Talsohle der Armutsquoten in den 1970er-Jahren (vgl. Groh-Samberg/Voges 2012). Gegen Ende der 1970er-Jahre beginnt dann der langsame aber kontinuierliche Wiederanstieg der Armut in Deutschland, der um die Jahrtausendwende noch einmal eine deutliche Beschleunigung erfahren hat. Der langfristige Trend einer Zunahme der Armut, mit einer nochmaligen Beschleunigung seit der Jahrtausendwende, zeigt sich auf Basis aller Datensätze, wenn auch das Niveau aufgrund der unterschiedlichen Stichproben und Erhebungskonzepte recht unterschiedlich ausfällt. Differenziert lässt sich die Entwicklung der Einkommensarmut ab Mitte der 1980er-Jahre anhand der Daten des SOEP verfolgen (vgl. Grabka/Frick 2010). Betrachtet man die Entwicklung der Armutsrisikoquote auf Basis des SOEP (die sich jeweils auf die Vorjahreseinkommen bezieht), so beginnt diese

1984 auf einem vergleichsweise hohen Niveau, nimmt jedoch bis Ende der 1980er-Jahre zunächst leicht ab und folgt in den 1990er-Jahren konjunkturellen Schwankungen. Ein besonders ausgeprägter, kontinuierlicher Anstieg der Einkommensarmutsquote lässt sich seit etwa der Jahrtausendwende beobachten. Das Bemerkenswerte an dieser Entwicklung ist, dass der Anstieg weitgehend monoton verläuft und sich dabei auch als nahezu unbeeindruckt von konjunkturellen Entwicklungen erweist. In den letzten Jahren scheint sich die Armutsrisikoquote auf hohem Niveau stabilisiert zu haben (vgl. Grabka et al. 2012). Dennoch scheint es, als hätte eine Entkopplung von Armutsentwicklung und Arbeitsmarktentwicklung stattgefunden: Die Armen profitieren nicht länger vom wirtschaftlichen Aufschwung und der günstigen Lage am Arbeitsmarkt. Andererseits hat offenbar auch die wirtschaftliche Krise seit 2008 bisher nicht zu einer weiteren Erhöhung der Armut geführt.

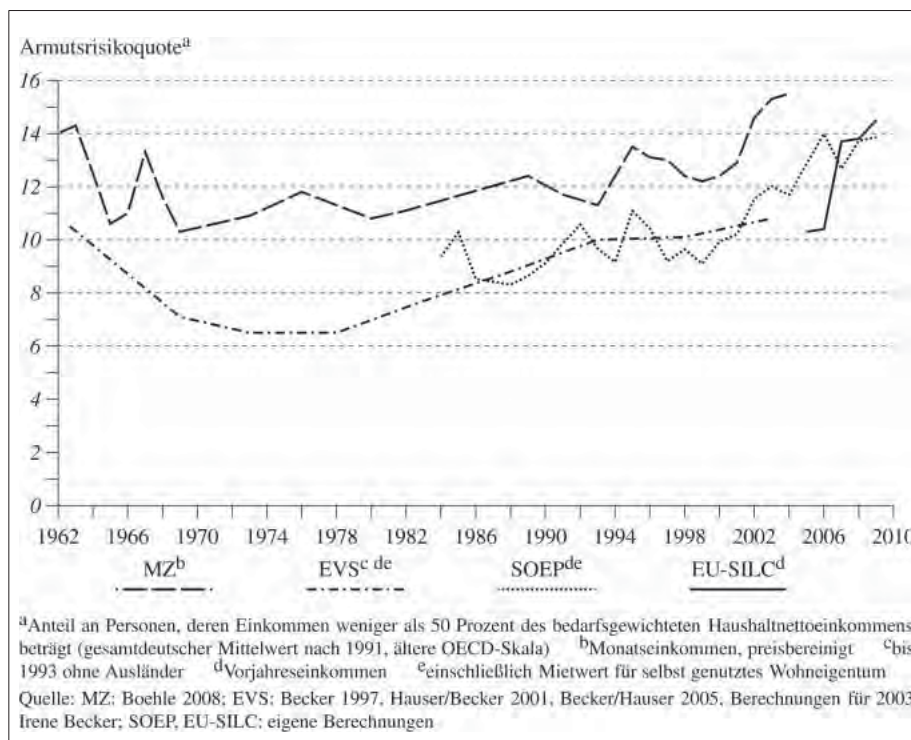
Ein kombinierter Armutsindikator

Die Interpretation kurzfristiger Veränderungen der Armutsrisikoquote ist jedoch mit Unsicherheiten behaftet. Bei Einkommenserhebungen kommt es immer zu Messfehlern. Zudem liefern jährliche Haushaltsnettoeinkommen ein nur ungenaues Bild von den tatsächlich verfügbaren ökonomischen Ressourcen,

die über die Teilhabemöglichkeiten bestimmen. So werden Vermögen und Verschuldung mit diesem Indikator nicht erfasst. Vor allem aber bleiben die zeitlichen Dynamiken von Einkommen und Lebenslagen damit ausgeblendet. Es ist durchaus möglich, dass Haushalte trotz geringer monetärer Ressourcen einen akzeptablen Lebensstandard wahren können, etwa wenn der Ressourcenmangel nur für eine begrenzte Zeit anhält, wenn auf angespartes Vermögen, auf Eigenarbeit oder verwandtschaftliche Unterstützung zurückgegriffen werden kann oder auch wenn Verschuldung möglich ist. Ebenso können umgekehrt spezifische Bedarfslagen – z. B. schwere Erkrankungen oder Verschuldung – dazu führen, dass trotz durchschnittlicher Einkommen materielle Deprivationen in zentralen Lebensbereichen fortbestehen. Das Verhältnis von (laufenden) Einkommen und materiellen Lebenslagen (bzw. Konsumstandards) ist dabei prinzipiell in einer zeitlichen Perspektive zu betrachten, da Haushalte dazu tendieren, ihre monetären Ressourcen zeitlich so umzuverteilen, dass ein möglichst gleichbleibender Lebensstandard gewahrt werden kann.

Aufgrund der Unzulänglichkeiten statischer Einkommensarmut wird in der europäischen Forschungsliteratur zu Armut seit längerem dafür plädiert, die indirekte Armutsmessung über die Haushaltsnettoeinkommen durch direkte Messungen des Lebensstandards zu ergänzen und darüber hinaus Armut im Längsschnitt, also über einen mehrjährigen Zeitraum hinweg, zu betrachten (Ringen 1988; Nolan/Whelan 1996). Ein solcher multidimensionaler und längsschnittlicher Armutsindikator ist selbstverständlich empirisch aufwändiger und erfordert eine Vielzahl von inhaltlich begründeten Entscheidungen, z. B. über die zu berücksichtigenden Lebenslagen und die Bestimmung von Mindeststandards der sozialen Teilhabe oder über die Abgrenzung kurzfristiger von langfristiger Armut. Dennoch erlauben allein komplexe Armutskonzepte die Beantwortung zentraler Fragestellungen der Armutforschung. Erst eine Berücksichtigung der Einkommenssituation und zentraler Lebenslagen über einen mehrjährigen Zeitraum erlaubt eine direktere Messung von Armut im Sinne der Definition von Armut als einer durch Ressourcenmangel erzwungenen sozialen Ausgrenzung. Zudem können unterschiedliche Ausprägungen von Armut differenzierter betrachtet und damit unterschiedliche Trenddiag-

Abbildung 1: Relative Einkommensarmut in Deutschland, 1962–2009



Quelle: Groh-Samberg/Voges 2012.

nosen überprüft werden, wie etwa die Frage, ob langfristige Armutslagen zunehmen oder eher temporäre Armutsepisoden und inwiefern Formen von prekären Einkommens- und Lebenslagen sich im Vergleich zu multiplen Deprivationen entwickeln.

Um diese unterschiedlichen Trenddiagnosen empirisch überprüfen zu können, wird hier ein komplexeres, sowohl multidimensionales wie längsschnittliches Konzept von Armut zugrunde gelegt, das es erlaubt, unterschiedliche Ausprägungen von Armut zu unterscheiden und in ihrer Trendentwicklung zu verfolgen (vgl. Groh-Samberg 2009a). Das Konzept kombiniert die Betrachtung der Einkommen mit der Betrachtung konkreter Lebenslagen und untersucht diese über einen Zeitraum von fünf Jahren. Damit soll zum einen die Validität der Armutsmessung erhöht werden: Die Kombination von Einkommens- und Lebenslagenindikatoren über einen mehrjährigen Zeitraum hinweg erlaubt eine Identifikation der „wirklich“ Armen („truly poor“ – vgl. Halleröd 1995). Zugleich soll den unterschiedlichen Ausprägungen von Armut und Prekarität Rechnung getragen werden. Je nach Dauer und Intensität von Einkommensmangel und Lebenslagendeprivationen können auf einer vertikalen Achse Zonen des Wohlstands, der Prekarität und der Armut unterschieden werden. Auf einer horizontalen Achse lassen sich aber auch „Entstrukturierungen“ der Armut (im Sinne von Leibfried et al. 1995) untersuchen: Inkonsistente bzw. einseitige Armutslagen sind charakterisiert durch eine dauerhafte Inkonsistenz zwischen Einkommen und anderen konkreten Lebenslagen; temporäre oder verzeitlichte Erscheinungsformen der Armut durch Veränderungen zwischen „guten“ und „schlechten“ Jahren, was sowohl die Einkommen als auch die Lebenslagen betrifft.

Als Datengrundlage eignet sich das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), das für den Zeitraum von 1984 bis 2010 Längsschnittinformationen zu Einkommens-

und Lebenslagen bereithält (vgl. Wagner et al. 2007). Die mittlerweile 27-jährige Laufzeit des SOEP macht es möglich, sukzessive Fünfjahresperioden zu bilden und nach der skizzierten Armutstypologie zu untersuchen. Aufgrund der besonderen Situation nach der Wiedervereinigung werden die Analysen für West- und Ostdeutschland getrennt durchgeführt und dargestellt.

Die *Einkommenssituation* wird über das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres bestimmt, inklusive des Einkommensvorteils aus selbstgenutztem Wohneigentum oder subventionierten Mieten. Zusätzlich werden drei konkrete Lebenslagen einbezogen, die einerseits in einer direkten Beziehung zum Einkommen stehen und insofern auch als indirekte Messung der ökonomischen Ressourcensituation gelten können, und die andererseits als zentrale Lebenslagen einen eigenständigen Beitrag zur materiellen Wohlfahrt und sozialen Teilhabe leisten. Die *Wohnsituation* (Größe, bauliche Qualität und sanitäre Ausstattung der Wohnung) ist Ausdruck der eher langfristigen Einkommenssituation und des Lebensstandards.²

Die Verfügbarkeit bzw. das Fehlen von *finanziellen Rücklagen* ist Ausdruck vergangener Einkommenserzielung und prägt die Handlungsoptionen und das Sicherheitsgefühl gegenüber der Zukunft. *Arbeitslosigkeit* schließlich ist eine der wichtigsten Einkommensquellen und zugleich eine der wichtigsten nichtmonetären Dimensionen der sozialen Teilhabe. Betrachtet man die Einkommens- und Lebenslagen jeder einzelnen Person dann über fünf aufeinander folgende Jahre hinweg, so lassen sich folgende Ausprägungen unterscheiden:

In der *Zone des gesicherten Wohlstands* am obersten Ende der Wohlfahrtsverteilung finden wir ausschließlich gesicherte Einkommen und Lebenslagen. In der darunter liegenden *Zone des instabilen Wohlstands* finden wir dagegen häufiger auch Jahre mit prekären Einkom-

men oder einzelnen Deprivationen – der Wohlstand zeigt Risse. In der darunter liegenden *Zone der Prekarität* leben Personen zumeist mit prekären Einkommen und einzelnen Deprivationen. Die materielle Situation hat sich hier noch nicht zur dauerhaften multiplen Armut verfestigt, aber ihre Drohung ist stets präsent, und es finden sich kaum mehr Phasen des Wohlstands. In der *Zone der verfestigten Armut* am unteren Rand der Gesellschaft leben Personen, die sich überwiegend in Einkommensarmut befinden und die mehrfache Lebenslagendeprivationen aufweisen. Hier hat sich die Armut in Einkommen wie Lebenslagen gleichermaßen festgesetzt.³

Während in der Zone der Prekarität bereits inkonsistente und temporäre Erscheinungen von Armut auftreten, im Ganzen gesehen aber das „Grau“ zwischen Armut und Wohlstand als eigenständige Farbe dominiert, finden wir auch ausgeprägte Typen der „entstrukturierten“ Armut, in der der Widerspruch zwischen Armut und Wohlstand eine eigene Form angenommen hat. Der Typus der *temporären Armut* ist dadurch gekennzeichnet, dass Jahre mit gesicherten Einkommen und ohne Lebenslagendeprivationen mit Jahren von Einkommensmangel und Deprivationen wechseln. Beim Typus der *inkonsistenten Armut* sind dagegen Widersprüche zwischen Einkommen und Lebenslagen auf Dauer gestellt. Die *durchschnittliche* Einkommens- und Lebenslagensituation über alle fünf Jahre hinweg ist für die beiden Typen der entstrukturierten Armut weitgehend identisch und vergleichbar mit der Zone der Prekarität, aber die Erscheinungsformen und Erfahrungsweisen der Armut bzw. Prekarität sind sehr unterschiedlich.

Trendentwicklung

Die Unterscheidung von Erscheinungs- und Erfahrungsweisen von Armut und Prekarität eignet sich besonders gut für

Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.

Direktor der Landeszentrale: Lothar Frick

Redaktion: Siegfried Frech, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax (07 11) 16 40 99-77

Herstellung: Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern (Ruit),

Telefon (07 11) 44 06-0, Telefax (07 11) 44 23 49

Vertrieb: Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm, Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm,

Telefon (07 31) 94 57-0, Telefax (07 31) 94 57-224, E-Mail: www.suedvg.de

Preis der Einzelnummer: EUR 3,33, Jahresabonnement EUR 12,80 Abbuchung.

Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

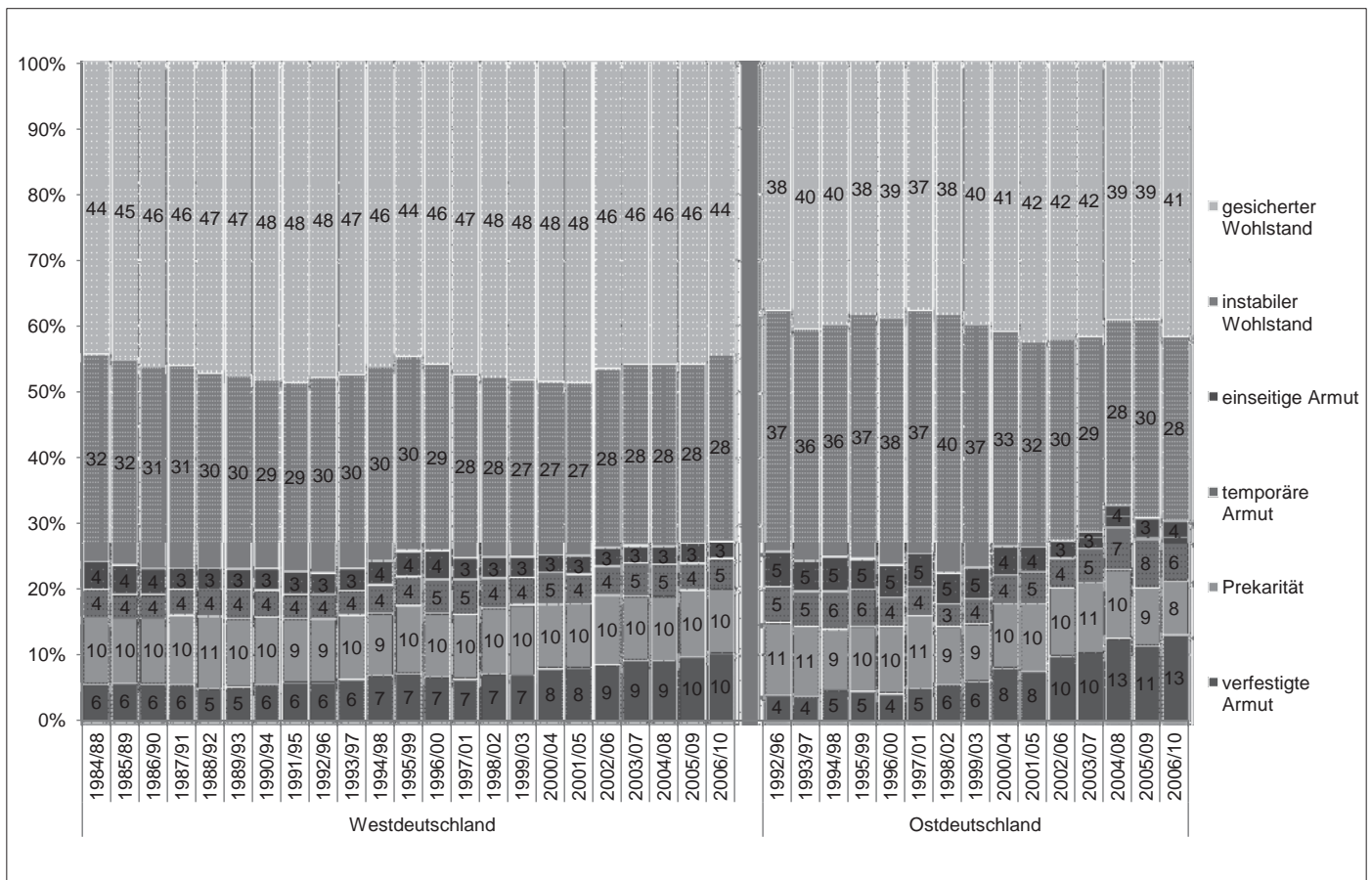
Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

eine Überprüfung der unterschiedlichen Annahmen zur Trendentwicklung. Die in Abbildung 2 dargestellten Trendanalysen zeigen, dass die große Gruppe im gesicherten Wohlstand über die letzten 27 Jahre hinweg relativ stabil bei 44 bis 48 Prozent der westdeutschen Bevölkerung liegt, mit leichten aber trendlosen Schwankungen. Das bedeutet, dass die obere Hälfte der Bevölkerung vom Anstieg der Armut in diesem Zeitraum nicht betroffen wurde. Nicht einmal temporär oder in einzelnen Lebensbereichen nahmen hier Anzeichen und Erfahrungen der Armut oder Prekarität zu.⁴ Betrachtet man die Verteilung in der unteren Bevölkerungshälfte, so zeigt sich vor allem ein dominanter Trend: Die Zone des instabilen Wohlstands nimmt im Zeitverlauf deutlich ab (in Westdeutschland von etwa 32 Prozent in den ersten auf 28 Prozent in den letzten Perioden), während die Zone der extremen Armut deutlich zunimmt (von etwa sechs auf zehn Prozent in den letzten beiden Perioden). Die anderen Ausprägungen von Prekarität und entstrukturierter Armut erweisen sich dagegen als relativ stabil: In der Zone der Prekarität leben etwa zehn Prozent der Bevölkerung. Extreme

Schwankungen zwischen Armut und Wohlstand erfahren etwa vier bis fünf Prozent der Bevölkerung, und in einseitiger Armut leben, mit leicht abnehmender Tendenz, drei bis vier Prozent der Bevölkerung. Trotz der Unterschiede in den Einkommens- und in einzelnen Lebenslagen zwischen Ost- und Westdeutschland ergibt sich für den Osten ein durchaus ähnliches Bild, mit einer noch deutlicheren Ausprägung der auch im Westen erkennbaren Trends. Die Zone des gesicherten Wohlstands ist erwartungsgemäß kleiner als im Westen, aber auch nur um sechs bis sieben Prozentpunkte, und sie entwickelt sich ebenfalls erstaunlich stabil. Die dominanten Trends bestehen auch hier in einer Abnahme der Zone des instabilen Wohlstands (von etwa 36 Prozent auf unter 30 Prozent) und einer dramatischen Zunahme der Zone der verfestigten Armut von etwa vier Prozent in den ersten beiden Perioden auf elf bis 13 Prozent in den letzten drei Perioden. Die Zone der Prekarität umfasst wie im Westen etwa zehn Prozent der Bevölkerung und weist keinen gerichteten Trend auf. Die beiden Typen der „entstrukturierten“ Armut finden sich im Osten etwas häufiger als im

Westen, aber sie sind auch hier weitgehend stabil über die Zeit. Die empirischen Befunde widersprechen damit den Thesen einer Entstrukturierung und Entgrenzung der Armut. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall: In West- wie in Ostdeutschland haben wir es mit einer über die Zeit hinweg zunehmenden Verfestigung von Armut am unteren Rand der Gesellschaft zu tun. Die Stabilität der Zone des gesicherten Wohlstands wie auch die Stabilität der entstrukturierten Typen der Armut lassen darauf schließen, dass die Zunahme der Armut nicht in Form eines abbröckelnden Wohlstands oder eines „Fahrstuhleffekts nach unten“ verläuft, sondern in Form einer Verfestigung der Armut „von unten nach oben“. Die Tendenz zur Verfestigung von Armut lässt sich auch durch tiefergehende Analysen bestätigen, die zeigen, dass sowohl die Konsistenz von Armutsindikatoren als auch die zeitliche Persistenz der Einzelindikatoren im Zeitverlauf tendenziell zunehmen (vgl. Groh-Samberg

Abbildung 2: Trendentwicklung von Armut, Prekarität und Wohlstand, 1984–2010



Dargestellt ist die Verteilung der Bevölkerung auf die verschiedenen Armuts- und Wohlstandslagen.

Quelle: SOEPv27, 1984–2010, 5-Jahres-Panels.

2009a, S. 173–190). Eine andere Möglichkeit der differenzierten Analyse der Armutsentwicklung besteht darin, die Übergangswahrscheinlichkeiten von einer Fünfjahresperiode in die nächstfolgende Periode zu betrachten. Dies ist nur für Personen möglich, die mindestens zehn Jahre kontinuierlich an der Befragung teilgenommen haben. Auf Basis dieser Population kann gezielt gefragt werden, wie sich die langfristigen Mobilitäten in die und aus der Armut entwickelt haben. Die Analysen zeigen, dass extreme Abstiege aus der Zone des gesicherten Wohlstands in die Zone der verfestigten Armut praktisch gar nicht vorkommen, wie auch Abstiege aus dem gesicherten Wohlstand in die Prekarität oder aus dem instabilen Wohlstand in verfestigte Armut nur sehr selten der Fall sind und über die Zeit nicht signifikant zunehmen. Dagegen lassen sich eine Zunahme von Abstiegen aus der Zone der Prekarität in die verfestigte Armut erkennen und insbesondere eine deutliche Zunahme des Verbleibs in der Zone der verfestigten Armut.

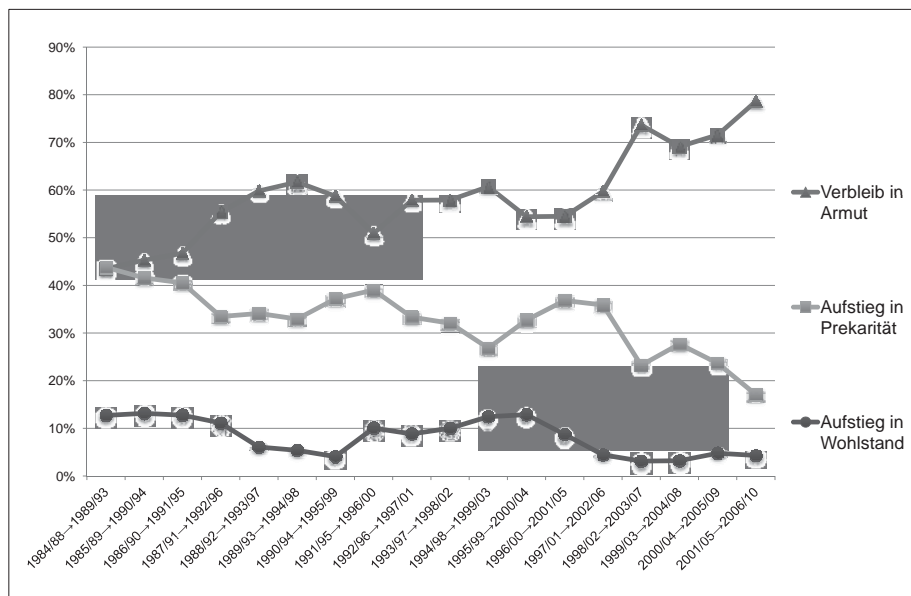
In Abbildung 3 ist der Verbleib aller Personen, die sich über fünf Jahre hinweg in Armut befanden, in der darauffolgenden Fünfjahresperiode dargestellt. Der Anteil der Personen, die sich nach fünf Jahren in der verfestigten Armut auch in den folgenden fünf Jahren in dieser Zone befinden, lag zu Beginn des Beob-

achtungszeitraums in Westdeutschland bei unter 45 Prozent. Bis zur Wiedervereinigung stieg dieser Anteil bereits auf gut 60 Prozent an und verharrte zunächst auf diesem Stand. Seit der Jahrtausendwende stieg der Anteil der Personen, die in der Zone der verfestigten Armut verbleiben, noch einmal auf nahezu 80 Prozent an. Wenn überhaupt, gelingen lediglich kleine Aufstiege in die benachbarte Zone der Prekarität oder in eine Form der temporären oder einseitigen Armut. Aufstiege in den gesicherten Wohlstand finden sich so gut wie gar nicht, und Aufstiege in den instabilen Wohlstand sind im Beobachtungszeitraum von über zehn Prozent auf unter fünf Prozent gesunken.

Was den generellen Anstieg der Armut in Deutschland erklärt, sind also nicht zunehmende Abstiege in die Armut hinein, und damit auch nicht steigende Unsicherheiten und Prekarisierungen, die auch die Mitte der Gesellschaft erfassen. Im Gegenteil, der treibende Faktor bei der Zunahme der Armut ist vielmehr, dass es in Deutschland immer schwieriger geworden ist, aus der Armut wieder herauszukommen. Die Armutsentwicklung trifft diejenigen besonders hart, die ohnehin schon „nahe“ an ihr Leben oder gar schon lange in ihr Leben. Die Armut verfestigt sich „von unten nach oben“.

Im Hinblick auf die Entwicklung gruppen-spezifischer Armutsrisiken zeigt sich

Abbildung 3: Armutsdynamiken über zehn Jahre, 1984–2010



Dargestellt ist der Verbleib aller Personen im Verlauf von fünf Jahren, die sich im vorhergehenden Fünfjahreszeitraum in verfestigter Armut befanden. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden die Typen der inkonsistenten und temporären Armut hier der Zone der Prekarität zugeordnet und die beiden Zonen des gesicherten und des instabilen Wohlstands zusammengefasst.

Quelle: SOEPv27, 1984–2010, 10-Jahres-Panels. Ab 1992 Gesamtdeutschland, jedoch getrennte Berechnungen von Armut (wie in Abb. 1).



alles andere als eine soziale Entgrenzung und Heterogenisierung der Armutspopulation. Ausgehend von einem soziologischen Klassenmodell ergibt sich für Westdeutschland das Bild einer weitgehend stabilen klassenspezifischen Schichtung des Armutsrisikos. Die Klasse der einfachen Arbeiterinnen und Arbeiter trägt das mit Abstand größte Armutsrisiko, das absolut gesehen auch am stärksten ansteigt, gefolgt von der Klasse der Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Noch extremer ist dieser Anstieg im Osten verlaufen. In Ostdeutschland haben wir es heute, was die Armutsrisiken betrifft, annähernd mit einer Zwei-Klassen-Gesellschaft zu tun: Auf der einen Seite stehen die beiden Arbeiterklassen und Routine-Dienstleisterinnen und -Dienstleister mit zum Teil extrem hohen Armutsquoten, auf der anderen Seite die übrigen Klassen mit nach wie vor eher geringen Armutsrisiken. Extreme Ungleichheiten des Ar-



Ein Sozialkaufhaus in Magdeburg. Der Gang ins Sozialkaufhaus oder in die Kleiderkammer gehört für immer mehr bedürftige Menschen zum Alltag. Die Armutsentwicklung trifft diejenigen besonders hart, die ohnehin schon „nahe“ an ihr leben oder gar schon lange in ihr leben.

picture alliance/dpa

worden sein, so wird sich das erst mit einer gewissen Verzögerung in den hier verwendeten Indikatoren niederschlagen. Allerdings täuschen kurzfristige, an aktuellen Entwicklungen orientierte Analysen oftmals leichtfertig darüber hinweg, dass die sozialen Realitäten, die mit langfristigen Trends zunehmender Armutsverfestigungen verbunden sind, sich keineswegs kurzfristig umsteuern lassen. Wenn sich Armut als dauerhafte Lebenslage in größeren Bevölkerungsgruppen festsetzt, so ist mit erheblichen Folgekosten für die Betroffenen und die Gesellschaft zu rechnen. Kurzfristige Erholungen vermögen dagegen nicht viel. Es ist vielmehr gerade der Sinn und Zweck einer Armutsberichterstattung, die langfristigen Trends der Armutsentwicklung, auf die sozialpolitisch mit angemessener Weitsicht zu reagieren ist, deutlich werden zu lassen.

Der zentrale Trend einer langfristigen Verfestigung von Armut wurde jedoch in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung bisher nicht angemessen erkannt und reflektiert. Der Entwurf des vierten Berichts geht mit seinem Schwerpunkt auf der Verschränkung von Armut und sozialer Mobilität in eine richtige Richtung: Die verfestigte Armut in Deutschland ist in hohem Maße Ausdruck einer Verfestigung von sozialstrukturellen Ungleichheiten, die vor allem unteren Bevölkerungssegmenten keine ausreichenden Perspektiven auf sozialen Aufstieg mehr gewährt und ihnen Lebenschancen systematisch verweigert. Der damit bezeichneten sozialpolitischen Herausforderung lässt sich wohl nur gerecht werden, wenn sich die gesellschaftspolitischen Prioritäten auf die Wahrung der sozialen Kohäsion zurückbesinnen, anstatt diese im Wettkampf um Spitzenpositionen aufs Spiel zu setzen.

mutrisikos finden sich auch je nach Bildung, Haushaltsform, Alter und Migrationshintergrund.

Fazit

Die hier vorgestellten Analysen machen deutlich, dass wir es in Deutschland mit der Entwicklung einer zunehmenden Verfestigung von Armut zu tun haben. Auch wenn keine Daten für hinreichend differenzierte Analysen vor Mitte der 1980er-Jahre vorliegen, so scheint der Armutsanstieg in den letzten zwölf Jahren zwar eingebettet in einen langfristigen Trend wieder ansteigender Armut seit den 1970er-Jahren, hat aber seit der Jahrtausendwende eine besonders dramatische Form angenommen. Er ist charakterisiert durch die zunehmende Schwierigkeit, aus Armut und Prekarität wieder herauszukommen. Auf diese Weise nimmt der Anteil der langfristi-

gen Armut kontinuierlich zu, die Armut verfestigt sich. Offenbar sind die von verfestigter Armut besonders betroffenen und gefährdeten Gruppen sozial relativ homogen. Damit widersprechen die empirischen Befunde weit verbreiteten Annahmen über eine zunehmende Verzeitlichung oder sozialen Entgrenzung der Armut, einer Zunahme sozialer Abstiege aus der Mitte der Gesellschaft und einem Ausgreifen von Prekarität in immer breitere Bevölkerungskreise. Der Kern der Armutsentwicklung besteht vielmehr in ihrer signifikanten Verfestigung am unteren Rand der Gesellschaft.

Zweifelsohne ist mit der hier vorgelegten Betrachtung langfristiger Armutsdynamiken über fünf oder gar zehn Jahre hinweg eine zeitliche Verzögerung in Bezug auf die aktuellsten Entwicklungstrends verbunden. Sollte die Armutsentwicklung in den letzten drei Jahren deutlich gebremst und zurückgeführt

LITERATUR

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn.
- Grabka, Markus M./Frick, Joachim R. (2010): Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen. In: DIW Wochenbericht, 7/2010, S. 2–11.
- Grabka, Markus M./Goebel, Jan/Schupp, Jürgen (2012): Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten? In: DIW Wochenbericht, 43/2012, S. 3–15.
- Groh-Samberg, Olaf (2009a): Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur: zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven. Wiesbaden.
- Groh-Samberg, Olaf (2009b): Sorgenfreier Reichtum: Jenseits von Konjunktur und Krise lebt nur ein Prozent der Bevölkerung. In: DIW Wochenbericht, 35/2009, S. 590–597.
- Groh-Samberg, Olaf/Voges, Wolfgang (2012): Armut und soziale Ausgrenzung. In: Mau, Steffen/Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Wiesbaden, S. 58–79.
- Groh-Samberg, Olaf/Göbel, Jan (2007): Armutsmessung im Zeitverlauf – indirekte und direkte Armutsindikatoren im Vergleich. In: Wirtschaftsdienst, 6/2007, S. 397–403.
- Halleröd, Björn (1995): The Truly Poor: Direct and Indirect Consensual Measurement of Poverty in Sweden. In: Journal of European Social Policy, 2/1995, S. 111–129.
- Leibfried, Stephan/Leisering, Lutz/Buhr, Petra/Ludwig, Monika/Mädje, Eva/Olk, Thomas/Voges, Wolfgang/Zwick, Michael (1995): Zeit der Armut: Lebensläufe im Sozialstaat. Frankfurt am Main.

- Nolan, Brian/Whelan, Christopher T. (1996): Resources, Deprivation and Poverty. Oxford.
- Ringens, Stein (1988): Direct and Indirect Measures of Poverty. In: Journal of Social Policy, 3/1988, S. 351–365.
- Wagner, Gert G./Frick, Joachim R./Schupp, Jürgen (2007): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP): Scope, Evolution and Enhancements. In: Schmollers Jahrbuch, 1/2007, S. 139–169.



UNSER AUTOR

Dr. Olaf Groh-Samberg ist Junior-Professor für Soziologie an der Universität Bremen und Forschungsprofessor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen die Soziologie sozialer Ungleichheit, insbesondere die Themen Armut, Bildung, Migration, Lebenslauf, soziale Mobilität und Wohlfahrtsstaat.

ANMERKUNGEN

- 1 Zu nennen sind hier vor allem die in jeder Legislaturperiode erscheinenden Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung, aber auch die jährlichen Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin (auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels), des Statistischen Bundesamtes (auf Basis des Mikrozensus), von Eurostat (auf Basis der Studie „Leben in Europa“ bzw. EU-SILC) oder der OECD, sowie eine Vielzahl von weiteren Studien und Berichten.
- 2 Die Wohnstandards verbessern sich absolut gesehen über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg kontinuierlich (vgl. Groh-Samberg/Göbel 2007). Der Anteil der Personen in deprivierten Wohnlagen wird daher in jedem Jahr mithilfe eines proportionalen Deprivationsindex auf das unterste Sechstel normiert.
- 3 Der Anteil der verfestigten Armut dürfte dabei noch tendenziell unterschätzt werden, da bestimmte Personengruppen der „extremen Armut“, wie Wohnungslose, illegalisierte Migrantinnen und Migranten und viele Personen in Heimen, per se nicht von Umfragen wie denen des SOEP erfasst werden können oder zumindest deutlich unterrepräsentiert sind.
- 4 Das bedeutet freilich nicht, dass in dieser Gruppe interne Ungleichheiten – etwa des Reichtums – nicht zugenommen haben können. Der hier gebildete Indikator des „gesicherten Wohlstands“ sagt nichts über das Ausmaß von Reichtum aus (vgl. Groh-Samberg 2009b), sondern ausschließlich etwas über die Abwesenheit von Armut und Prekarität.

Antisemitismus heute

Eine Fachtagung



Antisemitismus ist in Deutschland bis heute weit verbreitet. Extremistische Gruppierungen zeigen öffentlich Hass und bedienen Vorurteile. Aber auch in der Mitte der Gesellschaft werden Klischees und Ressentiments gepflegt.

Die Fachtagung zeigt Handlungsansätze auf, die sich an Schulen, in der Jugendarbeit, an Gedenkstätten und bei Projekten gegen Extremismus und Menschenfeindlichkeit anwenden lassen. Sie richtet sich an Praktiker aus den unterschiedlichen Bereichen.

4. bis 5. Februar 2013
Haus auf der Alb, Tagungszentrum der LpB in Bad Urach

Mit einer öffentlichen Lesung der Schriftstellerin Lena Gorelik am 4. Februar 2013 in der Stadtbücherei Bad Urach.



Weitere Informationen und Anmeldung unter www.gedenkstaetten-bw.de/fachtagung_antisemitismus_heute.html

Armut in Europa – Armutskonzepte und empirische Strukturdaten

Roland Verwiebe

War Armut lange Zeit nur ein Thema der Randgruppenforschung, so ist ihre Erforschung mittlerweile ein zentrales Anliegen der Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung geworden. Die wissenschaftliche Diskussion um die Existenz und das Ausmaß von Armut wird hierbei durchaus kontrovers geführt. Roland Verwiebe erörtert eingangs die konzeptionellen Grundlagen der Armutforschung und stellt drei verschiedene Ansätze vor, mit denen Armut wissenschaftlich erfasst werden kann. Vor diesem Hintergrund werden die Armutrisiken in Deutschland mit denen in anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union verglichen. In der Zusammenschau wird deutlich, dass sich die Armutrisiken in den EU-Staaten unterschiedlich entwickelt haben. Aktuell verfügt mehr als ein Viertel der europäischen Bevölkerung über ein Einkommen, welches nur ein Leben unterhalb der Armutsgrenze ermöglicht. Besonders in den osteuropäischen Ländern ist das Armutrisiko in den vergangenen Jahren merklich angestiegen. Auch für Deutschland bestätigt sich im Übrigen ein langfristiger Trend des Wachstums von Bevölkerungsgruppen, die von Armut bedroht sind. Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass neben Alleinerziehenden, Familien mit drei und mehr Kindern und älteren Menschen vor allem Arbeitslose das höchste Armutrisiko aller betrachteten sozialen Gruppen aufweisen. Wenngleich Deutschland eine eher positive Position im europäischen Vergleich einnimmt, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass es kaum ein europäisches Land gibt, in dem die Situation der Erwerbslosen und gering Qualifizierten so schlecht ist wie in der Bundesrepublik Deutschland. |

Einleitung

In der Armutforschung wird vielfach die Position vertreten, dass die Vermeidung von Elend und Armut ein zivilisatorisches Minimum ist, welches für entwickelte Gesellschaften verbindlich sein sollte. Armut ist ein Seismograf für den sozialen Zustand einer Gesellschaft: inmitten einer Wohlstandsgesellschaft stellt sie das Wirtschafts- und Sozialsystem in Frage, gefährdet die politische und soziale Legitimation eines Sozialstaats und weist auf Verwerfungen in der weiteren Gesellschaft hin (Bäcker

et al. 2008, S. 356; Leibfried et al. 1995, S. 8). Trotz dieser gesellschaftlichen Brisanz hat die sozialwissenschaftliche Forschung, die traditionell vor allem die Schichtung der erwerbstätigen Kernbevölkerung (Arbeiter, Angestellte, Selbstständige, Manager) untersucht, viele Jahrzehnte lang die Lebenssituation der Menschen am unteren Rand der Gesellschaft kaum thematisiert. Die Erforschung von Armut war lange nur ein Thema der Randgruppenforschung. Erst in den letzten zwei Jahrzehnten ist Armut zu einem Kernthema der Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung geworden, was eine Fülle nationaler und internationaler Publikationen belegt (u. a. Andreß/Seeck 2005; Bieback/Milz 1995; Frick/Grabka 2005; Hauser/Becker 2003; Nolan/Whelan 1996; Townsend 1983; Whelan/Maitre 2008).

Konzeptionelle Grundlagen der Armutforschung

Was als Armut gilt, wird in der Forschung nicht einheitlich gehandhabt.¹ Es existiert eine Vielzahl von Armutskonzepten und Verwendungskontexten. Die wichtigste definitorische Unterscheidung ist die zwischen *absoluter* Armut und *relativer* Armut: (1) Von *absoluter* Armut redet man, wenn Menschen nicht über die zur physischen Existenzsicherung notwendigen Güter wie Nahrung, Kleidung und Wohnung verfügen. Diese Form der Armut dominiert nach wie vor in vielen Ländern des globalen Südens, ist aber in Deutschland und den anderen westlichen Industriestaaten weitestgehend überwunden.

(2) *Relative Armut* hingegen bemisst sich am allgemeinen Lebensstandard einer konkreten Referenzgesellschaft. Das durchschnittliche Einkommensniveau oder die durchschnittliche Ausstattung mit Wohnraum sowie eine durchschnittliche sozialkulturelle Integration dienen hier unter anderem als Vergleichsmaßstab. Das relative Armutskonzept geht prinzipiell über rein monetäre Gesichtspunkte bei der Bemessung von Armut hinaus. „Armut liegt (...) dann vor, wenn Menschen das sozialkulturelle Existenzminimum einer Gesellschaft unterschreiten“ (Bäcker et al. 2008, S. 357).

Auch die Europäische Union (EU) verwendet seit Anfang der 1980er-Jahre einen relativen Armutsbegriff: „The poor shall be taken to mean persons, families and groups of persons whose resources (material, cultural and social) are so limited as to exclude them from the minimum acceptable way of life in the member state in which they live“ (European Commission 1984). Dieser Armutsbegriff der EU ist auch leitend für die Armutberichterstattung der Bundesregierung – beispielsweise im Armut- und Reichtumsbericht (BMAS 2008, 2012). Innerhalb der Literatur, die mit relativen Armutdefinitionen arbeitet, lassen sich dabei drei verschiedene Ansätze unterscheiden.

Beim *Ressourcenansatz* steht die Ausstattung von Personen oder Haushalten mit Einkommen im Mittelpunkt. Das Einkommen einer Person oder eines Haushaltes gilt dabei als ein für die Armutbestimmung passender Indikator, da Einkommen einen universellen Charakter hat und zur Kompensation von Defiziten in vielen Lebensbereichen herangezogen werden kann (Dietz 1997, S. 96; Klocke 2004, S. 315). Verwendet werden unterschiedliche Grenzwerte zur Bestimmung von Armutspopulationen. In Armut leben diejenigen, deren Einkommen nicht ausreicht, um die Güter und Dienstleistungen zu erwerben, die zur Abdeckung eines sozialkulturellen Existenzminimums erforderlich sind. Es ist dabei üblich, einen Grenzwert von 50 Prozent des nationalen Median-Einkommens zu verwenden.² Bei einem Schwellenwert von 40 Prozent spricht man von einer strengen Armutsgrenze. Einen Schwellenwert von 60 Prozent nutzt man in der Regel, wenn Armutgefährdung dargestellt werden soll. Die meisten Publikationen der Armutforschung beruhen auf dem Ressourcenansatz.

In der europäischen Sozialforschung ist ab Mitte/Ende der 1980er-Jahre der Ansatz der mehrdimensionalen Armutforschung wichtig geworden (Atkinson 1998; Leibfried et al. 1995; Leisering/Buhr 1995; Nolan/Whelan 1996; Townsend 1979, 1985): „A strong case can be made for the notion that poverty and social exclusion are inherently multidimensional concepts (...) even if income were the key determinant. (...) The factors affecting income at the household level and its distribution at the societal

level are extremely complex, encompassing most obviously the way the labour market, education and (...) transfer systems are structured. Poverty in the highly complex societies of the industrialised world (...) can only be understood by taking a variety of causal factors and channels into account" (Nolan/Whelan 2007, S. 147ff.).

Der *multiple Lebenslagenansatz* hat in dieser Spielart der Armutforschung einen großen Stellenwert erlangt.³ In diesem Ansatz wird Armut nicht nur mit einer Analyse des verfügbaren Einkommens erfasst, sondern zusätzlich im Hinblick auf die Ausstattung mit weiteren wichtigen Ressourcen und Gütern der Lebensführung. Der Lebenslagenansatz fragt danach, ob bei der Versorgung der Menschen mit Nahrung, Bekleidung, Wohnraum oder Leistungen des Gesundheits- und Sozialwesens Mindeststandards erreicht werden. Der Lebenslagenansatz berücksichtigt darüber hinaus, ob die Menschen ausreichend am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben partizipieren. Dies betrifft so zentrale Bereiche wie Arbeit, Bildung, Freizeitgestaltung, soziale Beziehungen und Information (Bäcker et al. 2008, S. 357). Im Lebenslagenansatz werden ebenfalls Grenzwerte zur Festlegung von Armut verwendet. Armut wird in der Regel als eine Unterversorgung in mindestens zwei zentralen Lebensbereichen definiert.

Auch der sogenannte *Deprivationsansatz* beinhaltet ein mehrdimensionales Konzept von Armut (Andreß/Lipsmeier 1995; Halleröd 1997). Armut wird hier als mangelnde Teilhabe und Ausgrenzung konzeptualisiert. Deprivierte Lebenslagen liegen dann vor, wenn die Integration in die und Teilhabe an einer Gesellschaft nach allgemein anerkannten Standards nur eingeschränkt möglich ist (Townsend 1979). Der Deprivationsansatz bündelt Vorstellungen von der Versorgungslage eines Haushaltes (mit Versorgungsgütern, Gebrauchsgütern und Dienstleistungen), von soziokulturellen Mindeststandards und dem allgemeinen Wohlfahrtsniveau einer Gesellschaft (vgl. Böhnke/Delhey 2001, S. 317). Diese allgemein anerkannten Standards werden nicht durch von Sozialwissenschaftlern oder Sozialpolitikern festgelegte Grenzen definiert. Es wird vielmehr mit Hilfe von großen Bevölkerungsumfragen ermittelt, welche Elemente der Lebensführung aus Sicht der Bevölkerung tatsächlich zu einem notwendigen Lebensstandard dazugehören.

Allen Abgrenzungsvorschlägen in der Armutforschung ist gemeinsam, dass sie von *Werturteilen* abhängig sind: „Jede Armutdefinition ist damit letztlich politisch-normativer Natur“ (Boeckh et

al. 2006, S. 265). Dieser Umstand hat zur Folge, dass die wissenschaftliche und politische Diskussion um die Existenz und das Ausmaß von Armut in modernen Gesellschaften immer kontrovers verlaufen wird. „Je nach der Definition von Armut und der Bestimmung der Armutsgrenzen kann dabei der Kreis der Armutsbevölkerung enger oder weiter gesteckt werden. Eine bewusste Eingrenzung des Kreises relativiert die Armutproblematik und kann dazu dienen, die tatsächlichen sozialen Verhältnisse zu verdecken, während eine bewusst weite Fassung des Kreises den Blick auf die eigentlich Betroffenen verstellen kann“ (Bäcker et al. 2008, S. 359).

Die Weiterentwicklung der Armutforschung von der Randgruppenforschung

hin zu einem Kernbereich der Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung ging auch mit methodischen Fortschritten einher. Die Armutforschung der 1970er- und 1980er-Jahre beschrieb Armut mit Querschnittsanalysen in der Regel als dauerhaften Zustand (u. a. Hauser et al. 1986). In der neueren Armutforschung wird inzwischen, auf der Grundlage von Trend- und Längsschnittstudien, zunehmend nachgewiesen, dass Armut für viele Menschen „nur“ eine Episode im Lebenslauf ist und von Betroffenen auch aktiv bewältigt werden kann. Zugleich reicht Armut als (vorübergehende) Lebenslage und latentes Risiko bis in mittlere soziale Schichten hinein und ist nicht mehr ausschließlich auf traditionelle Randgruppen begrenzt (Gangl 1998; Mc Kern-



an/Ratcliffe 2005; Pfaff 1995; Riegg Cellini et al. 2008; Vandecasteele 2010). Damit ist Armut verzeitlicht, individualisiert und in einem gewissen Maße auch sozial entgrenzt. Armutserfahrungen haben einen Anfang, eine Dauer, einen bestimmten Verlauf und in den meisten Fällen auch ein Ende (Leibfried et al. 1995, S. 14; Riederer/Wolfsbauer 2011, S. 255ff.). Das ist keine Entwarnung, so Stephan Leibfried und Kollegen (1995, S. 14f.), die sozialpolitische Aufgabe Armutsbekämpfung hat nichts an Aktualität verloren. Dadurch, dass Armut temporalisiert ist und auch mittlere soziale Schichten betrifft, sind mehr Menschen von Armut betroffen, als man dies mit den Studien der 1980er-Jahre gezeigt hat. Zugleich hat sich an der schicht- und klassenspezifische Risiko-

struktur der Armutsgefährdung in den letzten Jahren wenig geändert (Grohsamberg 2004, 2009).

Armutsdifferenzen zwischen den EU-Mitgliedsländern

Vor dem Hintergrund dieser konzeptionellen Erörterungen sollen im Folgenden die Armutsrisiken in Deutschland mit denen in den anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union verglichen werden. Dabei wird auf Indikatoren zurückgegriffen, die sich am eingangs beschriebenen Ressourcenansatz der Armutsforschung orientieren. Daten, die entsprechend dem Lebenslagenansatz oder dem Deprivationsansatz erhoben wurden, liegen als euro-

päische vergleichende Statistiken für einen längeren Untersuchungszeitraum nicht vor. In Tabelle 1 werden Armutsgefährdungsquoten vor und nach sozialstaatlichen Transfers sowie die Armutsrisikogrenze in Euro (in Kaufkraftparitäten als Vergleichsbasis) aufgeführt.

Aktuell verfügt mehr als ein Viertel der europäischen Bevölkerung über ein Einkommen (vor Sozialtransfers), welches nur ein Leben unterhalb der Armuts-grenze ermöglicht. In einigen osteuropäischen Staaten (u. a. Litauen, Lettland, Ungarn, Bulgarien, Rumänien) ist die Armutsgefährdung besonders stark sichtbar. Innerhalb Westeuropas ist sie vor allem in Irland, Großbritannien und Spanien hoch. Deutschland weist, ähnlich wie Österreich, Slowenien oder Frankreich, eine mittlere bis leicht unterdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf. Eine vergleichsweise niedrige Armutsgefährdung vor sozialstaatlichen Transfers findet sich z. B. in den Niederlanden und in Tschechien.

Im Hinblick auf die Armutsrisiken nach sozialstaatlichen Transfers findet sich auf der einen Seite eine Gruppe von Ländern, die einen relativ geringen Bevölkerungsanteil aufweisen, der nach sozialstaatlichen Transfers ein verfügbares Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle aufweist. Das sind Länder, in denen durch Sozialpolitik Armutsrisiken deutlich reduziert werden (BMAS 2008, S. 21f.; European Commission 2007, S. 25f.; Lohmann 2010, S. 5ff.); die prozentuale Reduktion der Armutsgefährdungsquote liegt bei um die 50 Prozent (s. Tabelle 1, zweite Spalte von rechts). Zu dieser Ländergruppe gehören die sozialdemokratisch geprägten Länder Skandinaviens, Österreich und Luxemburg mit einem eher konservativ geprägten Wohlfahrtsstaat, aber auch Ungarn und Tschechien. Auf der anderen Seite stehen Länder, bei denen nach sozialstaatlichen Transfers etwa ein Fünftel der Bevölkerung von Armut bedroht ist. Zu dieser Gruppe gehören Staaten mit einem liberalen-postsozialistischen oder mediterranen Wohlfahrtsystem (Lettland, Litauen, Spanien, Griechenland, Rumänien und Bulgarien). Eine besonders geringe Wirkung sozialpolitischer Interventionen lässt sich in Bulgarien und Rumänien sowie in den mediterranen Krisenstaaten Griechenland und Spanien beobachten. Deutschland weist, nach sozialstaatlichen Transfers, eine im europäischen Vergleich durchschnittliche Armutsgefährdung auf: knapp 16 Prozent der Bevölkerung galten im Jahr 2011 als



Ein Dorf im rumänischen Schiltal. Die im Südwesten Rumäniens gelegene Bergbauregion ist Rumäniens größter sozialer Brennpunkt. Der Bergbau wird abgewickelt, weil er unrentabel ist. Die Entlassenen sind auf sich selbst gestellt. Hilfe vom Staat gibt es nicht. In den meisten osteuropäischen Ländern ist das Armutsrisiko in Folge der Transformationsprozesse deutlich gestiegen.

picture alliance/dpa

armutsgefährdet. Dies ist in der Gruppe der konservativen Wohlfahrtsstaaten der höchste Wert.

Die Zeitreihen in Tabelle 1 zeigen, dass sich die Armutsrisiken nach sozialstaatlichen Transfers in den EU-Mitgliedsländern unterschiedlich entwickelt haben. In den meisten osteuropäischen Staaten ist das Armutsrisiko in den letzten Jahren zum Teil deutlich angestiegen. Für Osteuropa kann dies als die Kehrseite der gesellschaftlichen Transformations- und Modernisierungsprozesse und als Ausdruck eines weit verbreiteten liberalen Wohlfahrtsverständnisses

aufgefasst werden (Heyns 2005; Pickles 2008; Rajevska 2008; Whelan/Maitre 2008). Auch in Dänemark, Schweden und Finnland stieg der Bevölkerungsanteil, der nach sozialstaatlichen Transfers ein verfügbares Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle aufweist, was möglicherweise mit einem Rückgang der Sozialausgaben in den Jahren zwischen 2000 und circa 2005/06 (Mau/Verwiebe 2010, S. 56ff.) und der Reduktion von Wohlfahrtsprogrammen in Zusammenhang stehen könnte (vgl. Green-Pedersen/Klitgaard 2008; Hort 2008; van Oorschoot 2008;

Vis et al. 2008).⁵ Im Fall von Deutschland bestätigt sich mit den aktuell verfügbaren Zahlen ein langfristiger Trend des Wachstums der Bevölkerungsgruppen, die von Armut bedroht sind. Die Zeitreihen, die Rainer Geißler (2006, S. 203ff.) verwendet, legen einen kontinuierlichen Anstieg von Armutsrisiken seit Mitte der 1970er-Jahre nahe. In den 1990er-Jahren und ersten 2000er-Jahren hat sich dieser Anstieg noch einmal verstärkt (BMAS 2005, 2008, 2012). In einigen europäischen Staaten ist die Armutsgefährdung nach sozialstaatlichen Transfers, entgegen dem allge-

Tabelle 1: Armutsgefährdungsquote in Europa vor und nach sozialstaatlichen Transfers

		vor Sozialtransfers			nach Sozialtransfers			Reduktion in Prozent	Armuts- grenze~
		1995	2005	2011	1995	2005	2011	2011	2011
	EU-15	26,0	25,4	26,1	17,0	15,7	16,2	37,9	10.334~
Konservative Wohlfahrtsstaaten	Belgien	27,0	28,3	27,8	16,0	14,8	15,3	45,0	10.776
	Deutschland	22,0	23,1	25,1	15,0	12,2	15,8	37,1	10.955
	Österreich	24,0	24,4	24,9	13,0	12,3	12,6	49,4	12.035
	Frankreich	26,0	26,0	24,7	15,0	13,0	14,0	43,3	10.826
	Luxemburg	25,0	23,8	27,2	12,0	13,7	13,6	50,0	16.195
Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten	Dänemark	-	29,9	28,4	10,0	11,8	13,0	54,2	11.122
	Finnland	23,0*	28,0	27,4	8,0*	11,7	13,7	50,0	10.600
	Schweden	-	28,7	27,9	-	9,5	14,0	49,8	11.102
	Niederlande	24,0	21,7	20,9	11,0	10,7	11,0	47,4	11.326
Mediterrane Wohlfahrtsstaaten	Griechenland	23,0	22,6	23,8	22,0	19,6	20,1	15,5	7.559
	Spanien	27,0	24,0	29,8	19,0	19,7	21,8	26,8	7.736
	Italien	23,0	23,4	23,3	20,0	18,9	18,2	21,9	9.119
	Portugal	27,0	25,7	25,4	23,0	19,4	18,0	29,1	5.722
	Zypern	-	21,7	23,3	-	16,1	15,8	32,2	11.308
	Malta	-	19,7	22,9	-	13,9	15,4	32,8	8.359
Liberaler Wohlfahrtsstaaten	Irland	34,0	32,3	40,4	19,0	19,7	16,1	60,1	9.705
	UK	32,0	30,6	31,0	20,0	19,0	17,1	44,8	10.238
		2000	2005	2011	2000	2005	2011		2011
liberal orientierte, post-sozialistische Wohlfahrtsstaaten	Estland	26,0	24,2	24,9	18,0	18,3	17,5	29,7	4.491
	Lettland	22,0	25,7	27,3	16,0	19,2	19,3	29,3	3.484
	Litauen	23,0	26,2	31,8	17,0	20,5	20,0	37,1	3.690
	Tschechien	18,0	21,2	18,0	8,0	10,4	9,8	45,6	5.944
	Slowakei	-	21,9	19,8	-	13,3	12,0	39,4	4.948
	Slowenien	18,0	25,9	24,2	11,0	12,2	13,6	43,8	8.512
	Ungarn	17,0	29,4	28,9	11,0	13,5	13,8	52,2	4.190
	Polen	30,0	29,8	24,1	16,0	20,5	17,7	26,6	4.873
	Bulgarien	18,0	24,7	27,3	14,0	14,0	22,4	17,9	3.301
	Rumänien	21,0	30,9+	29,1	17,0	24,8+	22,2	23,7	2.159
	EU-27	-	25,9	25,9	-	16,4	16,4	45,0	8.158~

Quelle: Eurostat (2012); Angabe von Armutsquoten in Prozent; *1996, +2006, die aktuellsten verfügbaren Angaben für EU-15, EU-27, Irland, Griechenland, Italien, Großbritannien, Zypern, Slowakei stammen aus 2010, restliche Länder aus 2011; ~ ungewichteter Mittelwert. Armutsgefährdungsquote vor sozialstaatlichen Transfers: Anteil von Personen mit einem verfügbaren Einkommen unter 60 Prozent des nationalen Median-Äquivalenzeinkommens; Grundlage ist das verfügbare Haushaltsäquivalenzeinkommen nach Abzug von Einkommens-, Vermögenssteuern und Sozialabgaben sowie unter Berücksichtigung von Transfers zwischen Haushalten. Renten/Pensionen werden als Einkommen vor Sozialtransfers gezählt. Armutsgefährdungsquote nach sozialstaatlichen Transfers: Anteil von Personen mit einem verfügbaren Einkommen unter 60 Prozent des nationalen Median-Äquivalenzeinkommens unter Berücksichtigung von Sozialtransfers (z. B. Wohngeld, Kindergeld). Armutsgrenze: Werte für allein lebende Personen in Kaufkraftparitäten (KKS in Euro⁴). Anmerkung: die Angaben für 1995 beruhen auf ECHP-Daten, ab 2004 auf EU-SILC-Daten. Die Unterteilung in die Wohlfahrtsstaatstypen orientiert sich an Esping-Andersen (1990), Fererer (1996) sowie Mau/Verwiebe (2009, 2010).

meinen Trend, zwischen 1995 und 2011 sogar gesunken. Zu diesen Ländern gehören z. B. Großbritannien, Irland, Portugal und Frankreich.

Welche lebensweltlichen und materiellen Konsequenzen eine Armutsgefährdung nach sich zieht, lässt sich mit dem letzten Indikator in Tabelle 1 zumindest ansatzweise darstellen (rechte Spalte); ausgewiesen ist zur Veranschaulichung die Armutsrisikogrenze für Alleinstehende, die unter Berücksichtigung von Kaufkraftunterschieden berechnet wurde. Es zeigt sich hier, dass in Europa die Einkommen von Personen, die in Armut leben, substantiell variieren. Die Armutsrisikogrenze liegt in den konservativen und den sozialdemokratisch orientierten Staaten um die 11.000 Euro in Kaufkraftparitäten, teilweise sogar deutlich darüber. In den osteuropäischen Staaten ist die Armutsrisikogrenze deutlich niedriger (z. B. Rumänien 2.160 Euro in KKS, baltische Staaten zwischen 3.500 und 4.500 Euro in KKS). Armut ist nicht nur generell verbreiteter in diesen Ländern, der Lebensstandard und die Lebensqualität in Armutslagen ist um Größenordnungen niedriger als zum Beispiel in Deutschland, Schweden oder Österreich.

Struktur der Armut in den EU-Mitgliedsländern

Die Armutsforschung hat in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass ein Blick auf die spezifische Risikostruktur der Armutsgefährdung wichtig ist (u. a. Groh-Samberg 2004; Lohmann 2007; Verwiebe 2011a). Dazu werden in der Regel Armutsrisiken verschiedener sozialer Gruppen betrachtet. Solche Daten sind seit einigen Jahren auch für den innereuropäischen Vergleich verfügbar. Einige der hier wichtigsten Gruppen sind in Tabelle 2 dargestellt. Aufgeführt sind die Armutsquoten nach Sozialtransfers für Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Arbeitslose, ältere Menschen (+65 Jahre) und unterschiedliche Bildungsschichten.⁶

Welche Befunde und Trends sind hier besonders erwähnenswert? Zunächst deuten die Zahlen in Tabelle 2 auf ein besonderes Armutsrisiko von Alleinerziehenden hin (vgl. Eggen/Rupp 2006; Grabka/Frick 2010). Dieses ist mehr als doppelt so hoch (EU-27, 2011: 36,6 Prozent) wie für den Durchschnitt der EU-Bevölkerung (vgl. Tabelle 1). Besonders stark sind Alleinerziehende im Baltikum, in Rumänien sowie in Luxemburg und

Malta von Armut bedroht (Quoten von circa 40 Prozent). Das sind insofern hohe Werte, als sozialstaatliche Transfers bei den Angaben bereits berücksichtigt wurden. Wesentlich günstiger ist die Situation von Alleinstehenden mit Kindern zum Beispiel in Finnland, Dänemark oder Österreich. Deutschland liegt mit einer Armutsquote von 37 Prozent knapp über dem EU-Durchschnitt. Ferner verweisen die Eurostat-Daten für den Zeitraum zwischen 1995 und 2011 auf recht unterschiedliche Trendentwicklungen. In Ländern wie Deutschland, Frankreich oder auch den Niederlanden steigt das Armutsrisiko für Alleinerziehende seit dem Jahr 2000 wieder an, nachdem es zuvor deutlich gesunken war. In ande-

Alleinerziehende sind in mehreren Ländern der Europäischen Union (EU) einem besonderen Armutsrisiko ausgesetzt. Dies ist mehr als doppelt so hoch (EU-27, 2011: 36,6 Prozent) wie für den Durchschnitt der EU-Bevölkerung.

picture alliance/dpa



ren westeuropäischen Ländern nimmt die Armutsgefährdung der Alleinerziehenden hingegen kontinuierlich ab. Beispiele hierfür sind Großbritannien und Irland; Länder, die noch 1995 mit das höchste Armutsniveau aufwiesen. In den osteuropäischen Staaten sehen wir eine andere Dynamik: die Armutsgefährdung von Alleinerziehenden hat in den letzten zehn Jahren substantiell zugenommen.

Familien mit drei oder mehr Kindern sind ebenfalls erhöhten Armutsrisiken ausgesetzt. Im EU-27-Durchschnitt weist diese Bevölkerungsgruppe im Jahr 2011 eine Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers von 26 Prozent auf. Besonders problematisch ist die Situation von kinderreichen Familien in Ländern mit

einem mediterranen und post-sozialistischen Wohlfahrtsstaat: In Portugal, Italien, Spanien, Litauen, Lettland, Polen und Ungarn sind drei bis vier von zehn kinderreichen Familien von Armut bedroht. Geradezu dramatisch ist die Lage dieser Familien in Bulgarien und Rumänien (71 Prozent bzw. 55 Prozent Armutsquote). Vergleichsweise günstig ist die Situation in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und in Deutschland, wo zwischen zwölf und 16 Prozent der kinderreichen Familien ein erhöhtes Armutsrisiko tragen. Dies entspricht im Prinzip dem Armutsrisiko des Bevölkerungsdurchschnitts in diesen Ländern (vgl. Tabelle 1). Ein Blick auf die zeitlichen Trends zeigt ferner: zwischen 1995 und 2011 nahmen die Armutsrisiken kin-

derreicher Familien im europäischen Durchschnitt ab. Die Entwicklung innerhalb der Länder verläuft dabei nicht gleich. In Ländern wie Deutschland, Österreich, Großbritannien oder Irland beobachten wir in diesem Zeitraum eine Verringerung des Armutsrisikos von kinderreichen Familien. Eine teilweise massenhafte Verarmung von kinderreichen Familien findet in den letzten zehn Jahren in Spanien, Bulgarien und Rumänien statt.⁷

Ältere Menschen gehören traditionell zu den besonders mit Armut konfrontierten Gruppen in modernen Gesellschaften (Becker/Hauser 1997; BMAS 2005; Geißler 2006). Die vorliegenden Zahlen machen allerdings deutlich, dass in den meisten westeuropäischen Staaten

Tabelle 2: Hauptsächlich von Armut betroffene Gruppen nach Sozialtransfers

		Alleinerziehende mit Kindern			Familien mit drei o. mehr Kindern			über 65-Jährige			Arbeitslose			Bildungsniveau (ISCED, 2011)		
		1995	2005	2011	1995	2005	2011	1995	2005	2011	1995	2005	2011	0-2	3-4	5-6
	EU-15	37,0	30,4	36,9	26,0	22,1	23,9	19,0	19,8	16,3	40,0	37,4	45,1	23,5	13,7	7,6
Kon-serva-tive WS	Belgien	31,0	33,2	38,5	13,0	19,6	16,7	21,0	21,4	20,2	34,0	30,9	38,1	22,5	11,5	6,0
	Deutsch-land	48,0	25,8	37,1	23,0	11,6	16,2	18,0	13,4	14,2	38,0	40,9	67,7	27,9	15,2	8,0
	Österreich	28,0	27,0	26,2	24,0	20,0	23,0	15,0	14,3	16,0	32,0	46,9	40,5	21,0	9,5	6,1
	Frankreich	30,0	25,6	33,9	23,0	20,1	22,1	17,0	16,4	9,7	34,0	29,5	36,7	21,7	12,9	7,1
	Luxemburg	25,0	33,1	45,5	20,0	20,7	25,7	12,0	7,8	4,7	-	48,8	42,4	21,2	10,9	4,9
Sozial-demo-kra-tische WS	Dänemark	-	20,9	20,8	-	13,8	11,7	-	17,6	16,0	-	26,8	29,0	13,8	14,1	10,1
	Finnland	7,0	20,3	21,9	7,0	11,1	15,2	10,0	18,7	18,9	19,0	35,6	43,4	19,0	15,9	4,7
	Schweden	-	20,4	35,9	-	9,7	15,4	-	10,1	18,2	-	26,9	38,5	19,9	12,5	9,2
	Niederlande	40,0	26,8	33,9	17,0	19,9	19,1	6,0	5,4	6,5	18,0	27,9	33,4	14,2	11,1	6,9
Medi-ter-rane WS	Griechen-land	23,0	43,5	33,4	22,0	32,7	26,7	34,0	27,9	21,3	35,0	32,6	44,3	29,3	19,4	5,9
	Spanien	29,0	37,3	38,9	31,0	36,0	41,6	13,0	29,3	20,8	37,0	34,8	40,6	28,8	17,3	10,4
	Italien	28,0	35,4	37,3	31,0	34,5	37,2	16,0	22,6	16,6	48,0	44,2	43,9	23,9	13,2	6,3
	Portugal	44,0	31,5	27,9	46,0	42,0	34,5	34,0	27,6	20,0	30,0	28,6	35,9	19,9	10,9	2,5
	Zypern	41,0	35,2	24,8	16,0	14,1	16,1	-	50,3	41,2	-	37,1	39,7	19,7	10,8	5,6
	Malta	-	36,1	47,2	-	26,1	32,2	-	23,4	18,1	-	44,3	43,3	17,5	7,6	3,2
Libera-le WS	Irland	46,0	45,2	30,2	32,0	25,9	20,4	17,0	32,8	10,6	37,0	47,1	26,7	22,9	15,9	9,0
	UK	55,0	37,9	36,4	36,0	28,0	27,4	30,0	24,8	21,4	52,0	53,9	47,7	26,4	15,5	7,9
		2000	2005	2011	2000	2005	2011	2000	2005	2011	2000	2005	2011	0-2	3-4	5-6
post-sozia-listische WS	Estland	37,0	39,8	34,2	23,0	25,1	25,4	16,0	20,3	33,9+	50,0	60,0	52,1	31,2	20,8	7,9
	Lettland	31,0	31,2	38,8	26,0	38,7	37,4	6,0	21,2	47,5+	41,0	58,5	49,8	36,0	21,1	6,2
	Litauen	20,0	48,4	42,4	25,0	44,4	33,1	14,0	17,0	25,2+	36,0	62,8	53,1	42,8	22,1	9,0
	Tschechien	26,0	41,0	35,6	18,0	24,7	23,9	6,0	5,3	6,6	30,0	51,1	46,4	22,0	8,5	3,1
	Slowakei	-	31,8	25,0	-	24,2	29,8	-	7,1	7,7	-	39,2	41,2	26,8	10,8	4,6
	Slowenien	21,0	22,0	30,8	10,0	16,6	18,2	21,0	20,3	20,9	42,0	25,1	44,6	21,3	11,5	3,5
	Ungarn	28,0	27,1	29,9	27,0	26,0	33,0	8,0	6,5	4,5	32,0	49,7	46,7	32,0	10,9	3,0
	Polen	26,0	40,1	29,8	30,0	44,8	34,6	8,0	7,3	14,7	38,0	45,6	43,7	33,4	17,8	4,7
	Bulgarien	31,0	30,6*	37,7	51,0	64,9*	71,1	15,0	18,0	33,4	31,0	46,7*	47,8	45,1	11,9	2,7
	Rumänien	26,0	42,5*	40,0	34,0	54,8*	54,7	17,0	-	21,0+	30,0	34,0	51,7	44,9	15,6	2,1
	EU-27	-	31,4	36,6	-	25,9	25,8	-	18,9	16,0	-	39,7	45,2	25,0	13,7	7,0

Quelle: Eurostat (2012); Angabe von Armutsquoten in Prozent; *2006, +2009, die aktuellsten verfügbaren Angaben für EU-15, EU-27, Irland, Griechenland, Italien, Großbritannien, Zypern, Slowakei stammen aus 2010, restliche Länder aus 2011.

die Armutsrisiken der über 65-Jährigen in den letzten Jahren gesunken sind. Deutschland ist beispielhaft in dieser Hinsicht: Das Armutsrisiko von Senioren lag im Jahr 2011 bei 14 Prozent, 1995 war noch knapp jeder fünfte über 65-Jährige von Armut betroffen. Die Gründe für diesen Rückgang sind vielfältig. Genannt werden können u. a. die Einführung/Erhöhung von Mindesteinkommen, die Erhöhung von Renten sowie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bzw. spätere Renteneintritte (European Commission 2007, S. 21).⁸ Sehr viel problematischer ist die Lage der älteren Menschen in einigen osteuropäischen Ländern. Vor allem in Bulgarien und im Baltikum ist die Altersarmut in den letzten zehn Jahren drastisch gestiegen (Fuchs/Offe 2009; Zaidi et al. 2006). Beispiele für eine gute Absicherung von Senioren gegen Altersarmut sind Ungarn, Tschechien und die Slowakei.

Arbeitslose haben das höchste Armutsrisiko aller hier betrachteten sozialen Gruppen. Im Durchschnitt der bisherigen Kernunion verfügen vier bis fünf von zehn Arbeitslosen über ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Besonders hoch ist das Armutsrisiko für Arbeitslose in Deutschland sowie in Großbritannien, den baltischen Staaten, Bulgarien und Rumänien.⁹ Als Spitzenreiter in dieser Kategorie sind in Deutschland 68 Prozent der Arbeitslosen stark armutsgefährdet, im Jahr 2010 lag dieser Wert sogar bei über 70 Prozent. Gegenüber dem Zeitraum Mitte der 1990er-Jahre (Quote von 38 Prozent) ist dies eine deutliche Zunahme. Die Armutsrisiken sind in Deutschland aktuell für Arbeitslose mehr als viermal so hoch wie für den Durchschnitt der Bevölkerung. Was sich hier an sozialen Risiken zeigt, ist ein Ergebnis der wohlfahrtsstaatlichen De-Regulierungen der letzten Jahre (Stichwort Hartz-Reformen). Dänemark und die Niederlande sind wiederum Beispiele für eine im europäischen Maßstab vergleichsweise niedrige Armutsgefährdung von Arbeitslosen

Im Hinblick auf die Armutsrisiken unterschiedlicher Bildungsschichten bestätigen die Zahlen in Tabelle 2 Befunde aus der Sozialstrukturforschung, nach denen es einen engen Zusammenhang zwischen Bildungskapital und sozialer Lage gibt (Allmendinger 1999; Geißler 2006; Solga/Powell 2006). Es zeigt sich, dass Europäer mit tertiären Bildungsabschlüssen (ISCED 5–6) sehr geringe Armutsrisiken haben. Sie lagen im Jahr 2011 im Durchschnitt der EU-27 bei sieben Prozent, in Deutschland bei acht Prozent. Personen mit mittleren Bildungsabschlüssen (ISCED 3–4) weisen demgegenüber höhere Armutsrisiken

auf. Sie liegen jedoch in den meisten EU-Staaten unter den jeweiligen nationalen Armutsrisikoquoten. Überdurchschnittlich hohe Armutsquoten sind für Personen mit geringen Qualifikationen beziehungsweise für Personen ohne formale Bildungsabschlüsse (ISCED 0–2) zu beobachten. Dies zeigt sich in einigen liberalen und mediterranen Wohlfahrtsstaaten sowie im Baltikum, Bulgarien und Rumänien. Auch für Deutschland ist mit einer Quote von 28 Prozent ein relativ hohes Armutsrisiko für gering Qualifizierte zu beobachten. In den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten ist die Armutsgefährdung von Menschen mit geringer Bildung sehr viel schwächer ausgeprägt: In Dänemark

trägt diese Bevölkerungsgruppe Armutsrisiken, die so hoch sind wie im Bevölkerungsdurchschnitt.

Schluss

Der vorliegende Beitrag zeichnet insgesamt ein sehr facettenreiches Bild von Armut und Ausgrenzung in Deutschland und Europa. Es ist zu hoffen, dass der Beitrag in einer (wieder) an Bedeutung gewinnenden wissenschaftlichen und



Arbeitslose haben das höchste Armutsrisiko aller sozialen Gruppen. Besonders hoch ist das Armutsrisiko in Deutschland sowie in Großbritannien, den baltischen Staaten, Bulgarien und Rumänien. In Deutschland sind 68 Prozent der Arbeitslosen armutsgefährdet.

picture alliance/dpa

gesellschaftspolitischen Debatte eine Rolle spielen wird und für die Leserinnen und Leser der Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ relevant ist.

Wie ließe sich nun eine Kontextualisierung der deutschen Armutstrends vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklung der letzten Jahre abschließend vornehmen? Es ist zunächst offenkundig geworden, dass Deutschland in Europa alles in allem eine eher positive Rolle spielt. Noch immer gibt es einen gut funktionierenden Wohlfahrtsstaat, der die Armutgefährdung der Bevölkerung auf ein moderates Niveau bringt, bei allerdings abnehmender Tendenz des wohlfahrtsstaatlichen Ausgleichs. Auf der Ebene der Binnenstrukturen gibt es ebenfalls einige positive Ergebnisse hervorzuheben. Die einstmals besondere Armutgefährdung von kinderreichen Familien und von Senioren – wie sie in vielen süd- und osteuropäischen Staaten noch immer virulent ist – besteht in Deutschland in dieser Form aktuell nicht mehr. Bei den spezifischen Armutsrisiken unterschiedlicher Bildungsschichten liegt Deutschland ebenfalls im Bereich des europäischen Durchschnitts. Bei den Alleinerziehenden haben wir zwischen 1995 und 2005 eine sehr positive Entwicklung gesehen, die sich allerdings in den letzten fünf bis sechs Jahren wieder in ein Gegenteil verkehrt hat. Eklatant ist die sich deutlich verschlechternde Situation der Arbeitslosen in der Bundesrepublik. Es gibt nicht annähernd ein anderes europäisches Land, in dem die Situation der Erwerbslosen so schlecht ist wie in Deutschland. Bei aller Sympathie für die erfolgreichen Arbeitsmarktreformen der letzten Dekade: diese haben mit zu dieser Entwicklung beigetragen. Politik und Öffentlichkeit sind gut beraten, sich diesem Problem mehr zu stellen, als dies bisher der Fall war. Es drohen sonst weitergehende soziale Verwerfungen, spätestens dann, wenn die derzeit sehr geringe Arbeitslosigkeit bei konjunktureller Abkühlung wieder auf ein Niveau steigt, wie es für eine lange Phase um die Jahrtausendwende typisch war.

LITERATUR

- Allmendinger, Jutta (1999): Bildungsarmut. Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik. In: *Soziale Welt*, 1/1999, S. 35–50.
- Andreß, Hans-Jürgen/Lipsmeier, Gero (1995): Was gehört zum notwendigen Lebensstandard und wer kann ihn sich leisten? Ein neues Konzept zur Armutsmessung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 31–32/1995, S. 35–49.
- Andreß, Hans-Jürgen/Seeck, Till (2005): Ist das Normalarbeitsverhältnis noch armutsvermeidend? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 3/2005, S. 459–492.
- Atkinson, Anthony Barnes (1998): *Poverty in Europe*. Oxford.
- Bäcker, Gerhard et al. (2008): *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland*. Band 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung. Wiesbaden.
- Bazant, Ursula/Schubert, Klaus (2008): Europäische Wohlfahrtsysteme: Vielfalt jenseits bestehender Kategorien. In: Schubert, Klaus et al. (Hrsg.): *Europäische Wohlfahrtsysteme*. Ein Handbuch. Wiesbaden, S. 623–645.
- Becker, Irene/Hauser, Richard (Hrsg.) (1997): *Einkommensverteilung und Armut: Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?* Frankfurt am Main.
- Bieback, Karl-Jürgen/Milz, Helga (Hrsg.) (1995): *Neue Armut*. Frankfurt am Main.
- Blume, Kraen et al. (2007): At the Lower End of the Table: Determinants of Poverty among Immigrants to Denmark and Sweden. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 3/2007, S. 373–396.
- BMAS/Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2005): *Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin.
- BMAS/Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008): *Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin.
- BMAS/Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012): *Lebenslagen in Deutschland. Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Entwurfsfassung. Berlin.
- Boeckh, Jürgen et al. (2006): *Sozialpolitik in Deutschland. Eine systematische Einführung*. Wiesbaden.
- Böhnke, Petra/Delhey, Jan (2001): *Lebensstandard und Einkommensarmut. Plädoyer für eine erweiterte Armutforschung*. In: Barlösius, Eva/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hrsg.): *Die Armut der Gesellschaft*. Opladen, S. 315–335.
- Bradbury, Bruce et al. (Hrsg.) (2001): *The Dynamics of Child Poverty in Industrialised Countries*. Cambridge.
- Buhr, Petra et al. (1997): *Armutsbilder zwischen Statik und Dynamik – Empirische Sozialpolitikforschung als soziologisches Lehrstück*. In: Rehberg, Karl-Siebert (Hrsg.): *Differenz und Integration: Die Zukunft moderner Gesellschaften*. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Opladen, S. 867–870.
- Butterwegge, Christoph (2007): Die „Normalität“ der Kinderarmut. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/2007, S. 1413–1416.
- Dietz, Berthold (1997): *Soziologie der Armut*. Frankfurt am Main.
- Eggen, Bernd/Rupp, Marina (2006): *Kinderreiche Familien*. Wiesbaden.
- Esping-Andersen, Gosta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge.
- European Commission (1984): *European Council Decision 85/8/EEC*. Brüssel.
- European Commission (2007): *Joint Report on Social Protection and Social Inclusion*. Luxemburg.
- Eurostat (2012): *Population and social conditions*. Unter: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/themes> [10.10.2012].
- Ferrera, Maurizio (1996): The 'Southern Model' of Welfare in Social Europe. In: *Journal of European Social Policy*, 1/1996, S. 17–37.
- Frick, Joachim R./Grabka, Markus M. (2005): Zur Entwicklung der Einkommen privater Haushalte in Deutschland bis 2004: Zunehmender Einfluss von Arbeitslosigkeit auf Armut und Ungleichheit. In: *DIW-Wochenbericht*, 28/2005, S. 429–436.
- Fuchs, Susanne/Offe, Claus (2009): *Welfare State Formation in the Enlarged European Union: Patterns of Reform in Postcommunist States*. In: Rumford, Chris (Ed.): *The SAGE Handbook of European Studies*. London, S. 420–441.
- Gangl, Markus (1998): *Sozialhilfebezug und Arbeitsmarktverhalten. Eine Längsschnittanalyse der Übergänge aus der Sozialhilfe in den Arbeitsmarkt*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 3/1998, S. 212–232.
- Geißler, Rainer (2006): *Die Sozialstruktur Deutschlands*. Wiesbaden.
- Grabka, Markus M./Frick, Joachim R. (2010): Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen. In: *DIW-Wochenbericht*, 7/2010, S. 2–11.
- Green-Pedersen, Cristoffer/Klitgaard, Michael Baggesen (2008): Im Spannungsfeld von wirtschaftlichen Sachzwängen und öffentlichem Konservatismus: Das dänische Wohlfahrtsystem. In: Schubert, Klaus et al. (Hrsg.): *Europäische Wohlfahrtsysteme*. Ein Handbuch. Wiesbaden, S. 149–168.
- Groh-Samberg, Olaf (2004): *Armut und Klassenstruktur. Zur Kritik der Entgrenzungsthese aus einer multidimensionalen Perspektive*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 4/2004, S. 653–682.
- Groh-Samberg, Olaf (2009): *Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstrukturen. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven*. Wiesbaden.
- Halleröd, Björn (1997): *Adapting the Consensual Definition of Poverty*. In: Gordon, David/Pantazis, Christina (Hrsg.): *Breadline Britain in the 1990s*. Aldershot, S. 213–234.
- Hauser, Richard/Becker, Irene (Hrsg.) (2003): *Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and a European Point of View*. Berlin.
- Hauser, Richard et al. (1986): *Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt am Main.
- Heyns, Barbara (2005): *Emerging Inequalities in Central and Eastern Europe*. In: *Annual Review of Sociology*, 31/2005, S. 163–197.
- Hort, Sven E. O. (2008): *Sklerose oder ständig in Bewegung? Das schwedische Wohlfahrtsystem*. In: Schubert, Klaus et al. (Hrsg.): *Europäische Wohlfahrtsysteme*. Ein Handbuch. Wiesbaden, S. 523–547.
- Klocke, Andreas (2004): *Methoden der Armutsmessung. Einkommens-, Unterversorgungs-, Deprivations- und Sozialhilfekonzepth im Vergleich*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 4/2004, S. 313–329.
- Lefèbvre, Mathieu (2007): *The Redistributive Effects of Pension Systems in Europe. A Survey of Evidence*. Luxemburg.
- Leibfried, Stephan et al. (1995): *Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat*. Frankfurt am Main.
- Leisering, Lutz/Buhr, Petra (1995): *Armut im Lebenslauf. Armut und Armutspolitik aus der Sicht der dynamischen Armutforschung*. In: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, 75/1995, S. 73–77.
- Leisering, Lutz/Mädje, Eva (1996): *Armut in Deutschland. Umbruch und Kontinuität*. In: Clausen, Lars (Hrsg.): *Gesellschaften im Umbruch*, Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle (April 1995). Frankfurt am Main, S. 903–915.
- Lohmann, Henning (2007): *Armut von Erwerbstätigen in europäischen Wohlfahrtsstaaten. Niedriglöhne, staatliche Transfers und die Rolle der Familie*. Wiesbaden.
- Lohmann, Henning (2010): *Armut von Erwerbstätigen im europäischen Vergleich: Erwerbseinkommen und Umverteilung*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 1/2010, S. 1–30.
- Mau, Steffen/Verwiebe, Roland (2009): *Die Sozialstruktur Europas*. Konstanz.
- Mau, Steffen/Verwiebe, Roland (2010): *European Societies. Mapping Structure and Change*. Bristol.
- Mc Kernan, Signe-Mary/Ratcliffe, Caroline (2005): *Events that Trigger Poverty Entries and Exits*. In: *Social Science Quarterly*, 1/2005, S. 1146–1169.
- Nolan, Brian/Whelan, Christopher T. (1996): *Resources, Deprivation, and Poverty*. Oxford.
- Nolan, Brian/Whelan, Christopher T. (2007): *On the Multidimensionality of Poverty and Social Exclusion*. In: Jenkins, Stephen P./Micklewright,

John (Hrsg.): Inequality and Poverty Re-Examined. Oxford, S. 146–165.

Pfaff, Anita B. (1995): Was ist das Neue an der neuen Armut? In: Bieback, Karl-Jürgen/Milz, Helga (Hrsg.): Neue Armut. Frankfurt am Main, S. 28–57.

Pickles, John (2008): State, Society and Hybrid Post-Socialist Economies. In: Pickles, John (Hrsg.): State and Society in Post-Socialist Economies. New York, S. 253–262.

Rajevska, Feliciano (2008): Vom Sozialstaat zum Wohlfahrtsmix: Das lettische Wohlfahrtsystem nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit. In: Schubert, Klaus et al. (Hrsg.): Europäische Wohlfahrtsysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden, S. 324–442.

Riederer, Bernhard/Wolfsbauer, Andreas (2011): Ausstiege aus Armut in Österreich. In: Verwiebe, Roland (Hrsg.): Armut in Österreich. Wien, S. 251–270.

Riegg Cellini, Stephanie et al. (2008): The Dynamics of Poverty in the United States. A Review of Data, Methods, and Findings. In: Journal of Policy Analysis and Management, 3/2008, S. 577–605.

Solga, Heike/Powell, Justin (2006): Gebildet – Ungebildet. In: Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hrsg.): Deutschland – Eine gespaltene Gesellschaft. Frankfurt am Main, S. 175–190.

Townsend, Peter (1979): Poverty in the United Kingdom: a Survey of Household Resources and Standards of Living. Harmondsworth.

Townsend, Peter (1983): A Theory of Poverty and the Role of Social Policy. In: Loney, Martin et al. (Hrsg.): Social Policy and Social Welfare. Milton Keynes, S. 58–82.

Townsend, Peter (1985): A Sociological Approach to the Measurement of Poverty. In: Oxford Economic Papers, 4/1985, S. 659–668.

van Oorschot, Wim (2008): Von kollektiver Solidarität zur individuellen Verantwortung: Der niederländische Wohlfahrtsstaat. In: Schubert, Klaus et al. (Hrsg.): Europäische Wohlfahrtsysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden, S. 463–482.

Vandecasteele, Leen (2010): Life Course Risks or Cumulative Disadvantage? The Structuring Effect of Social Stratification Determinants and Life Course Events on Poverty Transitions in Europe. In: European Sociological Review, Advance Access (doi: 10.1093/esr/jcq005): veröffentlicht am 11.03.2010.

Verwiebe, Roland (2010): Wachsende Armut in Deutschland und die These der Auflösung der Mittelschicht. Eine Analyse der deutschen und migrantischen Bevölkerung mit dem Sozio-ökonomischen Panel. In: Berger, Peter A./Burzan, Nicole (Hrsg.): Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte. Wiesbaden.

Verwiebe, Roland (Hrsg.) (2011a): Armut in Österreich. Wien.

Verwiebe, Roland (2011b): Armut in Österreich – Bestandsaufnahme der sozialwissenschaftlichen Diskussion und Trends im europäischen Kontext. In: Verwiebe, R. (Hrsg.): Armut in Österreich. Wien, S. 3–20.

Verwiebe, Roland/Fritsch, Nina-Sophie (2011): Working Poor: Trotz Einkommen kein Auskommen. Trend- und Strukturanalysen für Österreich im europäischen Kontext. In: SWVS- Rundschau, 1/2011, S. 5–23.

Vis, Barbara et al. (2008): The Politics of Welfare State Reform in the Netherlands: Explaining a Never-Ending Puzzle. In: Acta Politica, 2–3/2008, S. 333–356.

Vleminckx, Koen/Smeeding, Timothy M. (Hrsg.) (2001): Child Well-Being, Child Poverty and Child Policy in Modern Nations: What Do We Know? Bristol.

Whelan, Christoph T./Maitre, Bertrand (2008): Poverty, Deprivation and Economic Vulnerability in the Enlarged EU. In: Alber, Jens et al. (Hrsg.): Handbook of Quality of Life in the Enlarged European Union. London, S. 201–217.

Wiesböck, Laura (2011): Migration – Exklusion – Armut. Trend- und Strukturanalysen zur Ausgren-

zung von MigrantInnen in Österreich. In: Verwiebe, Roland (Hrsg.): Armut in Österreich. Wien, S. 209–231.

Zaidi, Asghar et al. (2006): Pension Policy in EU25 and its Possible Impact on Elderly Poverty. London.

ANMERKUNGEN

- 1 Teile der Darstellung in Abschnitt 2 und 4 beruhen auf Ausführungen in Verwiebe (2011b, S. 4ff.) sowie Mau und Verwiebe (2010, S. 210ff.).
- 2 Der Median ist ein Lagemaß. Er halbiert eine nach der Größe geordnete Reihe von Messwerten und reflektiert damit die mittlere Position in einer Datenmenge. Gegenüber dem Durchschnittswert hat er den Vorteil, weniger empfindlich auf extreme Werte („Ausreißer“) zu reagieren.
- 3 Der multiple Lebenslagenansatz ist in Deutschland vor allem durch die Arbeiten des Bremer Sonderforschungsbereichs 186 ab Mitte der 1990er-Jahre wichtig geworden; etliche Autoren waren daran beteiligt (u. a. Buhr et al. 1997; Leibfried et al. 1995; Leisering/Buhr 1995; Leisering/Mädje 1996).
- 4 Euro in Kaufkraftparitäten/Kaufkraftstandards (IKKS) ist eine fiktive Geldeinheit, die Differenzen in den Preisen von Waren und Dienstleistungen verschiedener Länder ausgleicht. Damit wird eine direkte Vergleichbarkeit zwischen Ländern mit unterschiedlichen Preisniveaus hergestellt.
- 5 Für Schweden wird in diesem Kontext auch der makroökonomische Schock von Anfang der 1990er-Jahre als Grund genannt. In der Folge sind vor allem Migranten, jüngere Arbeitsmarktkohorten, Alleinerziehende mit Kindern und Arbeitslose verstärkt von Armut betroffen (Blume et al. 2007, S. 381ff.; European Commission 2007, S. 391ff.).
- 6 Das Armutsrisiko von Migranten, eine der wichtigsten Risikogruppen, ist mit den verfügbaren Eurostat-Daten nur ungenau abzubilden. Eine zumindest grobe Unterscheidung zwischen innereuropäischen Migranten und Zuwandernden von außerhalb der EU kann vorgenommen werden. Diese zeigt deutlich erhöhte Armutsrisiken für letztere Gruppe (Eurostat 2012). Für einzelne europäische Staaten, zum Beispiel Deutschland, Österreich oder Schweden, zeigen einzelne Studien, dass Migranten in den letzten



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Roland Verwiebe ist Institutsvorstand des Instituts für Soziologie der Universität Wien. Studium und Promotion in Berlin und New York City; wichtigste berufliche Stationen an Universitäten in Berlin, Hamburg, Duisburg und Wien. Seit Anfang 2009 hat er eine Professur für Sozialstrukturforschung und Quantitative Methoden. Arbeitsschwerpunkte sind Soziale Ungleichheit, Arbeitsmarkt, Lebensverlauf, Migration und Europäische Integration.

Quo vadis Sozialpolitik?

Michael Opielka

Wissenschaftliche und politische Diskurse über eine angemessene Armuts- und Sozialpolitik verlaufen in aller Regel kontrovers. Die Debatte um das Grundeinkommen ist nur ein Beleg für diese Kontroversität. Die Idee des Grundeinkommens mag den einen gerecht, den anderen ungerecht erscheinen. Michael Opielka verdeutlicht am Beispiel des Grundeinkommens, dass eine auf Inklusion zielende Sozialpolitik nicht so einfach zu formulieren ist. Ein Grundeinkommen ist keine schlichte Sozialtechnologie, sondern eine Idee, welche die Komplexität der Gesellschaft und das Gefüge ihrer Teilsysteme (Wirtschaft, Politik, Gemeinschaft und Legitimation) bedenken muss. Versteht man die Idee des Grundeinkommens als Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen, das jedes Mitglied einer Gesellschaft unabhängig von Leistung und Herkunft beanspruchen kann, so berührt dies die Frage der Gerechtigkeit als Grundnorm des Politischen. Je nach dem zugrunde gelegten Gerechtigkeitsprinzip – Leistung, Gleichheit, Bedarf, Teilhabe – ergeben sich unterschiedliche Facetten der Bewertung und Nuancen der Begründung für die Idee des Grundeinkommens. |

Sozialpolitik und Bildungspolitik

Sozialpolitikwissenschaftliche Beiträge zur Armutsbekämpfung konzentrieren sich heute auf den Problembereich Bildung: einerseits als Problem mangelnder Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt, andererseits als Mangel an öffentlichen Kinderbildungseinrichtungen und damit fehlender Arbeitsmarktverfügbarkeit von Müttern. Beides zusammen erhöhe dann auch im Alter das Armutsrisiko (Esping-Andersen 2002). In einer Wissensgesellschaft wird Bildung damit zu einer zentralen Ressource sozialer Teilhabe und so zu einer entscheidenden Variable sozialer Ungleichheit. Versteht man unter Sozialpolitik den Versuch, allen Bürgerinnen und Bürgern die Inklusion in alle gesellschaftlichen Funktionssysteme dauerhaft offen zu halten, dann muss der Zugang zu Bildung als eine ihrer wesentlichen Aufgabenstellungen gelten. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung zur sozialen Gerechtigkeit im OECD-Vergleich macht deutlich, wie schwach die Chancengleichheit im deutschen Bildungswesen noch immer ausgeprägt ist. Die Wahrscheinlichkeit eines Kindes

aus einem sozial schwachen Umfeld durch Bildung am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben, ist in Deutschland noch immer deutlich geringer als in vielen anderen entwickelten Staaten (Bertelsmann Stiftung 2011). Eine Sozialpolitik der Zukunft, die Armut primär präventiv bekämpfen und beseitigen möchte, muss daher auf das Engste mit einer umfassenden Bildungsreform verknüpft werden. Bildungspolitik ist damit auch Sozialpolitik.

Freilich werden wir im Folgenden sehen, dass eine auf Inklusion zielende Sozialpolitik nicht so einfach zu formulieren ist. Sie erfordert zweifellos ein hohes Maß an Teilhabegerechtigkeit oder Chancengleichheit. Private Luxusschulen wie Studiengebühren sind dabei hinderlich, umfassende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote und öffentliche Schulen demgegenüber hilfreich. Obwohl auch diese Themen im Detail umstritten sind, berühren damit verbundene Fragen noch grundsätzlichere Kontroversen. Wie wirkt es sich beispielsweise kurz- wie langfristig auf das Armutsrisiko von Frauen aus, wenn durch die Sozialpolitik Familienarbeit bezahlt wird, ob an Kindern in Form von Eltern- und Betreuungsgeld oder an alten Menschen in Form von Pflegegeld? Sollen überhaupt Möglichkeiten der Existenzsicherung außerhalb des Arbeitsmarktes eröffnet werden – oder besteht die beste Sozialpolitik darin, alle Bürgerinnen und Bürger für den Arbeitsmarkt zu „aktivieren“ und sei es mit Disziplinarmaßnahmen? Wäre ein unbedingtes, garantiertes Grundeinkommen für alle nicht die zukunftssträchtigste und nachhaltigste Lösung des Armutsproblems?

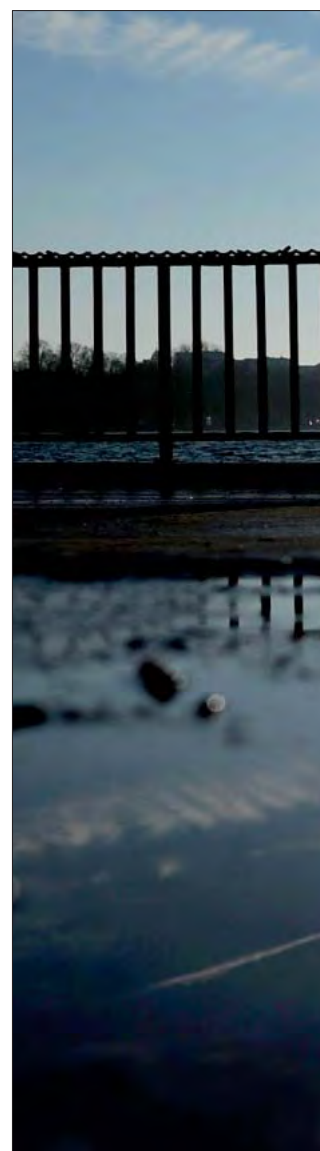
Die Idee einer „Gesellschaft für alle“

Die Idee einer „Gesellschaft für alle“ liegt dem demokratischen Wohlfahrtsstaat zugrunde. Prozesse der Exklusion, von Armut und Arbeitslosigkeit und eine damit einhergehende Entfremdung vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Demokratie müssen als Warnsignale gelesen werden. Selbstverständlich scheint, dass eine Demokratie auf der rechtlichen Gleichheit aller baut. Und doch können viele angesichts von Billionen-Hilfen aus Steuergeldern für die Finanzmarktspekulanten kaum anders als daran zweifeln. Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch hatte diese

Zweifel feuilletonwirksam auf den Begriff der „Postdemokratie“ gebracht: „Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (...), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert“ (Crouch 2008, S. 13). Könnte die Idee des Grundeinkommens von einer positiven Freiheit erzählen? Vor fünfzig Jahren unterschied der Philosoph Isaiah Berlin in seinem Essay „Two Forms of Liberty“ folgenreich zwischen positiver und negativer Freiheit, zwischen „Freiheit zu“ und „Freiheit von“ (Berlin 2002). Berlin war, wie die meisten liberalen Philosophen, skeptisch gegen-

Die Silhouette einer Frau mit zwei Kindern zeichnet sich im Gegenlicht der Sonne ab. Sozialpolitik wirft grundsätzliche Fragen auf: Wie wirkt es sich kurz- oder langfristig auf das Armutsrisiko von Frauen aus, wenn durch Sozialpolitik Familienarbeit bezahlt wird, z.B. an Kindern in Form von Eltern- oder Betreuungsgeld?

picture alliance/dpa



über positiven Freiheiten. Sie versprechen, so seine Befürchtung, eine einzige Wahrheit. Bei einem antiken griechischen Dichter, Archilochos, entnahm er die Unterscheidung von Füchsen und Igel: „Der Fuchs weiß viele verschiedene Sachen, der Igel aber nur eine.“ Goethe war ihm ein „Fuchs“, Hegel ein „Igel“. Man sollte beide schätzen und nichts desto trotz Berlins Mahnung ernst nehmen. Das Grundeinkommen ist keine allumfassende Patentlösung. Das Grundeinkommen genügt nicht. Aber es scheint gleichwohl unverzichtbar. Warum?

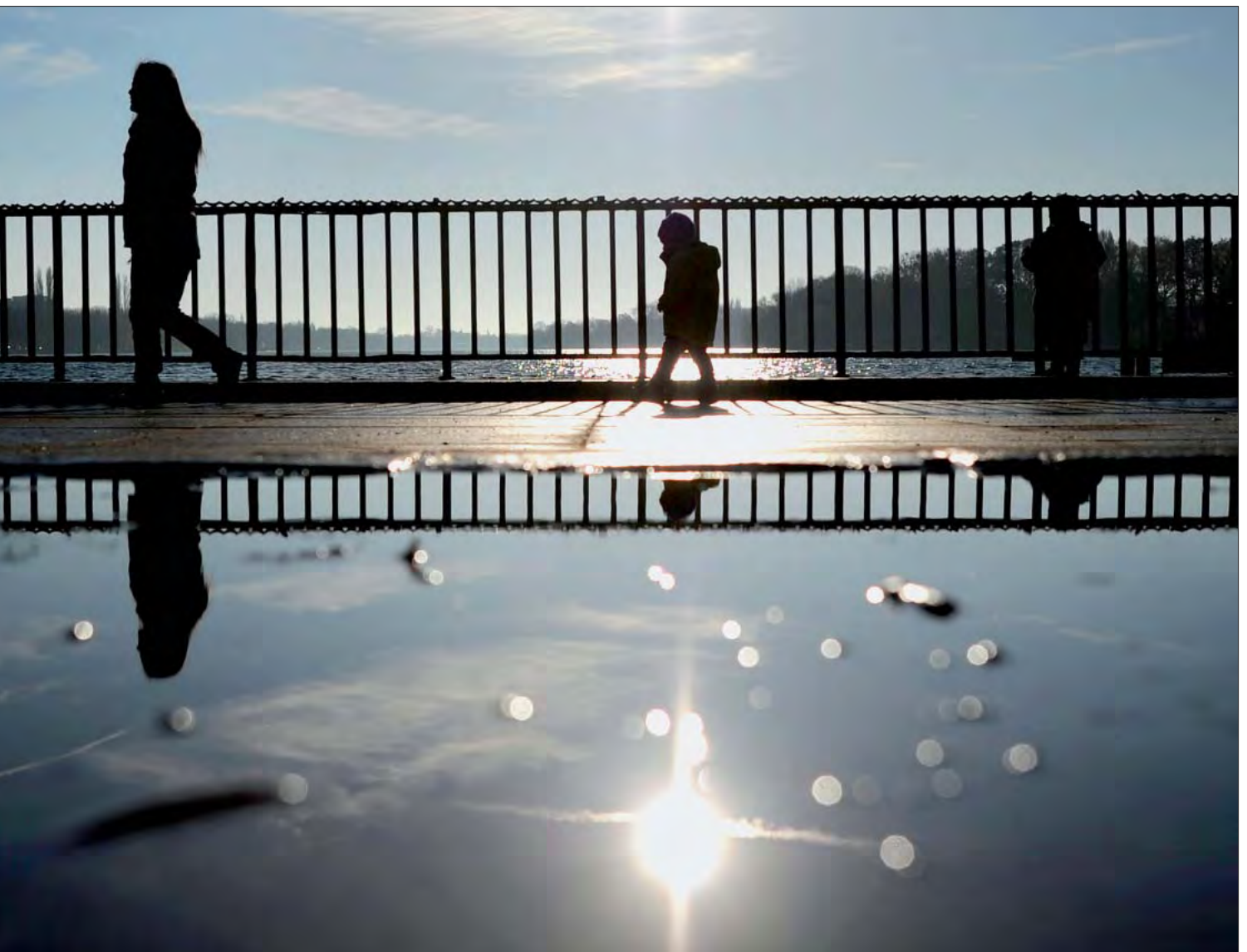
Ein Grundeinkommen ist das Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen, das jedes Mitglied einer Gesellschaft unabhängig von Leistung und Herkunft beanspruchen kann. Eine Gesellschaft mit Grundeinkommen ist eine andere Gesellschaft als die heutige. Sie ist eine Gesellschaft für alle. Ihre Institutionen richten sich zuerst, so die Idee, an den Menschenrechten aus. Eine Grundeinkommensgesellschaft ist kein Paradies, in dem Milch und Honig fließen. Auch in ihr wird gearbeitet, wird es Konflikte geben, Verlierer und Gewinner, wird Leis-

tung gefordert, wird es Angst geben und ihre Überwindung. Aber sie hat die Armut überwunden. Etwa die Hälfte des gesellschaftlichen Einkommens wird vorgängig vor aller weiteren Verteilung über Arbeit oder Vermögen allen Bürgerinnen und Bürgern als Grundrecht garantiert. Eine Grundeinkommensgesellschaft ist eine reiche Gesellschaft, die ihren Reichtum allen Mitgliedern zugänglich macht.

Diese „konkrete Utopie“ wirft gewiss viele Fragen auf. Ein Grundeinkommen ist nicht einfach eine Sozialtechnologie, die von Experten bedacht und umgesetzt werden mag, sondern eine äußerst innovative Gesellschaftsidee, ein vierter, „garantistischer“ Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, genauer: zwischen Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus. Sie erfordert die Demokratie und sie erweitert, erneuert die Demokratie. Ohne Experten wird das Grundeinkommen nicht kommen, ohne die Bürgerinnen und Bürger nie, jedenfalls nicht gut.

Das 21. Jahrhundert ist durch eine verwirrende Gleichzeitigkeit von Globali-

sierung und Individualisierung gekennzeichnet. Das wirft erneut die Frage nach der Möglichkeit sozialer Ordnung – also von Gesellschaft – auf, die zwischen den Einzelnen und einer unübersichtlichen Welt vermittelt. Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Wohlfahrtsstaat, der zentrale Funktionen traditioneller Gemeinschaften, vor allem der Familie, übernahm. Folgt man dem Gedanken, dass die Gesellschaft durch einen fiktiven Vertrag begründet wird und nicht einfach als ein System hierarchischer Herrschaft verstanden werden kann, so stellt sich die Frage, wie dieser „Gesellschaftsvertrag“ (Jean-Jacques Rousseau) unter den neuen Bedingungen denn aussehen soll. Dass die Antwort auch angesichts der aktuellen globalen Finanzmarktkrise die Idee des Grundeinkommens einschließen muss, erfordert erheblichen Begründungsaufwand.



Jeder Vorschlag zur Zukunftsgestaltung der Gesellschaft muss mit seiner Begründung der Komplexität unserer Wirklichkeit gerecht werden. Unsere soziale Ordnung folgt dem Wesen des Menschen. Wir können vier Weltverhältnisse des Menschen unterscheiden: Wir passen uns der Natur an, treten in wirtschaftlichen Verhältnissen im Modus der Arbeit mit ihr und mit anderen Menschen in materiellen Austausch. Wir sind, zweitens, Willenswesen, versuchen unsere Interessen strategisch durchzusetzen und treten in politische Verhältnisse. Zum dritten sind wir führende Wesen, wir kommunizieren und handeln damit in gemeinschaftlichen Verhältnissen. Schließlich und viertens sind wir Denkwesen, wir handeln sinnhaft, als Ich, und finden uns in geistigen, legitimativen Verhältnissen (Opielka 2006). Diese vier Weltverhältnisse finden wir in der Gesellschaft wieder, in ihren hoch differenzierten Teilsystemen von Wirtschaft, Politik, Gemeinschaft und Legitimation. Wirtschaft und Politik sind uns vertraut. Das Gemeinschaftssystem ist weniger bekannt. Dazu gehören Bildung, Wohlfahrt, Öffentlichkeit und Kunst. Auch das Legitimationssystem ist nicht bekannt genug und doch gehören Wissenschaft und Religion weder zu Politik noch zur Wirtschaft. Warum diese Unterscheidungen? Sie können uns zeigen, dass unsere soziale Ordnung fein gefügt und verletzlich ist. Sie können uns auch zeigen, dass jede große Sozialreform auf allen Ebenen bedacht werden muss.



Vier Gerechtigkeitsprinzipien: Leistung, Gleichheit, Bedarf, Teilhabe

Wenn wir über die Idee des Grundeinkommens nachdenken, dann erscheint sie den einen intuitiv so gerecht wie anderen ungerecht. Da hilft Ordnung im Denken. Denn was wir gerecht nennen, folgt womöglich der Ordnung von Mensch und Gesellschaft. So erscheint Liberalen und der Mehrheit der Ökonomen gerecht, was der Leistung am Markt entspricht. Sozialisten wiederum halten für gerecht, was durch den Staat via Umverteilung an Gleichheit erreicht werden kann. Konservativen erscheint gerecht, was in Gemeinschaften, vor allem in Familien und in hierarchischen Schutzverhältnissen, an tatsächlichem Bedarf beurteilt wird.

Damit haben wir die hergebrachten politischen Lager und ihre Gerechtigkeitsideen benannt: Leistungsgerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit. Es fehlt das vierte Lager. Es ist politisch noch unklar geformt. Die grüne Idee der Ökologie und die mit ihr gestellte Gattungsfrage nach

dem Überleben aller kommen ihm nahe. Sie verweist auf die Menschheit, politisch auf die Menschenrechte. Ihr Gerechtigkeitsgedanke ist die Idee der Teilhabegerechtigkeit. Hier scheint auf den ersten Blick die Idee des Grundeinkommens ihre neue Heimat zu finden. Aber wir werden sehen, dass alle vier Lager, alle vier Gerechtigkeitsideen – Leistung, Gleichheit, Bedarf und Teilhabe – ein Grundeinkommen befürworten können (Opielka 2008).

Gerechtigkeitsprinzip Leistung

Beginnen wir mit der wirtschaftlichen Seite des Grundeinkommens. Die Frage, ob ein Grundeinkommen dem Menschen entspricht, hat der Psychoanalytiker Erich Fromm vor vielen Jahren (1966) bejaht: „Der Übergang von einer Psychologie des Mangels zu einer des Überflusses bedeutet einen der wichtigsten Schritte in der menschlichen Entwicklung. Eine Psychologie des Mangels erzeugt Angst, Neid und Egoismus

(was man auf der ganzen Welt am intensivsten in Bauernkulturen beobachten kann). Eine Psychologie des Überflusses erzeugt Initiative, Glauben an das Leben und Solidarität. Tatsache ist jedoch, dass die meisten Menschen psychologisch immer noch in den ökonomischen Bedingungen des Mangels befangen sind, während die industrialisierte Welt im Begriff ist, in ein neues Zeitalter des ökonomischen Überflusses einzutreten. Aber wegen dieser psychologischen ‚Phasenverschiebung‘ sind viele Menschen nicht einmal imstande, neue Ideen wie die eines garantierten Einkommens zu begreifen, denn traditionelle Ideen werden gewöhnlich von Gefühlen bestimmt, die ihren Ursprung in früheren Gesellschaftsformen haben.“ Fromm sah gleichwohl, dass ein Grundeinkommen nicht viel Gutes bewirkt, wenn das kapitalistische Prinzip des „maximalen Konsums“ ungebrochen bliebe. Es müsste vielmehr in ein „System des optimalen Konsums“ verwandelt werden. Darunter schwebte

Das „Netzwerk Grundeinkommen“ wirbt auf dem Streetlife-Festival in München mit T-Shirts. Versteht man die Idee des Grundeinkommens als Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen, das jedes Mitglied einer Gesellschaft unabhängig von Leistung und Herkunft beanspruchen kann, so berührt dies die Frage der Gerechtigkeit als Grundnorm des Politischen.

picture alliance/dpa



ihm vor, den Anteil der öffentlichen Güter und Dienstleistungen erheblich auszuweiten, „dass man das Problem des garantierten Einkommens auch so lösen könnte, dass man alles zum Leben Notwendige – im Sinne eines festgelegten Minimums – kostenlos bekäme, anstatt es bar bezahlen zu müssen“ (Fromm 1986, S. 20, 26, 24). Der Gedanke erinnert an Paul Lafargue, den Schwiegersohn von Karl Marx, der sich in seiner Schrift „Das Recht auf Faulheit“ gegen die Forderung nach einem „Recht auf Arbeit“ stellte und die unkritische Konsum- und Wachstumshoffnung der marxistischen Revolutionäre kritisierte. Die sozialistische Version des Grundeinkommens – öffentliche Versorgungsangebote statt Geld ohne Auflagen – hat sich freilich, bisher jedenfalls, kaum bewährt. Entscheidend bleibt der psychologische Gedanke einer grundlegenden Sicherheit.

Entscheidend ist damit die Beantwortung der Frage, wozu Wirtschaft dient. Sie dient der Bedarfsdeckung. Würde

ein Grundeinkommen dieses Ziel gefährden oder befördern? Die Frage nach Nutzen und Funktion der Wirtschaft muss mit der Frage verknüpft werden, ob alle an ihr und in gleicher Weise teilhaben. Das ist offensichtlich nicht der Fall. Vermögen und Kapital sind äußerst ungleich verteilt. Und auch die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt sind keineswegs für alle dieselben. Die Soziologin Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, argumentierte in einem „Wer würde dann noch arbeiten?“ übertitelten Gespräch mit Götz W. Werner, dem bekannten Grundeinkommensbefürworter, skeptisch: „Für Sie wären 800 Euro Gold wert gewesen, weil sie gute Voraussetzungen hatten, vor allem eine gute Ausbildung. Ein Grundeinkommen schafft nicht automatisch gleiche Zugangschancen. Dieses Gerechtigkeitsprinzip ist in unserer Gesellschaft durchbrochen. Menschen mit niedriger Bildung bekommen schlechte oder keine Jobangebote. Sie vertreten da ein elitäres

Konzept. Denen, die viel haben, wird noch mehr gegeben. (...) Mit 800 Euro im Monat wären die Menschen noch viel zu sehr mit ihrem Überleben beschäftigt. Es müsste viel mehr sein, 2.000 oder 2.500 Euro, was nicht finanzierbar wäre“.¹

800 Euro im Monat für eine Person ist nur wenig mehr als die derzeitige Armutsgrenze, nur wenig mehr als Hartz IV-Empfänger erhalten. Doch bei einem Grundeinkommen wäre das Überleben gesichert. Wenn man mehr will und fast alle wollen mehr, dann wird man dafür sorgen müssen. Doch dies ist dann keine Sorge mehr für das Überleben, sondern für das gute Leben. Das ist ein großer Unterschied. Darum haben auch viele marktfreundliche und selbst marktrelegöse Ökonomen wie Milton Friedman für ein Grundeinkommen plädiert. Die Befürchtung, dass ein Grundeinkommen die Bereitschaft unterhöhlt, erwerbstätig zu sein, wird von ernsthaften Ökonomen kaum mehr vorgetragen. Im Gegenteil: Sie erhoffen sich eine Dynamisierung des Arbeitsmarktes, weil nun auch geringe Einkommen die Leistungsmotivation nicht mehr unterminieren. Jedes zusätzliche Einkommen erhöht im Grundeinkommenssystem das Haushaltseinkommen in relevanter Weise. Armut wäre gebannt und das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit gewahrt, zumindest, was den Zugang zum Arbeitsmarkt betrifft. Gerhard Scherhorn, früher einmal Wirtschaftsweiser und Skeptiker eines Grundeinkommens, erkennt es heute als Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung, wenn es Gemeingüter stärkt und kleine Selbsthilfenetze ermuntert (Scherhorn 2012).

Gerechtigkeitsprinzip Gleichheit

An dieser Stelle werden freilich neue skeptische Stimmen laut. Sie kommen aus der zweiten Gerechtigkeitsebene, von Sozialdemokraten und Sozialisten. Sie befürchten, dass ein zu niedriges Grundeinkommen das Gerechtigkeitsprinzip der Gleichheit verletzt. Das ist ein berechtigter Einwand. Ein gleiches, aber lächerlich geringes Einkommen für alle schafft keine Freiheit für alle. Gleichheit ist die Ebene des Rechts, die geistige Grundlage der Demokratie. Zu oft werden die Möglichkeiten der Politik unterschätzt, die Gleichheit zwischen den Menschen zu befördern. Man mag einwenden, dass Gleichheit auf niedrigem Niveau doch keine Gleichheit sei. Es sei viel sinnvoller, die Arbeitsmarktintegration zu fördern – und sei es mit

staatlichem Zwang. Wenn alle Arbeitnehmer seien, dann könnten sie auf dem Arbeitsmarkt mit Hilfe der Gewerkschaften für Gleichheit kämpfen. Das ist das Programm der „Agenda 2010“, von Hartz IV. Es wird nach wie vor verteidigt. Dass dieser Erfolg um den Preis der Verletzung von Gleichheit und Würde erzielt wurde, können diejenigen berichten, die genau hinsehen (Fehr/Vobruba 2011). Das Gerechtigkeitsprinzip der Gleichheit schließt Autonomie ein. Bürgersein muss mit Würde und Respekt verknüpft sein, mit Anerkennung, wie Hegel erkannte.

Positive Freiheit, „Freiheit zu“, ist mit sozialer Demokratie, mit sozialistischem Denken auf das engste verknüpft. Daher war der Liberale Berlin skeptisch und befürchtete ein anderer Liberaler, der Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek, Spiritus Rector der Freiburger Schule, vor 50 Jahren, dass mehr als zehn Prozent Staatsquote Sozialismus bedeute. Das ist heute weltweit die Regel. Öffentliche Güter haben für die große politische Mehrheit ihren Schrecken verloren, mehr noch, die Menschen sehen, dass sie in einer hoch arbeitsteiligen, globalisierten Welt unverzichtbar sind. Gleichheit ist, wie Bevölkerungsumfragen den irritierten Eliten vorgehalten, ein Wert der Deutschen – und der Europäer. Gleichheit steht, so könnte man das deuten, als Symbol für Sicherheit. Das Institut für Demoskopie Allensbach stellt seit 1955 die Frage: „Würden Sie gerne in einem Land leben, in dem es keine Reichen und Armen gibt, sondern alle möglichst gleich viel haben?“ Die Antworten der Deutschen – bis 1989 nur der Westdeutschen – überraschen: 1955 wollten das 49 Prozent nicht, 40 Prozent schon. Die 1960er-Jahre brachten eine Kehre: 1971 antworteten 51 Prozent mit Ja und 37 Prozent mit Nein. Während die Ja-Antworten auch 2008 mit 47 Prozent hoch waren, sank der Anteil derjenigen, die ausdrücklich widersprechen: nur noch 29 Prozent der Deutschen wollen in einem solchen Land lieber nicht leben. In derselben Befragung sahen 67 Prozent der Deutschen in der Aussage „Der Staat sorgt für eine Grundsicherung, damit niemand in Not gerät“ einen Ausdruck sozialer Gerechtigkeit (Petersen 2008). Man ist also nicht einsam in Deutschland, wenn mit der Idee des Grundeinkommens auch die Idee der Gleichheit verfolgt wird – einsam ist man nur unter den Eliten.

Es ist ein merkwürdiger Bruch zwischen oben und unten in Deutschland beim Thema Gleichheit und Gerechtigkeit. Ende 2006 stellte die Bertelsmann-Stiftung gut 1.000 repräsentativ ausgewählten deutschen Abgeordneten aus Ländern, Bund und Europa die Frage,

die Allensbach seit Jahrzehnten allen Bürgern stellt: „Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht?“ 60 Prozent der Mandatsträger sagten Ja, 28 Prozent Nein, der Rest enthielt sich. Bei der Bevölkerung ist es genau umgekehrt: Ende 2006 sagten 56 Prozent Nein, im Sommer 2008 sogar 68 Prozent (Vehrkamp/Kleinsteuber 2006, S. 6; Petersen 2008). Ist das schon „Postdemokratie“ – oder schlicht die Abgehobenheit der Eliten, die Unfähigkeit zu fühlen, was den Bürgerinnen und Bürgern Sorge bereitet?

Gerechtigkeitsprinzip Bedarf

Kommen wir zum dritten Gerechtigkeitsfeld und seiner Bedeutung für das Grundeinkommen. Es ist die Welt der Gemeinschaft, des Kommunitarismus, die Welt von Liebe, sozialer Integration, von Wärme und Anerkennung, von Familie und sozialem Engagement. Es ist die Welt des Konservativen, wie der sizilianische Fürst in Guiseppe Tomasi di Lampedusas Roman „Der Leopard“ durch seinen Neffen belehrt wurde: „Wenn alles so bleiben soll, wie es ist, muss sich alles ändern.“ Hier herrscht die Gerechtigkeitsidee des Bedarfs, nur die „wirklich Bedürftigen“ sollen etwas bekommen. Beurteilen kann es nur die Gemeinschaft, der Pater familias, der Stammesführer, der Chef, der Oberbeamte. Das klingt wie eine Karikatur des Konservativen, mag man einwenden und dagegenhalten, dass für moderne Konservative Gemeinschaft und die Idee der Bedarfsgerechtigkeit kein Widerspruch ist zu Leistung und Gleichheit, zu Markt und Staat. Gleichwohl, der Geruch des Konservativen, das „innere Jerusalem“ ist die Gemeinschaft, meist mythisch überhöht, Volk, Vaterland, Familie, Stand. Passt das zur Idee des Grundeinkommens? Einfach ist es nicht. Der frühere Ministerpräsident Thüringens, Dieter Althaus, hat es vorgemacht (Althaus/Binkert 2010). Im Übrigen auch Lady Juliet Rhys-Williams. Die erste Autorin einer „Negativen Einkommensteuer“ im England der 1940er-Jahre war eine Konservative. Der kluge Konservative weiß, dass Gemeinschaft „mit Kuhwärme allein“ in einer modernen globalisierten Welt „verdampft“. Man muss nicht gleich an „Volksgemeinschaft“ oder – weniger kontaminiert – an die schwedische Idee des „Volkshomes“ denken, des umfassenden Wohlfahrtsstaats, um Gemeinschaft weiter zu fassen. Der Wohlfahrtsstaat ist eine Form der gesellschaftlichen Gemeinschaft. Und was spricht dagegen, Gemeinschaft und Bedarf moderner zu

denken, ganz vom Einzelnen her, Gemeinschaft als Form des freien Willens, Bindung als Folge von Freiheit zu verstehen?

Unterhalb dieser abstrakten Gedanken findet sich die Wirklichkeit der Familien. Sie setzt, recht gedeutet, Impulse für ein Grundeinkommen. Die Idee des Erziehungsgehaltes, vertreten von Linken, wie der früheren Lafontaine-Ehefrau Christa Müller, und von Konservativen wie der CSU in Form des freilich monetär bescheidenen „Betreuungsgeldes“, vertritt die Anerkennung der Erziehungsleistung als gesellschaftlicher Arbeit. Sie ist durchaus mit der Idee des Grundeinkommens verwandt und keineswegs rückwärtsgewandt und armutsfördernd (Kamerma/Moss 2009, Müller/Opielka 2012). Ein Grundeinkommen anerkennt die Leistung in Gemeinschaften pauschal und ohne Nachweis.

Gerechtigkeitsprinzip Teilhabe

Nun haben wir drei Begründungsebenen des Grundeinkommens untersucht, drei Versuche, „Gesellschaft für alle“ in den Ideenwelten der vorfindbaren drei politischen Lager und ihren Ordnungsleidenschaften zu entdecken. Wir kommen nun zur vierten, letzten und sicher komplexesten. Es ist die Welt der Ideen selbst, die Welt des Sinns, geordnet vor allem durch Wissenschaft und Religion. Ihre markante Form nimmt heute die Zivilreligion der Menschenrechte ein. Inklusion aller in alle Funktionssysteme der Gesellschaft, so hat Niklas Luhmann anschließend an den großen amerikanischen Soziologen Talcott Parsons) die Aufgabe des Wohlfahrtsstaates benannt. Teilhabe aller an allen Funktionssystemen – diese Inklusion ist das Wertprogramm der modernen Sozialpolitik, das Programm gegen die Exklusion, gegen den Ausschluss. Die Pointe und zugleich der philosophische Lackmustest ist das Kriterium der Voraussetzunglosigkeit, der Bedingungslosigkeit. Menschenrechte, Grundrechte gelten unbedingt. Ihre Grenze ist allein das Grundrecht des anderen. Das Recht auf freie Rede hat Jahrhunderte gewartet und ist noch heute fragil. Die negativen Freiheiten, die Grundrechte gegen eine übermächtige Herrschaft bleiben unverzichtbar und müssen gegen Monopole und Fanatiker immer wieder erkämpft werden. Wir sind hierzulande tolerant geworden, wir halten es aus, wenn negative Freiheiten gebraucht und selbst, wenn sie missbraucht werden.

Halten wir das auch aus, wenn es um die positive Freiheit des Rechts auf ein Einkommen geht? Warum fällt es so vielen so schwer, auch dem Armen zuzuge-

stehen, dass er mit seinem Geld schlecht wirtschaftet? Warum schimpfen Medien und Politiker über das Popcorn essende, schlicht fernsehende Prekariat und sprechen mit neidvollem Respekt über die Luxusgewohnheiten der Empfänger staatlicher Banken- und Steuer-subsventionen? Vielleicht hat die weltweite Finanzkrise darin ihr Gutes. Sie kann zeigen, dass unbedingte Rechte, dass das Recht auf ein Grundeinkommen ein wenig mit Wirtschaft und Leistung, viel mehr aber mit den drei anderen Dimensionen des Menschen- und Gesellschaftswesens zu tun hat: mit der Gleichheit von Recht und Politik, mit der Anerkennung in Gemeinschaften und, vielleicht am meisten, mit dem Respekt vor dem Sinn eines jeden Lebens. Das Grundeinkommen als Menschenrecht in einer Gesellschaft für alle, das wäre nicht wenig.

Bildungspolitik gegen Armut?

Kehren wir am Ende unseres Ausfluges zurück zur Ausgangsfrage: Hilft Bildung gegen Armut? Wir haben anhand der Diskussion des Grundeinkommens einen Gedanken untersucht, der in der Sozialpolitikwissenschaft als „Dekommodifizierung“, d. h. als Entkopplung von Lebenschancen und Arbeitsmarkt bezeichnet wird. Während „Kommodifizierung“ auf die Verwandlung der Arbeitskraft in die Warenform (engl. commodity/lat. commoditas) abzielt, will eine dekommodifizierende Politik arbeitsmarktexterne Existenzmöglichkeiten schaffen. Wir haben gesehen, dass auch hier die unterschiedlichen politischen Weltbilder ganz Unterschiedliches vertreten. Sozialpolitik ist vor allem auch ein Kulturprojekt (Oorschot u. a. 2008). Wissenschaft kann beim Verständnis des Denkens anderer, aber auch bei der Einordnung der eigenen Position helfen.

Lässt sich von einer „neuen Wohlfahrtsstaatlichkeit“ sprechen, wenn Bildungspolitik systematisch mit Sozialpolitik analysiert wird? Und welche Rolle spielt darin das Konzept des „Sozialinvestitionsstaates“? Jutta Allmendinger und Rita Nicolai konnten zeigen, dass die leistungsfähigsten Länder „gleichermaßen auf den Bildungs- und auf den Sozialstaat“ setzen (Allmendinger/Nicolai 2010, S. 116). Allerdings hat dies nichts damit zu tun, dass diese Länder die Idee der Dekommodifizierung verlassen und auf „Aktivierung“ und „workfare“ setzen oder ein merkantiles Verständnis von „Humankapital“ generalisieren; eher im Gegenteil: Man kann dies gut daran erkennen, dass in diesen – nicht nur skandinavischen – Wohlfahrtsstaaten (mit je unterschiedlichen Akzenten beispiels-

weise in Frankreich und der Schweiz) der Bürgerstatus und an ihn anknüpfende Leistungsansprüche eine große Rolle spielen. Gerade wenn moderne Wohlfahrtsstaaten erfolgreich in Kinder und Familien investieren (Esping-Andersen 2002; Mühling/Schwarze 2011; Müller/Opielka 2012), machen sie dies in der Regel zugleich in Dienst- und in Geldleistungen – und wirken dadurch steuerungstheoretisch „konservativ“, aber dann darüber dekommodifizierend. Wenn die Bertelsmann Stiftung, bekannt als eher liberal bis sozialliberal orientierter Think-Tank, ein Lob auf die „universalistischen Wohlfahrtsstaaten“ (Esping-Andersen) Nordeuropas singt: sie seien „doch offenbar insgesamt am besten in der Lage, für gleiche Verwirklichungschancen innerhalb ihrer Gesellschaften zu sorgen“ (Bertelsmann Stiftung 2011, S. 31), so klingt Realitäts-erkenntnis an. Ein „Sozialinvestitionsstaat“ als neues Wohlfahrtsstaatsmodell erscheint im Blick der Regimetheorie vor allem dann zukunftsweisend, wenn er möglichst viele garantistische Elemente vertritt und die Bürgerinnen und Bürger im gesamten Lebenslauf unabhängig vom Arbeitsmarkt absichert, indem er in sie „investiert“. Dass dieses Konzept in einer Wissensgesellschaft auch ökonomisch erfolgreich sein dürfte, mag paradox erscheinen. Für Sozio-



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Michael Opielka ist Professor für Sozialpolitik an der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena und Wissenschaftlicher Direktor des IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin. Zuvor war er u. a. Rektor der Alanus Hochschule Alfter, Abteilungsleiter am Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg und Bereichsleiter der Karl-Kübel-Stiftung für Kind und Familie in Bensheim. Er studierte Rechts- und Erziehungswissenschaften an der Universität Tübingen, promovierte 1996 in Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und habilitierte 2008 mit einer Arbeit zu Werten im Wohlfahrtsstaat für Soziologie an der Universität Hamburg. Seine Schwerpunkte sind Sozialpolitik, Zukunftsforschung, Soziale Arbeit, Kultur- und Religionssoziologie.

logen ist es dies allerdings nicht, wissen sie doch, dass Gesellschaft weit mehr ist als nur Wirtschaft und Markt. Inklusion muss durch wohlfahrtsstaatliches Handeln in alle Funktionssysteme ermöglicht werden. Gelingt dies, dann reduziert sich auch soziale Ungleichheit und damit Armut.

LITERATUR

Allmendinger, Jutta/Nicolai, Rita (2010): Bildungs- und Sozialpolitik: Die zwei Seiten des Sozialstaats im internationalen Vergleich. In: Soziale Welt, 1–2 /2010, S. 105–119.

Althaus, Dieter/Binkert, Hermann (2010): Solidarisches Bürgergeld. Den Menschen trauen. Berlin, Isaiah (2002/1958): Two Forms of Liberty. In: Berlin Isaiah: Liberty. Oxford u. a., S. 166–217.

Bertelsmann Stiftung (2011): Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland? Sustainable Governance Indicators 2011. Gütersloh.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main.

Esping-Andersen, Gøsta et al. (2002): Why We Need a New Welfare State. Oxford.

Fehr, Sonja/Vobruba, Georg (2011): Die Arbeitslosigkeit vor und nach der Hartz IV-Reform. In: WSI-Mitteilungen, 5/2011, S. 211–217.

Fromm, Erich (1986): Psychologische Aspekte eines garantierten Einkommens für alle. In: Opielka, Michael/Vobruba, Georg (Hrsg.): Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Frankfurt am Main, S. 19–27.

Kameran, Sheila B./Moss, Peter (Hrsg.) (2009): The Politics of Parental Leave Politics. Children, Parenting, Gender and the Labour Market. Bristol.

Mühling, Tanja/Schwarze, Johannes (Hrsg.) (2011): Lebensbedingungen von Familien in Deutschland, Schweden und Frankreich. Ein familienpolitischer Vergleich. Opladen.

Müller, Anja/Opielka, Michael (Hrsg.) (2012): Kann Liebe Arbeit sein? Kontroversen um bezahlte Elternschaft. Wiesbaden.

Oorschot, Wim van/Opielka, Michael/Pfau-Effinger, Birgit (Hrsg.) (2008): Culture and Welfare State. Values and Social Policy in Comparative Perspective. Cheltenham.

Opielka, Michael (2006): Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons. 2. Auflage, Wiesbaden.

Opielka, Michael (2008): Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven. 2. Aufl., Reinbek bei Hamburg.

Opielka, Michael (2009): Gesellschaft für alle. Grundeinkommen als positive Freiheit. In: soziologie heute, 3/2009, S. 12–17.

Petersen, Thomas (2008): Die gefühlte Ungerechtigkeit. In: FAZ v. 23.7.2008.

Scherhorn, Gerhard (2012): Grundeinkommen und Nachhaltige Entwicklung. In: Götz, Werner W./Eichhorn, Wolfgang/Friedrich, Lothar (Hrsg.): Das Grundeinkommen. Würdigung – Wertungen – Wege. Karlsruhe, S. 68–83.

Vehrkamp, Robert B./Kleinstüber, Andreas (2006): Soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter deutschen Parlamentariern. Gütersloh.

ANMERKUNGEN

1 „Wer würde dann noch arbeiten?“ Jutta Allmendinger und Götz Werner im Gespräch. In: chrismon, 10/2008, S. 41.

Altersarmut

Christoph Butterwegge/Gerd Bosbach/
Matthias W. Birkwald (Hrsg.):
**Armut im Alter. Probleme und
Perspektiven der sozialen Sicherung.**

Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York
2012. 393 Seiten, 19,90 Euro.

Altersarmut galt in der Bundesrepublik Deutschland zum Ende des 20. Jahrhunderts aufgrund der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung als weitestgehend überwunden. Während der vergangenen Jahrzehnte war das Armutsrisiko älterer Menschen eher eine Randerscheinung. Heute hat sich Altersarmut zu einem ernstzunehmenden gesellschaftlichen Problem entwickelt. Durch die Zunahme der Einkommensarmut insbesondere bei Personen im mittleren Alter, die noch vor dem Eintritt in den Ruhestand stehen, ist in den kommenden Dekaden mit einem merklichen Anstieg der Armutsrisiken im Alter zu rechnen. Dies hängt zum einen mit einem Paradigmenwechsel in der Alterssicherung zusammen, in dessen Folge der privaten Altersvorsorge eine größere Bedeutung zukommt. Die Möglichkeiten hierzu sind jedoch sozial ungleich verteilt, so dass finanziell schlechter gestellte Personen zunehmend armutsgefährdet sind. Zum anderen ist Armut im Alter auch eine Folge von Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, beispielsweise der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse.

Als die etablierten Parteien das Prinzip der Lebensstandardsicherung bei der gesetzlichen Rente aufgaben, Formen der privaten Altersvorsorge in den Mittelpunkt rückten und eine „neue“ Arbeitsmarktpolitik praktizierten, wurden die Weichen in Richtung vermehrter Altersarmut gestellt. Lückenhafte Erwerbsverläufe durch Mehrfach- und Langzeiterwerbslosigkeit, Niedriglöhne und erzwungene Teilzeitbeschäftigung mit entsprechend geringen Beitragszahlungen sowie die Kürzungsfaktoren in der gesetzlichen Rentenformel werden zukünftig tiefe Spuren hinterlassen.

Der Anteil armutsgefährdeter Menschen in Deutschland lag im Jahr 2010 bei 15,6 Prozent (Datenbasis: EU-SILC). Kein Wunder, dass es immer mehr Ruheständler und Ruheständlerinnen gibt, die einem Minijob nachgehen. Vielerorts gehören Senioren, die frühmorgens Zeitungen austragen oder in Müllcontainern nach Pfandflaschen suchen, denn auch längst zum „alltäglichen“ Stadtbild.

In dem vorliegenden, von Christoph Butterwegge, Gerd Bosbach und Mat-

thias W. Birkwald herausgegebenen Band geben Experten und Expertinnen einen Überblick über die aktuellen Risiken, Erscheinungsformen und Ursachen von Altersarmut in Deutschland. Ebenfalls diskutiert werden Maßnahmen für eine gerechte und solidarische Alterssicherung. Das Buch behandelt im ersten Kapitel „Altersarmut gestern, heute und morgen“ grundlegende Aspekte des Themas. Die Entwicklung des Sozialstaats, der gesetzlichen Rentenversicherung und der Altersarmut werden ebenso nachgezeichnet, wie deren Verhältnis zueinander diskutiert und der Reformbedarf skizziert wird. So beschreibt Christoph Butterwegge, an der Universität zu Köln lehrender Politikwissenschaftler und renommierter Experte der Armuts- und Ungleichheitsforschung, im einführenden Beitrag die Strukturveränderungen auf der institutionellen Ebene des Sozialstaates und die Reformen des Alterssicherungssystems. Auf der so genannten diskursiven Ebene werden bevorzugte Erklärungsmuster (z. B. der demografische Wandel) auf ihre nur scheinbare Schlüssigkeit hin analysiert. Auf der strukturellen Ebene schließlich werden die Auswirkungen des Sozialabbaus im Alter analysiert. Altersarmut ist – so das Fazit – kein Zufallsprodukt noch ein bloßes Zukunftsproblem, sondern eine bedrückende, politisch erzeugte Zeiterscheinung.

Das zweite Kapitel ist den Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Armut im Alter gewidmet. Es geht um die Rolle des Arbeitsmarktes sowie den Einfluss des Geschlechts und der räumlichen Herkunft, d. h. die spezifischen Probleme der Alterssicherung in Ostdeutschland. Jutta Schmitz (Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen) erörtert in ihrem Beitrag „Der Arbeitsmarkt als Armutsfalle“ die grundlegenden Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt sowie das damit einhergehenden Risiko- und Problempotential. So sind es vor allem drei Trends (anhaltende (Langzeit-)Arbeitslosigkeit; die Ausweitung des Niedriglohnsektors; prekäre Arbeitszeitmuster), die sich auf die zukünftige Entwicklung der Altersarmut auswirken dürften. Carolin Butterwegge (Hochschule Fulda) und der Sozialwissenschaftler Dirk Hansen diskutieren die insbesondere unter Frauen verbreitete Altersarmut und beleuchten die verschiedenen Ursachenkomplexe des Problems. Ein Beitrag zu gesundheitlichen Konsequenzen von Armut ergänzt diesen Teil.

Im dritten Abschnitt werden bekannte Erklärungsansätze unter die Lupe ge-

nommen. Mehrere Autoren widerlegen die üblichen Begründungsmuster für Altersarmut wie Demografie, mangelnde „Generationengerechtigkeit“ und ökonomische Sachzwänge. Ernst Kistler und Falko Trischler (Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie/INIFES) zeichnen in ihrem Beitrag „Altersarmut und Methusalem-Lüge“ nach, wie die Senkung des Rentenniveaus mit „demografischen Mythen“ begründet wird. Nicht unerwähnt bleiben auch die von den Privatisierungsgewinnern im Rentenreformprozess angewandten Methoden zur Durchsetzung ihrer Interessen. Diana Wehla (Referentin beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen) schildert die „Rentenpolitik unter Druck“ und beschreibt Einflussnahme sowie Lobbying der Finanzbranche am Beispiel der Riester-Rente. Die Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Finanzausschusses und von ehemaligen Regierungsmitgliedern während der 14. Legislaturperiode (1998–2002) sind u. a. ein Beleg für personelle Verflechtungen und interessenspolitische Bindungen zur Finanzbranche.

Im vierten Abschnitt wird die Situation aus der Sicht zivilgesellschaftlicher Organisationen beschrieben. Repräsentantinnen und Vertreter des Sozialverbandes Deutschland, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der IG Metall knüpfen daran Überlegungen, wie das Problem gelöst werden kann. Eine wissenschaftliche Analyse der nur beschränkten Möglichkeiten privater Wohltätigkeit beendet dieses Kapitel. So wird am Beispiel der Tafeln gegen Altersarmut aufgezeigt, dass eine dauerhafte und zuverlässige Versorgung verarmter Rentnerinnen und Rentner durch wohltätige Organisationen – wie die Tafeln – nicht garantiert werden kann. Letztlich tragen Tafeln als moderne Form der Armenfürsorge zur Privatisierung sozialer Risiken bei. Gefragt sind vielmehr präventive politische Lösungen.

Der fünfte Abschnitt schließlich enthält Einschätzungen und Alternativvorschläge führender Renten- und Sozialpolitiker von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken. Unter dem Gesichtspunkt der Kontroversität hätte es dem Band gut zu Gesicht gestanden, wenn auch andere (partei-)politische Positionen zu Wort gekommen wären. Dies hätte dem (Erkenntnis-)Wert beileibe nicht geschadet. Eine kommentierte und ausführliche Datensammlung sowie eine Auswahlbibliografie runden den Band ab. Durch die unterschiedlichen Sichtweisen werden viele Facetten des

Themas Armut im Alter beleuchtet. Mit hin ein Buch, dem man angesichts der drängenden und in Politik und Öffentlichkeit immer noch missachteten Problematik viele Leserinnen und Leser wünscht.

Siegfried Frech

Vom Schreiberling zum Abenteurer und Auflagenkönig

Rüdiger Schaper:

Karl May. Untertan, Hochstapler, Übermensch.

Siedler Verlag. München 2011.
240 Seiten, 19,99 Euro

Generationen haben die grünen Bände mit der Goldprägung auf dem Buchrücken verschlungen (gelegentlich auch mit der Taschenlampe unter der Bettdecke oder heimlich unter der Schulbank während langweiliger Unterrichtsstunden)! Albert Einstein, Karl Liebknecht, Ernst Bloch und Martin Walser zählten bzw. zählen zur Fangemeinde. Das Gesamtwerk hat eine geschätzte weltweite Auflage von 200 Millionen Büchern. Wenn Bücher Fantasiewelten schaffen sollen, ist Karl May bis heute einer der erfolgreichsten deutschen Schriftsteller. Mit seinen Abenteuerromanen aus dem Wilden Westen und dem Orient hat er den Vorstellungskosmos ganzer Generationen geprägt.

Geprägt wurde die Vorstellungswelt heutiger Generationen mehr noch durch das Kino. Die Eintrittskarte für die Filme mit Lex Barker und Pierre Brice war eine Verheißung. Horst Wendlandts Verfilmungen, unterlegt mit der von Horst Böttcher komponierten Filmmusik, haben die Kindheit ganzer Alterskohorten geprägt. Angesichts der Wiederholungen im Fernsehprogramm anlässlich diverser Feiertage suchen die inzwischen Erwachsenen verzweifelt im Programmheft nach Alternativen! Handelt es sich aus der Sicht des abgeklärten Erwachsenen doch um Kitsch. Und wer leugnet nicht schon gerne seine Kindheitsträume und die kleinen medialen Fluchten. Bevor „Rockmusik und Mädchen (...) die besseren Abenteuer“ (S. 122) versprochen, war in diesen Filmen moralisch alles eindeutig geordnet: Die Welt ist groß, exotisch, bunt und die Guten gewinnen (zumeist). Wen wundert es, dass die DDR, deren Kulturbürokratie Karl May lange in ein Reservat verbannte, mit Gojko Mitic den „besseren und wahren“ Winnetou auf die Leinwand brachte. Wie erklärt sich der Erfolg von Bully Herbigs Wildwest-Komödie „Der Schuh des Manitu“?

Zwölf Millionen Zuschauer haben den Kinofilm gesehen, der gelegentlich recht einfältig daher kommt, von Klischees über Homosexuelle lebt, mit Fummel und überzogenen Parodien um die Gunst des Publikums buhlt. Sind wir nicht alle ein bisschen Indianer?

Zu Karls Mays 100. Todestag am 30. März 2012 ist von Rüdiger Schaper, Leiter des Kulturressorts des Berliner Tagesspiegels, eine kenntnisreiche und überaus lesenswerte Biografie erschienen, die um die problematischen Zusammenhänge im Leben des manisch schreibenden Sachsen weiß und trotz aller Ernsthaftigkeit mit dem Stilmittel der Ironie arbeitet.

Worauf beruht der Mythos, der um Karl May kreist? Im Grunde setzt sich der Mythos aus drei Legenden zusammen: Die erste Legende behauptet, dass drei Personen – Karl May alias Old Shatterhand alias Kara Ben Nemsis – nur eine gewesen sei. (2) Die zweite Legende besagt, dass Karl May alle Länder, die er ohne Furcht und Angst am Schreibtisch erdacht hat, auch wirklich bereist und die Geschichten selbst erlebt hat. (3) Die dritte Legende schließlich konstruiert die Biografie eines ehrenhaften und anständigen Bürgers resp. Schriftstellers. Nichts davon ist wahr! Karl May war vielmehr ein „Untertan, Hochstapler“ und prahlsüchtiger „Übermensch“ – so der Untertitel von Rüdiger Schapers Biografie. Als fünftes von 14 Kindern wird Karl May am 25. Februar 1842 in Ernstthal im Erzgebirge geboren. Die Kindheit war geprägt von einem tyrannischen Vater, einer fürsorglichen Mutter und einer als Erzählerin hoch begabten Großmutter. Vom ehrgeizigen Vater getrieben, der aus seinem Sohn „etwas Besseres“ machen will, tritt der Sohn 1856 in ein Lehrerseminar ein und durchlebt die kommenden Jahre „Gefängnisse des Lebens“ (S. 63). Der Hochbegabte leidet unter den unsinnigen Ritualen eines streng reglementierten Lebens, unter permanenter Aufsicht und dem wenig geistreichen Takt der Lehrerausbildung. Die Bagatelldelikte häufen sich. Nach abgeschlossener Ausbildung unterrichtet er für kurze Zeit, wird wegen einer angeblich „nur ausgeliehenen“ Taschenuhr wiederum mit Freiheitsentzug bestraft und landet schlussendlich als Wiederholungstäter und steckbrieflich Gesuchter im Zuchthaus. Der dortige Anstaltsgeistliche erkennt sein Talent, besorgt ihm Lektüre und fördert erste Schreibversuche. May erstellt Arbeitspläne, schreibt Manuskripte, die von den Eltern an Verleger vermittelt werden. Nach der Entlassung ist Karl May

32 Jahre alt und hat bis dahin unter ständiger Aufsicht gestanden.

Er verdingt sich zunächst als „Autorenklave auf der Galeere der Kolportageverlage“ (S. 74) und schreibt unermüdlich. Schaper präsentiert die durchaus respektable Rechnung, dass May in seinen folgenden 35 Autorenjahren ca. 50.000 Manuskriptseiten gefüllt hat. Pro Jahr ergibt dies 1.430 Seiten und pro Tag schließlich vier Manuskriptseiten. In der Summe beläuft sich die Gesamtzahl seiner Veröffentlichungen – alle Bücher, Broschüren, Streitschriften, Hefte usw. mitgerechnet – auf eine Zahl von rund 600 Titeln, die unter seinem Namen oder einem Pseudonym veröffentlicht wurden. May kompiliert, poetisiert und fabuliert. Der ganze Globus ist in seinem Kopf! Er „schweift durch Gottes weite Welt, von Patagonien bis zum Berg Ararat, von den Alpen bis zur Sahara“ (S. 86). Er errichtet wahre „Kolonien der Fantasie“ (S. 107), erfindet Helden und edle Übermenschen, straft Bösewichter und bastelt an seiner eigenen Heldenlegende, an seiner „persönlichen Mär“. Gleichzeitig ist er ein Kind seiner Zeit. Selbstüberhebung, Großmannssucht und die nationalistischen Überlegenheitsfantasien des Wilhelminischen Zeitalters prägen auch Mays Werk. Das Bild des edlen Wilden Winnetou, der noch kurz vor seinem Tod von Old Shatterhand zum Christentum bekehrt wird, kontrastiert mit dem kindlichen und ewig plaudernden Gefährten Hadschi Halef Omar, dem Kara Ben Nemsis gönnerhaft und belehrend begegnet. Im gleichen Atemzug schreckt der „edle Deutsche“ jedoch nicht davor zurück, „böse“ Muslime ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Gleichzeitig offenbaren sich in öffentlichen Auftritten und in Streitschriften aber auch Widersprüchlichkeiten zwischen Werk, Denken und öffentlichen Reden. Karl May hat die deutsche Kolonialpolitik, die Dominanz der europäischen Zivilisation in öffentlichen Vorträgen scharf gegeißelt – durchdrungen von einem naiven Pazifismus und dem Ideal einer friedlichen Weltgemeinschaft. Insofern stehen seine Ideen von Versöhnung und einer Welt ohne Gewalt konträr zum Zeitgeist.

Nachdem es der Außenseiter zum Emporkömmling gebracht, eine schicke Villa in Radebeul – die „Villa Shatterhand“ – erworben hat, scheint auch sein Privatleben in wohlgeordnete Bahnen zu geraten. 1876 lernt May Emma Lina Pollmer kennen und lieben. Die „umschwärmte Dorfschönheit“ (S. 125) wird Mays erste Ehefrau. Seine ihm Angevertraute ist getrieben von gesellschaftli-

chem Ehrgeiz, liebt die Öffentlichkeit, erkennt aber bald, dass sie in einem goldenen Käfig gefangen ist. Angesichts des alltäglichen Schreibpensums des werten Gatten, der sich in einem Büro einigelt wie einer Wagenburg, kehrt bald Langeweile ein. Die 22-jährige Ehe wird zur Hölle für beide und 1903 endlich rechtskräftig geschieden. May reagiert mit einem „literarischen Mordversuch“ (S. 133) und veröffentlicht bittere und ordinäre Pamphlete. Nur wenige Wochen nach der Scheidung heiratet May die Witwe eines Freundes, Klara Plöhn, die ihm im noch verbleibenden letzten Jahrzehnt eine Stütze war.

Im Alter von 57 Jahren verlässt May 1899 sein „Fort“ in Radebeul und bricht zu einer Orientreise auf, die allerdings im Desaster endet. Die Wirklichkeit erweist sich gänzlich anders als all die Kopfgebirten. Er blickt auf einem Touristenkamel ernst und bedeutungsschwanger in die Kamera, klagt über

die unzureichende Bequemlichkeit und all den Schmutz. Der in Schapers Biografie wiedergegebene Dienstvertrag (S. 161) mit einem ägyptischen Begleiter offenbart Mays kleinbürgerliche Geisteshaltung. Die einzelnen Paragraphen sind akribisch, bürokratisch und kleingeistig bis ins Mark – vom „generösen Effendi keine Spur“ (S. 161). Fern der heimischen Schreibstube muss er erkennen, dass sich die Welt eben nicht nach seinem Geist und Willen ordnen lässt. Nach zwei Nervenzusammenbrüchen kehrt der „Weltbürger“ 16 Monaten später in die „Villa Shatterhand“ zurück. Auch eine 1908 absolvierte Amerikareise verlief ähnlich deprimierend. Der wackere und kundige Westmann Old Shatterhand schlägt sich als 66-jähriger „Amerika-Neuling mit dem Baedeker in der Hand durch Neuengland“ (S. 196).

Seine letzten Jahre waren von Pressekriegen und unzähligen Prozessen begleitet. Pädagogen wettern gegen die

„Volksgehirnerweichung“ (S. 179) in seinen Büchern, nennen ihn einen „Schmutzliteraten“ und „Schwindler“. May zieht sich zurück und gerät immer mehr in die Defensive. In diesem „Kulturkampf“ erfährt er Unterstützung von Karl Kraus, Georg Heym, Erich Mühsam und Georg Trakl. Am 22. März 1912 hält May, nach längerer Krankheit, seine berühmte „Wiener Friedensrede“ und philosophiert – so die einschlägige Tagespresse – in schwer verständlichen Ausführungen über das Motto „Empor ins Reich der Edelmenschen“. Mit einer Erkältung kehrt er nach Radebeul zurück und betritt am 30. März 1912 die „ewigen Jagdgründe“.

Der Siegeszug seiner Bücher im 20. Jahrhundert stand freilich noch bevor. Jenseits aller literaturtheoretischen Diskurse bleibt anlässlich des 100. Todestages die von Rüdiger Schaper trefflich formuliert Erkenntnis. „Karl May ist eine Glaubensfrage.“

Siegfried Frech

Die Didaktische Reihe

Ein Muss für Gemeinschaftskundelehrer



Die didaktische Reihe der Landeszentrale

- beinhaltet Standardwerke der politischen Bildung
- veröffentlicht erfolgreiche Praxisbeispiele politischer Bildungsarbeit
- setzt bundesweit Impulse
- greift Desiderate auf
- offeriert neue didaktische Handlungsfelder
- begleitet und fördert die Diskussion der Didaktik politischer Bildung

Bestellung: 5 Euro zzgl. Versand

Landeszentrale für politische Bildung, Fax 0711.164099 77, marketing@lpb.bwl.de, http://www.lpb-bw.de/didaktische_reihe.html

Der Bürger im Staat, 62. Jahrgang, 2012

Heft 1/2: Proteste und Potentaten – Die arabische Welt im Wandel

Peter Pawelka	Umbruch und Wandel in der arabischen Welt	4
Francesco Cavatorta/Rikke H. Haugbolle	„Dégage!“ Das Ende des Autoritarismus in Tunesien?	16
Thomas Demmelhuber	Ägypten nach Mubarak – zum Militär und „Monopoly der Macht“	26
Rolf Schwarz	Libyen und das Dilemma externer Interventionen	34
André Bank/Erik Mohns	Die syrische Revolte: Vom zivilen Protest zum Bürgerkrieg?	44
Kevin Köhler	Der Jemen zwischen Staatszerfall, Revolution und Bürgerkrieg	48
Torsten Matzke	Das Ende des Post-Populismus: Soziale und ökonomische Entwicklungstrends im „Arabischen Frühling“	56
Annette Jünemann	Vorerst gescheitert: Perspektiven einer glaubwürdigen EU-Mittelmeerpolitik nach dem „Arabischen Frühling“	64
Nadine Kreitmeyr	Israel und die Umbrüche im Nahen und Mittleren Osten: Konfrontation oder Annäherung?	73
Hürcan Asli Aksoy	Die Türkei im Nahen Osten: Neujustierung der türkischen Außenpolitik	80
Oliver Schlumberger	Der „Arabische Frühling“ und das Versagen westlicher Außenpolitik: Eine Fata Morgana „politischer Stabilität“	88

Heft 3: Der Machtwechsel. Das erste Jahr Grün-Rot

Uwe Wagschal	Einleitung: Der historische Machtwechsel. Das erste Jahr Grün-Rot	106
Dieter Roth	Was entschied die Wahl?	109
Carmina Brenner	Wahlverhalten der Baden-Württemberger bei der Landtagswahl 2011	117
Stefanie Haas	Wandern ins Grüne: Wählerbewegungen in Baden-Württemberg	123
Joachim Behnke	Das Wahlsystem von Baden-Württemberg: Analyse der Wahl von 2011 und Reformperspektiven	129
Udo Zolleis/Josef Schmid/Daniel Buhr	Der Wahlkampf der Landesparteien 2011	135
Frank Brettschneider/Marko Bachl	Das TV-Duell vor der Landtagswahl 2011 – Wahrnehmungen und Wirkungen	141
Michael Wehner	Die historische Niederlage der CDU – Ursachen für das Scheitern	148
Wolfgang Jäger	Verliebt in die Krise? Die Volksparteien und die deutsche Politikwissenschaft	156
Lothar Frick	Die Schlichtung zu Stuttgart 21 – Vorbild für eine neue Bürgerbeteiligung?	162
Uwe Wagschal	Die Volksabstimmung zu Stuttgart 21: Zwischen parteipolitischer Polarisierung und „Spätzlegraben“	168
Matthias Fatke/Markus Freitag	Die direkte Demokratie in Baden-Württemberg und Stuttgart 21	174
Johannes Blumenberg/Thorsten Faas	Abstimmung gut, alles gut?	182
Ulrich Eith/Gerd Mielke	Volksentscheide versus Parteiendemokratie? Das Lehrstück Stuttgart 21	188
Uwe Wagschal	Machtwechsel oder Politikwechsel? Eine Analyse zentraler Politikfelder nach einem Jahr Grün-Rot in Baden-Württemberg	194

Heft 4: Armut

Stefan Hradil	Anmerkungen zum Armutsdiskurs	208
Ernst-Ulrich Huster	Armut und Reichtum – Öffentliche Wahrnehmung und wissenschaftliche Analyse 1945 bis heute	214
Klaus Dörre	Diskriminierende Prekarität – ein neuer Typus unsicherer Arbeits- und Lebensformen	223
Martin Karlsson/Sarah Okoampah	Zum Zusammenhang von Armut und Gesundheit	231

Christoph Butterwegge	Kinderarmut in Deutschland	241
Claudia Vogel/Harald Künemund	Armut im Alter	247
Anna Eckert/Andreas Willisch	Wege der Selbsthilfe im prekären Alltag	252
Olaf Groh-Samberg	Die Verfestigung der Armut	258
Roland Verwiebe	Armut in Europa – Armutskonzepte und empirische Strukturdaten	265
Michael Opielka	Quo vadis Sozialpolitik?	274

Rezensionen

Volker Perthes	Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen	98
Günter Aichele	Schülersoldaten – Soldatenschüler. Fünfzehnjährige Luftwaffenhelfer in Stuttgart und Auschwitz 1944/45	98
Laura Schneider	Journalismus und Pressefreiheit in Mexiko. Wie mexikanische Journalisten die Pressefreiheit einschätzen	100
Dieter Lünse u.a.	Zivilcourage können alle! Ein Trainingshandbuch für Schule und Jugendarbeit	101
Hermann Bausinger	Der herbe Charme des Landes. Gedanken über Baden-Württemberg	202
Otto Bauschert/Gabriele Gabriel	Nur immer weiter. Geschichten, die das Leben schrieb	202
Peter Schäfer	Der kritische Gottlob Haag. Kritische Texte aus dem literarischen Schaffen von Gottlob Haag	203
Christoph Butterwegge u. a.	Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung	280
Rüdiger Schaper	Karl May. Untertan, Hochstapler, Übermensch	281



Wenn Sie **DER BÜRGER IM STAAT** abonnieren möchten, erhalten Sie die Zeitschrift für nur € 12,80, vier Hefte im Jahr, frei Haus. Schicken Sie diesen Abschnitt zurück an:

Sollten Sie jeweils drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellt haben, läuft das Abonnement weiter.

Name, Vorname bzw. Organisation

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Hiermit erteile ich widerruflich die Abbuchungsermächtigung für den Jahresbezugspreis in Höhe von € 12,80.

Geldinstitut

Konto-Nr.

BLZ

Datum, Unterschrift

Rechtlicher Hinweis:

Ich kann diese Bestellung binnen 14 Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an:

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Redaktion Der Bürger im Staat, Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart.
Ich habe von meinem Widerspruchsrecht Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-0, Service -66, Fax -77
lpb@lpb-bw.de, www.lpb-bw.de

Direktor: Lothar Frick -60
Büro des Direktors:
Sabina Wilhelm -62
Stellvertretender Direktor: Karl-Ulrich Tempel -40

Stabsstelle Kommunikation und Marketing
Leiter: Werner Fichter -63
Felix Steinbrenner -64

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter: Kai-Uwe Hecht -10
Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer -12
Personal: N.N. -13
Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -14
Siegfried Kloske, Haus auf der Alb Tel.: 07125/152-137

Abteilung Demokratisches Engagement

Abteilungsleiterin/Gedenkstättenarbeit*: Sibylle Thelen -30
Landeskunde und Landespolitik*: Dr. Iris Häuser -20
Jugend und Politik*: Angelika Barth -22
Schülerwettbewerb des Landtags*: Monika Greiner -25
Robby Geyer -26
Frauen und Politik: Beate Dörr/Sabine Keitel -29/ -32
Freiwilliges Ökologisches Jahr*: Steffen Vogel -35
Alexander Werwein-Bagemühl -36
Stefan Paller, Charlotte Becher -37/ -34

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Neue Medien: Karl-Ulrich Tempel -40
Politik & Unterricht/Schriften zur politischen Landes-
kunde Baden-Württembergs: Dr. Reinhold Weber -42
Deutschland & Europa: Jürgen Kalb -43
Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe:
Siegfried Frech -44
Unterrichtsmedien: Michael Lebisch -47
Politische Bildung Online/E-Learning: Susanne Meir -46
Politische Bildung Online: Jeanette Reusch-Mlynárik,
Haus auf der Alb Tel.: 07125/125-136
Internet-Redaktion: Klaudia Saupe/Julia Maier -49/-46

Abteilung Haus auf der Alb

Tagungszentrum Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach
Telefon 07125/152-0, Fax -100
www.hausaufderalb.de

Abteilungsleiter/Gesellschaft und Politik:
Dr. Markus Hug -146
Schule und Bildung/Integration und Migration:
Robert Feil -139
Internationale Politik und Friedenssicherung/
Integration und Migration: Wolfgang Hesse -140
Europa – Einheit und Vielfalt: Thomas Schinkel -147
Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann -121
Hausmanagement: Nina Deiß -109

Außenstellen

Regionale Arbeit
Politische Tage für Schülerinnen und Schüler
Veranstaltungen für den Schulbereich

Außenstelle Freiburg
Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg
Telefon: 0761/20773-0, Fax -99
Leiter: Dr. Michael Wehner -77
Jennifer Lutz -33

Außenstelle Heidelberg
Plöck 22, 69117 Heidelberg
Telefon: 06221/6078-0, Fax -22
Leiter: Wolfgang Berger -14
Dr. Alexander Ruser -13

Außenstelle Tübingen
Die Außenstelle Tübingen wurde zum 1.5.2012 aufgelöst

Projekt Extremismusprävention

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Leiterin: Regina Bossert -81
Assistentin: Nadine Karim -82

*Paulinenstraße 44-46, 70178 Stuttgart
Fax: 0711/164099-55

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Hanner Steige 1, Telefon 07125/152-0
Montag bis Freitag
8.00–12.00 Uhr und 13.00–16.30 Uhr

Freiburg Bertoldstraße 55, Telefon 0761/20773-0
Dienstag und Donnerstag 9.00–17.00 Uhr

Heidelberg Plöck 22, Telefon 06221/6078-0
Dienstag 9.00–15.00 Uhr
Mittwoch und Donnerstag 13.00–17.00 Uhr

Stuttgart Staffenbergstraße 38,
Telefon 0711/164099-66
Mittwoch 14.00–17.00 Uhr

Newsletter „einblick“

anfordern unter www.lpb-bw.de

DER BÜRGER IM STAAT IM INTERNET

Aktuelle, ältere und vergriffene Hefte zum kostenlosen Herunterladen: www.buergerimstaat.de

BESTELLUNGEN

Alle Veröffentlichungen der Landeszentrale (Zeitschriften auch in Klassensätzen) können schriftlich bestellt werden: Landeszentrale für politische Bildung, Marketing, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax 0711/164099-77 marketing@lpb.bwl.de oder im Webshop: www.lpb-bw.de/shop

FORDERN SIE UNSERE VERZEICHNISSE AN

oder orientieren Sie sich im Internet unter lpb-bw.de.

Wenn Sie nur kostenlose Titel mit einem Gewicht unter 1 kg bestellen, fallen für Sie keine Versandkosten an. Für Sendungen über 1 kg sowie bei Lieferungen kostenpflichtiger Produkte werden Versandkosten berechnet.

www.lpb-bw.de